HEFT 7 JULI 1980 5,- DM C 4143 E

Konkret

Das Geständnis des Reiner H.

DER KRONZEUGE PACKT AUS

Wie der Verfassungsschutz die Gerichte manipuliert

Kai Hermann in Chomeinis Land

Die linke Lüge über den Iran

in konkret Juli 1982

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Unsere Jahre ohne Hans-Dietrich von Hermann L. Gremliza

»Auf den Trick fallen nur Dumme rein« von Oskar Lafontaine

Nachrichten

Krieg dem Krieg! von Kai Hermann
Zwei Jahre amtiert Reagan. Die Kriegsangst hat seither zugenommen. Als der US-Präsident nach Deutschland kam, demonstrierten eine halbe Million für Frieden und Abrüstung.

Die Staatsmacht im Sicherheitstrakt von Uwe-Karsten Heye
Das Bonner Gipfeltreffen der NATO fand ohne Publikum statt. Die Ergebnisse waren mager. Was auf den Tisch kam, ist nichts als Spielmaterial. Ronald Reagan will der Sowjetunion immer noch das amerikanische Rüstungs-Profil aufzwingen.

»Ohne die SPD gäbe es uns gar nicht« von Werner Heine, Thea Bock, Thomas Ebermann
In Hamburg wird gegenwärtig entschieden, wie die Bundesrepublik weiter regier werden soll. Nach dem Niedergang der FDP, der Niederlage der SPD und dem Nicht-Sieg der CDU hat sich die Grün-Alternative Liste (GAL) endgültig als dritte Kraft etabliert. Mit der SPD hat sie links von der CDU die Mehrheit. Die Sozialdemokraten müssen nun entscheiden, ob sie aus Berührungsangst die Macht verlieren oder mit Hilfe der GAL an ihre Basis zurückkehren. Wie immer das ausgeht: eine Fortsetzung der alten Politik wird es nicht gehen

Fremde Revolution von Kai Hermann
Die Islamische Revolution wurde von der europäischen Linken abgehakt, ehe sie noch richtig stattfand. Wir hatten uns diese Revolution schließlich anders vorgestellt. Mittlerweile ist die Beurteilung des »Chomeini-Regimes« von rechtsaußen bis ganz links einmütig: »mittelalterlich« »klerikalfaschistitisch«, »menschenverachtend«. Fast alle Linksgruppen solidarisieren sich mit der aktivsten Oppositionsgruppe, den Volksmudjahedin. Doch ist diese Revolution wirklich nur die »Diktatur einiger Mullahs? Sind die Volksmudjahedin die Alternative, auf die das Volk hofft?

Der häßliche Deutsche: Der Bauchredner von Otto Köhler
Jürgen Möllemann

Der Rechtsweg von Uwe Maeffert
Wem vom Staat Unrecht zugefügt wird, kann die Gerichte anrufen. Die aber sind überlastet, und die Rechtsfindung dauert deshalb viele viele Jahre. Der Bürger ist dagegen wehrlosBundesverfassungsgericht, Beschluß vom 19.10.77: »Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz gebietet, soweit als möglich zu verhindern, daß durch die sofortige Vollziehung einer hoheitlichen Maßnahme Tatsachen geschaffen werden, die auch dann, wenn sich die Maßnahme bei richterlicher Prüfung als rechtswidrig erweist, nicht mehr ruckgängig gemacht werden können...«

Konkret-Extra: Das zweite Geständnis des Reiner Hochstein. Der Kronzeuge packt aus von Stefan Aust
Sein Name ist Reiner Hochstein, und er gehörte zu den um meisten gesuchten deutschen Terroristen. Festgenommen wurde er einen Tag vor der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Die Polizei fand bei ihm ein kleines

schwarzes Notizbuch, mit dem er dann unter Druck gesetzt wurde. Ein Agent des Verfassungsschutzes mit Namen Michael Grünhagen baute den ehemaligen Physikstudenten Reiner Hochstein zum Kronzeugen der Anklage im Mordfall Günter von Drenkmann auf. Es war der Versuch, einen Prozeß zu manipulieren. Das Zusammenspiel mit dem Geheimdienst bewerkstelligten Polizei, Staatsanwaltschaft und ein Verteidiger. Eine Geschichte, die handelt von Drohungen und Versprechungen, von falschen Aussagen und der Anstiftung zur Falschaussage: die Geschichte des Reiner Hochstein. Ein Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaates.

Konkret-Extra: Danach kommt die Folter von Uwe Maeffert

Vorwärts Orient gegen Roter Stern von Wolfhard Klein

Weltmeisterschaft in Spanien. Die Nation bangt um Hansi Müller (Knie) und Manfred Kaltz (Zehe). Erich Riedl (CSU), frisch zurückgetretener Präsident von 1860 München (Pleite) drückt die Daumen. Helmut Schmidt (SPD) erwartet von Rummenigges Fallrückziehern eine Klimaverbesserung für seine Koalition. KONKRET denkt derweil (statt Derwall) an die kickende Basis: an den FC Vorwärts Orient Mainz, den FC Internationale Berlin, an Blockfrei Wiesbaden und Eintracht/Zwietracht Westberlin. Denn dort liegen die starken Wurzeln unserer Kraft.

Wie wichtig ist die Wohnung? von Michael Scharang

Eine Polemik

Mutterglück von Sabine Rosenbladt

Demonstration gegen CSU-Rassismus in München. Es ist mal wieder so weit: Ausländerhaß, Nationalismus, die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1951 – und die Politiker entdecken die »natürliche Bestimmung der Frau«. Die Parole ist bekannt: Deutsche Mütter, kriegt wieder deutsche Kinder.

Die Inseln des Todes von Tom Reason

Drei Jahrzehnte nach den Atom- und Wasserstoffbombentests der Amerikaner im Pazifik leiden die Bewohner der Inseln von Mikronesien immer noch unter den Folgen. Die Menschen sterben an Krebs und Schilddrüsenerkrankungen oder werden blind, viele Inseln sind strahlende Wüsten auf denen selbst Palmen mißgebildet aufwachsen. Die US-Regierung, Treuhänderin des Gebiets, benutzte die Bewohner als Versuchskaninchen

Ich werfe keine Bomben, ich mache Filme von Hartmut Schulze

In Frankreich, in Italien, in den USA und in anderen Ländern hatte der aktuelle deutsche Film einen Namen: Rainer Werner Fassbinder. Das Kino-Publikum in der Bundesrepublik war viel zu schnell mit um fertig. Wir haben jetzt, nach Fassbinders Tod, viel nachzuholen: die Auseinandersetzung mit einem großen Realisten. Rainer Werner Fassbinder

Er ist ein wunderbares Ekel von Hark Bohm

Weihrauch + Sperma von Wolf Donner

Hundert Jahre noch ihrer Uraufführung hat Hans Jürgen Syberberg die schwülstigste aller Wagner-Opern verfilmt: Parsifal. In einem Buch zum Film versucht sich der»Arzt« und »Priester« (so Syberberg über Syberberg) zu erklären

Bücher: Jesus und seine zwölf Mitarbeiter von Hermann L. Gremliza

Schlechte Nachrichten: Der vereinigte deutsche Klerus hat versucht, die Luther-Bibel zu aktualisieren. Im Untertitel heißt die Heilige Familie jetzt »Die gute Nachricht«

Bücher: US-Frauen: Emanzipation jetzt im Gleichschritt von Lottemi Doormann

Betty Friedan, eine der Führerinnen der amerikanischen Frauenbewegung, hat ein »neues feministisches Manifest« geschrieben. Titel: »Der zweite Schritt« – wobei es

sich im zentralen Kapitel um den Gleichschritt bei der Army handelt.

Bücher: Auf der alten Deutschen Welle von Walter Boehlich

Den mit 50.000 Mark dotierten Goethe-Preis verleiht die Stadt Frankfurt in diesem Jahr einem ehemaligen Kriegstreiber und Faschisten: Ernst Jünger. Und der Klett-Cotta-Verlag eröffnet seine neue »Bibliothek der Moderne« mit dem »Arbeiter«, einem Jünger-Buch von 1932

Nicht abheben von Günter Gaus

Günter Gaus warnt die Schriftsteller von politischer Utopie

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Die Medien haben die Freiheit, alles zu sagen, um bestimmten Leuten die Freiheit zu nehmen, alles zu tun. Das gilt für Amerika, jedenfalls soweit es die Politik betrifft. Ohne die Journalisten hätte der Vietnamkrieg nicht so ein abruptes Ende gefunden, wäre Richard Nixon nicht aus dem Weißen Haus gejagt worden, und Ronald Reagan würde die Friedensbewegung immer noch nicht zur Kenntnis nehmen.

Hierzulande ist das anders. Bei uns wollen Verleger und Journalisten nicht die Mächtigen kontrollieren, sondern sie wollen an deren Macht teilhaben. Veröffentlicht wird, was diesem Interesse nützlich ist. Ein Beispiel: Ronald Reagans Polizei-Staatsbesuch lief im Deutschen Fernsehen wie ein Sissi-Film ab. Ehrenkompanie, Hymnen, Staatskarossen ' Schloß Augustusburg, Freitreppe, Tischreden. Dieser journalistischen Herausforderung war Friedrich Nowottny noch gewachsen: Bei An- und Abfahrt zählte er die Namen auf, zitierte im Vestibül den Schloßführer und lobte die Roben. Die 400.000 Friedensdemonstranten richtig einzuordnen, dazu reichte es nicht mehr. Nowottny: »Am Rande des Gipfels ... « Kollege Gerd H. Pelletier-. »Trotz aller Proteste am Rande ... « ARD-Sprachregelung.

Das amerikanische Fernsehen hingegen zeigte Deutschland: Da begannen schon die Frühnachrichten mit der Friedensdemonstration. Heinrich Böll kam zu Wort und Petra Kelly, ausführlich. In den USA sind Massenbewegungen ein entscheidender politischer Faktor. Die 400.000 haben die amerikanischen Journalisten und Politiker mehr beeindruckt als der Atom-Chor von SPD und FDP, von CDU und CSU, von »Bild« und »FAZ«, mehr als Schmidt und Strauß. Dank der Amerikaner kam Petra Kelly auch auf unseren Bildschirm. Zehn Sekunden, als Zitat aus dem US-Fernsehen, in Englisch. Wenn schon alternativ, dann auch in der Sprache.

Kundgebungen machen eben doch einen Sinn. Demonstrieren lohnt wieder. Wie SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine über den Einfluß der Friedensbewegung denkt und was er von Reagans angeblich neuen Vorschlägen hält, steht auf Seite 11.

Die Freiheit unserer Medien besteht darin, Politiker erst dann zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie Pfründen zu verteilen haben. Bei neuen Bewegungen sind nicht die Inhalte entscheidend, sondern welche Vorteile sie den Etablierten bringen oder wie sie am besten für die eigenen Ziele eingesetzt werden können.

Bei der Hamburg-Wahl haben sich die Grün-Alternativen endgültig als dritte Kraft durchgesetzt (72.897 Stimmen). Die Politiker, die immer nur an die nächste Abstimmung denken und nicht an die nächste Generation, verharren dennoch weiter in Selbstgerechtigkeit. Und der journalistische Tross hilft kräftig mit. So durfte Hans-Dietrich Genscher, dessen FDP sich von 4,8 auf 4,9 Prozent hochgearbeitet hatte, die Zuschauer gleich auf beiden Kanälen wortreich einschläfern. Petra Kelly wurde nicht ins Bonner Studio geladen. Ihre Anwesenheit hätte dem Grusel-Märchen auch ein Ende gesetzt, Hamburg sei jetzt unregierbar. Es ist regierbar. Aber eben anders. Der Bürger darf das nicht erfahren. Was sollte er auch dagegen haben, daß die Elbe wieder sauberer wird, Milliarden für den überflüssigen Ausbau der Kernenergie gespart und stattdessen sinnvolle neue Arbeitsplätze geschaffen werden (Seite 24).

Die veröffentlichte Meinung deckt sich längst nicht mehr mit der öffentlichen Meinung. Wer die Welt nur nach den Nachrichten beurteilen müßte, fände keine Erklärung für den Zulauf der Friedensbewegung und die guten Wahlergebnisse der Alternativen. Bis heute wird dem Publikum weisgemacht, die Friedensdemonstranten bringe nur Krawall-Lust auf die Straße und nicht etwa die Kriegs-Lust der Weltpolizisten.

Doch trotz der publizistischen Übermacht sind sich die Regierenden ihrer Sache nicht mehr sicher. Reagans Besuch hat das wieder deutlich gemacht. Wer erinnert nicht den Aufschrei, als Helmut Schmidt beim DDR-Besuch in Güstrow von ausgesuchtem Publikum umstellt wurde. Dort waren es wenige hundert. Wir können natürlich auch das besser. 25.000 - alle sicherheitsüberprüft - klatschten Ronald Reagan im Charlottenburger Schloßpark zu. Ein Drittel der Potemkinschen Berliner, sagt Heinrich Albertz, komme aus dem öffentlichen Dienst, das zweite Drittel rekrutierten die CDU-Kreisverbände in der Wirtschaft, der Rest waren Sicherheitskräfte. Als Belohnung bekamen die Jubler einen freien Arbeitstag. (Seite 12). Die elektronischen Medien haben es in ihren Sondersendungen verschwiegen.

Dafür berichteten sie umso mehr über eine Aktion der Berliner Behörden gegen das Juni-KONKRET. Anlaß war unser Aufkleber »Reagan go home«

der von Polizisten an Kiosken vom Heft gerissen und an Autos und Häuserwänden übermalt wurde. (Wer keinen bekommen hat, soll schreiben). Bei einem Umweltfest mußte ein Besucher sogar sein beklebtes T-Shirt ausziehen. Es wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Im »Schaufenster des freien Westens« geht es kleinkarierter zu als im Amerika der McCarthy-Ära. Das war sogar den Alliierten unangenehm. Sie distanzierten sich von der Aktion. So ist das eben mit den Deutschen. Ihre Dienstboten-Mentalität macht sie eifrig, bevor der Herr überhaupt die Stirn gerunzelt hat. Der Begriff Freiheit ist in Berlin für die Glocke reserviert, die der Senat auswärtigen Gästen schenkt.

Die Kleber-Kabale könnte man unter unfreiwillige Komik abbuchen, würde sie nicht einmal mehr belegen, wie es in den Köpfen der Berliner Justiz zugeht. In diesem KONKRET berichten wir über besonders skandalöse Methoden, mit denen Menschen für immer hinter Gitter gebracht werden sollen. Wo die Beweise fehlen, werden sie .gemacht. Wo die Richter zweifeln könnten, werden sie manipuliert. Wo es an Zeugen mangelt, werden welche herbeigepreßt. Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz und Polizei haben sich als kriminelle Vereinigung etabliert. Herr Rebmann, mit diesem KONKRET-Extra liefern wir Ihnen die ersten 16 Seiten für eine neue Ermittlungsakte.

Es geht um Reiner Hochstein, der als Terrorist festgenommen und zum Kronzeugen umgepolt wurde. Der Berliner Verfassungsschutzbeamte Michael Grünhagen hat ihn bedroht und unter Druck gesetzt, damit der Staatsanwalt im Mordfall Günter von Drenkmann wenigstens ein paar (Schein-)Beweise hat. *Stefan Aust* hat Hochsteins Beichte protokolliert. Berichte für das TV-Magazin »Panorama« und sein Buch »Kennwort Hundert Blumen« haben ihn zum Experten der Berliner Verfassungsschutz-Szene gemacht. Der Kronzeuge packt aus auf Seite 51. Die rechtliche Situation des Kronzeugen im Verfahren analysiert der Hamburger Anwalt *Uwe Maeffert* (Seite 66). Sein Buch »Der Nürnberger KOMM-Prozeß« ist ebenso wie der Aust-Band im KONKRET Literaturverlag erschienen.

Mal sehen, wie die Berliner Presse auf diese Enthüllungen reagieren wird.

Für Geschichten, die ins Bild passen, ist jedenfalls in unseren Medien immer Platz. Beispiel Iran. Seit Monaten lesen wir immer wieder die gleichen Greuel-Berichte. Wir fanden es deshalb notwendig, vor Ort zu recherchieren. *Kai Hermann* war im Iran. Nach langer Zeit hat ein deutscher Journalist ein Einreisevisum bekommen, das nicht aufs Kriegsgebiet beschränkt war. Sein Bericht wird vielen nicht passen: Er belegt, wie die westliche Presse auf die Propaganda der Volksmudjahedin einsteigt. Die kann noch so absurd sein. Hauptsache, es geht gegen den Ayatollah Chomeini und seine Mullahs. Ober die *Fremde Revolution* und die Lügen, die über sie verbreitet werden, lesen Sie ab Seite 26.

Auch auf der Linken wird manchmal statt recherchiert, diffamiert, statt gedacht, einfach gedruckt. Ein besonders widerliches Beispiel lieferte die taz mit einem Nachruf auf Rainer Werner Fassbinder. Der Filmemacher wird mit Vokabeln aus dem Wörterbuch der »Bild«Kommentatoren niedergemacht. Die Kulturlosigkeit des Dritten Reiches hat ihre Erben. Was *Hark Bohm,* der mit Rainer Werner Fassbinder' zusammengearbeitet hat, und *Hartmut Schulze* über den genialen Regisseur zu sagen haben, auf Seite 98.

PS I Wir begrüßen als aufmerksamen KONKRET-Leser den Verleger (u. a. »Stern«) und Hamburger Spielbankkonzessionär John Jahr. Was er bei uns sah, hat ihn so beeindruckt, daß er daraus eine Wahlkampf-Annonce für die Hamburger FDP fertigen ließ. Mit Stimmung gegen die Linken sollten Stimmen für die Rechten gesammelt wer den. Der Kapitaleinsatz hat sich noch nicht einmal mit fünf Prozent verzinst: Die Liberalen blieben draußen vor der Tür. Die Anzeigen-Attacke konnte nicht verhindern, daß es für Hans Ulrich Kloses Politik in Hamburg noch immer eine Mehrheit gibt. SPD und GAL bekamen zusammen 50,5 Prozent.

PS II Zum »Fall Langemann«, über den wir im nächsten Heft mit neuen Dokumenten berichten, diesmal nur so viel: Dem »Stern«-Chefredakteur Peter Koch habe ich unrecht getan. Er hat nicht, wie ich annahm, »gepennt«, als er die BND-Geständnisse des obersten bayerischen Staatsschützers Hans Langemann den »Stern«-Lesern vorenthielt. Im Gegenteil. Vor dem Langemann-Untersuchungsausschuß erklärte BND-Präsident Klaus Kinkel, er habe nach Intervention von der Hamburger Illustrierten die Zusage erhalten, daß nichts erscheinen werde. Auch der »Stern« nimmt sich eben die Freiheit, nichts zu sagen, um bestimmten Leuten die Freiheit zu geben, alles zu tun.

Konkret 07/82, S. 6

an Konkret

Bestürzend und beschämend

KONKRET 4/82: Ausländer - Ohne Chancen in Deutschland

Für mich bestürzend und beschämend ist immer wieder die Intoleranz - auch der sich so nennenden »Linken« - gegenüber allem, was fremdartig oder abweichend von der majorisierten Norm ist.

Ein erschreckendes Beispiel dafür ist das »Gedicht« (übrigens in seiner Primitivität der Sprache spricht es für sieh) von Eckhard Tölle - Mitglied der Alternativen Liste -, daß auch die sog. »Linken« in Deutschland keineswegs frei sind von Ressentiments gegenüber Angehörigen anderen Volkstums oder anderer Rasse. Mich bringt es »noch um den Verstand« - um mit seinen eigenen Worten zu sprechen -, wenn ich feststellen muß, daß selbst ein Mitglied der AL nicht begriffen hat, welche Ausländerpolitik die drei etablierten Parteien betreiben. Er will die Ausländer in »Gute« und »Schlechte« einteilen. Die Guten sind also die Angepaßten, die Unauffälligen, die brav und ohne Murren ihre Arbeit verrichten und nach seinem Willen in Deutschland bleiben dürfen, die Schlechten sind die arbeitslosen Ausländer, die herumlungern und »unsere Frauen befummeln«. Diese schlechten Ausländer müssen natürlich raus, und dazu möchte er sich sogar zu Lummers Komplizen machen.

Daß es in der Alternativen Liste einen seit Jahren arbeitenden Ausländerbereich gibt, der sich mit der »Ausländerproblematik« befaßt und versucht, das Zusammenleben der deutschen und ausländischen Berliner zu erleichtern, Barrieren abzubauen und die soziale und rechtliche Gleichstellung der Ausländer zu erreichen, scheint Edgar Tölle entgangen zu sein. Wenn man die Ressentiments gegen die Ausländer, die zur Ausländerfeindlichkeit führen, sogar in den eigenen Reihen zu spüren bekommt, kann man ahnen, wie lang der Weg noch ist, bis wir in einer vorurteilsfreien Gesellschaft gleichberechtigt miteinander leben können. Vielleicht gelingt es bei den Kindern.

RITA KANTEMIR

MITGLIED DES ABGEORDNETEN-HAUSES, ALTERNATIVE LISTE BERLIN

tam tam...

KONKRET 6I82: Ronald Reagan - Der Weg in den dritten Weltkrieg

Ich ersuche Sie, mich umgehend von Ihrer Adressenliste zu streichen, da ich mich mit dem Inhalt Ihrer Zeitschrift nicht identifizieren kann. Ich finde Ihre antiamerikanischen Kampagnen völlig unangebracht und wünsche deshalb, von Ihrer Seite nicht mehr kontaktiert zu werden.

PETER MARBACH

GENERALDIREKTOR

SUBARU, Spitzentechnik aus Japan

BAD HERZFELD

Habe ein Schmalzoldie aus den 60ern entdeckt, von einem gewissen Deutscher (!). Der Name entspringt wohl aus der mittelalterlichen Tradition der Minnesänger. Seinerzeit hätte der Barde vermutlich Drafi der Deutsche(ste?) geheißen. Der Name spricht jedenfalls für sich und für das Lied und umgekehrt; erstaunlich, daß das Original solange verheimlicht wurde. Ursprünglich sollte es heißen:

Lied an den tief besorgten Uncle Sam

Weine nicht wenn der Reagan fällt

tam tam tam tam

Es gibt ein Deutschland das zu dir hält

tam tam tam tam

Marmor, Stein und Eisen bricht

Aber unsere Nato nicht Alles, alles geht vorbei

Doch Deutschland bleibt dir treu
Nimm den Franz-Josef Strauß von uns
tam tam tam tam
Er ist Garant des Atlantikbunds
tam tam tam tam
Marmor, Stein und Eisen bricht
Aber unser Franz-Josef nicht
Alles, alles geht vorbei
Doch Bayern bleibt ihm treu
Marmor, Stein und Eisen bricht
Aber unsere Nato nicht
Alles, alles geht vorbei
Doch Deutschland bleibt ihr
treu
Sollt es einmal notwendig sein
tam tam tam tam
Marschiern wir wieder in
Rußland ein
tam tam tam tam
Marmor, Stein und Eisen bricht
Aber unser Machtwille nicht
Alles, alles geht vorbei
Doch Deutschland bleibt sich treu
H. WEISS
MÜNCHEN

Weitermachen

KONKRET 3 bis 6/82: Operation Eva - Der Ex-BND-Agent Dr. Hans Langemann und seine Machenschaften

Zu den Langemann-Berichten von KONKRET ein Hinweis darauf, was schon Lenin zur journalistischen Aufklärungs-Arbeit sagte: »Anders als durch diese Enthüllungen können das politische Bewußtsein und die revolutionäre Aktivität der Massen nicht geschult werden.« Deshalb: Weitermachen!

GEORG WAGNER
AUGSBURG

Seit Monaten beweist KONKRET mit immer neuen Fakten und Dokumenten, was das CSU-Mitglied Langemann unter CSU-Innenminister Gerold Tandler im CSU-regierten Bayern an Aktionen außerhalb der Legalität unternahm, Bürgerrechte verletzte, Steuergelder vergeudete, Sicherheitsbestimmungen mißachtete und vieles mehr. Und zu allem hört man von dem politisch verantwortlichen CSU-Chef und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß kein Wort zur Sache. Strauß kneift und hofft wohl, Tandler den Skandal politisch ausbaden lassen zu können. Wer »Spiegel«-Affäre, Fibag, Onkel Aloys und Lockheed überstanden hat, will auch Langemann überleben.

Wann wachen die Bayern endlich auf?

K. HAUFEL
MÜNCHEN

Wenn eine Partei über Jahrzehnte regiert, dann kommt es zu solchen Auswüchsen. Demokratie verlangt Wechsel.

U. BEISSNER

NEUHAUSEN

Bayern wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis Franz-Josef Strauß und seine CSU mit den Gedärmen seines »obersten Staatsschützers« Langemann erwürgt worden sind.

KARL LUDWIG

WEISSBURG

Kreuzzug mit Haken

KONKRET 6/82: »Die Kirche fault«, Ein Interview mit dem Schriftsteller Heinrich Böll

Böll glaubt, »rebellische Äußerungen von Laien« könnten gegen die »Lähmung« der katholischen Amtskirche etwas ausrichten. Daran zweifle ich. Denn diese Kirche ist heillos reaktionär und steinhart autoritär. Darum sagt sie Nein zur Antibabypille, Nein zur Abtreibung, Nein zur Priesterehe, Nein zur »Fleischeslust«, Nein zur Emanzipation der Frau, Nein zu ihrer inneren Demokratisierung; Ja zur »Unfehlbarkeit«, Ja zum Index der verbotenen Bücher Ja zur »Ketzer«-Verfolgung, Ja zu Macht und Geld, Ja zur militärischen »Verteidigung«, Ja - was die Gläubigen betrifft - zu Dienst, Disziplin, Demut Ordnung, Gehorsam, Ja zur Tradition. Mit Tradition meint sie: Lieber Zopf ohne Kopf als Kopf ohne Zopf.

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Es ist gut, daß Böll sich gegen die Legend vom Widerstand der offiziellen Kirche gegen das Naziregime wendet. Es war nicht die Kirche, es waren einzelne in der Kirche, die widerstanden, z. B. der katholische Pfarrer Dr. Max Metzger, der wegen seiner Friedensbemühungen 1944 hingerichtet wurde. Sein Bischof, Erzbischof Gröber von Freiburg, distanzierte sich in einem Brief an Freisler mit dem Ausdruck seiner »hohen Verehrung und Wertschätzung« (für Freisler, nicht für Metzger): von dem »Verbrechen, dessen Metzger sich schuldig gemacht hat« (16.10.43). Und als 1946 die elf überlebenden (von 17) KZ-Priester der Erzdiözese Freiburg sich zu einer Tagung in Offenburg trafen, verweigerte Erzbischof Gröber seinen Besuch und verbot die Öffentlichkeit der Tagung.

Der Historiker Friedrich Heer sagt: »Nur ein gigantisches Verdeckungsmanöver konnte nach dem Krieg das Gesicht des offiziellen Christentums in Deutschland retten... im Schatten der Ruinen entstand jenes mächtige Gebäude der Lebenslüge der, deutschen Christenheit.«

In der Tat: schon 1933 erfolgt der große Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz: Dank an Hitler, weil von nun an Unmoral und Bolschewismus die deutsche Seele nicht mehr bedrohen. Als Monsignore Steinmann 1933 bei der Ausstellung des hl. Rocks in Trier die Menge mit »Heil Hitler« grüßt und daraufhin in New York kritisiert wird, sagt er: »Die deutschen Katholiken sehen in Hitler das Bollwerk gegen den Bolschewismus und die Pest der schmutzigen Literatur.«

Begeistert wird von den deutschen Bischöfen der Krieg gegen Rußland begrüßt. Kardinal Jäger spricht 1942 von den » fast zu Tieren entarteten« Russen und lobt die Heldentaten der deutschen Soldaten, denen »ihr siegreicher Glaube die Kraft gibt, die Welt zu erretten, vom gottlosen christusfeindlichen Bolschewismus.« Der Bischof von Münster, Graf Galen, um den sich die Lebenslüge des deutschen Nachkriegskatholizismus vom Widerstand der offiziellen Kirche am dichtesten zusammenspinnen sollte, wird sogar in einem Brief des Hitlerschen Sicherheitsdienstes vom 29.9.41 gelobt wegen seiner »positiven Betrachtung der kriegerischen Ereignisse« und wegen seiner »klaren Stellungnahme gegen den Bolschewismus«.

Im katholischen Episkopat der Bundesrepublik hat sich der Kreuzzugsgedanke gegen den Kommunismus, den sie mit ihrem Segen und ihren Hirtenbriefen damals zu einer Kollaboration von Kreuz und Hakenkreuz magisch überhöhten, bis heute weithin ungebrochen erhalten.

Wer ist sicher, daß dieser Kreuzzug nicht wieder einen Haken hat und dahinter nicht immer noch ein Hakenkreuzzug steckt und jetzt nicht mehr nur die Juden durch Schweigen geopfert werden, sondern die gesamte Menschheit.

PROF. DR. THEOL. UTA RANKE-HEINEMANN

ESSEN

Immer wieder habe ich vor Jahren mit Annemarie und Heinrich Böll über jenes Konglomerat an abgesicherten Privilegien und abgelegten Prinzipien diskutiert, das sich hierzulande noch immer »Kirche« nennen darf, ohne daß sonderlich viele Christen rot werden. Vom Austritt war natürlich auch die Rede. Das wundert den nicht, der jene Verhältnisse kennt, für die ein in so absurder Weise großsprecherischer Club wie das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und dessen orgelspielender Vorsitzender Maier stehen.

Daß wir inzwischen der bundesrepublikanischen Kirche den Steuergroschen verweigern, um dieser die Möglichkeit zu geben, künftig auch ohne uns das Mysterium zu fiskalisieren, bedarf keines weiteren Hinweises mehr. Allenfalls noch der Anregung an alle Leser von KONKRET, die nicht schon ausgetreten sind, nicht mehr länger mit diesem heilsnotwendigen Schritt zu warten. Es gibt nämlich keinen wirklichen Grund, die Einrichtung der Herren Wojtyla, Ratzinger und Höffner mitzutragen. Am wenigsten noch stellen ja die genannten Oberhirten ein lebendiges Argument gegen den Kirchenaustritt dar. Und auch Polen, Irland, Lateinamerika oder sonst ein katholisches Fleckchen Erde nicht, w 0 eben einige Schwalben noch keinen Kirchensommer machen. Gerade in diesem Punkt sieht Heinrich Böll vielleicht nun doch einiges noch zu traditionell-kölsch-katholisch: Mit den Erfahrungen, die er mit seiner Jugendkirche gemacht hat, steht er nämlich nicht allein. Er hätte sie - unter veränderten nationalen oder gesellschaftlichen Umständen - überall auf der Welt machen müssen. Wer ketzerisch denkt und fühlt, ist nicht nur nicht in der Kirche der BRD zuhause. Er ist überall heimatlos. Er ist unfähig zur Integration in eine dogmatisch disziplinierte Institution. Er findet Sicherheit im Zweifel - und das reicht doch wohl aus für ein Menschenleben.

PROF. HORST HERRMANN

MÜNSTER

Es war Kurt Tucholsky, der im Jahre 1927 schon schrieb: »Und fände ich dann etwa, daß es eine Religion ist, die von ihrem Schöpfer gute Lehren auf dem Weg bekommen hat, diesen Schöpfer aber verraten hat um irdischer Güter willen; daß sie die Reichen begünstigt und die Armen mit leeren Tröstungen im Elend geduckt hält, fände ich, daß sie die Tiere nicht miteinbezieht in den Kreis des Lebens, und daß sie klüger ist als fromm, gerissener als weise, politischer als wahrhaftig, daß sie das gute Heidnische im Menschen tötet und den Verkrüppelten sorgfältig bewacht; daß sie gottlose Fahnen in ihren Tempeln aufhängt und segnet, die da töten und verflucht, die den Selbstmord verhindern wollen - fände ich das alles: ich schickte den Mann aus dem Feuerland zurück und pfiffe auf seine Wunder.«

Diese Feststellung haben mein Mann und ich leider auch machen müssen. Nachdem beim Umsturz in Chile die katholischen Bischöfe in Chile das faschistische Regime als gerecht anerkannten, sind auch wir aus der Kirche ausgetreten.

RUTH KIRCHNER

WÜRZBURG

Konkret 07/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Unsere Jahre ohne Hans-Dietrich

Falkland, Beirut, Pershing - wir haben wirklich nichts zu lachen. Umso dankbarer sollten wir die kleinen Freuden genießen, die uns das Leben dennoch schenkt, zum Beispiel: den Untergang der FDP

Psychologie ist noch keine Politik, aber wenn Millionen aufatmen bei der Vorstellung, nicht mehr tagtäglich hören, sehen und lesen zu müssen, daß Genscher abreist, Genscher ankommt, Genscher redet, Genscher empfängt, Genscher verhandelt und Genscher erklärt, schlägt die Quantität der Gefühle in politische Qualität um. Unsere Jahre ohne Hans-Dietrich: wäre das keine »Vorteilsgewährung«, viel reichhaltiger noch als die, derentwegen die Staatsanwaltschaft Bonn gegen den Grafen Lambsdorff ermittelt? Kein Wort mehr von »der Kollision« aus jener leeren Zigarrenkiste, die den Fraktionsvorsitzenden der FDP im Bundestag darstellt; kein singender Sektvertreter, der sich freundlich bereiterklärt, wieder mal Bundespräsident zu werden; kein Möllemann, kein Ertl, kein Gries; und kein Baum und keine Schuchardt, die das alles vergessen machen wollen.

Es scheint zu schön, um wahr zu sein, und doch ist es fast erreicht. Nur noch *ein* Mal, in Hessen, unter die fünf Prozent - und sie sind weg.

Anderthalb Jahrhunderte hat die liberale Plage unser armes Land heimgesucht. Alle Krankheiten, unter denen Politik in Deutschland mehr gelitten hat als in den Nachbarstaaten, hat sie verursacht: Opportunismus, Duckmäuserei, Antikommunismus. Jedem »starken Mann« haben die Liberalen sich verkauft, jedem Aufsteiger die Hand geliehen, jeden feierlichen Grundsatz für die Befreiung von der Gewerbesteuer verraten.

Selbst Bismarck, der kein Freund von Sentimenten in der Politik war, ekelte die Wohlfeilheit seiner Gegner an, die ihre im preußischen Verfassungskonflikt gehißte Fahne der Volkssouveränität schnell einrollten, als ihnen der Kanzler Gewerbe- und Zollfreiheit gab. Getrennt marschierend als »Fortschrittspartei« (Baums Ahnen) und »Nationalliberale« schlugen sie doch vereint zu, wenn des Kaisers Kanzler sie zum Kulturkampf (gegen das katholische Zentrum) oder in die Schlacht gegen die vaterlandsfeindlichen Umtriebe der Sozialdemokratie (Sozialistengesetz) führte. Und weil sie und ihre kapitalistische Klientel den Hals nicht voll kriegen konnten, verbündeten sie sich gegen Bismarck mit dem Psychopathen Wilhelm II., der ihnen Kolonien, billige Arbeitskräfte, freie Märkte und überhaupt »einen Platz an der Sonne« verhieß.

Nach dem Ersten Weltkrieg, den die Liberalen gewollt hatten, nahmen sie die Republik in Besitz. Wieder getrennt marschierend, als »Demokraten«, »Deutsche Volkspartei« und »Deutschnationale Volkspartei«, paßten sie die Politik der Reichsregierung den jeweils herrschenden Kapitalinteressen an, drohten mal von rechts mit Putsch, mal von links mit Demokratie und arbeiteten emsig an der Spaltung der Arbeiterbewegung mit. Gewiß wäre den »Demokraten« und der »Deutschen Volkspartei« eine parlamentarische Demokratie und der Schutz auch des jüdischen Kapitals lieber gewesen als ein faschistisches Regime. Als es aber Spitz auf Kopf stand, als in der Weltwirtschaftskrise entschieden werden mußte, auf wessen Kosten sie »bewältigt« werden sollte, zögerten die Liberalen nicht - geschlossen, mit der Stimme des Reichstagsabgeordneten Theodor Heuß, stimmten sie Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Freiheit war ihnen immer auch die Freiheit des anders denkenden als handelnden, gewiß aber die des Handelnden. Sire, geben Sie Gewerbefreiheit...

Es war kein Wunder, daß die Liberalen, deren »Ideen« von Freiheit des Individuums und Volkssouveränität Hitler haßte, ganz ungeschoren durch sein Drittes Reich kamen. Daß der »Führer« ihre Geschäfte förderte, indem er die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlug, und ihnen Aussicht auf neue Pfründen machte, ließ sie den verlangten Verzicht auf pathetische Reden von Demokratie und Fortschritt leicht verschmerzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den sie in innerer Emigration, meist auf dem Kontor, verbracht hatten, hielten sie dem nächsten starken Mann die Steigbügel. Mit ihrer Hilfe durfte Konrad Adenauer den westdeutschen Nachfolgestaat regieren, gerade aus dem KZ befreite Kommunisten wieder einsperren, die Sozialdemokraten als Handlanger Moskaus denunzieren und die Macht jener Bourgeoisie restaurieren, die 1945 endgültig gebrochen schien.

In Erich Mende, dem Parteivorsitzenden der letzten Adenauer-Jahre, fand die FDP den perfekten Repräsentanten: kein Nazi im engeren Sinn, keiner, der Konzentrationslager bewacht, bloß ein deutscher Offizier, der vor Moskau Lebensraum gesucht und Kommunisten geschlachtet hatte, so hingebungsvoll, daß ihm von Adolf Hitler dafür das Ritterkreuz verliehen worden war. Mende band seinen Orden noch in den sechziger Jahren gerne um, zum Zeichen, daß der Zweite Weltkrieg auch ein liberaler gewesen ist.

Dann, plötzlich, kam die Wende. Die FDP ging »auf Linkskurs«, wie es hieß. Von »liberaler Erneuerung« war die Rede, von einem »historischen Bündnis« mit dem erklärten Feind eines Jahrhunderts, mit der Partei der Arbeiterbewegung, der SPD. Jenseits dieses Pathos war es ganz einfach: Adenauers und Erhards CDU hatten gesellschaftliche und politische Strukturen konserviert, die eine optimale Entfaltung der Produktivkräfte behinderten. Das museale Bildungssystem

produzierte nicht den nötigen qualifizierten Nachwuchs, die von Berufsflüchtlingen bestimmte Ostpolitik verschloß riesige Märkte, und die sich ankündigenden Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems drohten die oppositionelle SPD und ihre Gewerkschaften zu radikalisieren. Die großen Spender, von denen die FDP abhängt wie keine andere Partei, wollten den Wechsel.

Sie bekamen ihn. So gefahrlos, wie er nur mit den Liberalen zu haben war. Und nach dreizehn Jahren sozialdemokratischer Regierung unter liberaler Herrschaft können sie sehr zufrieden sein: Die Märkte im Osten sind deutsch, eine Reservearmee arbeitsloser Hochschulabsolventen steht bereit, keine gesellschaftliche Machtfrage, nicht einmal die dubiose paritätische Mitbestimmung, wurde zugunsten des Proletariats entschieden, die Rüstungsgeschäfte laufen (wie) geschmiert, seit zwei Jahren nehmen die Gewerkschaften - ein Novum in dieser Republik - Lohnsenkungen widerstandslos hin, die Organisationen der Arbeiterbewegung sind auf den Hund gebracht. Was will man mehr?

Eines freilich haben die Liberalen nicht bedacht: daß der Zerfall der Sozialdemokratie, ihre Abdankung als »Hoffnungsträger«, eine neue Partei hervorrufen mußte, eine Partei, die, gespeist aus dem riesigen Potential der SPD, die FDP bald überholen und, da Wahlsystem und Wahlgesetze nur einer dritten Partei Chancen geben, aus den Parlamenten verdrängen würde. Das geschieht jetzt.

Was immer die Grünen und Alternativen in den Parlamenten treiben werden, ob sie eine sozialistische Partei (meinetwegen: »neuen Typs«) werden oder am Ende dieses Jahrzehnts zerfallen: es wäre ihr historisches Verdienst, wenn sie uns von den Liberalen befreit, wenn sie den Hanswurst, der alles - von Bismarck über Wilhelm II, und Hitler bis Adenauer und Schmidt - angerichtet hat und für nichts verantwortlich sein will, von der Bühne vertrieben hätten.

Konkret 07/82, S. 10

Oskar Lafontaine

»Auf den Trick fallen nur Dumme rein«

KONKRET: Der amerikanische Präsident ist durch Europa geeist und hat - wo immer er landete - ein Signal gegeben. Auch n Bonn und Berlin. Hat Ronald Reagan etwas substantiell Neues geboten?

Lafontaine: Bei oberflächlichem Hinsehen - in Wirklichkeit nicht. Über Abrüstung wird schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges nur geredet. In Wirklichkeit wurde und wird immer weiter aufgerüstet. Dieses Ergebnis wird auch am Ende er Amtszeit Reagans stehen. An seinen Taten muß er gemessen werden. Der Kongreß hat den gigantischsten Verteidigungsetat aller Zeiten verabschiedet. Reagan hat keinen Zweifel daran gelassen, daß das Waffenarsenal »modernisiert« werden muß, das heißt, er hat die destabilisierende Wirkung der neuen Technologie nicht verstanden und rüstet weiter auf. Er plädiert für konventionelle Aufrüstung und für eine Einschränkung des Osthandels. Alles deutet darauf hin, daß der bisherige Gang der Dinge so weitergeht: Abrüstungsgerede begleitet von permanenter Aufrüstung. Auf den alten Trick, das Schwergewicht der sogenannten Abrüstungsvorschläge auf landgestützte Raketen zu konzentrieren, fallen nur noch Dumme herein.

KONKRET: Reagan hat zwar die Taktik gewechselt, aber er hält nach wie vor stur an seinen Aufrüstungsplänen fest. Er hat auch von neuen Schritten zur Abschreckung gesprochen. Was müssen wir davon halten?

Lafontaine: Daß weiter »modernisiert«, das heißt aufgerüstet wird,

KONKRET: In Bonn und Berlin haben fast eine halbe Million Nachrüstungsgegner demonstriert. Wie schätzen Sie die Wirkung der Friedensbewegung auf und Bundesregierung und USA ein? Ist die Botschaft angekommen?

Lafontaine: Die Botschaft ist angekommen, denn nicht nur in den Vereinigten Staaten haben die kalten Krieger ihre Sprache geändert, auch in der BRD. Es wird allerdings Aufgabe der Friedensbewegung bleiben, dafür zu sorgen, daß sie nicht nur ihre Sprache, sondern auch ihr Handeln ändern. Von letzterem sind wir noch weit entfernt. Handeln heißt, das Einfrieren von Tests, Herstellung und Stationierung atomarer Waffen zwischen den beiden Weltmächten zu vereinbaren. Handel heißt, Verzicht auf den Bau de Neutronenwaffe. Handeln heißt, Verzicht auf die Produktion chemischer Waffen. Handeln heißt, Produktion bzw. Stationierung der Cruise Missiles zu stoppen. Handeln heißt Waffen mit Erstschlagsfähigkeit nicht zu produzieren und schon gar nicht zu stationieren

KONKRET: Kanzler Schmid hat vor der UNO plötzlich die Friedensbewegung gelobt. Noch vor kurzem hatten Politiker wie Sie große Schwierigkeiten mit der eigenen Partei und dem Regierungschef, wenn Sie auf , entsprechenden Kundgebungen gesprochen haben. Was hat zum, Sinneswandel geführt?

Lafontaine: Die Friedensbewegung. Sie unterstützt auch die Politiker, die in den Parteien eine Wende der bisherigen Sicherheitspolitik durchsetzen wollen.

Konkret 07/82, S. 10

Nachrichten

Axel-Caesar Frankenstein

Mit rund sieben Millionen Dollar soll der amerikanische Geheimdienst CIA Pressezar Axel Caesar Springer Anfang der 50er Jahre unter die Arme gegriffen haben. Murray Waas, Reporter des New Yorker Nachrichtenmagazins »The Nation« beruft sich bei seiner neuesten Enthüllung auf »absolut vertrauenswürdige Quellen des US-Nachrichtendienstes«.

Absicht des CIA sei es nach dem Krieg gewesen, Neo-Nazis und rechte Gruppen in Westdeutschland zu verhindern. Ein früherer »hochgestellter CIA-Offizieller«: »Das muß im Zusammenhang gesehen werden. Zu der Zeit war Springer ein Liberaler... Wir wollten dem deutschen Volk amerikanische Werte und demokratische Prinzipien nahebringen.«

Daß sich Springer während der Zusammenarbeit Ende der 50er Jahre vom Liberalen zum strammen Konservativen und kalten Krieger wandelte, hatten die CIA-Leute nicht eingeplant. Einer der Informanten des Reporters nimmt an, daß »Springer, als er mehr Macht und Einfluß gewann, einfach seine Ansichten geändert hatte und wie viele andere reiche und mächtige Leute in Deutschland wurde.«

Einer der früheren CIA-Offiziellen: »Einige von uns fühlten sich an Dr. Frankenstein erinnert. Wir hatten dazu beigetragen, etwas zu schaffen, was weder den amerikanischen noch den westdeutschen Interessen nützte.« Zurückpfeifen mochte ihn zu diesem Zeitpunkt aber niemand mehr: »Er war eine zu mächtige Person geworden. Wir konnten ihm keine Anweisungen mehr geben. Und es wäre peinlicher für uns als für ihn gewesen, wenn die Operation bekanntgeworden wäre.«

Die CIA-Verbindungen zu Springer, die mit Sicherheit bis in die 70er Jahre gereicht haben sollen - und laut »The Nation« womöglich noch bis heute andauern -, sollen für die Amerikaner trotzdem nützlich geblieben sein. Waas' Nachrichtendienstquellen besagen, daß Springer normalerweise kooperativ war, wenn er als Propaganda-Instrument des CIA gebraucht wurde. Zum Beispiel als der Geheimdienst Springer gebeten haben soll, die Pläne der Sowjets zu attackieren, Erdgasleitungen durch Italien und die Bundesrepublik zu bauen. Ein früherer CIA-Mann: »Solange uns Springer auf diesem Gebiet half, konnten wir ein Auge bei seinen anderen Ausrutschern zudrücken.«

Das Haus Springer hat auf Anfrage von »The Nation« Verbindungen zum CIA bestritten. Ein Sprecher des CIA hat - wie immer -jeden Kommentar abgelehnt. In einem Brief an die »Frankfurter Rundschau« hat Springer- Geschäftsführer Kracht erklärt: »Diese Nachricht ist von A bis Z erfunden.«

RADIKALAUER

Von Winfried Thomsen

Wer einen Bundespräsidenten nachmacht oder verfälscht oder nachgemachte oder verfälschte sich verschafft und in Verkehr bringt, wird mit fünf Jahren Palais Schaumburg belohnt.

Die FDP ist eine saubere Partei. Jetzt will sie sich endlich auch mal ein wenig eindreggern.

Zigaretten wurden teurer. Der Staat raucht mit. Deshalb geht's ihm so schlecht.

Wenn wir uns tüchtig vor ihm bücken, stopft uns Ronnie die Raketenlücken.

Wenn die Mieten steigen, wer den mehr Wohnungen gebaut? Aha, wird das Öl teurer, gibt es mehr Benzin.

Sicher, Helmut Schmidt regiert wie die CDU. Aber doch nur, damit die nicht an die Regierung kommt.

Die Nürnberger hängen keinen, es sei denn, sie hätten sie nicht alle.

Bayern braucht keine Gesamtschule. Wenn er will, versetzt der Strauß auch Berge.

Die FDP hat sich zur Partei der Malermeister entwickelt, und schon können wir sie streichen.

Holger Börner hat einen Dachschaden. Das kommt vom unsachgemäßen Gebrauch der Latten.

Eigentlich wollte Begin ja nur eine Friedensdemo. Warum mußten diese Araber ihm denn auch Häuser in den Weg stellen.

Die Neue Heimat wird doch nicht Perlach vor die Säue werfen.

Teure Franzosentid

Deutsche Fernsehanstalten haben zuviel Geld oder zuwenig aktuelle Stoffe: Der NDR meldet stolz die Verfilmung von »Ut de Franzosentid«, einem Roman des mecklenburgischen Schriftstellers Fritz Reuter (1810 - 1874). Gedreht wird am Originalschauplatz in Stavenhaben, ausschließlich mit DDR-Schauspielern. »Nach schwierigen Verhandlungen waren das Ministerium für Kultur und das DEFA-Studio jetzt bereit, das NDR-Projekt zu unterstützen.«

Übrigens: Die Verhandlungen wurden schon einmal erfolgreich abgeschlossen - vom ZDF. Ebenfalls in Stavenhagen und ebenfalls mit DDR-Schauspielern ließ die Mainzer Anstalt genau denselben Reuter-Roman verfilmen. Die ZDF-Version von »Ut. de Franzosentid« wurde im vergangenen Jahr ausgestrahlt, die NDR-Fassung kommt im nächsten...

Verdienste

»Starrsinn in falscher Sache nennen sie Treue«; sagt Tacitus über die Germanen. In Baden-Württemberg kennt die Treue heute noch keinen Limes: Zur Verleihung der Verdienstmedaille des Bundeslandes an den Vorsitzenden der »Organisation of the Jews from Württemberg«, Walter Strauss, lud die Landesregierung auch den früheren Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Er hatte einst als Verbindungsmann des NS-Außenministeriums zum Propagandaministerium des Joseph Goebbels gedient. Erst vor kurzem war bekannt geworden (KONKRET 3/82), daß der BND Ende der sechziger Jahre in Washington mit Hilfe des CIA Nazi-Akten hatte verschwinden lassen. Sie trugen die Unterschriften von Kiesinger und Adolf Eichmann, dem in Israel hingerichteten »Endlöser der Judenfrage«. Kiesinger hat die Darstellung bis heute nicht bestritten.

Trotz Folter ausgewiesen

Der Türke Evren Ata, 24, Mitglied der kurdischen Arbeiterpartei, berichtet über seine Gefangennahme durch Soldaten der Militärjunta: »Wir wurden untersucht, ob wir noch irgendetwas bei uns hatten. Dann mußten wir uns ausziehen. Anschließend wurden wir in ein Zimmer gesperrt. Offiziere und Soldaten sind gekommen. Wortlos fingen sie an, uns zu schlagen. Danach wurden wir in Einzelzellen gesteckt. Ich war immer noch nackt. Am sechsten Tag befahl mir ein Wächter, mich mit gestreckten Fingern an der Wand abgestützt hinzustellen. Nach zwei Tagen bin ich umgefallen... Dann haben sie mich gefoltert, ich wurde bewußtlos. Als ich wieder zu mir kam, wurde ich an den Händen an der Decke aufgehängt. Meine Füße konnten den Boden nicht berühren. Nach zwei Tagen wurde ich abgehängt, wieder verhört und gefoltert. Das ging zwei Wochen lang so. Zuletzt war ich nur noch bewußtlos.«

Vergangenes Jahr beantragte Ata Asyl in der Bundesrepublik. Die lebensgefährlichen Folgen der Folter bedürfen einer längeren Heilbehandlung. Im April dieses Jahres beschied ihm das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Kenntnis ärztlicher Atteste über seine Folterschäden: »Es läßt sich nicht feststellen, daß der türkische Staat durch seine Organe und Vertreter Minderheiten verfolgt... Die Gefährdung, der der Antragsteller in seiner Heimat ausgesetzt sein will, ist nicht auf gegen den Antragsteller persönlich gerichtete Maßnahmen der in der Türkei ausgeübten staatlichen Gewalt zurückzuführen... Es kann im übrigen nicht Aufgabe des Asylrechts sein, Schutz vor allgemeinen Folgen aus innerpolitischen Unruhen und ähnlichen Krisensituationen zu gewähren.« Daraufhin forderte das Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Osnabrück Ata auf, die Bundesrepublik zu verlassen. Ata mußte im Juni ausreisen.

Ilja kommt

Die Friedensbewegung macht auch vor Publikumslieblingen nicht halt. Oder umgekehrt: Als jüngstes Mitglied stieß Ilja Richter, Fernsehshowmaster, dazu. Sein Kommentar: »Man hat halt Angst vor der Aufrüstung, die man als 'Nachrüstung' bezeichnet. Ich halte es nicht für eine 'Nachrüstung', ich halte es für die gigantischste Aufrüstung, die jemals betrieben wurde.« Und weiter meint der Jungstar: »Daß Kommunisten mit in der Friedensbewegung drin sind, dazu brauche ich kein Kommunist zu sein, um das zu akzeptieren. Das sollte man den unkritischen Bürgern mal ins Stammbuch schreiben, daß das in Italien und Frankreich gang und gäbe ist... Man kann durchaus mit Kommunisten in bestimmten Punkten einer Meinung sein und nicht prinzipiell ihren Weg gehen, aber ein Stück Weges kann man allemal gehen. Wenn die Sozialdemokraten mit den Kommunisten in den 20er Jahren ein Stück des Weges gegangen wären, dann wäre Hitler nie an die Macht gekommen.«

Konkret 07/82, S. 12

Kai Hermann

Krieg dem Krieg!

Zwei Jahre amtiert Reagan. Die Kriegsangst hat seither zugenommen. Als der US-Präsident nach Deutschland kam, demonstrierten eine halbe Million für Frieden und Abrüstung.

Auf dem Bordstein von Kreuzbergs Heinrichtraße, eine Flasche Bier zwischen die Füße geklemmt, vergitterte, gepanzerte Fahrzeuge donnern vorbei. Die anderen auf dem Bordstein scheinen sich zusammenzuducken. Jemand spielt mit einem Pflasterstein. Berlin-Kreuzberg, drei Tage vor dem Besuch des US-Präsidenten Reagan. Die Kiez-Stimmung hat was von Nablus, Nazareth oder Hebron. In den patroullierenden Konvois lauern allerdings keine israelischen Soldaten, sondern West-Berliner Polizisten, Holzknüppel wippend, Tränengasgranaten schußbereit.

Die Assoziationen kommen nicht von ungefähr. Die »Bild«Schlagzeile des Tages: »Krieg!« mit Ausrufungszeichen. Und auch der Stammel-Text darunter jubelt über den israelischen Schlag gegen die Terroristen, als hätte Begins Vorhut nicht erst den Litani-Fluß, sondern schon den Landwehr-Kanal überschritten.

Israels Libanon-Blitzkrieg hat begonnen. Die Konzentration auf die Berliner Szene fällt schwer, während in den Nachrichten stündlich die Meldungen vom realen Krieg kommen. Verniedlicht, verstümmelt, verlogen: »Israelische Strafaktion«, »erklärtes Kriegsziel, das israelische Grenzgebiet vor palästinensischen Überfällen zu sichern« - »wurden wieder vermutete Stellungen der palästinensischen Freischärler bombardiert«. In Wahrheit stirbt die Zivilbevölkerung schon zu Tausenden, ist die israelische Aggression ein so offener Bruch des Völkerrechts, so ohne Alibi wie wohl kein Angriffskrieg seit 1945.

Krieg im Libanon, Vorkriegsstimmung in West-Berlin, das hat was miteinander zu tun. Das hat was mit dem US-Präsidenten zu tun, der bei den politisch und moralisch Sensiblen mehr Aggression auslöst als irgendein Nixon oder Schah Reza. Er ist der führende Repräsentant jener, die dem Krieg nach 35 Jahren wieder die Legitimation westlicher Moral gegeben haben.

Noch vor zwei Jahren wäre dieser unprovozierte israelische Angriff undenkbar gewesen. Der jüdische US-Vorposten wurde mit Drohungen und diplomatischem Raffinement erfolgreich geschützt und ausgebaut. Nun formuliert US-Außenminister Haig noch auf deutschem Boden ganz selbstverständlich seine Kriegsziele im Libanon. Indes wird Sidon plattgebombt.

In Kreuzbergs Heinrichstraße kreisen die unauffälligen Golfs mit dem »Herz für Kinder« und zwei immer aufmerksamen, auffallend lässig gekleideten jungen Männern unentwegt. Die auf dem Bordstein sitzen und in den Eingängen überfüllter Kneipen stehen, zeigen mit dem Kopf auf die Golfs: »Eine Menge Zivis unterwegs.« Schon von weitem hören sie die schweren Mannschaftswagen: »Einige Wannen auf Tour wieder.« Und: »Sieht nach Action aus.« Martinshörner ein paar Block weg. Sie stehen auf. Setzen sich wieder hin. Die Spannung entlädt sich nicht an diesem Abend. Es bleibt unheimlich ruhig an den Tagen und in den Nächten vor dem Besuch auf den Kreuzberger Straßen.

Vorkriegsstimmung. »Vorkriegszeit« heißt eines der Blätter der West-Berliner Widerstandsszene. Kriegerische Strategie und Taktik wird gedruckt feilgeboten. Gerüchte laufen Amok. Hast du gehört, die Bullen haben gerade alle von soundso abgegriffen. Daß die Bullen morgen sowieso alle abgreifen. Die geplante Demonstration während des Präsidentenbesuchs ist endgültig, höchstrichterlich, verboten. Was in europäischen Hauptstädten noch demokratische Selbstverständlichkeit ist, darf in West-Berlin nicht sein. Aber das hat sowieso jeder vorher gewußt. Legal, illegal, scheißegal.

Seit Monaten läuft der Countdown für den Reagan-Besuch. Auf beiden Seiten der Front. Und die Begriffe Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nicht gerade wesentliche Inhalte strategischer Planung in besetzten Häusern, Rathäusern, Polizeiquartieren. Es wird vom Krieg gesprochen.

Seit drei Wochen wogt der »Lappenkrieg«. Die Subversiven bemalen billiges weißes Tuch vom Türkenmarkt mit Parolen, hängen es aus den Fenstern oder praktizieren es auch an schwer zugängliche Hauswände. Sie sprayen und malen beleidigende Sprüche direkt auf Stein. Mal eher durch die Blume: »Weine nicht, wenn der Reagan fällt.« Mal sehr direkt: »Kill Reagan now.« Manchmal auch subtil: »To be or Na-To be.« Oder mit dem Witz eines Deutschen Ex-Präsidenten:

»Reagan how up.« Die Ordnungsmacht kämpft dagegen. Es gibt eine Sonderkommission der Polizei, eine Art Generalstab des Lappenkriegs. Einsatzkommandos hetzen durch die Stadt, hochgerüstet mit Knüppeln und Schildern, Enterhaken und Leitern, Farbeimern und Quasten. Mehr als 700mal schlagen sie zu. Durchsuchen Wohnungen, fangen Passanten, fahnden nach beweisträchtigen Farbspritzern. Vor allem aber reißen sie die Lappen runter und übermalen die Wandparolen. Und kaum sind sie weg, weht neues Tuch, gibt die weiße Polizeitünche kontrastreichen Untergrund für andere Präsidenten-Beleidigungen. »Bullenmalwand« steht über den vielen Farbschichten einer Kreuzberger Hauswand.

Wer fragt in West-Berlin schon noch nach Gesetzestexten, wenn Action ist? Wann sich der US-Präsident beleidigt fühlt, bestimmen Polizei und Staatsanwalt. Und auch, wenn Grundrechte wie das auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt

werden. Unerklärter Ausnahmezustand. Bürgerkriegs-Verordnungen.

So stürmen dann auch Hunderte von Polizisten Zeitungskioske und Läden überall in der Stadt und reißen den KONKRET-Aufkleber »Reagan go home« vom Titel. Spähtrupps machen die Plakette an Heckscheiben aus, bewaffnete Zensur-Kommandos überkleben und übermalen. Jeans mit Aufkleber müssen runter. Bis die ermattende Polizei mit alliierter Absolution auf diesem Nebenkriegsschauplatz vor der Übermacht kapituliert.

Psychologische Kriegsführung ist noch vieles. Auch Springer mobilisiert. Seine Berliner Morgenpost«, das traditionsreiche Bürgerblatt, macht Farbe auf die erste Seite. Und darunter - das sei stellvertretend zitiert für die mannigfaltigen ähnlichen Ergüsse dieser Blätter: »Froh und dankbar - so wollen die Berliner dem amerikanischen Präsidenten ein herzliches Willkommen bereiten.« Blumen sollen in die Fenster gestellt werden. »Wie hübsch der Gruß aussehen kann, demonstriert der bekannte Blumenhändler Rühl. Er wählte Blüten in den amerikanischen Sternenbanner-Farben. Eine prächtige Kulisse - die nicht einmal viel kosten muß.« So unverblümt gehen krämerischer Kommerz und Freiheit, die sie meinen, zusammen. Auf dem Foto streckt die bekannte Blumenhändler-Familie die Hände in die Höhe zum matten »Heil Reagan« und strahlt froh und dankbar ins Leere, auf einen imaginären Führer der westlichen Welt.

Zwar wurden der bekannten Frau Rühl die Achselhaare unter dem erhobenen Arm wegretuschiert, aber beklemmender Geruch von Achselschweiß bleibt. Es ist nur noch Schwitziges, was übriggeblieben ist vom legendären Berlin-Pathos.

Die Alternativen, die Autonomen, die Hausbesetzer haben da schon auch Deodorant-Funktion, wurden für die Berlin-Werbung wirksam eingesetzt. Bei Reagan aber hören alle Integrationsbemühungen auf.

Auf der Szene hat wochenlange kraftmeierische Vorbereitung noch keine gemeinsame Konzeption für den Kampftag gebracht. In dem besetzten Haus, in dem wir zu Gast sind, werden noch fantasievolle Strategien diskutiert. Die strategischen Entscheidungen aber fallen woanders. Auf der Vollversammlung der großautonomen Gruppen. Und da steht es mehrheitlich fest, daß dem Feind nicht ausgewichen wird. »Krieg dem Schweine-System.« Es soll die Schlacht haben, die es will. Sammelplatz für die verbotene Demonstration bleibt der »Nolli«, der Nollendorfplatz. Da sind besetzte Häuser, da ist Schöneberger Kiez, da sind schon manche Scharmützel geschlagen worden. Heimspiel für die Szene. Diskutiert wird von den versammelten Autonomen nur noch Logistisches - »wo kann man Helme und sowas bunkern« - und Schlachtpraxis: »Wir Sanis müssen unbedingt geschützt werden, weil die Bullen auf uns immer zuerst draufgehen. Wenn wir uns um einen Verwundeten kümmern, brauchen wir entschlossene Leute, die uns aktive Deckung geben.« Opfer sind einkalkuliert.

Als sich die Delegierten der Alternativen Liste am nächsten Abend versammeln, ist längst alles ohne sie gelaufen. Abgeordnete der AL warnen unsicher davor, für die illegale Demonstration weiter zu »mobilisieren«, »Leute sinnlos zu verheizen«, zur »Nachhut der Autonomen« zu werden. »Wie können wir da noch politische Inhalte transportieren?« Sie merken dann, daß zur Reagan-Zeit keine Muße für politische Diskussionen, keine Chance zum Abwiegeln bleibt. Die Alternative Liste, stärkster Repräsentant der linken Szene, muß kapitulieren. Entweder vor einigen hundert Militanten der autonomen Gruppen oder vor der Staatsmacht und ihrem Demonstrationsverbot. »Da bleibt uns nur noch das Militärische zu besprechen«, resümiert ein Delegierter. Die AL mobilisiert weiter, ohne noch Einfluß auf das Unvermeidliche nehmen zu können.

Im Weltsicherheitsrat haben die USA ihr Veto gegen einen libanesischen Waffenstillstand eingelegt. US-Militärexperten haben den Libanon zum »Testgelände für neue Waffensysteme« erklärt. Der »aufschlußreiche Ost-West-Vergleich« wird zum »Triumph westlicher Wehr-Technologie«.

Den sowjetischen Tank T 72, über dessen Panzerung Wundersames geglaubt wurde, knacken die Israelis »wie Walnüsse«. In der größten Luftschlacht seit dem 2. Weltkrieg holen die F15 und F16 die Migs vom Himmel »wie die Fliegen«. Die »schlaue Bombe« der USA findet den Weg unfehlbar in die Sam-6-Raketenstellung. Ein selten gelungener Test, der selbst Optimisten in den USA überrascht.

Am Vorabend des Reagan-Besuchs wird in West-Berlin legal demonstriert. Gegen Krieg und Reagan, für Abrüstung. 50.000 Teilnehmer gibt die Polizei zögernd zu, 100.000 zählen die Veranstalter. Sie demonstrieren fröhlich, fantasievoll, friedlich. Es ist eine der größten Demonstrationen in West-Berlin seit dem Besuch John F. Kennedys.

Berlins größte Zeitung, Springers BZ, berichtet darüber in ein paar Zeilen unter Vermischtes. Die Schrifttype ist kleiner als in den übrigen Kurzmeldungen. Die Autonomen haben gewarnt vor dem Hohn der Mächtigen über so viel brave Friedfertigkeit.

Der Schock der ersten großen Friedensdemonstration ist weg. Die artigen Massen in Bonn und Berlin sind den Regierenden in ihren Reden schon nur noch Beweis für lebendige Demokratie, ein Geschenk der USA, und es schockt auch keine Selbstverbrennung. Pfarrer Brüsewitz in der DDR, Jan Pallach in der Tschechoslowakei brannten als Fanale. Von Dietrich Stumpf wird unter Randerscheinungen des harmonischen Präsidenten-Besuchs in Bonn Notiz genommen.

Der militante Flügel der West-Berliner Friedensbewegung, der dem Krieg den Krieg erklärt, will erschreckte Schlagzeilen. Nicht als Opfer, sondern als Täter. Und sie können hoffen, daß in diesen Tagen ihre noch dünne Basis von der Staatsmacht gestärkt wird. Die bricht in Häuser ein, beschlagnahmt Kassetten und Lautsprecher, von denen Kriegslärm abendliche Ruhe auf den Straßen stört. Sie nimmt potentielle illegale Demonstranten in Vorbeugehaft. Sie verbietet den Verkauf von Heliumgas, nimmt alle Bewohner eines besetzten Hauses fest, die an mit Helium gefüllten Ballons Parolen in den Berliner Himmel steigen lassen wollen.

Aber auch humanitäre Vorbereitungen werden getroffen. Für die Krankenhäuser wird erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet, die Zahl der diensthabenden Ärzte verdoppelt.

Am noch frühen Morgen des 11. Juni sind die Kreuzberger Hausbesetzer in der U-Bahn Richtung Nollendorfplatz. Die freudige Erwartung ist gedämpft. Die Taktik der Bullen ist zu ungewiß. Spekuliert wird, daß niemand bis zum »Nolli« kommt, daß schon vorher draufgehauen und abgegriffen wird.

Im Libanon ist Damour gefallen. Nach einem Bombardement, das wenig Chance zum Überleben in der Stadt ließ.

Ich war bei der letzten Eroberung Damours dabei, vor fünf Jahren. Damals siegten Moslems und Palästinenser über die Christen in Damour. Als Vergeltung für totale Zerstörung und Massaker in zwei Beiruter Flüchtlingslagern durch christlich-faschistische Milizen. Auch in Damour kam es damals zu Massakern. Der Kampf der Palästinenser ums Überleben war nicht immer nur heldenhaft.

In die Ruinen von Damour zogen dann die Überlebenden der Flüchtlingslager. Vergewaltigte Frauen, Familien, die zusehen mußten, wie ihre Väter hinter Autos zu Tode geschleift wurden, Verstümmelte, die elendsten Opfer des permanenten Kriegs.

Das zweite Massaker von Damour muß um ein Vielfaches furchtbarer gewesen sein als das erste. In den SFB-Nachrichten ist es eine knappe Siegesmeldung.

In der U-Bahn zum Nollendorfplatz scheint Ratlosigkeit schon über den nächsten Schritt zu herrschen. Von irgendwoher kommt dann das Kommando, schon am »Gleisdreieck« auszusteigen. Und irgendjemand führt uns durch die ökologisch intakte Wildnis des Gleisdreiecks, jenes botanisch-berühmte Reichsbahngelände, auf dem die Natur seit 1945 macht, was sie will.

Kaum ist wieder Asphalt unter den Füßen, erscheint am Ende der Straße das erwartete Bild. Eine unübersehbare Übermacht des Gegners. Ein Spähtrupp wird ausgeschickt. Er kommt durch. Alle passieren schließlich die Hundertschaften, unbelästigt. Nicht einmal die bei legalen Demonstrationen obligate Durchsuchung nach aktiver und passiver Bewaffnung.

Einige Tausend treffen sich verhalten jubelnd auf dem Nolli. Sie schlagen sich auf die Schultern und sagen: »Was ist los? Das darf doch nicht wahr sein.« Einer von den Alternativen triumphiert schon vorsichtig: »Wir haben also das Demonstrationsrecht durchgesetzt.«

Dann geht es überraschend schnell. Ober die vielen Zufahrtsstraßen zum Nollendorfplatz wird Stacheldraht gerollt. Wer durch die letzten Lücken noch fliehen will, steht vor grinsenden Uniformierten mit erhobenem Knüppel.

Die Polizeistrategen haben die chilenische Variante gesetzt. Ein Lager ist entstanden, in dem fast alle Subversive dieser Teilstadt konzentriert sind.

Reagan fährt indes auf geheimgehaltener Route durch eine Geisterstadt zum Checkpoint Charly. Keine jubelnden Berliner, kein blau-weiß-roter Blumenschmuck in den Fenstern, nicht einmal Berlins begeisterungsfähige Taxifahrer haben den verordneten Gratis-Zierrat an den Wagen angebracht. Die schweigende Mehrheit scheint diesen Präsidenten zu verdrängen.

Die Militanten auf dem Nolli, verstärkt durch besonders Militante aus Westdeutschland, haben dem »Schweine-System« alles zugetraut. Nun lähmt sie die Überraschung fast eine halbe Stunde lang.

Als es aus dem Lautsprecherwagen der Polizei höhnt, der Kessel habe zwei »kontrollierte Ausgänge«, fliegt der erste Stein. Ihm folgt der Steinhagel. An einem Abschnitt der Front fliehen die Uniformierten in die Mannschaftswagen, die im Rückwärtsgang entkommen. Der Stacheldraht ist weggeräumt. Der Ausbruch wäre möglich. Aber die Vorhut der Autonomen scheint in der vom Feind aufgezwungenen Kesselschlacht den eigenen Vorteil entdeckt zu haben und zieht sich wieder zurück.

Das Kesselerlebnis zwingt die Mehrheit der passiven Gewaltlosen in die Solidarität mit der aggressiven Minderheit. Es wird ihnen das irritierende Erlebnis vorgeführt, daß Polizisten nicht knüppeln, sondern weglaufen. Die sichtbare Angst auf dem ausweglosen Platz wird kompensiert von den paar hundert scheinbar furchtlosen Maskierten.

Es gibt keinen Protest der Friedlichen gegen die Steinwürfe. Es wird kein Widerspruch laut, als die Schaufenster vom Einrichtungshaus Roland zerspringen und gehobene deutsche Wohnkultur auf brennenden Barrikaden gestapelt wird, als

der erste Mercedes auf die Seite kippt.

Die Polizei wagt keinen Gegenangriff. Es darf unbehelligt gebrandschatzt werden im Subversiven-Lager. Die Staatsmacht wirft frische Einheiten nach vorn. Ihr Versuch, Brückenköpfe zu bilden, scheitert. Sie belegt den Platz mit Tränengasgranaten. Schutz haben nur die Aktiven, die passiv Bewaffneten mit Gasbrille, Gesichtstuch und Zitrone. Sie sind die Helden der hilflos Heulenden, weil sie immer wieder die Tränengasgranaten in die Reihe der Feinde zurückwerfen.

Im Charlottenburger Schloßgarten schwenken indes 25.000 von den Geheimdiensten handverlesene Berliner US-Fähnchen. Die meisten sind dienstverpflichtete Freiwillige aus dem öffentlichen Dienst. Weil die Computer über die am meisten wissen, und weil die Einladungskarten über die staatstragenden Verbände nicht loszuschlagen waren.

Nach etwa zwei Stunden gelingt der Ausbruch vom Nolli auf die Bülowstraße. Vielleicht hat die Polizeiführung eingesehen, daß die Kesselschlacht zu verlustreich wäre. Die Materialverluste gehen schon in die Hunderttausende.

Der Rückzug ist ungeordnet. Ein Mannschaftswagen bleibt manövrierunfähig liegen. Die Besatzung flieht in Panik. Die Wanne brennt, umgestürzt, Sekunden später.

Für einen kurzen Nachmittag herrscht über dem Schöneberger Kiez die Anarchie. Brennende Barrikaden allerorten. Leute ohne Helm und Gesichtsmaske, die Steine werfen und zündeln. Leute, die am Morgen offenbar noch nicht davon geträumt haben, gewalttätig zu werden. Der Staatsschutz filmt und knipst aus den Häusern. Auf einen Steinwurf, auf einen verdroschenen Polizisten können Jahre Knast kommen. Nichts schreckt mehr. Die Wut wird hirnlos. Auch Kleinwagen verstärken Barrikaden. Die Scheibe einer türkischen Änderungs-Schneiderei geht zu Bruch.

Die Szene hat viel Absurdes. Über der Schlacht werkeln türkische Bauarbeiter unbeeindruckt fleißig an der Fassade eines ehemals besetzten Hauses. Als an ihren Bauwagen Feuer gelegt werden soll, holen sie ihre Klamotten raus.

Vor dem Puff »Am Sportpalast« stehen die meisten Mädchen teilnahmslos besoffen. Eine lallt wieder und wieder: »Die Amerikaner tun doch so viel Gutes« und klammert sich an eine Polizistenbrust. Die Luden fahren vor, als sei es ein verdienstreicher Freitag wie jeder andere. Keiner zieht die Knarre, als ihre Wagen verbrennen.

Die Polizei gewinnt, zunächst am Winterfeldplatz, nur mühsam Terrain. Ihre gelegentlichen Attacken sind eher hilflos. Den Uniformierten bleibt zunächst nur Guerilla-Taktik: Hit and Run. Mannschaftswagen jagen mit Höchstgeschwindigkeit durch das Chaos. Sie bremsen, wo wenig Widerstand vermutet wird. Der Greiftrupp greift an. Die 11,0-Sprinter mit Turnschuhen und leichter Bewaffnung.

Sie erwischen, wie gehabt, die Fußkranken, die vor Angst Unbeweglichen, die stehenbleiben, weil sie sich unschuldig fühlen, oft Frauen. Sie schlagen in Sekunden krankenhausreif, was sie kriegen können, bevor sie in die Wannen zurücksprinten.

gegen Abend geht die Anarchie in die Kneipen zurück. Die Stadtreinigung räumt, fegt, sprengt mit Wasser. Die äußere Ordnung ist in kürzester Zeit penibel wiederhergestellt. Die schwersten Ausschreitungen in Berlin seit dem 17. Juni 1953 sind vorbei.

Auf dem Kiez von Schöneberg und Kreuzberg wird trügerischer Sieg gefeiert. Als hätten Pflastersteine nicht nur ein paar Polizisten in die Flucht geschlagen, sondern gleich die ganze Bande der Hochrüster, als habe das ganze »Schweine-System« gewackelt wie die Polizei-Wannen.

Immerhin, Schlagzeilen hat man. Um vieles fettere als die Massen der friedlichen Marschierer. Alle sind entrüstet über die »Berliner Orgie der Gewalt«. Vom CSU-Generalsekretär bis zum Bundeskongreß der Jusos.

Auf den Malwinen ist inzwischen bis zum blutigen Ende gesiegt worden. In Reagans libanesischen Stellvertreterkrieg zählt das Rote Kreuz vorläufig 10.000 Tote und eine Million Obdachlose. Die Quartiere der Palästina-Flüchtlinge sind ausradiert. Die Endlösung der Palästinenser-Frage hat mit Massenmord begonnen. Unsere Väter und Großväter haben Ähnliches mit den Juden gemacht.

Wer würfe da den ersten Stein.

Konkret 07/82, S. 20

Uwe-Karsten Heye

Die Staatsmacht im Sicherheitstrakt

Das Bonner Gipfeltreffen der NATO fand ohne Publikum statt. Die Ergebnisse waren mager. Was auf den Tisch kam, ist nichts als Spielmaterial. Ronald Reagan will der Sowjetunion immer noch das amerikanische Rüstungs-Profil aufzwingen.

Hans-Dietrich Genscher dürstet nach Journalisten.« Mit diesen Worten kam Karl-Theodor Paschke, Pressesprecher des Auswärtigen Amtes, auf die kleine Schar handverlesener Reporter an Bord der MS »Stolzenfels« zu und bat unter Deck. Dort saß er und suchte wieder Anschluß. Denn seit der Landung der Reagans, die der Außenminister auf dem Kölner Flughafen begrüßen durfte, bis zu diesem Schlußabend des Bonner NATO-Gipfels auf den trüben Fluten des Rhein, hatte Genscher die Rolle des stummen Dieners spielen müssen. In diesem Akt des Bonner Sommertheaters war der an Hauptrollen gewöhnte Liberale nicht gefragt.

Kanzler Schmidt, Gastgeber auf der »Stolzenfels«, hatte zur Bootspartie stromauf geladen, während sich Grüppchen heimwärts ziehender Demonstranten am Ufer des Rheins die Füße kühlten. Die meisten an Bord nahmen erst jetzt zur Kenntnis, was sich da auf der dem Regierungsviertel gegenüberliegenden Rheinwiese getan hatte. Die Gefangenen im Bonner Hochsicherheitstrakt im Blickkontakt mit der Wirklichkeit - ein symbolisches Bild.

Keine Maus konnte in diesen Bonner Tagen ohne Ausweis zur »Elite des freien Westens« vordringen. Hundertschaften des CIA waren schon Wochen vorher in Bonn eingeflogen und hatten jede Ritze zugeschmiert. Sie trauten nichts und niemandem. Da sie wissen - oder doch ahnen -, welche Schrecken die Reden der Reagans und der Weinbergers in die Welt getragen haben, bunkern sie ihren Schützling ein.

Am liebsten hätten die CIA-Leute die Baumreihen im Park des Palais Schaumburg, dem Kanzlersitz, abrasiert, dort wo der Präsidentenhubschrauber landen sollte. Doch weder damit noch mit der Forderung, die Ehrenformation der Bundeswehr müsse die Bolzen aus ihren Gewehren entfernen, waren sie durchgedrungen. Der Kanzler schnarrte auf derartige Zumutungen der »Freunde« jenseits des Atlantiks unwirsch, noch kein amerikanischer Präsident sei bislang außerhalb der USA unfreiwillig zu Tode gekommen. Wie wahr.

Im Bundestag, wo jeder Polizist und jeder Zivilist seine Knarre an der Garderobe abgeben muß, nahmen die amerikanischen Besatzer dann keine Rücksicht mehr. Der Colt war immer dabei. Draußen schützten 17.000 deutsche Sicherheitskräfte den Gipfel im Bonner Loch, angerückt aus Hamburg und München, aus Göttingen und Braunschweig. Mann an Mann säumten sie die Straßen zum Schloß Augustusburg bei Brühl. Sie schauten hinter jeden Busch, durchkämmten jedes Kornfeld. Schild an Schild boten sie Schutz vor dem Volk, das nicht gekommen war.

Auch vom Kanzler gab es keine Kniefälle vor dem Mann aus dem Weißen Haus. Und der hat ja schließlich auch seine Probleme: Spätestens seit dem Friedensmarsch der 500.000 und mehr in New York am Wochenende nach seinem Europa-Trip könnte sogar Reagans Fan Helmut Kohl wissen, warum der amerikanische Präsident seine Aufrüstungsbotschaft in Bonn und Berlin in so sanfter Tonlage vermittelte. Die Melodie ist aber immer noch dieselbe.

Reagans Kernsatz in seiner Rede vor dem Bundestag: »Die Gefahr militärischer Erpressung wäre sehr groß, wenn die atlantische Sicherheit nicht verstärkt wird. Das ist keine unmögliche Aufgabe... Deshalb müssen wir weiterhin diejenigen Schritte unternehmen, die getan werden müssen, um die Abschreckung glaubhaft zu machen.« Allen Schmus beiseite - es war auch in Bonn der ewige Reagan. Allerdings einer, der die Freeze-Kampagne mit ins Kalkül zieht.

Und was bleibt ihm denn auch anderes übrig. Von den kalifornischen Rüstungsmilliardären finanziert und erfolgreich in das Rennen um die amerikanische Präsidentschaft geschickt, muß er die Statthalterfunktion des Rüstungskapitals in Washington wahrnehmen. Und da er die Wall Street in New York mit seinem fehlgeschlagenen Wirtschaftsprogramm schon enttäuscht hat, wird er die andere Klientel bedienen müssen, sonst wird er - spätestens nach der ersten Regierungsperiode - ausgetauscht werden.

Gewandelt hat sich die Taktik, nicht das Ziel. In Bonn verschob Reagan sein Rüstungscredo auf den Bereich der konventionellen Verteidigung. Das klingt netter als Atom. Im gleichen Atemzug wird für die strategischen Streitkräfte die Vokabel »Modernisierung« eingeführt. Bisher hat die Friedensbewegung den Rüstungsfanatikern in Washington und anderswo nur die alte Sprache verschlagen.

Längst haben Analytiker in Bonn ja herausgefunden, daß die mit großem Brimborium verkündete Verhandlungsbereitschaft der Amerikaner auf Vorschlägen basiert, die Moskau nicht annehmen kann. Reagan will den Sowjets das amerikanische Rüstungsprofil aufzwingen. Moskau soll zu einer kostspieligen Umrüstung gebracht werden, damit die USA die teuersten Punkte des eigenen Aufrüstungsprogramms finanzieren, gleichzeitig aber weniger für die Rüstung ausgeben können.

Im Klartext bedeutet START (Strategic Arms Reduction Treaty) das Abkommen über die Reduzierung strategischer Waffen, auf der Basis des US-Vorschlagspakets, daß beide Supermächte, ungeachtet der Rüstungsstruktur Moskaus, die Zahl der Sprengköpfe auf ballistischen Raketen um ein Drittel verringern sollen und daß vom verbleibenden Rest nicht

mehr als die Hälfte landgestützt sein dürfen. Während aber die Landmacht Sowjetunion 80,4 Prozent ihres strategischen Zerstörungspotentials landgestützt hat und nur 19,6 Prozent auf U-Booten, ist es bei den USA genau umgekehrt: 31,3 Prozent land- und 68,9 Prozent seegestützt.

Beides, die Reduzierung um ein Drittel und die von den Amerikanern vorgeschlagene Verteilung des Potentials zu Wasser und Land, zwängen Moskau nach vorliegenden Bonner Zahlen in ein kostspieliges Umrüstungsprogramm auf seegestützte Sprengköpfe. Moskau müßte auf See 951 Sprengköpfe zurüsten, während die USA nur 155 Sprengköpfe bei den landgestützten Abschußrampen aufzustocken hätten.

Strategisch hätten die USA alle Vorteile für sich: Moskau wäre zu einem kostspieligen Umrüstungsprogramm in einem Bereich gezwungen, in dem es den USA unterlegen ist. Dagegen könnte Washington das eigene Verteidigungsbudget reduzieren, langfristig den eigenen Haushalt entlasten, wirtschaftlich gesunden. Gleichzeitig hatten die Amerikaner genügend Mittel, eine neue Waffengeneration - wie etwa das ABM-Programm, ein Antiraketen-Raketen-System - zu entwickeln.

Die Endsieger in Washington knüpfen daran die Hoffnung, eines Tages doch unverwundbar gegen die sowjetischen Nuklearpotentiale zu werden. Und auch der teuerste Punkt in Reagans Rüstungsprogramm könnte so angegangen werden: Die Verbesserung der Satelliten-Funkleitsysteme für Raketen und Beobachter, die unter der harmlos erscheinenden Überschrift «Command, Control, Communication« versteckt ist. Auch hierbei geht es um die Strategie der »Unverwundbarkeit«. Ziel: »Den elektromagnetischen Impuls« zu neutralisieren, der bei in großen Höhen entzündeten Atombomben entstehen soll und dessen Wirkung die Ausschaltung aller elektronischen Befehlszentren ist.

Moskau muß daran interessiert sein, den technologischen Durchbruch der USA aufzuhalten, und braucht also Verhandlungen mit offenem Ziel. Was jetzt auf dem Tisch liegt, und zwar von beiden Seiten, ist nichts als Spielmaterial.

Da sie auf die Substanz der Vorschläge nicht einwirken konnten, beschränkten sich die Alliierten darauf, jedenfalls an der Gesprächsnotwendigkeit zwischen den Supermächten keinen Zweifel zu lassen. Aus Rücksicht auf die Friedensbewegung im eigenen Land und auf die Verbündeten haben sich die USA deshalb an den Verhandlungstisch bequemt. Mehr nicht. Und das reicht eben nicht aus, um den Niedergang der Bonner Koalition aufzuhalten. Daher dürstet es Genscher immer wieder nach Journalisten, denen er die beliebigen Regeln seines Bonner Wechselspiels erläutern kann.

Konkret 07/82, S. 22

Werner Heine, Thea Bock, Thomas Ebermann

»Ohne die SPD gäbe es uns gar nicht«

In Hamburg wird gegenwärtig entschieden, wie die Bundesrepublik weiter regier werden soll. Nach dem Niedergang der FDP, der Niederlage der SPD und dem Nicht-Sieg der CDU hat sich die Grün-Alternative Liste (GAL) endgültig als dritte Kraft etabliert. Mit der SPD hat sie links von der CDU die Mehrheit. Die Sozialdemokraten müssen nun entscheiden, ob sie aus Berührungsangst die Macht verlieren oder mit Hilfe der GAL an ihre Basis zurückkehren. Wie immer das ausgeht: eine Fortsetzung der alten Politik wird es nicht gehen

Das ist das Ergebnis der Wahl: Die SPD landete mit 42,7 Prozent auf Platz zwei hinter der CDU mit 43,2 Prozent. Die Grün-Alternative Liste GAL zog mit 7,7 Prozent der Stimmen und neun Abgeordneten in die Bürgerschaft ein, die FDP blieb mit 4,9 Prozent draußen.

Jetzt sollen Neuwahlen im kommenden Frühjahr die Situation retten. Den naheliegenden Weg zur Fortsetzung einer Nicht-CDU-Regierung, ein Bündnis mit der GAL, hatte sich Bürgermeister Dohnanyi lange vor der Wahl versperrt, als er erklärte, die GAL gebe es für ihn nicht. Nun wählten zwar mehr als 50 Prozent der Hamburger links von der CDU, aber gut 70.000 von ihnen jene nicht Existenten links von der SPD.

Die hatten bereits im März der SPD vorgeschlagen, einen Minderheiten-Senat nach der Wahl zu tolerieren, wenn dieser eine »grundlegende politische Wende« herbeiführe. In einem Acht-Punkte-Papier waren die Wendemarken benannt - Ausstieg aus der Kernenergie, Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich, Verzicht auf die Zerstörung des Süderelbegebiets durch Hafenerweiterung, eine saubere Elbe und Verzicht auf den Einsatz von Polizeihunden bei Demonstrationen. Eine Antwort hatte die GAL auf ihr Angebot nicht erhalten. Denn immer noch bestimmen Helmut Schmidt aus Bonn und seine rechte Mehrheit in der Hamburger SPD, wie die Probleme eines industriellen Ballungsgebiets und der dort lebenden Arbeiter zu lösen sind. Und in den Vorstellungen des Kanzlers und seiner Kreisvorsitzenden in Bergedorf, Wandsbek oder Hamburg-Mitte gibt es kein Rütteln an der Kernenergie oder den Subventionen für die Großindustrie oder der Waffenproduktion bei Blohm & Voss.

Das Ergebnis vom 6. Juni zeigt, daß des Kanzlers Wähler beginnen, eine abweichende Meinung zu haben. Zustimmung für Sozialdemokraten gab es überdurchschnittlich nur noch bei den Rentnern. Von den über 60jährigen wählten 48,9 Prozent SPD. Bei der Generation der 25- bis 35-jährigen waren es vor vier Jahren mal 54,3 Prozent, diesmal noch 40, 1. Bei den noch Jüngeren ging der SPD-Anteil auf 38,7 Prozent zurück. Jeder vierte dieser Altersgruppen wählte GAL. Den Schulabgängern ohne Lehrstellen und mit gekürztem Bafög, aber der Aussicht auf Cruise Missiles und Schwermetalle im Gemüse warf Ex-Bürgermeister Herbert Weichmann (SPD) nach der Wahl deshalb Undankbarkeit vor. Die jungen Leute wüßten »den Wert des Wohlstands nicht zu ermessen«.

Den Arbeitern aus den Wohnquartieren der Neuen Heimat am Mümmelmannsberg, die in den letzten drei Jahren sieben Mietpreiserhöhungen schlucken mußten, bevor sie jetzt erfuhren, wer daran verdiente, und den 50.000 Wohnungssuchenden in Hamburg, machte der sozialdemokratische Spitzenkandidat drei Tage vor der Wahl den Urnengang schmackhaft, als er ihnen in der »Bild«-Zeitung halbseitig den Einblick in sein Zuhause gewährte: »Die 250qm-Erdgeschoßwohnung in einer weißen Villa mit Alsterblick... Dann die Terrasse. Zwei weiße Sofas, eine Blumenschale... Ist es hier nicht zauberhaft, fragte der Bürgermeister.«

Nicht einmal das trieb die traditionellen SPD-Wähler massenhaft in die Arme der CDU. Die blieben am Wahltag lieber zu Hause. Altona und die Arbeiter-Viertel in Hamburg-Mitte hatten die niedrigste Wahlbeteiligung. Im vornehmen Elbvorort Nienstedten wählten 94 Prozent.

Die SPD, die auch an Neuwahlen denkt, muß besonders ein Ergebnis nachdenklich machen. In der Altersgruppe der bis zu 35jährigen konnte die GAL seit 1978 ihren Anteil mehr als verdoppeln. Ein Trend hat sich angebahnt. Aber die Parias von der GAL wirken immer noch abstoßender als ein »überparteilicher Bürgersenat«, den Kiep nach der Wahl forderte, dem Weichmann sofort applaudierte und den Dohnanyi lediglich einen »ausgefallenen Vorschlag« nannte.

KONKRET fragte die neuen Bürgerschaftsabgeordneten Thea Bock und Thomas Ebermann von der GAL, warum die SPD sich mit ihnen so schwer tut und wie es nun weitergeht mit dem Regieren in Hamburg.

KONKRET: Wird es dazu kommen, daß die GAL in Hamburg einen Minderheitensenat der SPD toleriert?

Thea Bock: Zumindest müssen sich die Sozialdemokraten jetzt mit uns auseinandersetzen. Die haben ja bisher so getan, als ob es die GAL gar nicht gibt. Die waren einfach überheblich. Sie haben auch die politischen Probleme, die unser gutes Abschneiden bewirkt haben, einfach nicht ernst genommen. Das ist jetzt vorbei. Doch zur Frage: Nach meiner Einschätzung wird es zu einer Tolerierung nicht kommen.

Thomas Ebermann: Die SPD hat in den letzten Jahren Entscheidungen getroffen, die gegen eine Minderheitsregierung mit unserer Zustimmung sprechen. Sie hat in Hamburg Hans-Ulrich Klose abgeschossen, Sie hat jetzt in Bonn Erhard Eppler abgeschossen, sie hat sich weitgehend auf das Löwenthal-Papier* geeinigt. Dessen Substanz ist die Ausgrenzung der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung und der sogenannten Randgruppen. Es gibt zur Zeit keine Verlautbarung der SPD, die in diesen Fragen eine Wende signalisiert. Deswegen sind die Chancen zur Zusammenarbeit gering, aber an uns wird sie nicht scheitern.

KONKRET: Die Forderungen der GAL müssen für die SPD wie Hohn klingen. Rücknahme des Abbaus von Sozialleistungen, Ausstieg aus der Atomenergie, saubere Elbe, mehr Rechte für Mieter, höhere Steuern für die Reichen - das liest sich wie eine Kurzfassung von SPD-Parteitagsbeschlüssen und Wahlprogrammen.

Bock: Ja, das waren alles mal sozialdemokratische Positionen. Und wenn die SPD so geblieben wäre, dann würde es uns ja gar nicht geben. Uns gibt es doch nur, weil die SPD wichtige sozialdemokratische Positionen aufgegeben hat. Und wie immer sich die SPD jetzt auch entscheidet: Die Probleme werden wachsen, und wir werden deshalb stärker werden. Nicht, weil die Leute sagen werden, wir arbeiten so toll, sondern weil die Schwierigkeiten immer größer werden. Wenn die SPD nicht anfängt, sich zu besinnen, dann ist sie endgültig weg vom Fenster.

Ebermann: Ich möchte die Behauptung, daß wir nur SPD-Forderungen erheben, etwas relativieren. Wir sind schon etwas grundsätzlicher als die SPD, auch als die Linke dieser Partei je war. Wir waren zum Beispiel immer grundsätzlich gegen Brokdorf. Wir haben gesagt, das ist gefährlich. Die SPD-Linke hat gesagt, das brauchen wir nicht. Diese Haltung mobilisiert niemanden.

KONKRET: Dennoch erscheint die GAL mit ihren Forderungen wie das alte Ich der Partei, und das macht die SPD ja auch so wütend. Es kommt dazu, daß die GAL, anders als die SPD-Linke, nicht zu bändigen ist. Die GAL trägt linke Positionen vor, und sie hat Macht.

Bock: Jetzt ja.

KONKRET: Stellt die GAL die SPD nicht wieder vor ihre eigene Machtfrage, die sie mit dem Rausdrängen von Klose zu lösen geglaubt hatte?

Ebermann: Das ist wohl richtig. Aber ob wir Macht haben? Sagen wir mal so: Wir repräsentieren ein ziemlich deutlich ausmachbares gesellschaftliches Potential. Ob wir damit auch Einfluß bekommen, wie Hamburg regiert wird, scheint mir zweifelhaft.

Bock: Zu den SPD-Linken und deren und unseren Positionen möchte ich sagen: Ich erlebe jetzt viel Selbstmitleid bei denen. Da heißt es: Wir waren doch diejenigen, wir haben 1968 auf der Straße gekämpft, und jetzt kommt ihr, aber wir hatten doch immer eure Positionen. Und sie ärgern sich, daß sie nie genug Rückgrat hatten, das durchzustehen. Die hatten Probleme begriffen und angepackt, und dann mußten sie aus innerparteilicher Rücksicht zurückstecken und ließen das Problem fallen. Dabei haben sie dann auch den Bürger fallenlassen mit seiner ganzen Hoffnung. Mal was durchzustehen und vielleicht auch persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, das haben sie nicht gezeigt.

KONKRET: Nun gut, die GAL ist an keiner Parteikarriere zu packen, es drohen keine rechten Mehrheitsbeschlüsse. Aber was unterscheidet die GAL grundsätzlich von der SPD-Linken?

Ebermann: Wie sieht *die* aus?

KONKRET: Nehmen wir mal die, die da ist. Könnte Klose Mitglied der GAL werden?

Bock: Von seiner Haltung her wohl, aber ich glaube, das käme zu spät.

Ebermann: Ich will's so sagen: Unser politisches Handeln ist viel weniger auf die staatliche Sphäre hinorientiert. Wir sind viel enger verbunden mit der außerparlamentarischen Bewegung. Da schöpfen wir unsere Kraft. Wir haben den langen Marsch durch die Institutionen bewußt nicht beschritten und sind insofern viel außerstaatlicher, wenn auch nicht antistaatlich.

KONKRET: Der Entschluß, sich an einer parlamentarischen Wahl zu beteiligen, war doch der Schritt in die andere Richtung, oder?

Bock: Wenn wir Parlamentsarbeit herkömmlich verstehen würden, dann wäre das ein Vorwurf, der zutrifft. Ich verstehe parlamentarische Arbeit so, daß sie die außerparlamentarische Gruppierung stärkt, nicht umgekehrt. Die Parlamentsarbeit soll uns helfen, den Druck von außen zu verstärken. Mit unserer kleinen Minderheit von neun Leuten schaffen wir sonst überhaupt nichts.

Ebermann: Nehmen wir ein Beispiel. Es ist etwas anderes, ob man, wie wir es getan haben, die Dezentralisierung der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen fordert und darstellt, welche Rolle dabei die Mieter übernehmen sollen, oder ob man eine Neue Heimat fordert, die nicht von korrupten Leuten geführt wird. Wir wollen die Selbsttätigkeit von

Menschen als höchstes politisches Ziel. Da, glaube ich, liegen auch programmatische Unterschiede zu Sozialdemokraten, deren Punkt das staatliche Handeln zu Gunsten der Menschen ist.

KONKRET: Aber werden GAL-Wähler nicht auch irgendwann einmal wollen, daß Sie zu ihren Gunsten staatlich handeln? Dann werden zum Beispiel auch Sie einen Parteiapparat brauchen.

Bock: Aber wir werden sicherlich unsere Strukturen nicht aufgeben. Bei uns werden nie Entscheidungen von oben nach unten laufen. Bei uns werden Entscheidungen nicht einfach aufgehoben werden wie Parteitagsbeschlüsse bei der SPD.

KONKRET: Sie gehen jetzt in Gespräche mit der SPD - Bei welchen Punkten könnte Einigkeit erzielt werden? Fangen wir mal mit der Rücknahme von Streichungen im Sozialhaushalt an. Kann die SPD sich darauf einlassen?

Ebermann: Ich glaube nicht. Die Regierung Hamburgs basiert zur Zeit auf einer Haushaltslüge. Die Einnahmen sind unrealistisch geplant, die Ausgaben auch. Der Senat hat zum Beispiel viel zu optimistisch geschätzt, wieviel Leute Sozialhilfe empfangen müssen. Im September wird uns erwarten, was bundesweit läuft: ein Sparhaushalt, der den letzten Sparhaushalt weit in den Schatten stellt. ich glaube, daß der Kurs der SPD in der Wirtschaftskrise festgelegt ist. Die Ausgrenzung der sogenannten Randgruppen wird dazu führen, daß diese im September extrem gebeutelt werden sollen. Eine Politik, die in der jetzigen Lage keine Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich bringt, wäre schon eine erhebliche Wende der Sozialdemokraten, aber ich sehe keine Anzeichen dafür.

Bock: Ich glaube trotzdem, daß wir uns da noch am ehesten einigen könnten.

KONKRET: Wie ist es mit der sauberen Elbe? Ist da eine Einigung nicht einfacher?

Bock: Das ist viel schwieriger. Denn das würde ja bedeuten, daß ganz tiefe Eingriffe in die Wirtschaft gemacht werden müssen. Zunächst einmal wird der Senat uns die Zahlen über die Einleitung von Schadstoffen in die Elbe nicht geben. Ich habe neue Informationen, daß es viel, viel schlimmer ist, als wir uns das vorstellen. Eine sofortige Änderung - sofort heißt: dort, wo es technisch machbar ist - bringt Kosten. Da wird die Wirtschaft die SPD unter Druck setzen. In Hamburg regiert doch die Wirtschaft mehr als der Senat.

Ebermann: Seit Helmuth Kern Wirtschaftssenator war, wird Hamburg und das Unterelbegebiet international als günstiger Industriestandort angeboten. Da sind einmalige Profitbedingungen versprochen worden. Die gesamte Subventionsgesetzgebung wie auch Schadstoff-Emissionswerte für Luft und Wasser müßten jetzt radikal korrigiert werden. Das aber wird nicht der Fall sein. Mir ist im Augenblick wichtiger, Sozialdemokraten und SPD-Wähler begreifen unsere Forderungen, als Herrn von Dohnanyi davon zu überzeugen.

KONKRET: Dann kommt das Problem Kernenergie. Am Beispiel Brokdorf hat die SPD letztes Jahr gezeigt, wie wichtig ihr die Interessen der Industrie sind, und über diese Frage ihren Bürgermeister gestürzt. Aber wie steht es mit den anderen AKWs, deren Abschaltung die GAL verlangt?

Bock: Stade beliefert nur zwei Industriefirmen, Reynolds und die Hamburger Stahlwerke. Wenn man sich nur einmal diese Ansiedlungspolitik ansieht, was da an Subventionen geflossen ist... Reynolds hat soviel Steuergelder bekommen, davon hätte jeder der jetzt dort Beschäftigten bis zum Lebensende eine 4000-Mark-Rente bekommen können. Und dann der Strompreis von zwei Pfennig mit einem 20-Jahre-Vertrag. Das sind jetzt natürlich Sachzwänge. Und da sagen wir: Was passiert eigentlich, wenn man nicht mehr mit diesem Sachzwang leben will?

Ebermann: Alternative Energie-Angebote könnten die bestehenden Bedürfnisse decken. Man kann technisch auch Strom aus Kohle produzieren, der nicht zu mehr Schadstoffen in der Luft führt. Das ist teurer, aber das geht.

KONKRET: Was ist mit den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel?

Ebermann: Brunsbüttel ist ein Schrottreaktor, der jetzt gerade wieder für 14 Monate abgeschaltet werden muß. Alleine die Reparaturen sollen 450 Millionen Mark kosten. Gibt das billigen Strom? Und Krümmel soll sogar nach einem Beschluß des SPD-Parteitags erst ans Netz gehen, wenn die Entsorgung geklärt ist, und das ist sie ja wohl nicht.

KONKRET: Bleibt noch die Aufgabe der Hafenerweiterung. Kann da die SPD zustimmen?

Bock: Da gibt es kein Argument des Senats, das nicht widerlegt wäre. Ich glaube, Wirtschaftssenator Steinert bereut längst, daß er dieses Projekt begonnen hat. **KONKRET:** Also bleibt die Frage: Kann ein gewandelter SPD-Senat nicht doch mit der GAL regieren?

Ebermann: Ich will versuchen zu erläutern, warum man doch nicht sagen kann, hier ginge es nur um alte SPD-Forderungen. Der Denkansatz der SPD im Godesberger Programm ist ein ungehinderter technischer Fortschritt, darauf basierend wirtschaftliches Wachstum, darauf basierend soziale Gerechtigkeit. Die freie Entfaltung aller Produktivkräfte ist ein sehr traditionelles sozialdemokratisches Anliegen. Die Destruktivkräfte, die dem im Lauf der Zeit entsprungen sind, sind von der Sozialdemokratie und Teilen der Arbeiterschaft lange nicht beachtet worden. Anders ist es bei den Sozialleistungen. Es ist ein alter sozialdemokratischer Wunsch, daß die Arbeitnehmer in Krisenzeiten nicht leiden sollen. Aber daß bei der Industrieansiedlung, der Kernenergie kontraproduktive Folgen auftreten für die gesamte Gesellschaft, das

haben Sozialdemokraten sehr lange nicht gesehen. Ich glaube nicht, daß sie jetzt in Hamburg so gründlich damit anfangen, daß sie mit uns regieren könnten. Die SPD verfolgt ein bestimmtes Krisenlösungskonzept: Stärkung eines Wirtschaftssektors - des hochtechnisierten und exportorientierten. Insofern ist der Vorwurf, daß mit der Gießkanne subventioniert wird, falsch. Die sehen sich sehr genau an, wer das Geld bekommt.

KONKRET: Da die GAL diese Krisenbewältigung nicht mitmachen will, kann es also passieren, daß die SPD in Hamburg als Regierungspartei scheitert?

Ebermann: Es stellt sich die Frage: Kann es dazu kommen, daß die SPD die Regierungsmacht an die CDU abgibt? ich bin erstaunt darüber, wieviele SPD-Linke Angst davor haben, daß SPD-Rechte auf das Angebot von CDU-Kiep eingehen, einen »überparteilichen« Senat zu bilden. Der Fraktionsvorsitzende Hartmann sagte am Wahlabend: »Wir haben ein gemeinsames Interesse mit der CDU an der Sanierung der Staatsfinanzen.« Deutlicher kann man Signale nicht geben.

KONKRET: Befürchtet die GAL eine große Koalition von SPD und CDU?

Bock: Die müssen wir verhindern.

KONKRET: Mit Abstrichen an den eigenen Forderungen?

Bock: Das ist ja unsere Zwickmühle. Die einen sagen, verhindert so oder so, daß die CDU an die Macht kommt. Die anderen sagen, gebt eure Positionen nicht auf. Vor diesem Dilemma stehen wir.

Ebermann: Ich finde, Thea, Dilemma ist das falsche Wort. Das ist ein gutes Spannungsverhältnis.

---

*Der Politologe Richard Löwenthal warf der SPD-Führung letztes Jahr in einem Diskussionspapier vor, sie laufe zu sehr den alternativen Strömungen in der Jugend nach und vernachlässige ihre Stammwählerschaft bei den Arbeitnehmern.

Konkret 07/82, S. 26

Kai Hermann

Fremde Revolution

Die Islamische Revolution wurde von der europäischen Linken abgehakt, ehe sie noch richtig stattfand. Wir hatten uns diese Revolution schließlich anders vorgestellt. Mittlerweile ist die Beurteilung des »Chomeini-Regimes« von rechtsaußen bis ganz links einmütig: »mittelalterlich« »klerikalfaschistitisch«, »menschenverachtend«. Fast alle Linksgruppen solidarisieren sich mit der aktivsten Oppositionsgruppe, den Volksmudjahedin. Doch ist diese Revolution wirklich nur die »Diktatur einiger Mullahs? Sind die Volksmudjahedin die Alternative, auf die das Volk hofft?

Die schwarz verschleierten Stewardessen der Iran Air verkaufen vor der Landung in Teheran dunkle Kopftücher. Drei Stunden dauerte es auf dem Flugplatz, bis wir den letzten revolutionären Kontrolleur passiert hatten. Der Fahrer eines Sammeltaxis wies uns nachsichtig lächelnd aus dem Fond seines Wagens, in dem schon eine Dame saß. Islamischer Anstand.

Im Teheran-Interconti witzelte der Portier: »Die Minibar füllt Ihnen Chomeini persönlich.« Und warnte, so einfach auf die Straße zu gehen. »Warum?« »Wir haben keine normalen Zeiten, Sir.«

Draußen stehen Jungs mit bunten Sweatshirts: »You speak English? Sie sprechen deutsch? Mann, wieso sind Sie in dieses gottverdammte Land gekommen? Alle hier hassen Chomeini, verstehen Sie? Alle, bis auf zehn Prozent Verrückte vielleicht. Keine Frauen, keine Disco, nur beten. Fast alle meine Freunde sind schon tot, verstehen Sie?« Der Zeigefinger drückt ein imaginäre Maschinengewehr ab: »Peng, peng, peng. Einfach so.«

Die arbeitslosen Söhne des aufgeklärten Mittelstands stehen abends überall in den besseren Ladenstraßen des nördlichen Teheran, vor den Boutiquen und Parfümerien, deren noch immer zu protzige Eleganz wie ein Symbol des Widerstands neonhell im grau gewordenen Teheran leuchtet.

Diplomaten und Journalisten aus Mitteleuropa haben die jüngsten Folter-Berichte » ... wurde der Arzt von zwei Revolutionswächtern mit vorgehaltener Waffe gezwungen, den schon fast Toten für ein neues Verhör wiederherzurichten ... « » ... mit gezogener Pistole zwangen sie den Arzt an der Frau, die im sechsten Monat schwanger war, einen Abortus vorzunehmen, weil sie hingerichtet werden sollte ... « »Ja, haben die denn keine eigenen Ärzte für sowas?« »Die Quelle ist absolut sicher. Ein Freund meines Freundes ... «

Der Iran, drei Jahre nach der Revolution, aus der unvermeidlichen Perspektive eines westlichen Reisenden. Schon die Eindrücke der ersten Stunden in Teheran hätten ausgereicht, die Persien-Berichterstattung von »FAZ«, »Spiegel« und »Bayernkurier« recht farbig zu reproduzieren. Und Zweifel kamen an den Zweifeln an dieser seltsam eintönigen Berichterstattung.

Aber wir haben dann den Versuch gemacht, uns auf diese Revolution einzulassen. Wir sind raus aus dem Interconti und haben traditionelle persische Gastfreundschaft in einer sehr revolutionären Großfamilie der alten Oberschicht erlebt. Schon das hat die Perspektive natürlich verändert. Wir haben zugehört, in stundenlangen Gesprächen mit ihren Führern, in den Slums der Städte und auf den Dörfern.

Es war ein oft verwirrender Versuch. Rausgekommen ist keine Analyse dieser Revolution. Nicht einmal ein sehr genaues Bild von dem, was im Iran zur Zeit geschieht. Widersprüche blieben unauflösbar. Am Ende waren aber genügend bruchstückhafte Eindrücke und Einsichten, die mit dem stereotypen Iran-Bild hierzulande kaum etwas zu tun haben.

Zu den ersten Eindrücken von der Revolution gehörte das Freitagsgebet auf dem Teheraner Universitätsgelände. Schon mehr als einen Kilometer von der Universität entfernt dröhnte das Allah-o-Akbar durch die Straßen. Männer saßen in dichten Reihen auf dem Pflaster, in der nächsten Straße Frauen. Unübersehbare Massen. Eine Million kommen jeden Freitag, behauptet die Propaganda. Das ist wahrscheinlich übertrieben. Aber es sind Hunderttausende.

Sie hören regungslos drei Stunden lang politischen und moralischen Belehrungen zu. Nur beim Gebet kommen sie in Bewegung, und wenn sie plötzlich die Fäuste ballen und in Sprechchöre einfallen.

Diese Massen im gemeinsamen fanatischen, religiös-politischen Glauben wirken auf das deutsche Gemüt eher befremdlich, bedrohlich. Sie sind allerdings eine Realität. Auch wenn der verdiente Veteran der deutsch-iranischen Schah-Opposition und heutige Chomeini-Gegner Bahman Nirumand behauptet, zu den Freitagsgebeten kämen nur noch ein paar Lumpenproleten, weil kostenlos Zigaretten verteilt würden.

Zu den ersten Eindrücken gehörte auch ein Besuch bei Ayatolla Marashi, der zu den fünf großen geistigen Führern des Irans gezählt wird. Durch die Straßen von Ghom zogen die unübersehbaren Massen und forderten den Tod des Ayatolla Shariat Madari, der in einen Putschversuch gegen Chomeini eingeweiht war. Wir wollten eine Stellungnahme von Marashi.

Seine Schüler sagten, der Ajatollah könne nicht mehr sprechen, er sei schon zu schwach, und führten uns zu ihm. Der Greis lag sterbend in seinem kleinen Arbeitszimmer, umgeben von Büchern und schweigenden Gläubigen. Ein bescheidenes, sehr selbstverständliches Sterben, vor niemandem verborgen, sehr fremd für einen Mitteleuropäer.

Als ich beim ersten Gespräch mit einem revolutionären Offiziellen, dem Minister für Religiöse Führung, bekannte, ich hätte die ehrliche Absicht, etwas von der Islamischen Revolution zu begreifen, sah er mich an mit dein sanften Blick islamischer Revolutionäre, der immer in weite Fernen zu schweifen scheint: »Da haben Sie sich viel vorgenommen. Für uns jeden. falls, die wir die Revolution mittragen, ist vieles schwer zu verstehen. Wir haben selber diese Revolution noch nicht richtig kennengelernt.«

Der Minister ließ höflich Zweifel daran erkennen, daß jemand aus der »Welt der Unterdrücker« eine Revolution der Unterdrückten überhaupt verstehen könne: »Allein die Tatsache, daß wir unsere Unabhängigkeit nach innen und außen verwirklichen, bleibt doch für die Unterdrücker in West und Ost eine große Sünde. Wir werden weiter verfolgt werden, weil man sieht, daß wir es wirklich ernst meinen mit der Unabhängigkeit. Deshalb weisen wir jede Kritik von außen zurück, die doch nur die Wiederherstellung der Unterdrückung will.«

Dieses rigorose Mißtrauen gegenüber dem Fremden aus dem Teil der Welt, der den anderen Teil beherrscht, ist im Iran immer gegenwärtig. Sie sagen USA und Rußland und meinen das, was wir unter »zivilisierter Welt« verstehen. In den drastischen Worten Ayatollah Chomeinis: »Die USA sind schlimmer als Britannien, Britannien ist schlimmer als die USA. Die Sowjetunion ist schlimmer als beide, einer ist schlimmer und gemeiner als der andere, aber heute sind wir mit den USA konfrontiert.«

Das meint nicht nur die militärische und ökonomische Macht der Ersten Welt, sondern vor allem auch ihre Ideen und Ideologien. Verachtung und militanter Haß zielen auf Kapitalismus und Kommunismus, Liberalismus und Marxismus. All die westöstlichen Ismen heißen im neuislamischen Sprachgebrauch Modernismus.

Der vielleicht einflußreichste Theoretiker der islamischen Revolution, Ali Schariati, vermutete im »Modernismus« den »härtesten Schlag, mit dem in der nichteuropäischen Gesellschaft die eigene Denkweise und Identität der Menschen vernichtet wurde. Hinter den exportierten Ideologien Europas sah Schariati nur die koloniale Arroganz, »allen Orientalen, Asiaten, Afrikanern zu befehlen, wie sie denken, wie sie sich kleiden, wie sie ihre sozialen Verhältnisse ordnen, was sie verbrauchen müssen« - vor allem, um die Waren der Industrienationen loszuschlagen. Schariati: »Modernist werden bedeutete, den Europäern ähnlich zu werden. Man zwang uns zu glauben, daß wir einer niedrigeren Zivilisation, Kultur und Ordnung angehören. Und um uns zu modernisieren, mußte man zuerst die Religion bekämpfen, denn durch die Religion empfindet jede Gesellschaft ihre eigene Identität.«

Auf Schariati berufen sich nicht nur die regierenden Revolutionäre, sondern auch die Opposition der Mudjahedin. Und der monotone Schrei der Massen, das Leitmotiv dieser Revolution meint wohl nichts anderes als der islamische Philosoph: »Tod Amerika, Tod Rußland, Tod England, Tod Frankreich. Allah ist groß.«

Beton-Denkmäler des »Modernismus« stehen an der Straße vom Teheraner Flughafen in die Stadt. Hochhäuser-Blöcke mit leeren Fensterhöhlen, armselige Karikaturen von Gropius-Stadt und Neue Vahr. Fertigbauteile liegen gestapelt vor den Neubau-Ruinen, deutsche Kräne stehen noch so rostlos da, als rasteten sie nur eine Frühstückspause lang.

Die Skelette von Trabantenstädten liegen rund um Teheran wie Fossile vorrevolutionärer Zeiten. Eine letzte verzweifelte Anstrengung des Schah, seiner Hauptstadt modernes Aussehen zu geben. Mit Hilfe des internationalen Kapitals, das bis in die letzten Wochen des Regimes unverzagt an die Unfehlbarkeit des »Modernismus«-Konzepts glaubte. Allein die Hansestadt Hamburg verlor an den Betonsilos eine dreistellige Millionensumme, die jetzt aus Steuergeldern gedeckt werden muß.

Diese Projekte waren mehr als architektonische und städtebauliche Fehlleistungen, die mit der traditionellen Bauweise, brachen. Klein-Wohnungen hätten die Zerschlagung der noch weitgehend intakten iranischen Großfamilie gefördert. Die Klos sind häufig gegen Mekka ausgerichtet und hätten damit die Bewohner gezwungen, ihre Verachtung für religiöse Formalien sehr drastisch zu dokumentieren.

Die neuen revolutionären Herren denken trotz akuter Wohnungsnot vorerst nicht daran, die Bauten fertigzustellen. Nicht nur, weil sie den Vorstellungen einer »menschlichen islamischen Architektur« widersprechen.

»Wir wollen keinen neuen Wohnraum in der Stadt schaffen, sondern die Menschen wieder aus den Städten herausbringen«, sagt der stellvertretende Innenminister Kazerooni, verantwortlich für Rücksiedlungs-Projekte. Milliarden sagt er, habe allein sein Ministerium schon in diese Projekte gesteckt, mit einigem Erfolg.

Teheran ist eine typische Großstadt der Dritten Welt. Eine wuchernde, fast baumlose, im Smog stinkende Stadtlandschaft. Ein paar Protzbauten und endlose Slums. Millionen, die aus ländlicher Armut flüchteten, in der Hoffnung, etwas

abzubekommen vorn Geld, von der Arbeit, von den »modernistischen« Errungenschaften der Metropole. Die Revolution versucht auf ihre Weise, mit diesem Erbe fertigzuwerden.

Sie tut wenig für Teheran. Es wird nicht gebaut, es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, die Arbeitslosigkeit ist in der Hauptstadt höher als anderswo.

»Fahren Sie aufs Land, wenn Sie die Revolution erleben wollen«, sagt Kazerooni. Wir fahren von Teheran nach Ghom, nach Isfahan, in die Salzwüste und in die Berge. Wir sehen und hören tatsächlich Überraschendes. Längst verfallene Lehmdörfer, in die Bewohner aus den Städten zurückkehren, neue Häuser bauen, lange brachliegendes Land wieder pflügen. In beinahe jedem Dorf sind wenigstens ein neues öffentliches Bad, eine neue Schule, neue Bewässerungsbrunnen.

Lichtmasten, Zeichen es totalen Elektrifizierungsprogramms, an eben fertiggestellten Straßen in den Bergen südlich von Ghom. Im Dorf Sarugh umringen die Einwohner mit mißtrauischer Neugier die Fremden. Einer erkundigt sich nach unserer Nationalität. Er scheint erleichtert. Er fragt die Dolmetscherin, ob wir es als eine Verletzung der Gastfreundschaft empfinden würden, wenn sie ihren Gefühlen Ausdruck gäben. Und sie donnern los: »Tod Amerika, Tod Rußland, Tod England, Tod Frankreich. Chomeini ist unser Führer. Allah ist groß.«

Der Sprechchor begleitet uns, allmählich heiser werdend, zu den drei neuen türkischen Bädern im Dorf, zu gestapelten Rohrleitungen für die Wasserversorgung, Generatoren, die ersten Strom geben, bis noch in diesem Jahr der Anschluß an das Elektrizitätsnetz fertig sein soll, zu drei neuen Schulgebäuden. Dreißig bis vierzig Jungen - und kein einziges Mädchen - seien in die alte Schule gegangen, erzählen sie. Heute würden rund 500 Jungen und Mädchen in Schichten unterrichtet. Bis zur neunten Klasse. 150 Erwachsene lernten derzeit lesen und schreiben. Die Straße, die den alten Eselspfad in die Berge ersetzt, sei schon 180 Kilometer lang, habe Busverbindung und Lastwagen für die Ernte gebracht.

Und die größte Errungenschaft der Revolution: Der Großgrundbesitzer ist weg. In Sarugh haben die Bauern früher wie fast überall im Iran drei Viertel der Ernte als Pacht zahlen müssen. Nun bewirtschaften sie eigenen Boden, jede Familie rund 20 Hektar.

Der Dorfälteste - keiner weiß wie alt er ist - erzählt von Generationen gnadenloser Großgrundbesitzer, und als er zu Chomeini kommt, werden seine Augen wäßrig: »Es ist alles so fantastisch, daß ich alter Mann es nicht mehr fassen kann. Alle Hoffnungen sind erfüllt. Und mir bleibt nur ein Wunsch, in Frieden zu sterben.«

Es klingt wie billige Propaganda. Aber das ist es, was wir auch in anderen Dörfern zwischen Teheran, Ghom und Isfahan gesehen und gehört haben.

Bahman Nirumand sagt, viel zitiert: »Die landwirtschaftliche Produktion ging rapide zurück. Den Bauern geht es sch echter. Sie haben keinen Grund, Chomeini zu unterstützen. « Ich weiß nicht, mit welchen Erfahrungen, welchen Statistiken Nirumand seine Thesen begründet. Nach unserem Augenschein kommt die offizielle Einschätzung der Situation in der Landwirtschaft den Realitäten näher. Danach hat es schon in den vergangenen zwei Jahren Rekordernten gegeben, und die Zustimmung der ländlichen Bevölkerung zum Revolutions-Regime ist in den meisten Landesteilen nahezu hundertprozentig. Der Dank der Bauern für viele ihrer Errungenschaften geht an eine revolutionäre Organisation namens Djehad-i-Sazandegi«, heiliger Krieg für den Aufbau. Einer der Führer dieser 100.000-Mann-Armee, Barwand, sagt: »Wir haben mit den Prinzipien westlicher Arbeitsmoral gebrochen. Wir arbeiten nicht für Profit, nicht für Prestige, sondern für die Armen und für Gott. Denn Arbeit ist für uns Gebet.«

Barwand trägt den zerschlissenen Parka, die blankgewetzten Hosen und ausgetretenen Schuhe iranischer Revolutionsführer. Nein, sagt er mit der leisen, bestimmten Stimme, er wolle nicht mit Erfolgszahlen prahlen, denn darum gehe es ja gar nicht. Sondern um die neue Moral, den neuen Menschen. Die Statistik der Heiligen Krieger allerdings behauptet spektakuläre Leistungen: mehr als 3.000 Schulen wurden von der Organisation in gut zwei Jahren gebaut, 20.000 Kilometer Straßen in entlegene Gebiete, fast 3.000 Dörfer bekamen Kanalisation, mehr als 1.000 Elektrizität, fast 5.000 eine Trinkwasserversorgung.

Der Leiter der Abteilung für »Brunnen- und Wasserbau« von Djehad, Massud Bonakdar, erklärte in fast akzentfreiem Deutsch die Schlagkraft seiner Organisation konkreter: »Meine Abteilung hat mit 400 Leuten mehr Projekte verwirklicht als das Ministerium für Wasserbau mit 3.500 Mitarbeitern. Hier gibt es eben keine Bürokratie. Unsere Wassersuchtrupps haben fünf Leute, das Ministerium schickt 21 los. Wir haben keinen Acht-Stunden-Tag, wir haben überhaupt keine festen Arbeitszeiten. Bei uns wird weder Arbeit noch Qualifikation in Geld aufgewogen.«

Der in der Bundesrepublik ausgebildete junge Wissenschaftler behauptet, er bekäme weniger Gehalt als zum Beispiel der Koch, weil der Koch mehr Kinder habe. »Hier bestimmt jeder sein Gehalt selber. Nach seinen Bedürfnissen.«

Wieweit revolutionär-moralischer Anspruch Realität ist, bleibt unüberprüfbar. Unbestreitbar ist der Einfluß von Organisationen wie Djehad auf die islamische Revolution. Sie sind nur sich selber verantwortlich und dem Imam

Chomeini. Ihre Kompetenzen sind kaum begrenzt. Sie arbeiten parallel und in Konkurrenz zu den überkommenen Bürokratien der Ministerien und sind auch weitgehend unabhängig von der politischen Führung.

Djehad verkörpert ein Prinzip der permanenten Revolution Chomeinis. Den Versuch, etwas von der spontanen Organisation der Massen während der Revolution in die nachrevolutionäre Zeit hinüberzuretten, den Zusammenschluß einer Avantgarde, die die Revolution weitertreibt und den bremsenden Einfluß der Bürokratie ausschaltet.

Hinter dem barmherzigen Namen »Stiftung für die Entrechteten« verbirgt sich eine andere wichtige revolutionäre Organisation. Ihre ursprüngliche Aufgabe war die Umverteilung von konfisziertem Eigentum geflohener Schah-Anhänger an die Ärmsten. Mittlerweile verwaltet die Stiftung einen großen Teil der verstaatlichten Industrie und verfügt über enteigneten Großgrundbesitz. Die Stiftung bestimmt, was produziert wird und wie hoch die Löhne sind. Sie hat ganze Industrien stillgelegt und die Löhne der Industriearbeiter drastisch gekürzt.

Der Leiter der Stiftung, Mahmud Karime, sagt: »Schah und der Imperialismus haben uns eine Montageindustrie hinterlassen, die vor allem für die Reichen produzierte und uns total vom Ausland abhängig machte. Die Arbeiter in dieser Industrie waren Privilegierte, die relativ sehr hohe Löhne bekamen. Eine der Folgen war die Landflucht, die Ruinierung der Landwirtschaft und das monströse Anwachsen der Städte.«

Gegen die Lohnkürzungen hat es Streiks gegeben, die in einigen Fällen gewaltsam gebrochen wurden. Und die Industriearbeiterschaft gehört zweifellos nicht zur Speerspitze dieser Revolution.

Die islamische Revolution hat überhaupt ein gebrochenes Verhältnis zur Großindustrie. »Weil sie uns abhängig macht von der Technologie der Großmächte, weil ihre Maschinen drohen, nicht mehr Werkzeug der Menschen zu sein, sondern den Menschen zum Sklaven zu machen«, sagt Karine.

Die Gunst der revolutionären Organisationen gehört kleinen Kooperativen. An den Peripherien der Provinzstädte entstehen Werkhallen für Manufakturen, in denen Ingenieure, Arbeiter, Abiturienten, viele Rückwanderer aus Teheran kooperativ werkeln. Sie bauen Eisschränke, Transformatoren, Werkzeugmaschinen und anderes, was bislang importiert wurde. Das erklärte Ziel der Kooperativen-Bewegung: »Aus Konsumenten wieder Produzenten machen. Befreiung aus der Abhängigkeit von den Industriestaaten.«

Die Alternative Kooperative wird auch in der Landwirtschaft probiert. Land-Kooperativen sollen Neuland unter den Pflug nehmen, und in den Salzwüsten bei Ghom und Teheran etwa wird das graue Gelb schon gelegentlich von grünen Flächen durchbrochen. Getreide wächst da, noch dünn, und Grünfutter für die ersten Holsteiner Kühe, den Stammüttern der geplanten intensiven Rinderzucht.

12.390 Hektar Wüste und Brachland sollen von Land-Kooperativen bereits kultiviert worden sein. Wenn die offiziellen Angaben stimmen, und auch hier spricht der Augenschein eher dafür, dann ist auch die Kooperativ-Wirtschaft schon mehr als eine revolutionäre Idee. Denn laut Statistik arbeiten zur Zeit 36.000 Menschen in 3.643 Kooperativen.

Über die zukünftige Wirtschaftsordnung des Iran ist noch nichts festgeschrieben. Es gibt nicht einmal genaue Verordnungen für die Landreform oder für die Sozialisierung von Betrieben. Denn über die Interpretation des Eigentumbegriffs im Koran gehen in der politischen Führung die Meinungen kaum vereinbar auseinander. Indessen schaffen allerdings die revolutionären Organisationen Tatsachen, die einem islamischen Sozialismus den Weg bereiten.

Ayatolla Chomeini scheint auch die Entscheidung über die zukünftige Wirtschaftsordnung dem revolutionären Selbstlauf zu überlassen. Der Revolutionsführer hat überhaupt nie erkennen lassen, daß er ein fest umrissenes weltliches Konzept für seinen Gottesstaat hat.

Die iranische Revolution hat keinen Lenin und keinen Mao - allenfalls einige Dantons und Robespierres - und über allem die Symbolfigur Chomeini in der Rolle des unfehlbaren Schiedsrichters. Doch Chomeini entschied meist erst, wenn die Schlachten innerhalb des revolutionären Apparates geschlagen waren. Er entschied sich stets für den Sieger. Im erklärten Vertrauen auf die »Moral und Vernunft der Massen« - und wohl im Vertrauen auf den Klerus.

Es spricht vieles dafür, daß auch Chomeini die Dynamik der Revolution kaum richtig einschätzte. Jedenfalls revidierte sie noch fast all seine Personalentscheidungen. Nicht einer der engsten politischen Mitarbeiter des Imam aus der ersten Phase der Revolution partizipiert noch an der Macht. Die Strategen des Volksaufstands gegen den Schah, die 1979 mit dem Fahrer aus dem Flugzeug stiegen, sind im Gefängnis oder in der Emigration.

Prominentestes Revolutionsopfer war Staatspräsident Bani Sadre, einst populärster Revolutionsführer nach Chomeini und dessen engster Mitarbeiter. Bani Sadre stürzte bei dem Versuch, die permanente Revolution und damit den Trend zum rigorosen Fundamentalismus zu stoppen. Der ehrgeizige Politiker versuchte die Macht über die Revolution mit Hilfe der traditionellen Apparate Armee und Ministerialbürokratie zu erringen. Die Millionen, die ihm noch Wochen vorher zugejubelt hatten, forderten seinen Kopf. Aus dem geplanten Volksaufstand mit Hilfe der bewaffneten Oppositionsgruppen wurde nur eine blutige Schießerei.

Gefressen von der islamischen Revolution wurden zunächst jene Intellektuellen, die – wie Chomeinis Mannschaft - aus der westlichen Emigration kamen. Daß die iranischen Intellektuellen ohnehin unbrauchbar für die Revolution waren, weil sie hoffnungslos vom europäischen Geist geprägt seien, hatte der islamische Theoretiker Ali Schariati schon 1973 vorausgesagt: »Der Gebildete und Intellektuelle der orientalischen Gesellschaft hat keine Empfindungen wie ein Orientale, und er leidet auch nicht nach den Erfordernissen seiner eigenen Gesellschaft. Er hat vielmehr Sorgen, Leiden und Nöte eines Europäers in einer kapitalistischen und materiellen Überflußgesellschaft. Während in seiner Gesellschaft Hunger und allgemeiner Analphabetismus herrschen, empfindet der Intellektuelle dieser Gesellschaft die gleichen Sorgen und Wünsche wie die junge Generation von Amerika, England und Frankreich.«

Tatsächlich richten sich im Iran nicht nur die Intellektuellen an den Ideen Europas und der USA aus, sondern ein großer Teil der Mittelschicht fühlt sich eher als Europäer zweiter Klasse denn als Orientale. Der Schah verbrachte jede freie Woche in Europa, und für die Kinder des Mittelstands war ein Auslandsstudium. Voraussetzung gesellschaftlicher Anerkennung. Während die große Mehrheit, die materiell nicht profitierte, sich um so fester an traditionelle Werte klammerte. Im Iran wie in anderen kolonialisierten Völkern entstanden zwei Nationen mit verschiedenen Identitäten.

Verachtung für die »unaufgeklärten« Massen hatte nicht nur der Schah, sondern haben auch oppositionelle Intellektuelle. Sie konnten sich deshalb die Revolution nur als die Machtergreifung einer organisierten Elite vorstellen. Denn, so meint etwa der ewige Iran-Experte der westdeutschen Linken, Bahman Nirumand: Im Iran habe »eine bewußte Trennung der Klassen noch längst nicht stattgefunden«. Und der Volksaufstand gegen das Schah-Regime hätte so eigentlich besser nicht stattgefunden. Denn, meint Nirumand in der TAZ: »So sehr erfreulich es ist, wenn die Massen spontan die Macht ergreifen und sich selbst verwalten - gleichzeitig hätte es einer politischen Organisation bedurft, die in der Lage gewesen wäre, durch ihren Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Alternativen für die Zukunft der Gesellschaft auszuarbeiten, wie es danach weitergehen soll.«

Nirumands Verachtung für sein unwissendes Volk wird blindwütig, wenn er die Anhänger Chomeinis klassifiziert: »Das gesamte Lumpenproletariat, also alle Messerstecher über den Taschendieb bis zum Zuhälter, all diese deklassierten Schichten gemeinsam mit diesen entwurzelten ehemaligen Bauern.« (Auf Zuhälterei steht die Todesstrafe in der islamischen Republik.)Bahman Nirumand und seine politischen Freunde wollten aus ihrem deutschen Exil nach Persien exportieren, wovon europäische Linke nur träumen: einen laizistischen, demokratischen Sozialismus. Nur nahm weder von Nirumand noch seinen Freunden noch deren Ideen irgendjemand Notiz im revolutionären Teheran.

Andere politische Gruppierungen erhoben mit mehr Gewicht Anspruch auf die Revolution, vor allem die »islamischen Marxisten«. Ihre stärkste Gruppierung, die Volksmudjahedin, brachten auch die größten Opfer im aktiven Kampf gegen das Schah-Regime. Von den zehn Mitgliedern des Zentralkomitees starben neun in den Savak-Gefängnissen. Kaum eines der führenden Mitglieder entkam Folter, Hinrichtung oder Gefängnis.

Doch nicht der terroristische Widerstand der Mudjahedin - Studenten, sondern die aus Paris in den Iran geschmuggelten Tonbänder mit Reden des Ayatollah Chomeini bereiteten dann den Volksaufstand vor. Chomeini warnte bis zuletzt vor bewaffnetem Widerstand. Die Hunderttausenden, die unbewaffnet mit Chomeini-Bildern in die Maschinengewehr-Salven marschierten, machten die Revolution. Und nicht die kleinen bewaffneten Gruppen der Mudjahedin.

Und nach dem Sieg dankten die Massen den Mudjahedin weder Heldenmut noch Blutopfer. Sie galten - eher zu Unrecht - als marxistisch und damit - eher zutreffend - als Vertreter der europäisierten Oberschicht.

Bei den noch freien Wahlen im März 1980 bekam der Mudjahedin-Führer Masaud Radjavi als Kandidat der vereinigten Linksopposition nicht einmal genug Stimmen für einen Parlamentssitz. Er landete auf Platz 20 der Reserveliste.

Die Mudjahedin sprachen von der »geraubten Revolution« und organisierten wie zu Schaftzeiten im Untergrund den bewaffneten Kampf um die Macht. Am 18. Juni vergangenen Jahres erklärten sie in einem Flugblatt dem herrschenden Regime den totalen Bürgerkrieg.

Teheran im Mai. Ein vorwiegend von christlichen Armeniern bewohntes Viertel. In einer Seitenstraße fallen Schüsse. Ein paar rennende Revolutionswächter sind auszumachen. Zwei Jungen stehen mit erhobenen Händen an einer Hauswand. Ein erregter Revolutionswächter vertreibt uns mit einem Schuß in die Luft.

Ein zweiter kurzer Blick auf die Szene. Ein Mensch krümmt -sich. Ein lebloser Körper wird auf einen offenen Transporter geworfen. Dann entdecken uns die Revolutionswächter wieder, und wir werden etwas dramatisch der Szene verwiesen.

Später bekommen wir von den Revolutionswächtern eine konfiszierte Kamera zurück und ein bißchen Erklärung des Vorfalls: Eine noch nicht identifizierte Person sei in einem Wagen mit Kugeln buchstäblich durchsiebt worden. Man habe die bewaffneten Konterrevolutionäre gestellt. Dabei sei ein Revolutionswächter schwer verletzt worden. Zwei der Konterrevolutionäre habe man unschädlich machen können. Überprüfbar waren diese Angaben nicht.

Der Schußwechsel hatte die Geschäftigkeit in der angrenzenden Einkaufsstraße nicht unterbrochen. So neugierig wie wir waren nur wenige. Fast ein Jahr nach der Kriegserklärung der Mudjahedin sind Schußwechsel in der Stadt noch immer Alltägliches. Der Kampf zwischen Mehrheits- und Minderheitsrevolutionären ist gnadenlos.

Die oppositionellen Kämpfer schießen meist vom Motorrad auf alles, was nach aktiven Anhängern des Ayatolla aussieht. Nach dem Motto der Mudjahedin Kriegserklärung, daß »die genannten Kreise, egal in welcher Kleidung sie auch auftreten, die schärfsten revolutionären Strafen auf sich nehmen müssen«. Bisweilen gucken sich die Stadt-Guerilleros noch Funktionsträger des Regimes für die »revolutionäre Hinrichtung« aus. Meist genügt revolutionäre Barttracht, ein Parka oder eine Armee-Uniform, um zur Zielscheibe zu werden. Fehlschüsse trafen auch schon Kinder. Unbeteiligte sind unvermeidlich Opfer von Bombenanschlägen, etwa auf ein Teheraner Kaufhaus, eine Impfstation, Kasernen oder vollbesetzte Autobusse.

Die Urheber dieser Anschläge sind nicht immer festzustellen. Denn - neben monarchistischen Terroristen - mischen auch kleine Gruppen im bewaffneten Untergrund mit. Die Pol-Pot-Verehrer von der marxistischen Peykar oder die »Fedayin-Tendenz Ahmad Zadeh«, die unter anderem den bundesrepublikanischen Botschafter unter Feuer nahm, weil »der deutsche Imperialismus dem amerikanischen Imperialismus sehr nahe steht«.

Worum der mörderische Bruderkrieg in der Sache geht, ist für den Westler schwer auszumachen. Denn auch die Mudjahedin bekennen sich zum islamischen Fundamentalismus, bezeichnen sich als »Partei Allahs«. Daß die Lehren Mohammeds mit etwas Marx und Mao angereichert wurden, macht das ideologische Konzept für europäisch geprägte Hirne kaum verständlicher. In die Einzelheiten der strikten Dogmen der eher sektenhaften Organisation werden ohnehin nur Mitglieder eingeweiht.

Die Mudjahedin-Propaganda kritisierte in der Legalität die Chomeini-Revolution als zu wenig radikal, nicht islamisch, nicht anti-amerikanisch, nicht sozialistisch genug. Die Gruppe sah sich als Vertreter der »unterdrückten Klassen«, warf ihren Gegnern »kleinbürgerliche Vorstellungen« vor und rekrutierte ihren Anhang nahezu ausschließlich aus dem Kleinbürgertum. Zunächst vor allem von den Universitäten, dann zunehmend aus den Oberschulen in den besseren Vierteln der Städte. Dreizehnjährige Jungen bekamen Waffen. Zwölf- bis fünfzehnjährige Schulmädchen wurden zu Demonstrationen auf die Straße geschickt, um Revolutionswächter anzulocken, die dann von Bewaffneten beschossen wurden.

Die von der Organisation veröffentlichten Opferlisten solcher Straßenschlachten dokumentierten, daß aus ihrem Guerilla-Kampf ein Kinderkreuzzug geworden ist. Wie ihre Gegner lehren die Mudjahedin die blind gehorsamen Oberschüler, der Märtyrertod sei höchstes Ziel eines Menschenlebens.

Die Frau des Mudjahedin Führers Radjawi berichtete in einem veröffentlichten Brief ihrem Mann im Pariser Exil über den »Heldentod« einer Dreizehnjährigen: »Wie heldenhaft! Fragen wir uns, was hat sie zu soviel Einsatzbereitschaft gezogen? Ich glaube, es spielt keine Rolle, daß sie sich dessen bewußt wird, wenn sie stirbt.« Frau Radjawi erlitt inzwischen selber den Märtyrertod.

Auch die deutschen Mitteilungblätter der »Sympatisanten der Volksmudjahedin« vermitteln eher Blutrünstiges als Politisch-Theoretisches. Auszüge von einer Nachrichtenseite: » ... brüllten noch einmal wieder die Maschinengewehre der kämpferischen Einheit der Volksmudjahedin. Diesmal wurde auf Ali Haghigat, Direktor des Büros des Landwirtschaftsministeriums, mit dem Zorn und der Wut des heiligen Volksgerichts gezielt. Er war einer von den Handlangern, der ehrliche Angestellte geärgert und belästigt hat ... «. » ... haben Kämpfer am Flughafen von Schiraz eine Bombe in das Auto von Kapitän Akbar Azami gelegt und explodieren lassen ... « .

»Vernichtung zweier Spitzel von Chomeinis Komitee«., »Vernichtung eines Chomeini-Gardisten«., »Die Einheit identifizierte einen Spion des Henkerregimes von Chomeini und verurteilte ihn zum Tode. Daraufhin wurde das Urteil gleich vollstreckt.«

Spektakuläre Hinrichtungen haben die Mudjahedin heute kaum noch zu melden. Im vergangenen Jahr gelang es ihnen allerdings, 125 Repräsentanten des offenbar noch schlecht ausgerüsteten Revolutionsregimes umzubringen und damit fast seine gesamte geistige und politische Führung. Allein bei einem Bombenattentat starben 72 führende Mitglieder der Islamischen Republikanischen Partei. Darunter ihr Vorsitzender Ayatolla Beheschti, 10 Minister und 27 Parlamentsabgeordnete.

Nach den Kriterien der westlichen Welt ist die Strategie der bewaffneten Opposition im Iran Terrorismus, sind die nach eigenen Angaben tausendfachen »Hinrichtungen« Massenmord. Aber die Mudjahedin haben die beinahe einmütige Sympathie dieser westlichen Welt.

Die Auslöschung der Staats- und Regierungsspitze im Iran bewegte keine westliche Regierung auch nur zu einem förmlichen Kondolenzschreiben. Die Freude in diesem Teil der Welt war kaum mehr klammheimlich. Zeitungsüberschriften: »Volltreffer in Teheran«.

Linke sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete erklärten ihre Solidarität mit den Mudjahedin-Guerillas. Ohne in einer Erklärung die physische Liquidierung der Revolutionsführung auch nur zu erwähnen, beschuldigten sie die iranische Regierung der »physischen Liquidierung jeder Opposition« und versprachen Unterstützung für den »Rat des Nationalen Widerstands« - der vom Mudjahedin-Führer Radjawi geleitet wird und sich mit den Terror-Anschlägen identifiziert.

Rechte überwinden Kommunistenfurcht und feiern die islamischen Terroristen als Robin Hoods. Liberale machen sie zu Freiheitskämpfern, die Linken fast aller Couleur sehen in ihnen Genossen. Für alle firmieren sie längst als »demokratische Opposition«. Der »Stern« meint, daß die »Volksmudjahedin für Millionen Iraner die einzige Hoffnung« sind. Landesverbände der Grünen, Jusos, der Kommunistische Bund, Astas, das Anti-H-Blöck-Komitee, das informationsbüro Nicaragua, »Pflasterstrand« und »Elephantenklo« erklärten Solidarität.

Die Solidaritätswelle ist sicherlich nicht mit dem ideologischen Konzept der Mudjahedin zu begründen. Denn das ist hierzulande ziemlich unbekannt. Schon eher mit der ehrenwerten Sympathie der Linken für Verlierer. Und mit nostalgischen Reminiszenzen an Stadtguerilla-Utopien - ungeachtet der Tatsache,. daß weder im Iran des Schah noch sonstwo Terrorismus Revolution machte.

Daß die Terroristen objektiv ein wichtiger Faktor in der internationalen Destabilisierungs-Strategie für den Iran sind, scheint allen recht. Denn gemeinsam ist in Europa die geradezu fanatische Abneigung dieser fanatisch anti-west- und anti-östlichen Revolution. Der ersten Revolution in der Dritten Welt, die nicht nur gegen militärische, wirtschaftliche und politische Macht der Industrienationen kämpft, sondern auch gegen ihre Kultur, ihre Zivilisation, ihre Heilslehren.

Daß die Ablehnung unserer Zivilisation »Mittelalter« bedeute, stand für europäische Beobachter schon fest, bevor Chomeini gesiegt hatte. »Das Programm Chomeinis weist zurück ins Mittelalter. Die Machtergreifung religiöser Fanatiker (ist) für die Welt ... eine Katastrophe«, wußte der »Stern« schon im November 1978.

Die Berichterstattung in den Medien scheint seitdem von der gleichen Irrationalität, die sie dem orientalischen Feind vorwirft. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird seit drei Jahren einmütig, unermüdlich der bevorstehende Zusammenbruch des Chomeini-Regimes prophezeit. Noch im vergangenen März überschrieb der »Stern« einen Iran-Bericht »Chomeinis letztes Aufgebot«, stellte dazu ein Foto bewaffneter Frauen und ließ Bahman Nirumand verkünden: »Nur noch schätzungsweise zehn Prozent der Bevölkerung unterstützen Chomeini ... Chomeinis Ära wird zweifelsohne nicht mehr lange dauern.«

Der »Stern« druckte das, als Chomeinis Freiwilligen-Bataillone, schlecht ausgerüstet, aber fanatisch-islamisch revolutionär, gerade begannen, die von der gesamten westlichen Welt unterstützte und hochgelobte irakische Armee zu zerschlagen. Den Sieg über den Irak hätte es auch nach Ansicht unserer konservativen Militärexperten gar nicht geben dürfen: »Irans Armee ist nur ein Trümmerhaufen« (»Die Welt«). »Irak vor dem Sieg« (»Hamburger Abendblatt«). Und als der »Trümmerhaufen« und das »letzte Aufgebot« dann doch siegten, wurde der militärische Erfolg bis zuletzt ignoriert oder mit irakischen Dementis bagatellisiert.

Die westliche Karikatur von der iranischen Wirklichkeit zeigt lächerliche, mörderische Mullahs. Alle Regeln des Journalismus sind im Fall Iran auch bei seriösen Publikationen außer Kraft gesetzt. Wenn die beiden bundesdeutschen Fernsehanstalten aus erster Hand über Persien berichten wollen, dann schicken sie ihren Pariser Korrespondenten zum Mudjahedin-Führer Radjawi. Erst in diesen Wochen reiste der ARD-Reporter und KONKRET-Autor Stefan Aust ins Kriegsgebiet und lieferte realistische Berichte.

Vor allem in der Menschenrechtskampagne gegen den Iran scheint alles erlaubt. Foto-Fälschungen sollen Hinrichtungen und Folter dokumentieren. Beispiel: Ein auf den Elektrostuhl, die »Apollo-Kapsel«, gefesselter Mann ist zum Symbolbild der internationalen Chomeini-Gegner geworden.. Das angeblich aus dem Iran geschmuggelte Foto ist tatsächlich die leicht retuschierte Kopie eines Bilds von der Vorführung der Savak-Folterinstrumente unmittelbar nach der Revolution.

Horrorgeschichten aus dem Iran sind in allen mörderischen Variationen stets dutzendfach auf dem Informationsmarkt. Sie stammen meist von der Propagandaabteilung der Mudjahedin und werden von europäischen Blättern ungeprüft nachgedruckt. Regelmäßiger Abnehmer solcher Stories ist der »Spiegel«.

Beispiel: Das Nachrichtenmagazin meldete unter der Überschrift »Erschießen, erschießen«: »Die Mullahs lassen jetzt auch Kinder hinrichten.« Sichere Indizien dafür fand das Blatt in der iranischen Tageszeitung »Etelaat«: »Sie veröffentlichte die Fotos von zwölf Schülerinnen mit der Aufforderung an die Eitern, deren Leichen bei der Verwaltung des Evin-Gefängnisses abzuholen.« Die Übersetzung war korrekt bis auf das vom »Spiegel« hinzugefügte Wort »Leichen«. Und die folgende Story kannte nur der »Spiegel«. Die Mädchen, bis auf eins alle unter 16, seien »wahllos von der Straße

weggefangen und im Evin-Gefängnis von Revolutionsgardisten an die Wand gestellt worden«. Der »Spiegel« wußte es sehr genau: »Für Ayatollah Mohammed Gilani, der die Hinrichtung spontan angeordnet hatte, weil die Mädchen freche Antworten gegeben hatten, stand der Massenmord voll im Einklang mit dem islamischen Gesetz.«

Alle zwölf Mädchen haben die »Spiegel«-Story überlebt. Vier wurden wegen angeblicher Beteiligung an einer bewaffneten Demonstration zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Acht sind auf freiem Fuß.

Von gleicher Qualität sind andere Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Iran. Und selbst die sonst so peniblen Rechercheure von Amnesty International liefern entgegen sonstiger Praxis für die pauschalen Beschuldigungen der iranischen Regierung keine hinreichenden Beweise.

Daß viele der Geschichten über Folter und Hinrichtungen im Iran widerlegbar sind, andere nicht belegbar, beweist allerdings noch nicht, daß es dort um die Menschenrechte gut steht. Massenhinrichtungen nach Schnellverfahren hat es unbestreitbar gegeben. Und sie widersprechen der Menschenrechtskonvention. Auch wenn die Opfer meist nicht Mitglieder der »Demokratischen Opposition« oder »Dissidenten« waren - wie es der gängige Sprachgebrauch in den Medien suggeriert -, sondern Angehörige von Guerilla-Organisationen. Auch wenn es nicht nur islamischer, sondern auch westlich-zivilisierter Rechtsbrauch ist, in Kriegszeiten bewaffneten Widerstand hinter der Front mit Standgericht und Hinrichtung zu ahnden. Auch wenn es fraglich ist, ob eine westliche Demokratie, wie etwa die Bundesrepublik, noch mit rechtsstaatlichen Mitteln reagieren würde, nachdem Präsident, Bundeskanzler, der Vorsitzende der Regierungspartei, ein großer Teil des Kabinetts und der Regierungsfraktion nebst einigen hundert Parteigängern binnen eines halben Jahres von Terroristen ermordet worden sind.

Was wirklich in den Gefängnissen des Iran geschieht, müßte am ehesten an Ort und Stelle zu erfahren sein. Meinten wir. Die Genehmigung zum Besuch des berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnisses kam überraschend noch am letzten Tag unseres Iran-Aufenthalts.

Morgens um sechs empfängt uns Assadollah Ladjewardi, der Chef des Evin-Gefängnisses, Teherans Oberster Ankläger, von der Opposition als »Henker von Teheran« verantwortlich gemacht für Folterungen und Erschießungen von Kindern.

In der Ecke seines Büros liegt zusammengerolltes Bettzeug. Ladjewardi hat auf dem Fußboden seines Arbeitsplatzes geschlafen, wie viele Revolutionäre es tun. »Um keine Minute, die man arbeiten kann, zu vergeuden«, heißt es. Aber die Wolldecke im gut bewachten Büro ist wohl auch der sicherste Schlafplatz für Ladjewardi. Er blickt vom Schreibtisch auf das mit Patronenhülsen gerahmte Foto seines Vorgängers, der im Gefängnis erschossen wurde.

Nirgends auf der Welt sind in den letzten Monaten so viele Menschen hingerichtet worden wie im Evin-Gefängnis. Gibt es überhaupt noch Gesetze, nach denen politische Täter abgeurteilt werden? Ladjewardi: »Zunächst einmal, wir unterscheiden zwei Gruppen. Die eine, die gegen uns ist, aber nicht auf uns schießt, wie die Kommunisten von der Tudeh oder die marxistischen Fedayin. Mit denen setzen wir uns politisch auseinander. Die andere kämpft mit der Waffe gegen uns, und wir antworten mit der Waffe.«

Das heißt also Todesstrafe für alle Mudjahedin?

Ladjewardi: »Wer mordet, der hat nach iranischem Recht sein Leben verwirkt. Und wer das Morden ermöglicht, sei es als Fahrer eines Motorrads oder durch sonst irgendeine aktive Unterstützung der Mörder, verdient die gleiche Strafe.«

Der Islam kennt meines Wissens auch Begriffe wie Gnade und Barmherzigkeit.

»Was wäre das für eine Logik, wenn wir jemanden leben lassen würden,' der hundertprozentig davon überzeugt ist, daß Mord eine richtige Sache ist? Gnade gibt es allerdings für die, die irregeleitet wurden. Für die, die bereuen. Und für jene, bei denen wir die Chance sehen, daß sie auf den rechten Weg zurückkommen. Denn der Koran sagt, daß man um jeden Menschen kämpfen muß.«

Es sind Gefangene schon innerhalb von 24 Stunden nach der Festnahme hingerichtet worden. Wie kann es da ein gerechtes Urteil geben?

»Es gibt Fälle, die sind so klar, da ist es schon zu lang, 24 Stunden mit der Bestrafung zu warten. Aber das sind Ausnahmen. In anderen Fällen lassen wir uns Monate Zeit mit dem Urteil.«

Es gibt nun auch andere Möglichkeiten der Bestrafung als die Todesstrafe.

»Sie meinen, uns Vorwürfe machen zu müssen, und sperren bei sich alle Terroristen lebenslänglich ins Gefängnis. Das ist für uns unmoralisch. Bei uns wird jeder Gefangene freigelassen, wenn wir erkennen, daß er den Weg in die Gesellschaft zurückgefunden hat.«

Auch Kinder und Jugendliche werden hingerichtet.

»Der Islam geht vom freien Willen und von der Zurechnungsfähigkeit jedes Menschen aus, wenn er nicht krank oder irregeleitet ist. Die Zurechnungsfähigkeit und damit die volle Schuldfähigkeit beginnt aber erst mit sechzehn Jahren. Jüngere Kriminelle behandeln wir wie Kranke. Beweisen Sie mir, daß wir auch nur einen Fünfzehnjährigen hingerichtet haben! Im übrigen, wer handelt hier denn unmoralisch? Doch wohl die, die Dreizehnjährige zum Morden abrichten.«

Wieviel Hinrichtungen hat es seit der Revolution gegeben?

Ladjewardi antwortet zum ersten Mal nicht sofort. Von draußen kommen Sprechchöre: »Chomeini ist unser Führer ... « Der Gefängnischef kramt in seinem Schreibtisch, zeigt uns einen handgeschriebenen Brief, angeblich von der Teheraner Mudjahedin-Zentrale an den Führer Radjawi. Das Schreiben sei in einer konspirativen Wohnung gefunden worden. Die Dolmetscherin übersetzt aus dem Brief: »... können wir mit Stolz sagen, daß die Zahl der von uns revolutionär hingerichteten Schweine erheblich größer ist als die Zahl unserer Märtyrer.«

Wieviel Menschen haben die Mudjahedin ' getötet?

»Etwa tausend.«

Und wieviel haben Sie nun hingerichtet?

»Das können Sie sich ja selber ausrechnen. Sie glauben dieser Organisation doch sowieso mehr als uns.«

Die sagt, es wird bei Ihnen brutal gefoltert.

»Es gibt bei uns absolut keine Folter. Der Koran verbietet das. Nach islamischem Recht können allerdings Gefangene zur Auspeitschung verurteilt werden für einige bestimmte Delikte.«

Und dann anschließend noch hingerichtet werden?

»Das ist denkbar, wenn zwei verschiedene Straftaten vorliegen. - Ja, ja, aber es darf nicht zur Erlangung von Informationen ausgepeitscht werden.«

Eine Gruppe Gefangener wird in das Büro geführt. Der Jüngste ist vierzehn, die anderen wenig älter. Sie waren nach ihren Angaben fast alle schon im Alter von dreizehn oder vierzehn Jahren an den Schulen für die Mudjahedin geworben worden. Der gerade Vierzehnjährige erzählt, er sei mit dreizehn schon Führer einer dreiköpfigen Kundschafter-Gruppe gewesen: »Es war einer ihrer Tricks, daß sie auch den Jüngsten scheinbar eine große Verantwortung gegeben haben. Und Waffen natürlich.« Er habe an einem bewaffneten Überfall teilgenommen, bei dem vier Revolutionswächter getötet worden seien.

Ich frage nach der Folter. Die Jungen lachen. Ich gebe ihnen mitgebrachte Zeitungsausschnitte und Folterfotos und veröffentlichte Namenslisten von angeblich hingerichteten Kindern. Die Jungen fangen an zu kichern, als sie die Fotos von verstümmelten Armen und Beinen sehen. Einer der älteren, der siebzehnjährige Aliresa Homainejat, steht auf der Liste der hingerichteten Schüler in einem Bericht der »Frankfurter Rundschau«. Aber die Jungen wissen, daß wenigstens einer der da Aufgeführten tatsächlich hingerichtet worden ist. Er sei älter als sechzehn gewesen.

Aliresa, der angeblich Hingerichtete, wartet seit neun Monaten auf seine Verhandlung, sagt er. Er ist der einzige, der sich nicht zu bewaffneten Überfällen bekennt. Er sei nur Mudjahedin-Verantwortlicher für die Alburz-Schule gewesen und habe innerlich schon vor der Verhaftung mit der Organisation gebrochen gehabt.

Gefängnisdirektor Ladjewardi droht grinsend mit dem Zeigefinger: »Wir wissen immer noch nicht, ob er uns die Wahrheit sagt.«

Es gibt Kekse. Ladjewardi klopft den Jungen auf die Schulter mit väterlichen Ermahnungen. Die scherzen zurück, geben sich eher selbstbewußt als unterwürfig - wie während des gesamten einstündigen Gesprächs. Über allem hängt das Photo eines lachenden Chomeini. Das einzige Mal, daß ich den Ayatollah im Iran lachend sehe.

Eine Gruppe älterer Gefangener kommt. Sie wollen ihre Namen nicht nennen, bitten, nicht fotografiert zu werden, »es sei denn, es ist von großem Nutzen für die islamische Revolution«. Sie hätten Angst vor Racheakten der Mudjahedin gegen ihre Familien. Alle behaupten, führende Mitglieder ihrer Organisation gewesen zu sein. Alle sind zum Tode verurteilt und später begnadigt worden, sagen sie. Bis auf einen. Er habe bisher nur Hinrichtungsaufschub. Er ist der einzige, der nervös wirkt und in physisch schlechtem Zustand zu sein scheint.

Alle geben sich restlos bekehrt, loben langatmig die Islamische Revolution und verdammen ihre »verbrecherische Vergangenheit« als »Anstifter von Mordüberfällen«. Sie hätten mit der sicheren Hinrichtung gerechnet, bei der Verhaftung aber nicht den Mut gehabt, auf ihre Zyankali-Kapsel zu beißen.

Wir dürfen auch noch besichtigen. Wir gehen durch den weitläufigen und übersichtlichen Gefängniskomplex. Überall wird irgendetwas verschönert. Die Wächter sind von den Gefangenen nicht zu unterscheiden. Ladjewardi scherzt mal hier, mal dort. Furchteinflößend scheint der »Henker von Teheran« nirgends zu sein. Wir kommen in ein sehr neues, sehr großes Gebäude. Auf dem Hof werden Volleyball und Fußball gespielt, Muskeln an Kraftmaschinen trainiert. Die Gefangenen

bewegen sich frei in dem gesamten Gebäudekomplex. Zellen können wir nicht sehen. In jedem der großen Schlafräume steht ein Fernsehgerät. Über die Video-Hausanlage läuft gerade »Ben Hur«. Obwohl, eigentlich, erklärt Ladjewardi, die Fernsehgeräte vor allem für Unterrichtszwecke gebraucht werden. Die Gefangenen, fast alle sehr jung, begrüßen ihren Direktor eher lässig. Ich habe in der Bundesrepublik noch kein so freundlich scheinendes Jugendgefängnis gesehen.

Und dann ein Blick durch ein Fenster auf einen anderen Gebäudekomplex: Frauen mit verbundenen Augen, die Hände auf den Schultern der nächsten, werden irgendwohin geführt. Die andere Wirklichkeit, die andere Wirklichkeit von Evin. Sie wird uns nicht vorgeführt.

Nach acht Stunden wieder draußen, durchatmend, weiß ich einiges mehr und Entscheidendes nicht. Folter und humaner Strafvollzug hinter denselben Mauern? Religiös gerechtfertigte Kaltschnäuzigkeit, die nach Zynismus klingt und moralisches Pathos. Widersprüche. Sie sind wohl in einer Revolution so.

Im Parlament und anderen Schaltzentralen des Regimes sind relativ mehr Frauen vertreten als wohl in irgendeiner westlichen Demokratie. Aber Frauen dürfen nicht mehr zusammen mit Männern Ski fahren. Traditioneller orientalischer Machismo macht sich die - für uns - oft absurde Prüderie islamischer Renaissance zunutze.

Die Revolution wirft dem Schah vor, alkoholische Getränke und Coca Cola subventioniert zu haben, um das Land dem »großen Teufel« noch gefügiger zu machen. Aber auch die Revolution gibt für jede Flasche Coca Cola noch umgerechnet 20 Pfennig Subvention, weil sie den Armen ihr Luxusgetränk noch nicht entziehen und nicht unbillig verteuern will.

Den Mullahs wird auch von prorevolutionären Technokraten organisatorische Unfähigkeit vorgeworfen. Aber trotz Krieg, der jeden Tag rund 12 Millionen US-Dollar kostet, trotz Millionen Flüchtlingen aus den Kampfgebieten, dem Irak und Afghanistan, trotz weltweitem Wirtschaftsboykott und bedrohlichem Devisenmangel brach die Versorgung der Bevölkerung nicht zusammen.

Die Islamische Revolution ist nie in Ruhe gelassen worden. Aber das ist wohl das Schicksal von Revolutionen. Der irakische Stellvertreter-Angriff mit offener Rückendeckung der USA und mit Milliarden-Dollar-Unterstützung der US-Satelliten am Golf bedrohte die Existenz des Vielvölkerstaates Iran. Nach der Devise »Teile und herrsche wieder« war es ein erklärtes Ziel der Aggression, aus der iranischen Ölprovinz Chusistan ein unabhängiges Arabistan zu machen. Zum Teil gewaltsame Autonomie-Bestrebungen von Kurdistan bis zur sowjetischen Grenze wurden von der Mudjahedin-Opposition und von beiden Weltmächten geschürt. Saudiarabien ermöglichte durch Öl-Überproduktion den zeitweisen Boykott des iranischen Öls. Und so fort.

Für die Islamische Revolution war der Imperialismus der Ersten Welt in der Praxis so teuflisch-total wie in der Theorie. Die Revolution hat bislang standgehalten.

Sie war aber auch vollauf damit beschäftigt, ihre Macht nach innen und außen mit der Waffe zu verteidigen. Für die Auseinandersetzung über die geistigen Grundlagen der Revolution blieb kaum Muße. Sie ist unvermeidlich, denn auch der Koran ist offenbar auslegungsfähig. Für die geistigen Väter dieser Revolution, auch für Chomeini, war die Humanität oberstes Gebot des Islam. Bisweilen erinnert der Ayatollah noch daran. Wie zu Beginn dieses Jahres, als er vor Rachegefühlen gegenüber dem Gegner warnte, ungerechte Urteile verurteilte, an die im Koran vorgeschriebene menschliche Behandlung von Gefangenen erinnerte. Er hat Grund für solche Mahnungen. Die Revolutionspraxis hat das Gebot der Menschlichkeit verschlissen. Revolutionen gehen selten pfleglich mit den Menschenrechten um.

Solange aber im Westen über die Massenhinrichtungen der Regierenden lamentiert und die Massenmorde ihrer Gegner bejubelt werden, kann das Regime - nicht zu Unrecht - die Menschenrechtskampagne als »eine von vielen imperialistischen Kampagnen zur Wiederherstellung der Unterdrückung« abtun. Nur wird die Frage nach Menschenrechten und Humanität auch im Iran gestellt und nicht nur von Konterrevolutionären.

Seit die iranischen Massen sich selbst organisierten und die stärkste von den USA ausgebildete und ausgerüstete Bürgerkriegsarmee der Welt wegfegten, hat dieser Aufstand alle Merkmale der wenigen klassischen Revolutionen der Weltgeschichte. Ihre permanente Kulturrevolution ist zugleich der bisher radikalste antikoloniale Aufstand. Der Versuch, dort wieder zu beginnen, wo der Kolonialismus anfing, iranische Identität zu zerstören. Er scheint aus unserer Sicht ziemlich abenteuerlich.

Da passiert eine Revolution in der Dritten Welt, mit der wir nichts zu tun haben, die wir nicht mal in den wildesten Träumen vorgedacht haben, mit der wir uns nicht identifizieren können. Nur, wir sollten diese Revolution ernst nehmen. Ernster, als es die westliche Linke bisher getan hat.

Konkret 07/82, S. 45

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Der Bauchredner

Jürgen Möllemann

Diesen Sommer kommt der FDP-Mann von der Hinterbank ganz groß heraus. Denn im Frühjahr hat der Fallschirmjäger endlich Land gefaßt. »Möllemann auf dem Vormarsch«, meldete Ende März erfreut die »Frankfurter Allgemeine«. Nordrhein Westfalens FDP, bis dahin feste Bastion des Bonner Bündnisses, hatte in einer Kampfabstimmung gegen einen linksliberalen Kandidaten den rechten Jürgen Möllemann zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Der Kampfauftrag des Wehrexperten ist klar: Er soll 1984 zum Landesvorsitzenden aufrücken, als Spitzenkandidat die FDP 1985 zurück in den Landtag und anschließend in das Koalitionskabinett mit der CDU führen. Denn, so erfuhr man auf dem Parteitag, die SPD-Landesregierung habe »total versagt«.

Man hätte leicht auch das Gegenteil hören können - gegen Bezahlung jedenfalls. Denn ein Jahr zuvor wußte es Jürgen Möllemann noch ganz anders. Damals hatte er gerade mit drei Partnern in München die Werbeagentur PR + Text gegründet. »Wir tun unser Bestes, damit man das Beste von Ihnen erfährt« - mit diesem Motto hatte er seine Dienste der jetzt plötzlich so stürmisch angegriffenen Landesregierung angeboten. Weil Möllemann seine Bettelbriefe um Regierungsaufträge auch noch mit dem Zaunpfahl »MdB« (Mitglied des Bundestages) unterschrieb, kam es zum Skandal, der bis vor das Bundestagspräsidium ging. Doch der Ertappte nannte es einen »Fehler« seines Münchner Büros.

Der Fachmann, der sich ebensogut auf Positiv- wie Negativwerbung für Landesregierungen versteht, war wenige Wochen nach Kriegsende geboren worden. Nach dem Abitur verweigerte er nicht den Kriegsdienst, sondern ging zu der brutalsten Truppe, die das Militär zu bieten hat: den Fallschirmjägern. CDU-Mitglied war er schon mit 17 geworden, acht Jahre später, nach dem Regierungswechsel 1969, trat er zur FDP über und kam dort gerade noch rechtzeitig genug an, um 1972 als 27jähriger in den Bundestag einziehen zu können. Seine Qualifikation hatte er während des Wahlkampfs in überzeugenden Reit-, Schwimm- und Fallschirmvorführungen demonstriert. Und als ihn dann seine Wähler in Bonn anriefen, meldete er sich am Telefon: »Hier Städtische Bühnen«.

Doch von diesen liberalen Grundsätzen mußte er sich im harten politischen Alltagsgeschäft bald trennen. »Was man so an Idealen nach hier mitbringt«, bekannte er in seinem zweiten Parlamentsjahr, »ist nicht zu retten«.

Möllemann wurde rasch »Experte für nahezu alles« (»Süddeutsche Zeitung«), wobei er zuweilen Lübke-Format erreichte. Als der Deutsche Bundestag zum 100. Geburtstag seiner 1966 verstorbenen Alterspräsidentin Marie-Elisabeth Lüders 1978 eine Feierstunde in Berlin veranstaltete, schickte der eifrige Jungpolitiker an »Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders, Reichstagsgebäude Berlin« ein Glückwunschtelegramm, in dem er bedauerte, am Festakt nicht persönlich teilnehmen zu können. Als Trost wünschte er der Toten alles Gute, »vor allem, daß Sie noch lange in einer hoffentlich erfolgreichen FDP mit Freude wirken können«.

Viele Freunde machte sich Möllemann auch mit seinem herzlichen und immer =fühlenden Humor. »Wie nennt man Leute, die kein Fleisch essen?« fragte er hochgebildete Kollegen in Bonn. Ihre unsichere Antwort »Vegetarier« wollte der schlagfertige Politiker nicht gelten lassen: »Falsch - Polen«.

Mit ähnlicher Sachkunde ging Möllemann voran, um die Welt nach seinen richtigen Vorstellungen in Ordnung zu bringen. Er reiste als erster Bonner Parlamentarier nach Nordkorea und vorher schon zu Fidel Castro, der ihm gutmütig eine zweistündige Privataudienz gewährte, nach Kuba. In Südafrika machte er als Regierungsgast der Apartheid seine Aufwartung. Und zwischen Juden und Arabern wollte der Fallschirmjäger Reserveoberleutnant ausgerechnet deutsche Bundeswehr als UNO-Truppe marschieren lassen. Anläßlich eines Besuches bei PLO-Chef Arafat entwarf er einen garantiert hervorragenden Nahost-Geheim-Friedensplan. Zwar kriselt es dort noch immer ein wenig, aber Möllemann brachte der Plan Schlagzeilen ein - und die sind was Gutes, wie seine Agentur wohl weiß: »Sein Name ist heute ein Markenzeichen für Ideen und Konzepte, die ihre Wirkung nach außen nicht verfehlen. Er weiß, wie man Nachrichten macht.«

Seine eigentliche Erfüllung fand der leidenschaftliche Fallschirmjäger im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Kriegsdienstverweigerer möchte er am liebsten in paramilitärische »Zivilschutz-Corps« stecken. 1978 wollte er die FDP »als erste Partei Europas« auf die werterhaltende Neutronenbombe festlegen. Als Genscher damals sein Ja zu dieser Wunderwaffe vorübergehend zurückzog, zeigte sich Möllemann, der allgemein als Bauchredner seines Parteivorsitzenden anerkannt ist, zutiefst bestürzt: »Ich dachte, ich stehe im Wald, plötzlich sollte nichts gewesen sein«.

Unsere Verteidigungsindustrie darf in ihm einen treuen und unermüdlichen Freund sehen. Er setzte sich immer wieder dafür ein, daß endlich die lästige Klausel wegfalle, die Waffenexporte in Spannungsgebiete eigentlich verbietet. Wo immer es den »außenpolitischen Interessen« der Bundesrepublik diene, müsse man liefern, verlangte der Wehrexperte und denunzierte jeden, der sich gegen deutsche Panzer für Saudiarabien wehrte, als Israel-Lobbyisten.

Er mag lieber andere. Als letzten Oktober in Bonn 300.000 Menschen für den Frieden und gegen die berechtigten Interessen unserer Wehrindustrie protestierten, suchte ein Tiefflieger mit dem Transparent zu stören: »Und wer demonstriert in Moskau?« Dieselbe Frage stand über einem Inserat mit Werbung für NATO und mehr Raketen, das Möllemanns Unterschrift trug. In Auftrag gegeben und bezahlt hatte beides der Rüstungs-Lobbyist und ZDF-Korrespondent Udo Philipp im Namen einer »Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik«. Schatzmeister dieses Friedensvereins ist der Pressesprecher Hans-Ulrich Pieper von Rheinmetall, dem gefährlichsten Rüstungskonzern unserer Republik.

Und damit nie wieder Leute für einen wenig lukrativen Frieden ohne Waffen demonstrieren, möchte Möllemann sie jetzt schon von der Schulbank an indoktrinieren. Nein, »keine Wehrkunde« will er, sagte er jüngst vor dem »sicherheitspolitischen« Kongreß der Julis, der rechten »Jungen Liberalen«, sondern »Friedenserziehung an allen Schulformen« und zwar »obligatorisch«. Und was sollen »unsere Schüler und Jugendlichen« da erfahren? »Mit welchen Mitteln wir den Frieden sichern.« - Betriebsbesichtigungen bei Rheinmetall inklusive.

Konkret 07/82, S. 46

Uwe Maeffert

Der Rechtsweg

Wem vom Staat Unrecht zugefügt wird, kann die Gerichte anrufen. Die aber sind überlastet, und die Rechtsfindung dauert deshalb viele viele Jahre. Der Bürger ist dagegen wehrlos
Bundesverfassungsgericht, Beschluß vom 19.10.77: »Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz gebietet, soweit als möglich zu verhindern, daß durch die sofortige Vollziehung einer hoheitlichen Maßnahme Tatsachen geschaffen werden, die auch dann, wenn sich die Maßnahme bei richterlicher Prüfung als rechtswidrig erweist, nicht mehr ruckgängig gemacht werden können...«

Kurz nach seinem Amtsantritt hatte sich Bundespräsident Karl Carstens auf den Weg gemacht, um möglichst viel von dem Land zu erfahren, dessen oberster Repräsentant er für die Dauer seines Amtes ist. Hätte dieser Weg ihm jedoch wirklich Erkenntnisse über das Land bringen sollen, so ist der Präsident den falschen Weg gegangen. Er hätte den Rechtsweg gehen müssen; wie die 21 Hamburger Lehrer, die im Januar 1975 Klage gegen ihren Dienstherrn, die Schulbehörde, erhoben, oder wie die Lehrerinnen Sabine B. und Sabine D.

Die 21 Lehrer unterrichten an Sonderschulen, in denen die Schüler - Gehörlose, Blinde und Sprachbehinderte - den Realschulabschluß erreichen können. Eine gewaltige pädagogische Aufgabe, die Kraft, Geduld und Zeit beansprucht. Es hat mit der Arbeitszeit aller Lehrer etwas Besonderes auf sich. Sie sollen weder mehr noch weniger als andere Berufstätige arbeiten. Die Arbeit, die sie leisten, erschöpft sich aber nicht in dem Unterricht, den sie Schülern geben, und nicht in ihrer Anwesenheit in der Schule. Lehrer brauchen für die Vorbereitung des Unterrichts, für die Korrekturen der Schülerarbeiten, für Gespräche mit Eltern und Schülern etwa so viel Zeit wie für den Unterricht selbst. Ihr Arbeitgeber Staat hat ihnen daher wöchentliche Unterrichtsstunden verordnet, die etwas mehr als die Hälfte der 40-Stunden-Woche ausmachen. Nun verlangt der unterschiedliche Schultyp den Lehrern mehr oder weniger an Vorbereitungszeit ab: Hauptschullehrer, Realschullehrer, Fachschullehrer, Sonderschullehrer und Gymnasiallehrer - ihre Unterschiede finden auch in der wöchentlichen Pflichtstundenzahl Ausdruck. Bei aller Unterschiedlichkeit haben die Lehrer einen Anspruch, gerecht behandelt zu werden, indem entsprechend ihrer unterschiedlichen Belastung bei der Festlegung der Unterrichtsstunden sachgerecht und nicht willkürlich differenziert wird.

Im Jahre 1970 hatte der Hamburger Senat die Arbeitszeit der Lehrer neu geregelt. Die Anforderungen waren in einem Maß gewachsen, daß für alle Lehrer die Wochenstundenzahl um eine Stunde herabgesetzt wurde. Hauptschullehrern wurden 28 Stunden, Gymnasiallehrern 24 Stunden verordnet, und dazwischen befanden sich Real- und Sonderschullehrer mit jeweils 26 Stunden. Sonderschullehrer aber, wie die 21 späteren Kläger, hatte man bei der Neuordnung vergessen. Der Grund dafür war die Besonderheit der pädagogischen Einrichtung und die kleine Zahl dieser Lehrer. Da sie aber beides waren: Sonderschul- und Realschullehrer, gewährte ihnen die Behörde weiterhin dieselbe Stundenermäßigung von vier Wochenstunden im Verhältnis zu den Hauptschullehrern und von zwei Wochenstunden im Verhältnis zu den »normalen« Sonderschullehrern.

Das ging so bis zum 3. April 1974, als der Gruppe der 21 die behördliche Weisung zuging, sie hätte ab sofort zwei Stunden mehr Unterricht, also vier Arbeitsstunden pro Woche mehr zu leisten. Das lag natürlich nicht daran, daß inzwischen ein von der Kultusministerkonferenz beauftragtes Institut die Arbeitsbelastung aller Lehrer untersucht hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, daß die Arbeitsbelastung der Lehrer die gesetzliche Arbeitszeit bis zu einem ganzen Arbeitstag pro Woche überstieg, wobei die höchste Arbeitsbelastung der Lehrer für das Land Hamburg und für den Realschulbereich ermittelt worden war. Das lag schon gar nicht daran, daß ein Mangel an Lehrern zu verzeichnen gewesen wäre. Es lag allein daran, daß gespart werden sollte, wo in einem konsum- und profit-orientierten Industriestaat zu allererst gespart wird: im Schul-, Erziehungs- und Bildungsbereich. Nicht ausreichend Lehrer - die es gab - wurden eingestellt, sondern übermäßig belastete Lehrer zusätzlich belastet.

Die betroffenen Lehrer nahmen ihren ganzen Mut zusammen, den Beamte aufbringen müssen, wenn sie, denen das Streikrecht versagt ist, dem Staat als Arbeitgeber trotzen wollen, und machten sich auf den Weg, ihr Recht zu bekommen. Sie legten Widerspruch gegen die behördliche Weisung ein, doch erhöhten sie auch gehorsam »ab sofort« die Schlagzahl ihrer Bildungsarbeit und unterrichteten zwei Stunden in der Woche mehr: Es konnte ja nicht von langer Dauer sein.

Ein Widerspruch gegen eine behördliche Maßnahme hat üblicherweise eine sogenannte aufschiebende Wirkung. Wird widersprochen, so soll der Rechtszustand zunächst einmal so sein, wie er vor der behördlichen Maßnahme, der widersprochen wird, bestanden hat. Liegt aber die sofortige Veränderung im »öffentlichen Interesse«, so kann die Behörde ausnahmsweise »Sofortvollzug« anordnen. Das hat hier die Behörde getan. Gespart und vollzogen wurde schnell. Auch Recht gewährt?

Das Verwaltungsgericht Hamburg wies durch gleichlautende Urteile vom 13. Mai 1976 die Klagen der Lehrer zurück. Die 9. Kammer des Verwaltungsgerichts, in der drei Berufsrichter amtieren, brauchte für die schriftstellerische Tätigkeit des

Abfassens eines 27seitigen Urteils vier Monate. Erst als das schriftliche Urteil den Parteien zugegangen war, konnten die Lehrer Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegen. Sie taten es. Das erstinstanzliche Urteil war angreifbar genug.

Im Oktober 1976 ging beim Oberverwaltungsgericht die Berufung ein. Als vier Monate später noch nichts von einem Verhandlungstermin zu vernehmen war, fragten die Kläger nach. Der Vorsitzende antwortete am 1.3.1977:

»... bedauere ich mitteilen zu müssen, daß mit der Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung nicht vor dem 1. Januar 1978 zu rechnen ist ... «

War diese Prognose schon enttäuschend genug, so erwies sie sich angesichts der späteren Entwicklung als unberechtigt kühn. Die Kläger, die auch nur den Anschein von Ungeduld vermeiden wollten, fragten erst im April 1978 wieder nach. Der Vorsitzende antwortete am 20.4.1978-.

» ... mitgeteilt, daß angesichts der weiterhin sehr angespannten Geschäftslage des Senats mit einem Termin... erst nach den Sommerferien gerechnet werden kann.«

Es wurde Herbst und die Erholung durch die Sommerferien weitgehend aufgezehrt, als die Kläger am 6.10.1978 erneut höflich anfragten. Der Vorsitzende antwortete am 11. 10. 1978:

» ... mitgeteilt, daß... mit einer Terminierung Ende 1978 zu rechnen ist.«

Die Geschäftsstelle, die dieses Antwortschreiben aufgrund richterlicher Weisung bearbeitete, muß den Vorsitzenden zuletzt mißverstanden haben. Nicht Ende 1978, sondern Ende des Winters 78/79 war wohl gemeint. Denn erst am 1.3.1979 lud das Gericht die Parteien zur Verhandlung am 30.3.1979. Es wurde verhandelt.

Fünf Jahre nach der einschneidenden Maßnahme der Schulbehörde, drei Jahre nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts und über zwei Jahre, nachdem die Lehrer Berufung eingelegt hatten, faßte das Oberverwaltungsgericht die Kernfrage des Prozesses erst einmal in einen Beschluß. Der Behörde wurde aufgegeben,

» ... darzulegen, aus welchen Gründen die Gleichbehandlung der im Realschulbereich der Sonderschulen tätigen Lehrer mit den im Volksschulbereich dieser Schulen tätigen Lehrern gerechtfertigt ist.«

Diese Frage hatten die Lehrer der Behörde schon im Jahre 1975 gestellt. Es war also noch nichts entschieden, aber wieviel Zeit inzwischen vergangen war, macht eine Stelle des Verhandlungsprotokolls vom 30. März 1979 deutlich:

»Auf Befragen erklärt der Vertreter der Kläger: Der Kläger zu 1) ist jetzt Schulleiter. Die Klägerin zu 5) und der Kläger zu 6) sind jetzt Oberstudienräte an Sonderschulen.«

Am 13. Juli 1979 traf man sich vor Gericht wieder. Das Gericht beauftragte einen Gutachter. Der mußte zweimal angemahnt werden. Im Mai 1980 legte Professor Dr. K. sein Gutachten vor und entschuldigte sich für die Verspätung:

» ... erlaube ich mir, Sie nochmals davon in Kenntnis zu setzen, daß ich mit der Vorbereitung eines Internationalen Kongresses für Erziehung und Bildung Hörgeschädigter... weit über meine Arbeitskraft hinaus belastet bin. Ich erlaube mir ferner, ein Exemplar des vorläufigen Programms für diesen Kongreß beizufügen.«

Ja, glaubte der überlastete Wissenschaftler, ein so überlastetes Gericht hätte noch die Zeit, auf einen Kongreß zu gehen oder auch nur sein »vorläufiges Programm« zu lesen?

Das Gutachten vom 14.5.1980 entschied den Rechtsstreit - das war keine Überraschung - zugunsten der Gruppe der 21 Lehrer. Deshalb entschied auch das Oberverwaltungsgericht, daß die Behörde im Fall der Kläger den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt habe und daß sie, die Behörde, den Lehrern im Verhältnis zu Sonderschullehrern eine Stundenermäßigung zu gewähren habe; wieviel, habe die Behörde nach sachgerechtem Ermessen festzulegen.

Dieses Urteil sprach das Oberverwaltungsgericht am 28.11.1980. Die Lehrer verlangten nun von der Behörde, daß ihnen umgehend das zugesprochene Recht auch realisiert werde und sie weniger Stunden zu unterrichten hätten. Gehorsam hielten sie - das Ziel so nahe vor Augen - die überhöhte Schlagzahl. Die Behörde antwortete auf das Verlangen am 23.1.1981:

» ... daß die Zustellung der schriftlichen Gründe des Urteils... abgewartet werden muß, ehe weitere Entscheidungen getroffen werden können.

Man wartete. Man wartete bis zum 27. November 1981. Einen Tag, bevor sich der Urteilsspruch jährte. Für die Arbeit an dem 35-seitigen Urteil benötigte das Oberverwaltungsgericht mit drei Berufsrichtern ein ganzes Jahr. Ein Fall für das Buch der Rekorde.

Nun mahnten die Lehrer wieder die Behörde, sofort tätig zu werden, wie sie es vor Jahresfrist zugesagt hatte. Die Behörde antwortete:

»Die Behörde... wird die schriftlichen Gründe des Urteils sorgfältig prüfen und dann die Kläger... neu bescheiden... Die Behörde wird sich bemühen, die Bescheide bald zu erlassen.«

Die Lehrer wurden am 2.2.1982 wieder vorstellig. Wenig später die Antwort:

»Die Sache liegt gegenwärtig der Behördenleitung zur Entscheidung vor. Sobald eine Entscheidung getroffen wird, werden wir Sie unverzüglich informieren.«

Da wurde es den Lehrern zu bunt. Unter Fristsetzung stellten sie ihrem Dienstherrn zwei Fragen: Warum und aufgrund welcher Gesichtspunkte ist die Behördenleitung mit der Sache befaßt? Mit welchem Zeitraum einer Entscheidung der Behördenleitung haben die betroffenen Lehrer zu rechnen?

Die Antwort des Amtes folgte am 24.2.1982:

»Wie Sie wissen, hat das Oberverwaltungsgericht der Behörde nicht aufgegeben, die Pflichtstundenzahl für die Kläger in bestimmter Höhe festzusetzen. Es hat vielmehr der Behörde überlassen, die Pflichtstundenzahl im Rahmen einer Neufestsetzung der Pflichtstundenzahlen im Sonderschulbereich oder im gesamten Schulbereich festzulegen. Zu beachten sei dabei jedoch, daß Sonder-Realschullehrer eine geringere Pflichtstundenzahl als Sonder-Volksschullehrer erhalten müßten.

Dementsprechend kommt als Lösungsmöglichkeit entweder die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Sonder-Realschullehrer oder die Heraufsetzung der Pflichtstundenzahl für Sonder-Volksschullehrer in Betracht. Diese Frage wird zur Zeit mit dem Senatsamt für den Verwaltungsdienst erörtert. Sobald sie geklärt ist, wird das Land Hamburg an die anderen Bundesländer herantreten ... «

Wie die Sache irgendwann ausgehen wird, kann man sich vorstellen. Die Behörde wird den anderen - nicht nur 21 - Lehrern sagen: Seht, was Eure Kollegen über Jahre geleistet haben. Es geht doch! Und die Behörde wird eine Erhöhung der Schlagzahl auch von den anderen fordern.

Sabine B. ist Lehrerin. Sie legte im Hamburger Schuldienst ihr Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab, als die 21 Sonderschullehrer den Rechtsweg angetreten waren. Sabine B. bewarb sich für eine Einstellung als Studienrätin gerade zu dem unseligen Zeitpunkt, zu dem der Hamburger Senat nicht nur die erwähnten Sparmaßnahmen beschlossen hatte, sondern auch rigide den sogenannten Radikalenerlaß anwandte. Die engagierte Lehrerin trat einer »Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats« bei. Eine kommunistische Organisation unterstützte die Aktionseinheit.

Deshalb wies die Behörde die Lehrerin Sabine B. ab. Die Lehrerin verlor ihren Prozeß vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht Hamburg. Das Landesarbeitsgericht sprach sein Urteil am 13.12.1977. Erst am 27.7.1978 lag das schriftliche Urteil vor. In einem Mahnschreiben an den Präsidenten des Landesarbeitsgerichts hatte der Anwalt der Lehrerin geschrieben: »Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, das Urteil vom 13.12.1977 zu begründen ... «

So muß es auch gewesen sein. Das Landesarbeitsgericht begründete sein Urteil im wesentlichen damit, die Lehrerin habe sich nicht von den »verfassungsfeindlichen Zielen« der kommunistischen Organisation distanziert, so daß die Befürchtung der Behörde berechtigt sei, die Lehrerin identifiziere sich mit diesen Zielen. 'Das konnte das Bundesarbeitsgericht doch nicht absegnen!

Revision wurde am 18. August 1978 eingelegt. Am 7.3.1979 erhielt Sabine B. vom höchsten Arbeitsgericht erstmals Nachricht. Doch statt einer Ladung zur Verhandlung war es ein formularmäßiges Schreiben, dessen persönliche Note nur der eingesetzte Name der Klägerin war. Das Gericht könne in absehbarer Zeit wegen Überlastung keine Verhandlung ansetzen, wurde mitgeteilt. Und formularmäßig wurde der Vorschlag unterbreitet, die Parteien sollten doch selbst nach einer Lösung ihres Konflikts ohne Mithilfe des Gerichts suchen. Einen Vorschlag für eine Lösung könne man - ebenfalls wegen Arbeitsüberlastung - nicht unterbreiten.

Nun hatte zur selben Zeit das Bundesarbeitsgericht unter Vorsitz seines Präsidenten eine interessante Entscheidung getroffen. Kläger waren Arbeiter, die im westfälischen Erwitte ein Zementwerk besetzt hatten, nachdem der Fabrikant Seibel das Werk ohne Not geschlossen und Massenkündigungen ausgesprochen hatte. Die Stillegung war unrechtmäßig, und die Arbeiter hielten in Notwehr buchstäblich am Arbeitsplatz fest. Das Bundesarbeitsgericht entschied gegen die Arbeiter, denen Seibel nochmals wegen Besetzung des Werkes gekündigt hatte: Die Arbeiter hätten den Rechtsweg beschreiten müssen. Der arbeitsrechtliche Schutz in diesem Land sei lückenlos.

Durch das Schreiben des Bundesarbeitsgerichts vom 3.7.1979 an die Lehrerin Sabine B. ging ein Seufzer der Überstrapazierung:

»Wie bereits mitgeteilt wurde, sind die Termine des Senats im Jahre 1979 belegt, ohne daß auch nur die Revisionen aus 1977 untergebracht werden konnten. Unter diesen Umständen kann in der Revisionssache... im Jahr 1979 kein

Verhandlungstermin anberaumt werden. Es läßt sich auch heute kein Termin für das Jahr 1980 vorausbestimmen.«

Einen zukünftigen Termin vorausbestimmen? War man jetzt in den Grenzbereich der Astrologie gelangt? Doch dann bekam Sabine B. plötzlich ihren Verhandlungstermin für den 19. März 1980. Vorausgegangen war eine Beschwerde beim Bundesarbeitsministerium, das für die Dienstaufsicht zuständig ist. Ein Nachweis für den Zusammenhang von Beschwerde und Terminierung läßt sich natürlich nicht führen, zumal das Ministerium drei Monate nach der Beschwerde schrieb:

»Die Terminierung ist eine dem Vorsitzenden eines Spruchkörpers als richterliches Geschäft zugewiesene Aufgabe. Dieser Bereich richterlicher Tätigkeit ist daher grundsätzlich der Dienstaufsicht entzogen.«

Das Bundesarbeitsgericht gab der Lehrerin Sabine B. Recht. Das Landesarbeitsgericht Hamburg mußte noch einmal verhandeln. Nun unterrichtet Sabine B. seit Anfang 1981 wieder. In den fünf Jahren der Dauer ihres Rechtsweges war sie teils arbeitslos, teils verdiente sie den Lebensunterhalt für sich und ihren Sohn als Sekretärin in einem Hafenbetrieb und in einer kirchlichen Gemeinde.

Auch Sabine D. ist Lehrerin. In Hamburg ausgebildet, wurde sie von der Schulbehörde am 1. August 1976 eingestellt. Aus fadenscheinigen Gründen wurde ihr zwei Jahre später gekündigt. Schüler und Eltern protestierten gegen die Entlassung. Arbeits- und Landesarbeitsgericht wiesen die Kündigungsschutzklage der Lehrerin ab, wobei das obere Gericht Sabine D. vor allem vorwarf, sie habe es zugelassen, daß ihre Schüler ein Protestschreiben verfaßt hatten; dadurch habe sie die ihr anvertrauten Schüler in ihre »persönliche Angelegenheit« hineingezogen.

Gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichtes vom 14.2.1979 legte die Lehrerin Revision ein. Am 1.4.1980 fragte sie beim Bundesarbeitsgericht an, wie es mit einer Verhandlung stehe. Der Vorsitzende des 7. Senats antwortete:

»Zu meinem Bedauern kann ich Ihrem Antrag, Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen, noch nicht entsprechen... läßt sich leider auch nicht (einigermaßen verläßlich) sagen, wann mit einem Termin zur mündlichen Verhandlung zu rechnen ist ... «

Auf den erneuten Antrag der Lehrerin vom 5.1.1981 reagierte das Gericht im August desselben Jahres: Verhandlung angesetzt auf den 16.12.1981.

Auch in diesem Fall hob das Bundesarbeitsgericht das Urteil der unteren Instanz auf. Aber Sabine D., die während der vier Jahre teils arbeitslos war, teils von einer Mineralölfirma beschäftigt wurde, schließlich bei der Eingliederung von Vietnamflüchtlingen behilflich war, muß weiter warten. Das Landesarbeitsgericht, das noch einmal entscheiden muß, wird im Juli verhandeln.

Die Seufzer aus Kassel haben inzwischen Gehör gefunden. Durch eine »Reform« des Arbeitsgerichtsgesetzes hat man den Weg zum höchsten Arbeitsgericht zu einem Nadelöhr verengt. Nur wenn die Fälle von grundlegender Bedeutung sind oder die Landesarbeitsgerichte ausgefallene Rechtsgedanken zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen wollen, kann der Weg zum Bundesgericht führen. Die Landesarbeitsgerichte entscheiden selbst darüber, ob sie diesen Weg über sich hinaus eröffnen wollen. Verneinen sie es, kann der Rechtssuchende gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht erheben, und dieses Gericht entscheidet dann, ob es sich den Fall aufhalsen will.

Das Recht der beiden Lehrerinnen auf ihren Arbeitsplatz wäre im heutigen Rechtszustand an den Klippen der zweiten Instanz zerschellt. Wie bei einem Fesselballon hat man lediglich eine Last gekappt, damit der Ballon, der Gas verloren hat, aufsteige. Die Garantie der Rechtsgewährung strebt dem Himmel zu und wird im Blick des Rechtssuchenden stetig kleiner und verschwommener.

Zwei Millionen Arbeitslosen steht ein Heer von arbeitsüberlasteten Richtern und Angehörigen der Justiz gegenüber; dem Mangel an gesellschaftlich produktiver Arbeit ein Überbedarf an rechtsprechender Lösung wachsender gesellschaftlicher Konflikte. Wer Arbeit im Bereich der Konfliktlösung hat, der hat zuviel davon, auch wenn nicht jeder einen internationalen Kongreß vorzubereiten hat.

Der Justiz selbst fällt zur Lösung der Überbelastung immer nur ein Mittel ein. Sie will mehr Geld für mehr Richterstellen. Wer das Wirken der Justiz und die Richter kennengelernt hat, kann in der Erfüllung ihrer Forderungen nicht den richtigen Weg sehen. Auch der Verwaltung fällt immer nur ein Mittel ein: Sie baut Schikanen auf einem Weg ein, der noch nie eine Rennstrecke war und sich der Kriechspur einer Schnecke annähert.

Auf der Strecke bleiben vor allem die, die Rechtsgewährung am nötigsten, und zwar schnell brauchen. Dabei gäbe es schon wirkungsvolle Mittel. Was wäre geschehen, wenn die Gruppe der 21 Lehrer auch nach der Weisung, mehr zu arbeiten, wie bis dahin unterrichtet hätte? Und was wäre dagegen einzuwenden, wenn nicht sie, sondern der Staat als Arbeitgeber den Rechtsweg hätte beschreiten müssen und die Stundenzahl erst dann hätte erhöht werden dürfen, wenn der klagende Staat den Prozeß endgültig gewonnen hätte?

Was wäre gewesen, wenn die gekündigte Lehrerin so lange hätte beschäftigt werden müssen, bis der Staat mit einer Kündigungsklage in letzter Instanz vielleicht Erfolg gehabt hätte? Bekanntlich muß auch ein Mieter herausgeklagt werden und hat nicht für die Dauer des Prozesses Hals über Kopf in einem Zelt auf städtischen Grünanlagen zu verschwinden. Soffen der Staat und die wirtschaftlich starken Kräfte doch klagen, wenn sie gegen den Einzelnen Veränderungen in dessen Rechten und Besitzstand herbeiführen wollen. Der Rechtsweg würde schon kürzer werden.

Wie die Verhältnisse sind, provoziert der Staat selbst zunehmend Selbsthilfe der Bürger, das Beschreiten von Wegen neben dem Rechtsweg. Und diese Wege führen in eine andere Richtung als der beschauliche Spaziergang des Wanderpräsidenten durch seine Republik. Als die Gruppe der 21 und die beiden Lehrerinnen sich auf den Rechtsweg machten, war Karl Carstens noch nicht Bundespräsident. Und er wird es vermutlich nicht mehr sein, wenn der Rechtsweg der Sonderschullehrer noch nicht beendet ist.

P.S. Auch mit der Arbeitszeit der Richter hat es etwas Besonderes auf sich. Sie bestimmen sie selbst.

Konkret 07/82, S. 51

Stefan Aust

Konkret-Extra: Das zweite Geständnis des Reiner Hochstein. Der Kronzeuge packt aus

Sein Name ist Reiner Hochstein, und er gehörte zu den um meisten gesuchten deutschen Terroristen. Festgenommen wurde er einen Tag vor der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Die Polizei fand bei ihm ein kleines schwarzes Notizbuch, mit dem er dann unter Druck gesetzt wurde. Ein Agent des Verfassungsschutzes mit Namen Michael Grünhagen baute den ehemaligen Physikstudenten Reiner Hochstein zum Kronzeugen der Anklage im Mordfall Günter von Drenkmann auf. Es war der Versuch, einen Prozeß zu manipulieren. Das Zusammenspiel mit dem Geheimdienst bewerkstelligten Polizei, Staatsanwaltschaft und ein Verteidiger. Eine Geschichte, die handelt von Drohungen und Versprechungen, von falschen Aussagen und der Anstiftung zur Falschaussage: die Geschichte des Reiner Hochstein. Ein Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaates.

Die Ampel schaltete auf grün, doch der beigefarbene Opel Rekord fuhr nicht an. Das Pärchen auf den Vordersitzen des Wagens küßte sich. Plötzlich blickte der Fahrer auf und gab Gas.

Der Wagen schoß über die Kreuzung, gefolgt von einem Streifenwagen der Polizei, der hinter dem Fahrzeug gehalten hatte. Der Polizeiwagen überholte den Opel, einer der Beamten zeigte die Kelle. Der Rekord bremste langsam ab und überholte den Polizeiwagen dabei, dann hielt er. Ein Polizeibeamter stieg aus und ging auf den Wagen zu. Der Fahrer kurbelte das Fenster herunter und reichte dem Polizisten die Fahrzeugpapiere.

Der Beamte konnte nicht sehen, daß der Fahrer eine großkalibrige Pistole gezogen hatte und gegen die Tür richtete. Er ging zurück zum Streifenwagen, um die Papiere zu überprüfen. Da raste der Opel wieder los. Die Ampel auf der Kreuzung Hoheluftchaussee/Eppendorfer Weg war rot.

Ohne zu stoppen, jagte der Rekord in den rollenden Verkehr und rammte einen Volkswagen. Fahrer und Beifahrerin sprangen aus ihrem Fahrzeug, rannten auf einen amerikanischen Sportwagen vom Typ Camaro zu und zwangen den Fahrer mit vorgehaltener Pistole, seinen Wagen zu verlassen. Der Mann mit der Pistole setzte sich hinter das Lenkrad und versuchte, den Wagen zu starten, doch geistesgegenwärtig hatte der Camaro-Fahrer den Zündschlüssel abgezogen.

Die beiden ließen die Pistole auf dem Vordersitz liegen und flüchteten zu Fuß. Nach wenigen hundert Metern hatte die Besatzung des Streifenwagens sie eingeholt. Sie ließen sich ohne Gegenwehr festnehmen.

Es war der 26. Februar 1975, Der Opel Rekord war ein Leihwagen, dessen Nummernschilder gefälscht waren, und der Fahrer trug Personalpapiere auf den Namen Siegfried Lewandowski. Sein richtiger Name war Reiner Hochstein, und der stand ganz oben auf der Fahndungsliste für gesuchte Terroristen.

Als er zusammen mit seiner Begleiterin auf die Polizeiwache Hoheluftchaussee gebracht wurde, sagte Hochstein: »Holen Sie die Leute vom Staatsschutz, die sind für mich zuständig.«

Sie waren es, und sie erschienen bald und brachten Hochstein und seine Begleiterin zum Hamburger Polizeipräsidium Am Strohhause. Dort versuchte man, mit Hochstein ins Gespräch zu kommen, doch der lehnte ab. Als er nach einem Anwalt verlangte, sagte einer der Beamten: »Wollen Sie vorher die Inga mal sehen?« Hochstein wollte, denn Inga war seine Ehefrau, die ebenfalls steckbrieflich gesucht wurde und unmittelbar nach Hochsteins Verhaftung in einer konspirativen Wohnung in der Eimsbütteler Straße festgenommen worden war. Inga und Reiner Hochstein wußten nicht, daß diese Wohnung schon seit längerer Zeit unter Beobachtung gestanden hatte.

Die Gegenüberstellung verlief ohne viele Worte, dann ging es zurück in die Zelle. In dieser Nacht hatte die Hamburger Polizei mit Inga und Reiner Hochstein zwei große Fische gefangen. Wie groß sie waren, stellte sich erst später heraus.

Am nächsten Tag, es war der 27. Februar 1975, wurde in Berlin der CDU-Vorsitzende Peter Lorenz entführt.

Reiner Hochstein bekam eine Zelle im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis, B II-Trakt, dort, wo in Hamburg die Gefangenen aus der terroristischen Szene sitzen.

Am 28. Februar tauchte ein Staatsschutzbeamter bei Hochstein auf und sagte: »In Berlin ist der CDU-Vorsitzende entführt worden. Sie waren lange genug in Berlin. Draußen sind zwei Herren aus Bonn. Wenn Sie denen sagen, wo Lorenz ist, können Sie sofort nach Hause gehen.« Doch Hochstein konnte nicht, die Herren aus Bonn mußten wieder abreisen. Hochstein kam für ein dreiviertel Jahr in Isolationshaft. Einzelzelle, doppelte Gitter, Besuche nur vom Anwalt und gelegentlich vom Vater. Zwischendurch, manchmal, Abtransport ins Polizeipräsidium zur Gegenüberstellung. Eine Reihe von Füllpersonen, dazwischen Hochstein, der den Beamten jedesmal die Tour vermasselte. Kaum hatten sich alle in Reih und Glied aufgestellt, meldete er sich und sagte dem Zeugen: »Ich bin der, den Sie identifizieren sollen«. Nachdem er das ein paarmal gemacht hatte, gab die Polizei weitere Gegenüberstellungsversuche auf.

Die Einsamkeit der Isolationshaft machte Hochstein fertig. Er konnte nachts kaum schlafen und hatte Schwierigkeiten zu sprechen. Die Zellen in der Untersuchungshaftanstalt sind hellhörig, zeitweise wurden neben Hochstein Drogenabhängige

auf Entzug einquartiert. Ihr Schreien und Wimmern raubten ihm die letzte Ruhe. In den ersten Wochen der Untersuchungshaft wurden Hochstein jedesmal vor dem Hofgang die Hände auf dem Rücken gefesselt. Dann ging es ein paar Eisentreppen hinunter zum Hof. Es kam dabei vor, daß einer der Beamten ihm von hinten einen Stoß gab. Hochstein stürzte die Treppen hinunter. Er konnte abrollen und dadurch schwerere Verletzungen vermeiden.

Nach etwa sieben Monaten wurde die Isolation schrittweise aufgehoben. Erst konnte sich Hochstein mit einem, später mit mehreren Mitgefangenen aus dem RAF-Umfeld treffen. Durch richterlichen Beschluß durften sie nun zusammen 40 Minuten am Tag ihre Kreise an freier Luft drehen. Manchmal versuchten die Wachbeamten, die Freistunde abzukürzen. Sie erschienen nach einer halben Stunde auf dem Hof und kommandierten: »Schluß jetzt, ab in die Zelle.« Die Gefangenen weigerten sich, es gab eine Prügelei. Ein paarmal wurde Hochstein nach solchen Auseinandersetzungen mit dem beamteten Rollkommando in die Spezialzelle, die »Glocke« gebracht und dort festgeschnallt.

Nachts ging in seiner Zelle gelegentlich die Tür auf, ein Beamter schlich sich hinein, und ehe Hochstein richtig wachgeworden war, bekam er eine kräftige Ohrfeige. Dann verschwand der Beamte ebenso schnell, wie er gekommen war. Doch das war nichts Besonderes. Viele »Politische« sind in den Haftanstalten so oder schlimmer behandelt worden. Es war die Phase Nummer 1 im Weichklopfen von Untersuchungsgefangenen.

Eines Morgens im Januar 1976 erschien eine Gruppe von Schließern in Hochsteins Zelle und wies ihn an, sofort seine Sachen zu packen. »Es geht nach Berlin.« Während die Beamten warteten, machte sich Hochstein reisefertig. Mit Blaulicht ging es zum Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel. Die fahrplanmäßige Linienmaschine der PanAm war umstellt von Panzerwagen der Polizei. Gefesselt wurde Hochstein durch den Hintereingang in das Flugzeug geführt und auf den letzten Sitz zwischen zwei Kriminalbeamte in Zivil gesetzt. In der Maschine nahm man ihm die Handfesseln ab, und bevor die zahlenden Passagiere die Maschine besteigen durften, verteilten sich einige Kriminalbeamte im Flugzeug.

Bei der Ankunft in Berlin-Tegel wurden Hochstein vor den Augen der Passagiere die Handfesseln wieder angelegt, und die Beamten führten ihn über die Hintertreppe der Maschine zum wartenden Konvoi. Vom Flughafen ging es dann in der »Wanne«, einem jener berühmten Berliner Polizeifahrzeuge, in die Untersuchungshaftanstalt Moabit. Hochstein nahm an, er solle wieder irgendwelchen Zeugen gegenübergestellt werden. Doch es kam anders. Nachdem er ein paar Stunden in der Zelle gewartet hatte, erschien ein Schließer und sagte: »Sie haben Besuch.« Hochstein wurde in einen anderen Raum geführt, wo ein Mann auf ihn wartete. Die Tür fiel ins Schloß, und Hochstein war allein mit seinem Besucher. Es war ein mittelgroßer Mann mit mittelblonden Haaren und Bart. Er trug ein graubraunes Jackett und darunter einen Pullover.

Der Mann stand mitten im Raum und blickte Hochstein an. Dann sagte er: »Sie können sich das überlegen. Aber bevor Sie mir etwas aufs Gesicht hauen, sollten Sie mich erstmal anhören. Ich habe für Sie eine interessante Sache. Außerdem möchte ich mich vorstellen. Ich bin Beamter bei der Abteilung vier beim Innensenator.« Damit wußte Hochstein Bescheid. Sein Besucher war Beamter beim Berliner Landesamt für Verfassungsschutz.

»So, was ist das Interessantes, was Sie mir mitzuteilen haben?« Der Verfassungsschützer antwortete: »Sie sind verantwortlich für die Festnahme von Reinders, Viett und Plambeck. Es wäre doch äußerst unangenehm für Sie, wenn Ihre Leute erführen, daß Sie sie reingelegt haben.«

Plötzlich fiel Hochstein ein, was er über die langen Monate der Haft hinweg versucht hatte zu verdrängen. Bei seiner Festnahme trug er ein kleines schwarzes Notizbuch bei sich, auf dessen Umschlag ein Foto mit zwei Katzen geklebt war. Neben allerlei belanglosen Adressen und Telefonnummern stand in dem Notizbuch auf einer der letzten Seiten: »TB Kulmer Str. 21«. Das Kürzel »TB« hieß »Toter Briefkasten«.

Reiner Hochstein hatte die Adresse von Ralf Reinders und Inge Viett bekommen, die er in der Zeit vor seiner Festnahme bei einigen Berlin-Besuchen getroffen hatte. Ralf Reinders und Inge Viett gehörten damals zu den am meisten gesuchten mutmaßlichen Terroristen der »Bewegung 2. Juni«. Hochstein hatte Kontakt zu ihnen gehalten, weil er selbst in Hamburg und anderswo theoretische und praktische Vorbereitungen zu terroristischen Unternehmungen getroffen hatte. Von den »Profis« der »Bewegung 2. Juni« will Hochstein Geld für Waffenkäufe und für den Aufbau einer Stadtguerilla-Truppe erhalten haben.

Tatsächlich stellte sich später heraus, daß der Tote Briefkasten im Flur des Hauses Kulmer Straße 21 nach Hochsteins Verhaftung vom 28. Februar bis zum 3. März 1975 observiert worden war. Die handschriftlichen Notizen, die Helfer dort für die Entführer des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz deponiert hatten, wurden samt und sonders von der Staatsschutzabteilung der Polizei fotokopiert und tauchten später im Prozeß auf.

Das alles wußte Reiner Hochstein noch nicht, als er an jenem Januarmorgen dem Mann vom Verfassungsschutz gegenüber saß. Aber er konnte sich ausrechnen, daß die Behauptung, er habe die wegen der Lorenz-Entführung Angeklagten ans Messer geliefert, höchst unangenehm für ihn werden könnte. Und daß der Verfassungsschutz eine solche Mitteilung an die Presse durchsickern lassen könnte, daran hatte er nicht den geringsten Zweifel.

Der Verfassungsschutzbeamte, der sich inzwischen als »Petersen« vorgestellt hatte, fuhr fort: »Sie haben eine Chance, wenn Sie uns Auskünfte geben. Das wird nicht justitiabel gemacht. Wir wollen nur operativ arbeiten. Das wird stillschweigend behandelt. Keiner erfährt etwas von der Eintragung in Ihrem Notizbuch. Sie sind voll bei Ihrer Truppe, und wir haben das, was wir wollen. Dann ist die Sache okay.«

Verfassungsschützer Petersen hatte kaum eine Minute gebraucht, um sein Angebot zu machen. Hochstein setzte sich und zündete eine Zigarette an. Dann fragte er: »Was wollen Sie denn wissen?«

Petersen begann, von seiner Arbeit zu berichten, deutete an, was er und sein Amt bereits alles wüßten, vor allem über Hochstein selbst: »Das sieht doch wirklich nicht gut aus für Sie«. Er wies auf den Mord am Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann hin und bemerkte nebenbei: »Sie waren doch damals auch in Berlin.«

Er zählte auf, was man Hochstein in seinem Verfahren in Hamburg vorwarf. »Sie wissen ja, was Sie da zu erwarten haben.« »Ja«, sagte Hochstein, »das hat man mir schon prophezeit - 10 bis 15 Jahre.« Petersen deutete an, daß bei einer Beteiligung Hochsteins am Drenkmann-Mord durchaus Lebenslänglich herauskommen könnte. Schließlich kam er wieder auf das schwarze Notizbuch zu sprechen. Es sei für ihn und sein Amt ein leichtes, in der Presse die Nachricht verbreiten zu lassen, er, Hochstein, habe die entscheidenden Hinweise zur Festnahme von Reinders, Plambeck und Viett gegeben. Außerdem könne man durchsickern lassen, daß er voll ausgepackt habe. Petersen: »Dann hängen Sie aber.«

Beschwichtigend fuhr er fort: »Möglicherweise könnte für Sie auch eine vorzeitige Entlassung heraussspringen. Sie wissen gar nicht, wer alles schon bei uns geplaudert hat. Ich habe einen Haufen guter Informanten. Glauben Sie nicht, daß Sie der einzige wären, der mit uns zusammenarbeitet. «

Schließlich wies er noch einmal darauf hin, daß im Falle Drenkmann »LL«, also Lebenslänglich, drohe und beendete das Gespräch: »Wissen Sie was, überlegen Sie sich, ob Sie mit mir sprechen wollen. Ich laß Sie morgen früh abholen. Dann können Sie ja kommen oder nicht.« Hochstein versprach, über die Sache nachzudenken.

Unter Licht betrachtet war das »interessante Angebot« des Verfassungsschützers nichts anderes als Erpressung: Wenn du nicht mit uns zusammenarbeitest, kommst du wegen Mordes vor Gericht, dann springt möglicherweise Lebenslänglich heraus. Außerdem werden wir deinen Genossen mitteilen, du hättest sie verraten. Was dir dann blüht, kannst du dir selber ausrechnen. Siehe Mordfall Ulrich Schmücker. Natürlich hatte der Verfassungsschützer das nicht so direkt gesagt. Aber Hochstein war der Inhalt nur allzu klar.

Er wußte zu dieser Zeit noch nicht, an wen er da tatsächlich geraten war. Der richtige Name des Verfassungsschutzbeamten »Petersen« war Michael Grünhagen. Nach Aussagen des früheren Berliner Innensenators Neubauer »unser bester Mann«. Grünhagen wurde immer dann eingesetzt, wenn es darum ging, Inhaftierte aus dem Umfeld der »Roten Armee Fraktion« oder der »Bewegung 2. Juni« zu Aussagen zu bewegen. Bei zahlreichen Gefangenen war Grünhagen unter dem Namen »Peter Rühl« aufgetreten, mit wechselndem Erfolg.

Seine wichtigste - und fragwürdigste - Rolle spielte Grünhagen im Fall Ulrich Schmücker. Der 21jährige Student der Ethnologie war 1972 auf dem Weg zu einem Sprengstoffanschlag in seinem Heimatort Bad Neuenahr zusammen mit Inge Viett, Verena Becker und anderen festgenommen worden. In der Haftanstalt erhielt er immer wieder Besuch vom Verfassungsschützer Michael Grünhagen, der ihn in stundenlangen Gesprächen weichklopfte. In einem 23seitigen Gedächtnisprotokoll schilderte Ulrich Schmücker nach seiner Haftentlassung die Taktik des Mannes aus Berlin, der sich bei ihm »Peter Rühl« nannte.

Schmücker: *»Ich lernte Herrn Rühl etwa zweieinhalb Wochen nach unserer Festnahme kennen. Rühl ist nach eigenen Angaben 36 Jahre alt. Er ist etwa 180 cm groß, vollschlank, trägt dunkelbraunes Haar, einen Kinn- und Oberlippenbart. Rühl stellte sich als Sonderbeauftragter des Berliner Senats, der mit der Aufklärung von Sprengstoffanschlägen u. ä. beschäftigt sei, vor. Er sagte, erkenne die Akten und wolle sich mit mir 'unterhalten'. Er sei gar nicht so sehr an der Aufklärung von Straftaten interessiert, vielmehr an deren Hintergrund; ich brauche ja meine Genossen nicht zu verraten und keine Namen zu nennen. Er brauche nur allgemeine Informationen über die 'linke Szene, um sich selbst ein Bild davon machen zu können. Er kenne eine Anzahl von Personen - 'auch überzeugte Linke'-, die sich von Zeit zu Zeit mit ihm unterhielten. Er arbeitet nicht mit der Justiz zusammen. Was ich ihm erzählte, könne mir also nicht schaden, während er in der Lage sei, 'einiges' für mich zu tun. Er bot mir an, sich für meine Haftentlassung einzusetzen. «*

Schmücker war nach kurzer Bedenkzeit bereit, vor »Rühl« Aussagen zu machen, »zum Schein«, wie er in seinem Gedächtnisprotokoll schrieb. Doch nach kurzer Zeit wurde klar, daß Grünhagen ihn in der Hand hielt. Die Taktik war die gleiche wie später bei Hochstein. Nur, daß es kein schwarzes, sondern ein rotes Notizbuch war, mit dem »Rühl« Druck auf ihn ausübte. Schmücker: *»Er legte mir ein Exemplar des Roten Schüler/Lehrlingskalenders vom Wagenbach -Verlag vor. In diesem Kalender sollte ich in kurzen Stichworten und kurzen Sätzen alles eintragen, was ich ihm erzählt hätte, und zwar so, daß daraus eindeutig hervorginge, daß ich der Verfasser dieser Aufzeichnungen sei. Der Kalender werde dann sicher*

aufbewahrt, so daß niemand herankönne und solle nur dann wieder auftauchen, wenn meine Informationen plötzlich nichts mehr taugten, oder wenn er (Rühl) entführt oder erschossen würde und ich daran beteiligt wäre. In diesem Falle werde der Kalender anonym dem Extra-Dienst oder der Roten Hilfe zugeschickt, so daß sich das 'unter den Linken' rumspräche und ich innerhalb einer Woche erledigt sei. «

Auch die Versprechungen, die der Mann vom Verfassungsschutz Ulrich Schmücker für den Fall der Zusammenarbeit machte, waren so gut wie identisch mit denen, die er vier Jahre später Hochstein vortrug: vorzeitige Haftentlassung, die Möglichkeit eines Studiums auf Verfassungsschutzkosten, auch im Ausland. Vor allem aber pochte er immer wieder auf strikte Geheimhaltung seitens seines Amtes. Die Aussagen würden völlig vertraulich behandelt und keinem Gericht vorgelegt.

Im Falle Schmücker ging Grünhagen noch erheblich weiter als später bei Hochstein. Schmücker war jung und unerfahren, aus ihm, so vermutete Grünhagen offenbar, ließe sich ein waschechter V-Mann des Amtes machen. Laut Schmückers Gedächtnisprotokoll ermunterte ihn Grünhagen zur Flucht aus dem Gefängnis: » *Wenn ich mich dazu entschlösse zu fliehen und dies täte, solle ich ihn sobald wie möglich benachrichtigen. Vom Tag dieser Nachricht an sei ich dann fester Mitarbeiter des VS. «*

Schmücker floh nicht, wurde aber nach verhältnismäßig kurzer Haftdauer vor Gericht gestellt und sofort auf freien Fuß gesetzt. Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt: Schmücker suchte mit Wissen oder mit Billigung des Verfassungschutzes wieder Anschluß an den terroristischen Untergrund. Man mißtraute ihm, observierte ihn. Schließlich wurde Ulrich Schmücker in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1975 im Berliner Grunewald erschossen. Die Hintergründe des Mordes an Ulrich Schmücker liegen bis heute im dunkeln. Inzwischen bemüht sich das dritte Gericht in Berlin, den Fall aufzuklären - sofern man das als das Ziel dieses Prozesses ansehen mag.

Zurück zu Hochstein. In der Nacht nach seinem ersten Gespräch mit Grünhagen alias Petersen alias Rühl überlegte er sich seine Lage. Sie war nicht besonders gut. Einerseits schien es nicht sehr verlockend, wegen gemeinschaftlichen Mordes an Kammergerichtspräsident von Drenkmann vor Gericht zu stehen - so dünn die Beweislage gegen ihn auch immer sein mochte. Andererseits konnten gezielte Hinweise des Verfassungsschutzes an die Presse ihn bei seinen früheren Genossen als Verräter brandmarken - auch keine schöne Aussicht. Hochstein war nämlich vorbelastet. Bei einem Brandanschlag in Hamburg, einige Jahre zuvor, hatte er Aussagen gemacht. Das wußte man in der Szene, und man war ihm deshalb für lange Zeit mit erheblichem Mißtrauen begegnet.

Hochstein entschloß sich, auf das »Angebot« des Verfassungsschützers einzugehen. Am nächsten Morgen standen zwei Staatsschutzbeamte in seiner Tür und fragten ihn: »Wollen Sie mitkommen?« Hochstein ging. Man brachte ihm zum Polizeipräsidium am Tempelhofer Damm, zum »T-Damm«. In einem Büro im zweiten Stock erwarteten ihn zwei Kriminalbeamte. »Sie wollen hier Aussagen machen?« Hochstein verneinte.

Der Vorgang, so stellte er später fest, war keine Informationspanne, sondern Strategie, mit dem Ziel, nach außen hin alles in rechtsstaatlichen Bahnen ablaufen zu lassen. In Wahrheit »wollte« Hochstein ja nur vor dem Verfassungsschutz aussagen, und zwar vertraulich. »Fürs Protokoll« aber brauchten die Staatsschutzbehörden eine Reihe von offiziellen Versuchen, mit Hochstein ins Gespräch zu kommen.

Nachdem die Beamten notiert hatten, daß Hochstein bei ihnen keine Aussagen machen wollte, führten sie ihn ins Nebenzimmer. Dort saß Verfassungsschützer Grünhagen an der Schmalseite eines Schreibtisches. »Haben Sie schon gefrühstückt?« Hochstein hatte nicht und so stand Grünhagen auf und verließ das Zimmer. Kurz darauf erschien ein Beamter mit belegten Brötchen und Kaffee. Während er frühstückte, fragte Hochstein: »Wie sieht denn das jetzt aus? Ich habe mir die Sache überlegt. Wir können uns ja mal unterhalten. Ich möchte wissen, woran Sie interessiert sind.« Grünhagen: »Ich bin an allem interessiert.«

Hochstein vergewisserte sich noch einmal, daß seine Aussagen streng vertraulich seien und vor allem keinem Gericht vorgelegt würden. Grünhagen bekräftigte die absolute Geheimhaltung und erkundigte sich dann, ob Hochstein irgendetwas in der Haft brauche. Hochstein sagte, daß er zwar seinen kleinen Fernseher aus Hamburg habe mitbringen dürfen, ihm das Gerät aber noch nicht ausgehändigt worden sei. Der Verfassungsschützer versprach, sich darum zu kümmern, und richtig, als Hochstein an diesem Tage zurück in die Zelle gebracht wurde, stand dort sein Fernseher.

Hochstein fragte den Beamten, warum denn die Gespräche im Polizeipräsidium am Tempelhofer Damm stattfänden, ob sich denn hier die vereinbarte Vertraulichkeit überhaupt durchhalten ließe. »Das läuft immer so«, antwortete Grünhagen, »hier hört keiner mit.«

Dann begann das erste Gespräch. Grünhagen machte sich auf einem Stenoblock Notizen. Ganz locker fragte er Hochstein nach seinen Kontakten in Berlin. »Wir wissen zwar das meiste, aber wir brauchen auch Bestätigung, Sie wissen schon.« Hochstein stellte fest, daß Grünhagen tatsächlich eine Menge wußte. Freimütig erklärte der Verfassungsschützer Hochstein,

daß er und seine Freunde in Berlin häufig observiert worden waren. »Sie haben das ja immer ganz geschickt gemacht. Wir haben Ihnen bei Ihren konspirativen Treffen nie folgen können.«

Hochstein ertappte sich dabei, daß er auf den lockeren Stil des Verfassungsschutzbeamten einging. Langsam entwickelte sich zwischen ihm und Grünhagen eine gewisse Vertraulichkeit, die der Verfassungsschützer dadurch förderte, daß er keinen Augenblick in den Ton eines offiziellen Verhörs fiel. Wenn Hochstein den Namen eines Bekannten aus der Szene nannte, fügte Grünhagen kleine Informationen hinzu, holte auch manchmal zu längeren Monologen über aktuelle Trends und Stimmungen im Umfeld des Terrorismus aus. Dann erkundigte er sich wieder nach Hochsteins Haftbedingungen. »Werden Sie auch gut behandelt?« Er legte drei Packungen Zigaretten auf den Tisch und fragte, ob das auch Hochsteins Marke sei.

Grünhagen hatte Zeit. Ganz langsam tastete er sich vor. Am ersten und an den zwei oder drei folgenden Tagen des Gesprächs waren brisante Punkte tabu. Über den Drenkmann-Mord fiel kein Wort. Auch das kleine schwarze Notizbuch wurde nicht mehr erwähnt.

Gegen vier Uhr nachmittags war das erste Gespräch beendet. Hochstein wurde zurück nach Moabit gebracht. Und so ging das volle vierzehn Tage lang. Morgens Frühstück bei Grünhagen am T-Damm, dann Gespräche bis zum Mittag. Hochstein konnte sich von der Speisekarte des Polizeipräsidiums ein Menu aussuchen, das im Verhörzimmer serviert wurde, und dann ging es weiter bis zum Spätnachmittag. Am dritten oder vierten Tag war Grünhagen bei dem, was ihn offenbar ganz besonders interessierte, dem Drenkmann-Mord.

»Sie stehen ja nun im Verdacht, an der Drenkmann-Geschichte beteiligt gewesen zu sein. Wir können da natürlich unseren Einfluß geltend machen. Sie kennen das ja schon aus Ihren Akten. Wenn es heißt 'dienstlich wurde bekannt', dann sind wir das immer. Wenn wir der ermittelnden Staatsanwaltschaft klarmachen können, daß Sie nicht an der Geschichte beteiligt waren, dann richten die sich danach.«

Zu dieser Zeit lief gegen Hochstein ein Ermittlungsverfahren wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Nachteil Günter von Drenkmanns, wie es im Amtsdeutsch heißt. Dieses Berliner Verfahren war auch die einzige Handhabe gewesen, Hochstein, dessen eigenes Verfahren ja in Hamburg lief, nach Berlin zu verlegen.

Welche konkreten Verdachtsmomente man gegen ihn hatte, wußte Hochstein nicht. Grünhagen erklärte, die Behörden seien sicher, daß er sich zur Zeit des Drenkmann-Mordes in Berlin aufgehalten habe. Er sagte ihm sogar, wer der Informant war. Ein gewisser Götz Tilgener habe Hochstein zusammen mit Ralf Reinders im November 1974, wenige Tage nach dem Drenkmann-Mord, auf der Potsdamer Straße gesehen und dieses umgehend Staatsanwalt Müllenbrock mitgeteilt.

Das war übrigens ein halbes Jahr nach dem Schmücker-Mord, an dessen Vorbereitungen Tilgener - nach eigenen Aussagen - beteiligt gewesen war. Götz Tilgener starb unter nie ganz geklärten Umständen im Sommer 1975.

Grünhagen wies darauf hin, daß er nur etwas für Hochstein tun könne, wenn er tatsächlich nicht am Drenkmann-Mord beteiligt gewesen sei. »Sonst können wir das Gespräch gleich abbrechen«. Später, als Hochstein mit seiner Geschichte zum Richter-Mord herausgerückt war, ließ Grünhagen durchblicken, daß man im Amt ähnliche Informationen, wenn auch nicht so detaillierte, gehabt habe.

Was Hochstein dem Verfassungsschützer zum Drenkmann-Mord erzählte, oder besser, was Grünhagen dazu notierte, ist inzwischen bekannt. Unter welchen denkwürdigen Umständen diese Verfassungsschutz-Protokolle auftauchten, dazu kommen wir später.

Es waren mindestens 63 Seiten, auf denen Grünhagen die Aussagen Reiner Hochsteins zusammenfaßte. Mindestens acht Seiten beziehen sich auf den Drenkmann-Mord. Die Papiere trugen ursprünglich den Aufdruck »Geheim« und »Quellenschutz«.

Über die »Vorbereitung und Ausführung der Tat« schrieb Grünhagen nach seinen Gesprächen mit Reiner Hochstein folgendes:

»Am Sonnabend, dem Todestag von Holger Meins (9.11. 74), rief Inge Viett in der Martin-Luther-Straße an und fragte, ob Hochstein und Vogel allein seien, 'da wir mal vorbeikommen wollen'. Nach ca. einer Stunde erschienen Inge Viett und Ralf Reinders und berichteten über den Tod von Holger Meins. Sie erklärten, daß da 'unbedingt etwas geschehen muß'. Reinders sagte dazu: 'Wir wollten später einen holen. Auf alle Fälle müssen wir jetzt etwas machen.' In dieser Gesprächsphase haben weder Reinders noch Viett über konkrete Planungen berichtet. Reinders erklärte noch, daß man Hochstein und Vogel für die bevorstehende Aktion brauchen würde, 'weil einige bei ihren Tanten sind, und die kriegen wir jetzt nicht.'

Ralf Reinders ist dann für ca. eine Stunde weggefahren und kam kurz vor Mitternacht zurück. Er bemerkte wieder, daß er 'an keinen herangekommen sei' und daß man doch vielleicht erst einmal losfahren könne, um sich die Adressen anzusehen. In dieser Gesprächsphase erklärte Reinders, daß man sich ein Justizschwein holen müsse und daß eigentlich nur der Richter Zelle, der für das Mahler-Urteil verantwortlich sei, sowie der Kammergerichtspräsident von Drenkmann in Frage kämen.

Etwa gegen Mitternacht fuhren dann Inge Viett, Reinders, Vogel und Hochstein mit dem schon erwähnten Fiat los, um die Adresse des Richters Zelle abzuklären. Hochstein hat den Weg wie folgt beschrieben: Martin-Luther-Straße, Schloßstraße, 'dann an einer großen amerikanischen Kaserne vorbei und danach rechts von der Hauptstraße abgebogen'. Dann wurde der Wagen abgestellt, und die vier gingen etwa fünf Minuten zu Fuß. Es wurde festgestellt, daß alle Jalousien des Hauses von Richter Zelle heruntergelassen waren. Viett und Reinders erklärten, daß sie die Umgebung nicht gut fänden und man zu der Adresse des von Drenkmann fahren würde. (..)

Danach fuhren die vier nach Charlottenburg. Hochstein erinnert sich nur, daß in unmittelbarer Nähe der Wohnung des von Drenkmann an der Ecke ein Zeitungskiosk war. Während Reinders und Hochstein im Wagen sitzen blieben, sind Inge Viett und Vogel ausgestiegen und kehrten nach ca. fünf Minuten mit der Bemerkung zurück: 'Das bringt jetzt nichts im Dunkeln. '

Reinders und Viett brachten dann die beiden wieder in die Martin-Luther-Straße zurück. Man verabredete sich für den nächsten Tag (Sonntag den 10.11.1974), 15.00 Uhr, am Viktoria-Luise-Platz.

Zum vereinbarten Zeitpunkt waren Hochstein und Vogel am Viktoria-Luise- Platz. Ralf Reinders und Inge Viett erklärten den beiden, daß nur einer mitzumachen brauchte, worauf sich Vogel sofort in den Wagen setzte. Reinders und Viett akzeptierten die Entscheidung von Vogel sofort, und Hochstein ist 'unheimlich frustriert' wieder zur Martin-Luther-Straße zurückgegangen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Hochstein nähere Einzelheiten der Planung und Durchführung nicht bekannt.

Am Montag gegen 06. 00 Uhr kam Vogel in die Wohnung Martin-Luther-Straße zurück und weckte Hochstein auf. Vogel war sehr aufgeregt und sagte, daß 'trotz der vielen Bullen' alles klargegangen sei. Ohne daß Hochstein konkrete Fragen stellte, erzählte Vogel, daß sie 'zu viert« zur Wohnung des von Drenkmann hochgegangen seien. Er sei als erster die Treppen hochgestiegen und hätte die Blumen in der Hand gehabt. Vorher hätte er sich einen Bart angeklebt. Nach dem Klingeln 'haben wir die Tür aufgedrückt und sind gleich auf die drauf'. Weiterführte Vogel dann aus, indem er auf Kratzspuren an der rechten Hand hinwies: 'Die Alte ist auf mich drauf und hat unheimlich gekratzt.' Dann hätte 'Ralf (Reinders) geschossen', und 'ich habe auch einen in die Wand abgegeben'. Danach seien alle die Treppe hinuntergelaufen, und er sei mit `Paul' in dem blauen Fiat 127, 'den du kennst`, abgefahren. Des weiteren bemerkte Vogel, daß er 'Scheiße gebaut' hätte, weil er beim Hinauswerfen eines Stadtplans aus dem Handschuhfach die Zulassung mit hinausgeworfen hätte. Danach hätten sich dann alle noch getroffen, und es hätte 'einen unheimlichen Krach' gegeben, weil 'die Sache schiefging'. Er sei dann noch bis zum Morgen bei 'Paul' geblieben und danach zur Martin-Luther-Straße gefahren. Vogel erzählte noch, daß außer 'Paul' und 'unseren beiden' (damit waren Reinders und Viett gemeint) auch noch 'Konrad'(Fritz Teufel) mit dabei war.

Aufgrund der Schilderung des Vogel gegenüber Hochstein müssen an der Tat sieben Personen teilgenommen haben, wovon die nachfolgend aufgeführten Hochstein namentlich bekannt wurden:

Inge Viett,

Ralf Reinders,

Fritz Teufel,

Andreas Vogel und

'Paul'.

Hochstein ist eine einzige Äußerung von Reinders erinnerlich, in der dieser indirekt seine Beteiligung an der Erschießung des von Drenkmann gegenüber Hochstein zugab. Er sagte einmal auf von Drenkmann bezogen: 'Der Typ wollte einfach nicht umfallen. Der hat sich irre gewehrt.' Außerdem bemerkte Reinders in diesem Zusammenhang noch, daß dabei seine Brille 'total zerkratzt' worden sei. «

So weit das Protokoll des Berliner Verfassungsschutzbeamten Grünhagen über Hochsteins Aussagen zum Drenkmann-Mord.

Es ist nicht Aufgabe dieses Berichts, Mutmaßungen darüber anzustellen, ob Andreas Vogel Hochstein die Wahrheit über den Drenkmann-Mord erzählt hat, ob Hochstein gegenüber Grünhagen die Wahrheit sagte, oder ob Grünhagen die Aussagen Hochsteins wahrheitsgemäß zu Papier gebracht hat.

Sicher ist, daß eine nicht ganz unwesentliche Einzelheit im Grünhagen-Dossier mit Sicherheit nicht den Tatsachen entsprach. Jener »Konrad« (Fritz Teufel) konnte an der Sache schon deshalb nicht beteiligt gewesen sein, weil er zur Zeit des Drenkmann-Mordes nachweislich nicht in Berlin war.

Hochsteins Aussagen zum Drenkmann-Mord dauerten etwa drei Tage. Zwischendurch machte sich Grünhagen Notizen, stellte weitere Ermittlungen an und fragte immer wieder nach Einzelheiten. Während der zwei Wochen mit Grünhagen wurde nur ein Tag, es war der Sonntag, Pause gemacht. Nach außen hin wurde alles unternommen, um die Gespräche mit dem Verfassungsschützer zu verschleiern. So tauchten immer wieder Staatsanwälte und Beamte von der Staatsschutzabteilung der Polizei bei Hochstein auf, um seine mangelnde Gesprächsbereitschaft zu protokollieren - und um Hochstein gegenüber Besuchern und Mitgefangenen ein Alibi für seine Aufenthalte im Polizeipräsidium zu geben. Dutzende von Beamten, Staatsanwälte, Polizisten, Schließer, müssen mit an diesem Tarnnetz geknüpft haben.

Im letzten Teil des Gespräches zwischen Hochstein und Grünhagen wurde es »politisch-analytisch«. Der Verfassungsschützer tat seine Einstellung zum Staate kund; er gab sich höchst fortschrittlich, fast ein bißchen links. Wie die meisten Beamten des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz sei er eingeschriebenes SPD-Mitglied.

Natürlich, so meinte Grünhagen, sei in diesem Staat nicht alles in Ordnung. Aber schließlich seien sie, die Verfassungsschützer, dazu da, die Verfassung zu schützen. Grünhagen schien ernsthaft überzeugt von seiner Mission, er beklagte sich darüber, daß die segensreiche Arbeit des Amtes in der Öffentlichkeit nicht genügend anerkannt werde. Grünhagen ließ erkennen, wie stolz er darauf war, für den Verfassungsschutz zu arbeiten. »Wir sind ein Geheimdienst«, betonte er immer wieder, und davon war er wohl auch überzeugt.

Für ihn schien der Verfassungsschutz so etwas wie eine Elitetruppe zu sein, haushoch überlegen den normalen Polizisten vom Staatsschutz. Und das war Grünhagen auch. Nicht nur beherrschte er die Kunst des Verhörs, das kein Verhör war, nicht nur konnte er geschickt zwischen Versprechungen und Drohungen abwechseln, konnte sein Wissen einbringen, um Informationen herauszulocken. Er war auch in seiner ganz konkreten Stellung jedem Polizeibeamten, jedem Staatsanwalt überlegen, denn Grünhagens Arbeit verlief faktisch ohne jegliche Kontrolle, ohne jede rechtsförmige Überprüfung.

Er konnte Versprechungen machen, ohne diese jemals einlösen zu müssen. Er konnte mit Enthüllungen drohen, falschen oder richtigen, ganz nach Belieben. Er konnte durch gezielte Hinweise (»dienstlich wurde bekannt«) die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in bestimmte Bahnen lenken, ohne daß jemals nachgeprüft werden konnte, wie diese Informationen des Verfassungsschutzes zustande gekommen waren und ob sie überhaupt stimmten.

Grünhagen konnte Hafterleichterungen durchsetzen, konnte mit Staatsanwälten und wohl auch mit Richtern über Strafzumessung und vorzeitige Entlassung verhandeln. Er war die graue Eminenz in diesem und in anderen Verfahren.

Als Hochstein am letzten Tag wieder in das Zimmer im Polizeipräsidium geführt wurde, brüllte ihn Grünhagen an: »Natürlich haben Sie geschossen!« Doch Hochstein ließ sich nicht verunsichern.

Da lächelte Grünhagen und sagte: »Ich wollte nur mal Ihre Reaktion testen.« Er schien zufrieden zu sein. Hochstein nahm an, die Sache sei für ihn gelaufen. Er hatte seine Aussagen gemacht und vertraute darauf, daß Grünhagen sich an seine Versprechungen halten würde.

Hochstein wurde zurück nach Hamburg gebracht. Dort bekam er Umschluß mit anderen Gefangenen aus dem Umfeld der RAF. Er erzählte ihnen, daß er in Berlin jeden Tag zum Tempelhofer Damm gebracht worden sei, daß Staatsschutzbeamte immer wieder versucht hätten, mit ihm ins Gespräch zu kommen, daß er aber konsequent abgelehnt habe, Aussagen zu machen.

Erleichtert wurde ihm die Legende da-. durch, daß in den Akten, die später vorgelegt wurden, diese erfolglosen amtlichen Annäherungsversuche, mit Zeit und Ort genau protokolliert worden waren. Auch waren dort Gegenüberstellungen verzeichnet, von denen Hochstein nie etwas mitbekommen hatte. Um seine Erzählungen gegenüber Mitgefangenen und Anwälten besonders glaubwürdig zu machen, hatte man ihm am T-Damm sogar die Zelle im Keller gezeigt, in der er »offiziell« gesessen hatte, während er in Wahrheit Grünhagen in einem Büro gegenübersaß.

Lediglich Hochsteins Rechtsanwältin schöpfte Verdacht. Als sie aber gegenüber der RAF-Gefangenen Irmgard Möller in Stammheim, die sie parallel zu Hochstein vertrat, entsprechende Andeutungen machte, nahm diese für Hochstein Partei und drohte der Anwältin mit dem Entzug des Mandats.

Ein halbes Jahr hörte Hochstein nichts mehr vom Verfassungsschützer Grünhagen. Eines Morgens stand ein Vollzugsbeamter in Hochsteins Zelle: »Sie werden im Polizeipräsidium zu einer Gegenüberstellung gebraucht.« Hochstein erklärte, er werde nicht mitkommen. Daraufhin tauchte ein Rollkommando von Schließern auf und fesselte ihm mit Knebelketten die Hände auf dem Rücken. Mit blutenden Handgelenken kam er im Hamburger Polizeipräsidium an. Dort erwartete ihn Verfassungsschützer Grünhagen.

Hochstein beschwerte sich darüber, daß Grünhagen ihm nicht vorher gesteckt hatte, daß er es war, der ihn sprechen wollte. Grünhagen versprach, sich zu bessern und kam dann zur Sache. »Wir haben doch überlegt, daß wir in Ihrem Interesse um eines nicht herumkommen. Sie müssen wahrscheinlich im Lorenz-Drenkmann-Prozeß aussagen.«

»Oh«, sagte Hochstein, »das ist ja interessant. Warum nicht?« Er war geschockt, denn seine Bereitschaft, bei Grünhagen auszupacken, beruhte ja gerade darauf, daß ihm der Verfassungsschützer zugesagt hatte, seine Aussagen würden streng vertraulich behandelt und keinem Gericht vorgelegt.

Grünhagen erklärte, er habe es nicht geschafft, der Staatsanwaltschaft klarzumachen, daß Hochstein nicht bei den Tätern gewesen sei. Deshalb sei das Verfahren wegen gemeinschaftlichen Mordes gegen ihn bisher noch nicht eingestellt worden. Es sei in Hochsteins ureigenem Interesse, in dem Prozeß auszusagen, denn nur so könnte er aus der Sache herauskommen. Zwar habe der Verfassungsschutz seine Vertrauensleute überall in den Behörden, aber es gäbe immer welche, die querschössen und die man nicht überzeugen könne. Die Staatsanwälte und besonders die Bundesanwaltschaft seien leider nach wie vor davon überzeugt, daß Hochstein unter den Tätern gewesen sei.

Tatsächlich, das erfuhr Hochstein allerdings erst später, hatte die Bundesanwaltschaft das Verfahren wegen gemeinschaftlichen Mordes gegen ihn zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt. Grünhagen bluffte also, um Hochstein doch noch zu einer Aussage von Gericht zu bewegen.

Er ließ durchblicken, daß auch Andreas Vogel an diesem Tage im Hamburger Polizeipräsidium vorgeführt worden sei. Und das stimmte auch, und Vogels und Grünhagens gleichzeitige Anwesenheit im Hamburger Polizeipräsidium Am Strohhause war der Beginn einer Kettenreaktion, die schließlich zum Platzen des Drenkmann-Prozesses führen sollte.

Hochstein blieb zunächst hart. Er pochte auf Grünhagens Zusagen und verlangte, die Geschichte verabredungsgemäß in Ordnung zu bringen. Als Zeuge werde er jedenfalls nicht vor Gericht auftreten. Grünhagen war in Schwierigkeiten. Händeringend beschwor er Hochstein: »Ich weiß, daß ich damit Ihr Vertrauen verliere. Ich werde es nochmal versuchen, aber ich glaube nicht, daß es klappt. Ich weiß ja, wie ich jetzt vor Ihnen stehe, aber ich kann ja auch nicht immer so, wie ich möchte. Sie sollten sich das nochmal überlegen, es ist nur zu Ihrem Besten«.

Einige Zeit nach diesem Gespräch mit Grünhagen lief ein neuer Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Hochstein hatte dafür nicht mehr die rechte Motivation. Nachdem er sich schon durch seine Gespräche mit Grünhagen heimlich von der Gruppe abgesetzt hatte, wollte er nun nicht auch noch verhungern. Er brach den Hungerstreik ab und vollzog damit auch nach außen hin die Trennung von RAF und »2. Juni«.

Weil er nicht wußte, wie er Grünhagen erreichen konnte, schrieb Hochstein einen Brief an den in der Sache Lorenz-Drenkmann ermittelnden Staatsanwalt Müllenbrock und bat ihn, ein weiteres Gespräch mit Grünhagen zu vermitteln. Hochstein wußte, daß Müllenbrock Kontakt zu dem Verfassungsschützer hatte; schließlich war der Staatsanwalt einer derjenigen gewesen, die während seiner Zeit in Berlin pro forma versucht hatten, mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Grünhagen hatte damals für kurze Zeit den Raum verlassen und Müllenbrock war erschienen. Er hatte gesagt: »Herr Hochstein, haben Sie mir etwas zu sagen?« Als Hochstein verneinte, war Müllenbrock wieder gegangen und hatte Platz für Grünhagen gemacht.

Die beiden gaben sich praktisch die Klinke in die Hand. Es war, so erschien es damals Hochstein, wie bei einem Wetterhäuschen: fast gleichzeitig mit dem Verschwinden des einen erschien der andere auf der Bildfläche. Nur zusammen hatte er Grünhagen und Möllenbrock nie gesehen. Schließlich mußte der Schein der Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben.

Zwei Tage nach Hochsteins Brief an Müllenbrock war Grünhagen in Hamburg. »Na, haben Sie sich die Sache überlegt?« Hochstein erklärte, er sei nun bereit, vor dem Staatsanwalt auszusagen.

»Wie wollen wir das machen?« fragte Grünhagen. Hochstein sagte, er könne dem Staatsanwalt auch nichts anderes sagen als das, was er dem Verfassungsschützer erklärt hatte. Nach zehn Minuten verließ Grünhagen den Raum und sofort danach erschien Staatsanwalt Müllenbrock mit Sekretärin. Hochstein hatte den Eindruck, Grünhagen, Müllenbrock und die Sekretärin mußten mit demselben Flugzeug gekommen sein.

Müllenbrock eröffnete das Gespräch mit der üblichen Floskel: »Möchten Sie sich mit mir unterhalten?« Mit keinem Wort nahm er auf Grünhagens Vorgespräch Bezug. Hochstein ging auf das Spiel ein. »Ich möchte zum Komplex Drenkmann eine Aussage machen.«

Und dann schilderte er dem Staatsanwalt noch einmal, was er damals Grünhagen offenbart hatte. Mit einem Unterschied: Über die angebliche Tatbeteiligung von »Konrad«, also Fritz Teufel, findet sich in den Müllenbrock-Papieren kein Wort mehr. Die Vernehmung begann laut Protokoll um 15.45 Uhr. Um 16.25 Uhr stieß der Hamburger Richter Isbarn dazu, das Protokoll wurde noch einmal vorgelesen und vom Richter abgezeichnet. Damit hatte Hochstein eine richterliche Aussage gemacht.

Schon die erste Seite des Protokolls vom 17.3.1977 hält die Fiktion von der freiwilligen Aussage Hochsteins aufrecht:

» Vorgeführt erscheint im Polizeipräsidium Hamburg zum Zwecke seiner verantwortlichen Vernehmung der Beschuldigte Reiner Hochstein, weitere Personalien bekannt, und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht und über seine Rechte als Beschuldigter belehrt worden ist: Ich habe mich nunmehr entschlossen, zu dem Mordfall von Drenkmann nach reiflicher Überlegung Angaben zu machen.«

Später, im Prozeß, ging Staatsanwalt Müllenbrock noch weiter. In dem offenkundigen Bemühen, Grünhagens Rolle zu verschleiern, tat er so, als habe er selbst, und nur er selbst, Hochstein aussagebereit gemacht. Inhaltlich erklärte Staatsanwalt Müllenbrock als Zeuge im Lorenz-Drenkmann-Verfahren:

»Ich war Sachbearbeiter in der Drenkmann-Sache. Von der Hamburger Polizei erhielt ich den Hinweis, daß in Hamburg jemand zu dieser Sache etwas aussagen könne. Die Befragung dieser Person ergab jedoch nichts. Ich habe dann bei dieser Gelegenheit gleich Hochstein aufgesucht, weil ich festgestellt hatte, daß Hochstein zur Tatzeit in Berlin war. Das war für mich Anlaß, Hochstein zu befragen. Hochstein wollte dazu nichts aussagen. Es kam dann jedoch bei diesem Gespräch anläßlich eines Wortwechsels doch noch zu einem Gespräch.

Wir haben uns ca. 1 - 1 112 Stunden unterhalten. Wir sprachen auch über die Drenkmann-Sache, hierzu wollte Hochstein jedoch nichts sagen. Wir haben uns dann allgemein unterhalten, auch über Politik und so. Dieses Gespräch war im Jahre 1975. Wann im Jahre 1975, weiß ich nicht mehr.

Ich habe dann in der Folgezeit Hochstein zwischenzeitlich immer wieder aufgesucht und Kontakt zu ihm aufgenommen und versucht, ihn zu befragen. Wie oft das war, kann ich nicht mehr sagen, es war mehrfach, damit meine ich mindestens zweimal. Das heißt, ich habe ihn mindestens noch zweimal in Hamburg aufgesucht. Es gab immer kurze Unterhaltungen, Hochstein machte aber keine Aussagen.

Am 17.3.1977 in Verbindung mit einem Urlaub wollte ich nun doch endlich eine verantwortliche Vernehmung von ihm haben. Ich wollte die Sache zum Abschluß bringen. Nach anfänglichem Zögern kam es dann doch zu einem Gespräch, und es gelang mir, Hochstein davon zu überzeugen, auszusagen.

Hochstein schilderte den Geschehensablauf. Ich fertigte ein Protokoll. Hochstein legte Wert auf Vertraulichkeit. Ich habe ihm die Vertraulichkeit bis zum Abschluß seines Hamburger Verfahrens zugesagt. Sicherheitsgründe spielten dabei eine Rolle. Mir war aber unklar, warum Hochstein Wert darauf legte, daß alles still bleiben sollte.

Im übrigen habe ich die Aussagen auch geheimgehalten, weil die Vernehmung Hochsteins noch nicht abgeschlossen war. Wegen der Bedeutung der Sache machte ich Hochstein klar, daß ich von ihm auch eine richterliche Bestätigung seiner Aussagen haben müsse. Hochstein wollte das zunächst nicht, ließ sich dann aber überzeugen. Weil die Zeit zu kurz war, mußten weitere Vernehmungenfolgen, und Hochstein wurde nach Berlin geholt.«

Danach gefragt, ob er -wie zum Beispiel Staatsanwalt Przytarski bei den Vernehmungen des Schmücker-Kronzeugen Bodeux - Vermerke über seine ersten Gespräche mit Hochstein angefertigt habe, erklärte Müllenbrock: »Vermerke fertige ich nur, wenn für mich etwas wesentlich ist.«

Soweit die Aussage des Staatsanwalts Müllenbrock vor Gericht. Wenn man davon ausgeht, daß ein Zeuge vor Gericht nicht nur wahrheitsgemäß, sondern auch vollständig aussagen muß, dann bewegte sich Staatsanwalt Müllenbrock zumindest hart am Rande der Falschaussage. Nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn der Zeuge Müllenbrock mit dieser Aussage einem Staatsanwalt Müllenbrock gegenübergestanden hätte.

Doch der Staatsanwalt hatte nichts zu befürchten, denn sein Gesprächspartner Hochstein hatte selbst ein Interesse daran, daß die Wahrheit über das Zustandekommen seiner Aussagen im dunkeln blieb. Später, im Drenkmann-Prozeß, wurde er von seiner eigenen Aussage zu diesem Thema genauestens darüber informiert, was Müllenbrock gesagt hatte; er richtete sich darauf ein. Wörtlich erklärte Hochstein vor Gericht: »Das Kommen von Müllenbrock ist mir nicht annonciert worden. Ich wußte auch nicht, zu welchem Zeitpunkt oder ob Herr Müllenbrock erscheinen würde.«

Und zum Verlaufe jenes Tages, an dem er nach einem Vorgespräch mit Grünhagen vor Müllenbrock ausgepackt hatte, sagte Hochstein: » Das ist so gewesen, daß ich ins Polizeipräsidium gebracht worden bin und dort zunächst in eine Zelle. Dann in einen Raum, einige Zeit gewartet. Und dann kam Müllenbrock rein.«

Frage: »Wie lief es dann?« Hochstein: »Zunächst noch versucht, so'n bißchen diesen Schritt rückgängig zu machen, meine Entscheidung zu verschieben. Nach gewisser Zeit durchgerungen, ich mache jetzt Aussagen. «

Bei den Vernehmungen zeigte sich Müllenbrock gut informiert, so, als habe er von Grünhagen bereits erfahren, was Hochstein aussagen konnte.

Um Ostern 1977 wurde Reiner Hochstein wieder nach Berlin verfrachtet. Dort lief das übliche Ritual ab: kurzes Vorgespräch mit Grünhagen, danach Aussage vor Müllenbrock und dessen inzwischen hinzugezogenem Kollegen

Przytarski. Grünhagen tauchte immer dann bei Hochstein auf, wenn die Staatsanwälte für kurze Zeit den Raum verließen. Seine Funktion bestand offenbar darin, den Zeugen Hochstein durch Versprechungen bei Laune zu halten.

Peinlich achteten Staatsanwälte und Verfassungsschützer - wie schon zuvor - darauf, daß Hochstein sie nie gemeinsam sah. Es war die perfekte Rollenverteilung: Grünhagen, der lockere kumpelhafte Typ, Przytarski, der forsche, gewiefte Staatsanwalt mit einem Hang zum Zynismus und der humorlose, akkurate Bürokrat Müllenbrock. Hochstein hatte den Eindruck, das Dreierteam sei gut aufeinander eingespielt, so, als hätte es eine solche Aktion schon öfter durchgezogen.

Grünhagen wies Hochstein darauf hin, daß bei seinem Hamburger Verfahren etwa zehn Jahre herauskommen würden. Er sei aber zuversichtlich, die Sache so deichseln zu können, daß er nur drei Jahre absitzen müßte.

Und so geschah es dann auch. Am 1. Juli 1977 wurde Hochstein zu insgesamt 11 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, seine Ehefrau Inga zu 10 Jahren. Die Gründe:

»Beide Angeklagten sind der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens, Urkundenfälschung, Betrug und unbefugtem Besitz und Führen von Schußwaffen sowie weiter des gemeinschaftlichen schweren Raubes schuldig; der Angeklagte Reiner Hochstein darüber hinaus der vorsätzlichen Straßenverkehrsgefährdung und der versuchten schweren räuberischen Erpressung. «

Sechs Wochen nach der Urteilsverkündung wurde Hochstein wieder nach Berlin verlegt. »Hier«, so hatte Grünhagen ihm gesagt, »sind wir am Drücker. Da können wir mehr für Sie tun als in Hamburg.«

Als juristische Handhabe diente ein Ermittlungsverfahren wegen »Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens« in Sachen Drenkmann, das eingeleitet worden war, nachdem die Bundesanwaltschaft den Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes gegen Hochstein fallengelassen hatte.

In Berlin erhielt er eine neueingerichtete Zelle in der Untersuchungshaftanstalt Moabit, eine »Vorzugszelle«. Man bot ihm an, die Fenster - als einzige im UG - mit Gardinen zu schmücken, doch Hochstein lehnte ab. Fast jeden Tag gab es neue Vernehmungen, entweder vor Müllenbrock oder vor einem Richter. Dazu wurde Hochstein jeweils zum Staatsschutz am T-Damm gebracht.

Eines Tages erschien der Berliner Rechtsanwalt Rainer Elfferding, der sich in ähnlichen Verfahren einen Namen gemacht hat, in Moabit und verlangte, Hochstein zu sprechen. Durch einen Schließer ließ Hochstein ausrichten, daß er kein Interesse habe. Darauf sagte Elfferding: »Alles klar« und verschwand.

Damit war die Sache in der Tat klar. Hochstein wollte und sollte keinen »linken« Anwalt mehr haben. Grünhagen brachte stattdessen die Namen der Berliner Rechtsanwälte Dulde und Roos ins Spiel. Mit ihnen habe man gute Erfahrungen gemacht.

So hatte Roos das abtrünnige »2. Juni«-Mitglied Brockmann sowie den mitangeklagten Kronzeugen aus dem Schmücker-Verfahren, Jürgen Bodeux, verteidigt. Auch Dulde hatte kurzzeitig in Roos' Abwesenheit Bodeux vertreten.

Grünhagen war der Ansicht, Dulde sei für Hochstein der richtige Mann, Roos sei wohl zu sehr mit Bodeux identifiziert, als daß man ihn schon wieder mit der Vertretung eines Zeugen der Anklage beauftragen könne.

Hochstein war damit zufrieden und fragte, wie Grünhagen sich denn die Honorierung des Anwalts vorstelle. Darüber, so meinte der Verfassungsschützer, solle sich Hochstein keine Sorgen machen. Dulde werde ohnehin als Pflichtverteidiger beigeordnet und damit vom Staat finanziert. Was darüber hinausginge, werde der Verfassungsschutz direkt zahlen.

Und so kam es dann auch. Wie Hochstein später von Grünhagens Nachfolger, einem Berliner Verfassungsschutzbeamten mit dem Decknamen »Kirsch«, erfuhr, übernahm das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz nach einigem Hin und Her die Anwaltskosten in voller Höhe. Auf Hochsteins Fragen, wieviel denn das gewesen sei, antwortete Kitsch: »Ungefähr zehnmal so viel, wie Sie von uns bekommen haben. «

Hochstein erhielt nach seiner Haftentlassung etwa 6.000 Mark vom Verfassungsschutz. Danach müßte der Geheimdienst dem Rechtsanwalt Dulde um die 60.000 Mark gezahlt haben.

Wieder bewährte sich die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwalt und Verfassungsschutz-Mann. Grünhagen hatte Dulde vorgeschlagen, Müllenbrock veranlaßte offenbar alles weitere. Dulde, so sagte der Staatsanwalt, sei ein Mann mit großen Fähigkeiten, auf ihn könne sich Hochstein voll verlassen.

Gleich bei seinem ersten Besuch wurde klar, wie gut Rechtsanwalt Duldes Beziehungen zum Staatsapparat waren. »Dieses ist kein Platz für Sie«, sagte er zu Hochstein und meinte damit die U-Haftanstalt Moabit. Er versprach, sich um eine Verlegung in die relativ offene Jugendstrafanstalt Plötzensee zu kümmern. Kurz darauf konnte Hochstein in die »Plötze« umziehen, wo auch der Schmücker-Kronzeuge Bodeux gesessen hatte.

Regelmäßig, mindestens alle zwei Wochen, erhielt er dort Besuch von Grünhagen, der ihn jedesmal mit Geld, etwa 150 Mark, versorgte. Auch mit Versprechungen war der Verfassungsschutzbeamte nicht knauserig. So sagte er Hochstein für

den Tag seiner Haftentlassung neue Papiere auf einen anderen Namen zu, auch einen Führerschein und ein Auto: »Nicht gerade ein Porsche, aber ein guter Gebrauchtwagen.« Um einen Studienplatz, möglicherweise im Ausland, werde sich das Amt ebenfalls bemühen, die Kosten für Studium und Lebensunterhalt werde der Verfassungsschutz tragen.

Das war Grünhagens Standard-Tour. Auch Ulrich Schmücker hatte er wenige Jahre zuvor entsprechende Zusagen gemacht. Schmücker in seinem Gedächtnisprotokoll: *»Ich könne mir dann an einer 'beliebigen Universität neue Studienfächer unabhängig von irgendwelchen Numerus-Clausus-Bestimmungen wählen, bekäme ein ausreichendes Stipendium und könne, wenn ich wolle, auch im Ausland studieren. 'Auch in Oxford?' Ja, auch das läßt sich arrangieren'. «*

Anders als bei Schmücker versprach der Verfassungsschützer Hochstein, ihm für den Fall einer akuten Gefährdung sogar einen Waffenschein zu besorgen. Nur, und das war eine herbe Enttäuschung für Hochstein, eine Entlassung nach nur drei Jahren wäre wohl doch nicht drin. Er könne aber damit rechnen, nach Verbüßung seiner halben Strafe, also nach fünfeinhalb Jahren, auf freien Fuß gesetzt zu werden.

Das hatte auch schon Staatsanwalt Müllenbrock gesagt: »Vor Halbstrafe wird das nichts, aber auf Halbstrafe gehen Sie raus.« In Plötzensee solle Hochstein eine Ausbildung beginnen, und wenn er die abgeschlossen habe, gäbe es auch eine Handhabe, ihn zu entlassen.

Noch behandelte man Hochstein, so gut es ging, schließlich wollte man nicht riskieren, daß er noch vor dem Drenkmann-Prozeß von seiner Aussage abrückte. Man brauchte ihn als Belastungszeugen gegen Ralf Reinders und die anderen, die alle schon im Herbst 1975, wenige Monate nach der Lorenz-Entführung, festgenommen worden waren. Man war ihnen auf die Spur gekommen, weil Nachbarn verdächtiges Material in einer Mülltonne gefunden hatten. Hochsteins schwarzes Notizbuch mit der Adresse des Toten Briefkastens, mit dem Grünhagen ihn unter Druck gesetzt hatte, spielte bei der Verhaftung offenbar keine Rolle.

Etwa zur gleichen Zeit, als Dulde die Vertretung Hochsteins übernahm, erschien in der Tageszeitung »Die Welt« eine Serie unter dem Titel »Das Geständnis«. Obwohl Hochsteins Aussagen bei Staatsanwalt Müllenbrock bis zum Lorenz-Drenkmann-Prozeß vertraulich bleiben sollten, obwohl sie sogar einen Stempel »Geheim« trugen, hatte »Welt«Redakteur Kahl ganz offensichtlich Hochsteins Aussagen in Händen. Die ganze Serie war nichts anderes als eine journalistische Aufbereitung dieser Protokolle.

Obwohl auf die Veröffentlichung von Prozeßunterlagen, die noch nicht in öffentlicher Sitzung verlesen worden sind, nach Paragraph 353 c StGB Strafe steht, geschah nichts. Von Amts wegen wurde kein Verfahren eingeleitet, und alle in Frage kommenden Behörden legten später Erklärungen vor, daß sie die Unterlagen nicht an die »Welt« herausgegeben hätten. Auch Staatsanwalt Müllenbrocks Dienststelle versicherte, daß die Hochstein-Aussagen nicht von dort stammten.

Zwar stellte Hochstein später fest, daß sein Rechtsanwalt Dulde gute Beziehungen zum »Welt«-Redakteur Kahl unterhielt - Dulde vermittelte z. B. ein Interview mit Hochstein -, doch war die Serie in der »Welt« schon angekündigt worden, als Dulde noch nicht das Mandat übernommen hatte. Auch Grünhagen mußte nach Einschätzung Hochsteins Kontakt zum »Welt«-Mann haben, denn der Verfassungsschützer hatte ihm eines Tages ein besonderes Angebot gemacht. Hochstein sollte zusammen mit Kahl ein Buch schreiben, das nie erscheinen würde, über dessen Honorierung man aber einen »sauberen« Weg hätte, Hochstein für seine Kooperationswilligkeit zu bezahlen. Aus dem Projekt wurde allerdings nichts, genauso wenig, wie aus Grünhagens übrigen Versprechungen.

Hochstein begann in Plötzensee eine Schlosserlehre. Wenn er Fragen oder Beschwerden hatte, wandte er sich an Rechtsanwalt Dulde, über den er auch Verfassungsschützer Grünhagen erreichen konnte. Bis zu dem Zeitpunkt, als Hochstein Grünhagens Durchwahlnummer 8309304 im Amt erhielt, spielte Dulde den Mittelsmann.

Wenn Grünhagen von sich aus kam, dann zumeist, um sich nach dem Wohlbefinden seines Zeugen zu erkundigen und um mit ihm über neuere Entwicklungen in der terroristischen Szene zu plaudern. Auch gab der Verfassungsschützer Hochstein gute Ratschläge für sein Verhalten im Drenkmann-Prozeß, der Anfang 1978 beginnen sollte.

Auf keinen Fall, das betonte Grünhagen immer wieder, dürfe Hochstein über seine Kontakte zum Verfassungsschutz aussagen. Dieses Thema sei absolut tabu ' er sei aber sicher, daß es nicht zum Prozeßgegenstand würde. Immerhin habe man mit dem Vorsitzenden Richter Geus einen guten Fang gemacht. Vielleicht dachte Grünhagen dabei an den Prozeß gegen Ulrich Schmücker. Unter Vorsitz des Richters Geus hatte die Strafkammer Schmücker damals zu einer Freiheitsstrafe in genau der Höhe verurteilt, die Grünhagen seinem Schützling vorausgesagt hatte.

Auch Dulde war von Geus begeistert: »Von dem haben Sie nichts zu befürchten, der geht vorsichtig mit Ihnen um.« Beide sollten sich geirrt haben.

Derweil lieferten sich im Vorfeld des Verfahrens die Prozeßbeteiligten juristische Vorgefechte. So wurden vier Verteidiger zunächst nicht beigeordnet, weil sie in einem Telegramm Zweifel an den Stammheimer Selbstmorden geäußert hatten.

Dann tauchte die Frage auf, ob die Bundesanwaltschaft, die das Verfahren an sich gezogen hatte, überhaupt in West-Berlin Anklage erheben darf. Sie durfte.

Schließlich gab es am 11. 11. 1977 eine Haussuchung bei mehreren Berliner Rechtsanwälten, die im Lorenz-Drenkmann-Verfahren verteidigen sollten. Ausgerechnet Staatsanwalt Müllenbrock, der die Vorermittlungen geleitet hatte, ließ umfangreiches Material in den Kanzleien beschlagnahmen und abtransportieren. Unter den Akten waren auch Verteidigungs-Unterlagen zum Lorenz-Drenkmann-Prozeß, insbesondere Papiere, aus denen die Prozeß-Strategie der Verteidigung hervorging.

Kurz nach der Hausdurchsuchung durch Müllenbrock tauchte Verfassungsschützer Grünhagen wieder bei Hochstein auf. Er war bestens darüber informiert, wie die Verteidiger gegenüber dem Zeugen Hochstein vorgehen wollten. Er erklärte Hochstein, daß die Anwälte seine Glaubwürdigkeit erschüttern wollten, indem sie auf seinen in der Vergangenheit zeitweise erheblichen Alkoholkonsum abzielten. Grünhagen unterrichtete Hochstein sogar davon, welche Zeugen die Verteidiger aufmarschieren lassen wollten.

Auf diese Weise erstklassig vorbereitet, konnte Hochstein seiner Vernehmung im Prozeß ruhig entgegensehen. Am 11. April 1978 begann das Verfahren gegen Ralf Reinders, Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Andreas Vogel und Fritz Teufel.

Vertrauensanwälte der Angeklagten waren u. a. Harald Remé und Wolfgang Panka. Dazu waren ihnen vom Gericht Zwangsverteidiger zugeordnet worden. Einer dieser Zwangsverteidiger war der Rechtsanwalt Belschner, nebenbei Sozius des Rechtsanwalts Dulde. Ein durchaus bemerkenswerter Vorgang: Dasitzen in *einer* Kanzlei zwei Anwälte, von denen einer den Zeugen der Anklage, der andere einen Angeklagten vertritt.

Nun soll hier nicht behauptet werden, daß Verteidiger Belschner seinen Sozius Dulde regelmäßig haarklein über den Prozeßverlauf unterrichtete, so daß der seinen Kronzeugen entsprechend vorbereiten konnte. Dennoch war Dulde immer genauestens über den Fortgang des Verfahrens unterrichtet, genauso gut wie übrigens Grünhagen. So wurde Hochstein z. B. davon in Kenntnis gesetzt, was Staatsanwalt Müllenbrock über das Zustandekommen der Hochsteinschen Aussage berichtet hatte. Kein Wunder, daß Hochstein die Version des Staatsanwaltes bestätigte und insbesondere bekräftigte, Müllenbrock sei ihm immer wieder auf den Wecker gefallen, bis er schließlich aussagebereit war.

Nach diesen und anderen Aussagen vor Gericht meldeten sich immer wieder Dulde und Grünhagen bei Hochstein und erklärten ihm, ob sie mit ihm zufrieden gewesen waren oder nicht. Zumeist waren sie es. Für Bundesanwaltschaft und Gericht sei er »voll glaubwürdig«, es gäbe keinerlei Probleme.

Doch das änderte sich bald. Die Verteidiger, allen voran der aus dem Schmücker-Verfahren mit den Methoden des Verfassungsschutzes vertraute Wolfgang Panka, glaubte Hochsteins Erzählungen nicht. Er befragte Hochstein detailliert dazu, wann er begonnen habe, Aussagen zu machen, und ob er nicht auch vorher bereits ausgesagt habe. Hochstein, von Grünhagen fest eingeklopft, legte sich fest. Er habe vor dem 17. März 1977 weder vor Müllenbrock noch vor anderen Aussagen gemacht. Damit, so meinten er und seine Betreuer, sei die Sache vom Tisch. Doch man hatte sich getäuscht. Panka fragte weiter, und diesmal nach dem Verfassungsschutz.

Als die Sache brenzlig wurde, erhielt Hochstein nachmittags in der Schlosserei der »Plötze« 94 einen Anruf von Grünhagen. »Sie müssen morgen wieder in den Prozeß. Da werden Sie nach uns gefragt, nach Kontakten zu uns. Was werden Sie sagen?«

Hochstein sagte: »Wir haben eine Vereinbarung, ich sage Nein.« »Das ist in Ordnung, das möchten wir auch so. Wie machen wir das denn?«

Daraufhin überlegte Hochstein einen Moment und entwickelte Grünhagen dann, wie er sich verhalten würde, wenn er nach Besuchen von Beamten des Verfassungsschutzes befragt werden würde. »Ich sage, ich bin von so vielen Leuten vernommen worden, ob jemals ein Beamter des Verfassungsschutzes dabeigesessen hat, weiß ich nicht. Bewußt bin ich jedenfalls nie vom Verfassungsschutz befragt worden.«

Grünhagen war noch nicht ganz beruhigt: »Zu uns sagen Sie nichts.« Hochstein konterte: »Bin ich Ihnen oder Müllenbrock jemals ins Kreuz gefallen? Ihr habt mir doch immer gesagt, aus der Ecke kommt nichts, und auf einmal sind die Anwälte so weit.«

Grünhagen meinte, die Anwälte seien wohl über irgendwelche Aktennotizen oder über die Aussage von Müllenbrock gestolpert. Damit lag Grünhagen nicht so ganz falsch. Tatsächlich war Rechtsanwalt Panka eine Aktennotiz zum Toten Briefkasten aufgefallen. Darin stand, daß die Existenz des Toten Briefkastens »dienstlich bekannt« geworden war. Spätestens damit wußte Panka, daß der Verfassungsschutz seine Hände im Spiel hatte.

Wie mit Verfassungsschützer Grünhagen abgesprochen, machte Reiner Hochstein also seine Falschaussage vor Gericht. Für einige Zeit war alles ruhig.

Da erschien in KONKRET im Zusammenhang mit einem Artikel zur Rolle des Verfassungsschutzes im Mordfall Ulrich Schmücker ein Foto des Beamten Michael Grünhagen. Völlig niedergeschlagen tauchte der Verfassungsschützer bei Hochstein in der Plötze auf. »Ich kann Sie in Zukunft nicht mehr besuchen. Ich bin enttarnt worden. Es ist für mich ein Sicherheitsrisiko, hier weiter bei Ihnen zu erscheinen.« Hochstein bekäme jetzt einen anderen Betreuer vom Amt. Irritiert fragte Hochstein, was denn nun aus den Zusagen würde, die Grünhagen ihm gemacht hatte. Der Geheimdienstler beruhigte ihn: »Da steht das ganze Amt hinter.«

Das Grünhagen-Foto in KONKRET hatte noch andere Folgen. Auch der Mitangeklagte Andreas Vogel hatte das Bild gesehen. Er erinnerte sich, daß er diesen Mann im Hamburger Polizeipräsidium getroffen hatte - an jenem Tag, an dem Grünhagen versucht hatte, Hochstein zu Aussagen vor Müllenbrock zu bewegen. Er teilte die Beobachtung seinen Verteidigern mit.

Daraufhin stellte Rechtsanwalt Panka am 1.8.1980 einen Beweisantrag:

»In der Strafsache gegen Reinders u. a. wird beantragt, den Mitarbeiter des LfV-Berlin, Herrn Michael Grünhagen, 1 Berlin 47, Dörchläuchtingstr. 38, als Zeugen zu laden und zu vernehmen.

Der Zeuge wird bekunden, Reiner Hochstein habe ihm gegenüber in Kenntnis des Umstandes, daß er - der Zeuge – für den Verfassungsschutz arbeite, bereits im Jahre 1976 umfangreiche Angaben hinsichtlich seiner vermeintlichen Kenntnisse über die Bewegung 2. Juni und ihre Mitglieder gemacht.

Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß der Zeuge gelogen hat, als er in der Hauptverwaltung in diesem Verfahren bekundete, er habe erst im Jahre 1977 begonnen, Aussagen zu machen.

Der Zeuge Grünhagen besitzt keine besonders schutzwürdige Verfahrensstellung, da seine wahre Identität allgemein bekannt und daher nicht mehr zu verbergen ist.

Abgesehen von dem öffentlichen Auftreten dieses Zeugen in dem Strafverfahren gegen Astrid Proll ist die Identität dieses Zeugen auch bekannt, da er zumindest 1978 und 1979 Elternsprecher der Klasse 3.1 der Fritz-Karsen-Gesamtschule. in 1 Berlin 47, Onkel-Bräsigstr. 76 gewesen ist. «

Pankas Schuß saß. Zwar erhielt Grünhagen erwartungsgemäß keine Aussagegenehmigung, doch mußte sein Chef, der Leiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Franz Natusch, vor Gericht als Zeuge auftreten. Und damit war der von Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft so sorgsam aufgebaute Kronzeuge Hochstein erledigt. Natusch gab zu, daß Hochstein vor einem Mitarbeiter seines Amtes bereits im Jahre 1976 Aussagen gemacht hatte. Auf intensives Befragen durch die Verteidiger offenbarte Natusch sogar, daß es darüber Protokolle gab.

Daraufhin beantragten die Anwälte, diese Protokolle ins Hauptverfahren einzubringen. Der Dienstherr des Berliner Verfassungsschutzes, der damalige SPD-Innensenator Ulrich, lehnte die Herausgabe jedoch ab. Das Drenkmann-Verfahren drohte zu platzen. Die Bundesanwaltschaft, in arger Bedrängnis, wandte sich an den Innensenator und konnte eine teilweise Revision der Entscheidung durchsetzen. Acht von den mindestens 63 Seiten des Grünhagen-Protokolls sollten freigegeben werden; es waren jene Seiten, die sich direkt auf den Drenkmann-Mord bezogen.

Bevor sie dem Gericht vorgelegt wurden, erschien Grünhagens Nachfolger »Kirsch« bei Hochstein und legte ihm Kopien der acht Seiten vor. Hochstein hatte keine Einwände gegen eine Herausgabe an das Gericht.

Doch Richter Geus, inzwischen schwer erkrankt, besann sich plötzlich auf die Unabhängigkeit der Justiz. Er gab einem Antrag der Verteidigung statt, nun auch noch die restlichen Seiten des Grünhagen-Vermerks vorzulegen. Da aber mauerte der Innensenator. Er weigerte sich, noch mehr Seiten an das Gericht herauszugeben.

Und nun geschah etwas völlig Unerwartetes, etwas, was es in Terroristenprozessen bis dahin nie gegeben hatte: Das Gericht verlor die Nachsicht gegenüber dem Staatsapparat. Es verkündete einen Beschluß, der praktisch eine vorweggenommene Beweiswürdigung war. Die Richter wollten offenbar ein Zeichen setzen.

Das Gericht erklärte: *»Nach der sehr umfangreichen Beweisaufnahme zur Glaubwürdigkeit des Zeugen Hochstein bestehen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit seiner Bekundungen. Diese Zweifel beziehen sich sowohl auf seine allgemeine Glaubwürdigkeit als auch auf einzelne Aussagen im vorliegenden Verfahren.«*

Dann ging das Gericht auf Hochsteins Alkoholkonsum ein und beschäftigte sich mit den Einzelheiten seiner Aussagen zum Fall Drenkmann. Im Laufe mehrerer Vernehmungen im Ermittlungsverfahren habe Hochstein seine Angaben in wesentlichen Punkten geändert. *»Er hatte zunächst den Entschluß der Beteiligten, einen Richter zu töten, sowie seinen eigenen Ausschluß von der Aktion durch einen Münzwurf verschwiegen. Erst in einer späteren Vernehmung im Ermittlungsverfahren hat er diese beiden Tatsachen bekundet und in der Hauptverhandlung wiederholt. «*

Auch in seiner Aussage in der Hauptverhandlung fand das Gericht teilweise erhebliche Widersprüche. *»Hierdurch ist der nicht zu beseitigende Verdacht entstanden, daß Hochstein sein Aussageverhalten in der Hauptverhandlung dem Ergebnis*

der Beweisaufnahme anpassen wollte, so wie er es aus Presseberichten über die Bekundungen der Augenzeugen verstanden hatte.«

Noch deutlicher wurde das Gericht, als es um das Zustandekommen von Hochsteins Aussagen ging, als der Verfassungsschutz ins Spiel kam:

»Sowohl im Ermittlungsverfahren als auch in der Hauptverhandlung hat der Zeuge Hochstein bekundet, er sei während seiner Inhaftierung aufgrund eines längeren Wandlungsprozesses, der insbesondere durch den Tod von Ulrike Meinhof (Mai 1976) beeinflußt gewesen sei, zu der Überzeugung gelangt, daß der bewaffnete Kampf kein geeignetes Mittel revolutionärer Politik sei, weil er den Faschismus in der Bundesrepublik provoziere. Dieser Wandlungsprozeß sei Anfang 1977 abgeschlossen gewesen und habe dann dazu geführt, daß er in der Vernehmung durch den Staatsanwalt Müllenbrock am 17. März 1977 erstmalig Angaben zu Namen und Tatkomplexen im vorliegenden Verfahren gemacht habe. Vorher habe er gegenüber Beamten des Verfassungsschutzes lediglich allgemeine Angaben über Sinn und Zweck des bewaffneten Kampfes der revolutionären Bewegung gemacht. - Im Widerspruch hierzu hat er in der Hauptverhandlung nach Vorhalt der Bekundungen des Zeugen Natusch am 5. September 1980 eingeräumt, daß er bereits Ende Januar/Anfang Februar 1976 gegenüber Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz in bis zu sechs mehrstündigen Gesprächen umfassende Angaben auch zum Tatkomplex von Drenkmann gemacht habe. Damit steht fest, daß seine Darstellung über den zeitlichen Verlauf seines Wandlungsprozesses und den damit verbundenen Entschluß, umfassend auszusagen, falsch ist. Hierdurch entstehen schwerwiegende Zweifel, ob das von ihm für seine Aussagebereitschaft angeführte Motiv richtig ist.

Dieser Zweifel kann nicht durch die Erklärung des Zeugen Hochstein ausgeräumt werden, er habe gemeint, seine Angaben gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz dienten nur operativen Zwecken und würden vertraulich behandelt; denn auch für die Offenbarung zu diesem Zweck hat der Zeuge ein verständliches Motiv nicht angeben können.«

Daraus zog das Gericht den Schluß: *»Die unwahren Angaben zum Wandlungsprozeß, das Fehlen eines einleuchtenden Grundes für die Offenbarung vor dem Verfassungsschutz schon Anfang 1976 und das undurchsichtige Verhalten beim teilweisen Verzicht auf die Wahrung der Vertraulichkeit legen letztlich auch die Annahme nahe, daß dem Zeugen Hochstein irgendwelche Zusagen gemacht worden sind, um seine Aussagebereitschaft zu wecken. Zwar liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß solche Zusagen gegen § 136 a StPO* verstoßen haben könnten. Gleichwohl würde auch dadurch die Glaubwürdigkeit des Zeugen erheblich beeinträchtigt werden, denn er hat auf ausdrückliches Befragen mehrfach beteuert, ihm seien gar keine Zusagen gemacht worden.«*

Aus all diesen Gründen, so erklärte das Gericht abschließend, sei es in keiner Weise in der Lage, »auf die Bekundung des Zeugen Hochstein eine Verurteilung zu stützen«.

Damit war der Kronzeuge Hochstein lahmgelegt - und mit ihm die gesamte Anklage im Mordfall Günter von Drenkmann. Denn außer Hochsteins Aussagen gab es so gut wie nichts mehr, auf das sich die Bundesanwaltschaft stützen konnte. Die Angeklagten wurden sämtlich vom Vorwurf des Drenkmann-Mords freigesprochen.

Vielleicht war die Entscheidung dem Richter Geus noch nicht einmal besonders schwergefallen, denn alle Angeklagten - bis auf Fritz Teufel, der ein Alibi hatte - konnten wegen der Lorenz-Entführung ohnehin zu hohen Haftstrafen verurteilt werden.

Für den gefallenen Kronzeugen Reiner Hochstein aber wurde es jetzt bitter. Er stand als völlig unglaubwürdiger Zeuge da. Das konnte er noch verschmerzen. Eigentlich war er sogar ganz erleichtert, daß niemand wegen seiner ja letztlich unter Druck zustande gekommenen Aussage verurteilt wurde. Aber er war für die Behörden unbrauchbar geworden. Ganz allmählich wurde die schützende Hand des Verfassungsschutzes von ihm gezogen.

Das machte sich in der Haft sofort bemerkbar. Sozialarbeiter, denen er manchmal das Leben schwergemacht hatte, indem er sich auf die Seite von jugendlichen Strafgefangenen stellte, entzogen ihm Vergünstigungen. Er durfte nicht mehr wie bisher frei telefonieren.

Die Haftentlassung ließ auf sich warten. Dulde rief an und sagte ihm, vor Zweidrittel würde er wohl nicht mehr rauskommen. Von Grünhagens Versprechungen war schon längst nicht mehr die Rede. Hochstein, das wurde ihm selbst von Tag zu Tag klarer, war für das Amt gestorben. Erst als er massiv Protest einlegte und damit drohte, sich an die Presse zu wenden, wurden seine »Beschützer« wieder aktiv.

Anfang 1981 kam Reiner Hochstein aus dem Gefängnis frei. Um einen Studienplatz mußte er sich selbst kümmern, und statt vom Verfassungsschutz erhielt er Geld vom Arbeitsamt. Sein Führerschein, auf den er laut Gerichtsurteil längst wieder einen Anspruch hatte, wurde ihm erst ein Jahr später ausgehändigt - von Verfassungsschützer Kirsch und mit dem Zusatz versehen, er gelte nur für West-Berlin.

Neue Personalpapiere auf einen anderen Namen bekam er ebenfalls nicht, offenbar hielt ihn das Amt nicht mehr für gefährdet - oder es war den Leuten vom Verfassungsschutz gänzlich egal, was mit ihm geschah. »Wir schützen unsere Leute nur solange wir sie brauchen«, das hatte Verfassungsschützer Rühl alias Grünhagen schon zu Ulrich Schmücker gesagt.

Als Hochstein später den VS-Beamten Kirsch auf Grünhagens Versprechungen - Studium, Auto etc. - ansprach, meinte dieser trocken, das müsse der Kollege dann wohl aus eigener Tasche bezahlen. Die 6.300 Mark, die ihm der Verfassungsschutz nach der Haftentlassung genau spezifiziert als eine Art Unkostenerstattung zahlte, kamen Hochstein wie 30 Silberlinge vor - wohl nicht ganz zu Unrecht.

Desillusioniert und verärgert verlangte Hochstein, mit Grünhagen zu sprechen. Rechtsanwalt Dulde vermittelte das Treffen - in seiner Kanzlei, denn offiziell durfte Grünhagen Hochstein nicht mehr sehen.

Grünhagen, der nach erfolgter Enttarnung seinen Wohnsitz hatte wechseln müssen, erschien total verändert. Statt seiner obligatorischen grünen Parka trug er jetzt feinstes Tuch. Den Bart hatte er abrasiert und die Haare in Löckchen gedreht und schwarz gefärbt.

Er schien genauso enttäuscht vom Amt wie Hochstein. »Wissen Sie, wie es mir geht, jetzt, wo man mich enttarnt hat?« fragte Grünhagen. »Da lauf ich hinter meinem eigenen Geld her. Ich bin für die genauso erledigt wie Sie.« Dulde erzählte Hochstein später, Grünhagen habe rund 60.000 Mark für seinen Umzug aufgewendet, die ihm das Amt jedoch nicht erstatten wolle.

Und noch eines erzählte ihm Dulde. Als Hochstein fragte, was ihm denn passieren könnte, wenn er seine Geschichte publik machte, antwortete er: »Wenn Sie sagen, was Ihnen vom VS und der Staatsanwaltschaft versprochen worden ist, dann würde ich das für sehr, sehr gefährlich halten.«

Hochstein: »Nur beruflich oder generell?«

Dulde: »Generell«.

Hochstein: »Das heißt ganz trocken, die werden versuchen, mich zu töten?«

Darauf entgegnete Dulde, wenn Hochstein sein eigenes Schicksal mit den Behörden in Verbindung bringen, daran Kritik üben oder gar Dinge aufrühren werde, die zwar geschehen aber nicht für dritte Ohren bestimmt seien, werde es für ihn spannend.

Hochstein: »Lebensgefährlich?«

Dulde sagte ja. Doch dann relativierte er seine Aussage etwas. Sicherlich wolle man ihm nicht direkt ans Leben.

Hochstein: »Das meinen Sie nicht.«

Dulde: »Das meine ich nicht.«

Nach einer kurzen Pause fuhr Dulde fort. »Kennen Sie das Buch von dem Aust über den Schmücker-Mord?«

Hochstein: »Ja.«

Dulde meinte - im übrigen nicht zutreffend - zwischen den Zeilen stände in dem Buch »Hundert Blumen. Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker«, der VS selbst habe Schmücker umgebracht.

Damit war man schon wieder beim Mordfall Ulrich Schmücker angelangt. Hochstein wurden die Parallelen zu seinem eigenen Fall immer deutlicher. Nicht nur war es dieselbe Person, nämlich Grünhagen gewesen, der ihn selbst genauso wie Schmücker unter Versprechungen und Drohungen erst zu vertraulichen, dann zu offiziellen Aussagen bewegt hatte. Genau wie im Fall Schmücker hatte Grünhagen seine Zusagen nicht oder kaum eingehalten. Genau wie im Fall Schmücker hatten Verfassungsschutz und Staatsanwalt intensiv zusammengearbeitet. Und genau wie Schmücker hatte man ihn, Hochstein, fallengelassen, als er dem Amt nicht mehr nützen konnte.

Und nun drohte man ihm, genauso wie Ulrich Schmücker, wenn er mit seinen Informationen an die Öffentlichkeit gehen würde. Hier wurde immer das gleiche Theaterstück aufgeführt, eine Posse unter dem Titel »Rechtsstaat«, und die Darsteller und die Kulissenschieber waren immer dieselben.

Im Falle Schmücker, und das wird immer deutlicher, gab es noch sozusagen ein Stück im Stück. Um das zu verstehen und um gleichzeitig den Rest der Erzählungen des Kronzeugen Hochstein richtig einzuordnen, muß man noch einmal zurückgreifen.

Ulrich Schmücker, den Grünhagen zum V-Mann für sein Amt machen wollte, spurte nicht ganz so, wie er sollte. Er suchte neuen Zugang zu Gruppen der Stadtguerilla, ob er das aus freien Stücken tat oder ob er dem Verfassungsschutz darüber

berichten wollte, ist nach wie vor nicht völlig klar. Sicher ist aber: als er bemerkte, daß man ihm dort mißtraute, wandte er sich an Grünhagen, schilderte ihm haarklein, mit welchen Personen er Kontakt hatte und bat Grünhagen sogar um eine Pistole zu seinem Schutz. Grünhagen lehnte ab, ihm eine Waffe zur Verfügung zu stellen. Einzelheiten über dieses Gespräch, das genau drei Tage vor Schmückers Tod stattfand, sind im Schmücker-Verfahren ans Tageslicht gekommen. Noch an seinem Todestag telefonierte Schmücker mit Grünhagen, das hat der Verfassungsschutz inzwischen zugegeben. Nur über den Inhalt des Gespräches bewahrt das Amt bisher noch Stillschweigen.

Nach dem Mord gab der Verfassungsschutz der ermittelnden Polizei und der Staatsanwaltschaft gezielte Hinweise darauf, daß eine Gruppe in Wolfsburg unter Anführung von Ilse Schwipper als Täter in Frage komme. Ein Mitglied der Gruppe, ein gewisser Jürgen Bodeux, erklärte sich wenige Wochen nach seiner Festnahme bereit, Aussagen zu machen.

Die offizielle Version dazu ist, daß Staatsanwalt Przytarski, derselbe, der später auch an den Vernehmungen Hochsteins beteiligt war, Bodeux zur Aussage veranlaßt hat. Doch der Ablauf hat allzu verdächtige Ähnlichkeit mit dem Entstehen der Hochstein-Aussagen. So erklärte Kronzeuge Bodeux im Schmücker-Prozeß fast gleichlautend mit Hochstein, daß er nicht mehr so genau wisse, von wem er alles besucht worden sei, möglicherweise auch von Beamten des Verfassungsschutzes, vor ihnen habe er aber keinerlei Aussagen gemacht.

Auch Bodeux's Angaben vor der Staatsanwaltschaft sind nicht widerspruchslos. Im Kern schildert er die Ereignisse, die zu Schmückers Tod führten, so: Er selbst, Bodeux, habe die Tatwaffe, eine verrostete Parabellum 08, besorgt und zudem den Tatort an der Krummen Lanke im Berliner Grunewald ausgekundschaftet. Nachdem er den angeblichen späteren Todesschützen Wolfgang Weßlau, der zur Tatzeit 18 Jahre alt war, in die Örtlichkeiten eingewiesen habe, sei er zusammen mit Ilse Schwipper mit der Eisenbahn aus Berlin abgereist und habe in Wolfsburg in der Wohnung von Ilse Schwippers Mutter den Film »Der längste Tag« im Fernsehen angeschaut.

Gegen Ende des Films habe Weßlau angerufen und die Ausführung der Tat gemeldet. Auf diese Angaben Bodeux's stützt sich die Anklage sowie die Verurteilung der Wolfsburger Gruppe in zwei Gerichtsverfahren wegen gemeinschaftlichen Mordes. Ilse Schwipper wurde jeweils zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, die übrigen Mitglieder der Gruppe, die alle zur Tatzeit minderjährig waren, zu Strafen zwischen drei und acht Jahren. Wolfgang Weßlau als angeblicher Todesschütze wurde zu acht Jahren verurteilt und bekam nach fünf Jahren Haftverschonung. Jürgen Bodeux selbst erhielt fünf Jahre, von denen er etwa die Hälfte im Gefängnis zubringen mußte. Damit hat Bodeux wohl mit die kürzeste Freiheitsstrafe wegen Mordes in der Geschichte der Bundesrepublik abgesessen. Das Urteil gegen ihn ist als einziges rechtskräftig, weil Bodeux im Gegensatz zu den anderen Angeklagten nicht in die Revision gegangen ist.

Bodeux, und das ist hier interessant, hat für die Tatnacht kein Alibi. Als er im Prozeß gefragt wurde, wovon denn der Film »Der längste Tag«, den er zur Tatzeit gesehen haben wollte, gehandelt habe, sagte Bodeux: »Schlacht bei Waterloo«. Damit hatte er sich um genau 129 Jahre vertan, denn im Film geht es um die Landung der Alliierten in der Normandie 1944 und nicht um Napoleons Niederlage.

Zudem tauchten im Laufe der inzwischen drei Schmücker-Prozesse immer .mehr handfeste Indizien auf, daß der Kronzeuge Bodeux schon vor dem Schmücker-Mord Kontakte zum Verfassungsschutz hatte, möglicherweise sogar zum Betreuer des Opfers Schmücker, Michael Grünhagen.

Vor diesem Hintergrund bekommt der Inhalt des Gespräches Reiner Hochsteins mit dem Rechtsanwalt Dulde, der ja auch einmal kurzzeitig Bodeux verteidigt hatte, eine besondere Bedeutung.

Nachdem Dulde Hochstein auf die Gefahren einer Veröffentlichung seiner Geschichte hingewiesen und dabei auf den Tod Ulrich Schmückers angespielt hatte, meinte Hochstein, er sei nicht davon überzeugt, daß Wolfgang Weßlau den tödlichen Schuß auf Schmücker abgegeben habe - so wie es der Zeuge Bodeux behauptet.

Und darauf, so erinnert sich Hochstein, hat Rechtsanwalt Dulde gesagt: »Bodeux hat geschossen.« Und er selbst fügte hinzu: »Das ist meine Meinung auch, daß Bodeux geschossen hat. « Darauf Dulde: »Ja, ja.«

Der Kronzeuge und wahrscheinliche Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als wirklicher Täter? Hochstein ist bereit, seine Aussagen vor Gericht, etwa im Schmücker-Verfahren, zu wiederholen.

Hier soll nun nicht behauptet werden, daß es so gewesen ist, daß also Bodeux tatsächlich den tödlichen Schuß auf Schmücker abgegeben hat. Für ihn selbst ist es strafrechtlich ohnehin irrelevant, denn Bodeux ist wegen gemeinschaftlichen Mordes rechtskräftig verurteilt, noch einmal, und weniger milde kann er nicht verurteilt werden. Aber, nachdem wir aus erster Hand, von Reiner Hochstein, wissen, wie hierzulande Zeugen aufgebaut und manipuliert werden, wäre es immerhin denkbar, daß Bodeux unter der Zusage, man werde seine - strafverschärfende - Täterschaft unerwähnt lassen, zum »Geständnis« bewegt hat.

Man darf allerdings daran zweifeln, ob es noch mehr Richter gibt, die wie Geus im Falle Drenkmann die Akten mit einem hörbaren Knall schließen und sich von rechtsstaatlichen Roßtäuschern nicht total für dumm verkaufen lassen.

Folgt man den Aussagen des verhinderten Kronzeugen Reiner Hochstein, dann wird das System deutlich, nach dem das Recht manipuliert wird:

Da werden Kronzeugen gewonnen, indem man sie durch ihr eigenes strafbares Verhalten unter Druck setzt und ihnen für den Fall der Kooperation eine Reduzierung der Anklage zusagt.

Da werden sie mit der Drohung, vor ihren eigenen Genossen als Verräter hingestellt zu werden, erpreßt.

Da sichert man ihnen Geheimhaltung zu und hält sie mit kleineren oder größeren Zuwendungen bei der Stange.

Da verspricht man ihnen Vergünstigungen beim Strafmaß.

Da läßt man sie im Falle der Unbrauchbarkeit rücksichtslos fallen.

Am Rande des Verfahrens selbst werden durch eine Haussuchung in Anwaltskanzleien Informationen beschafft. Das Gericht wird durch die Manipulation von Akten irregeführt, Ermittlungsergebnisse werden verfälscht oder gänzlich unterdrückt. Ein Zwangsverteidiger wird beigeordnet, der in einer Kanzlei zusammen mit dem Anwalt des Kronzeugen sitzt. Vor seinen Aussagen in der Hauptverhandlung wird der Kronzeuge über den bisherigen Prozeßverlauf informiert und beraten - während ein »normaler« Zeuge aus gutem Grund während der Vernehmung der anderen Zeugen den Saal verlassen muß.

Der Anwalt des Kronzeugen wird vom Verfassungsschutz bezahlt. Ein Beamter des Geheimdienstes betätigt sich als Anstifter zur Falschaussage. Der Staatsanwalt bewegt sich selbst hart am Rande der Falschaussage.

Der Fall zeigt, wie weit es mit dem Verfassungsprinzip der Gewaltenteilung gekommen ist: die Zweite Gewalt, die Exekutive, bestimmt die Dritte Gewalt, die Justiz, indem sie im Vorfeld des Verfahrens die Weichen stellt. Wohin der Zug fährt, ist nur allzu klar.

---

* Unvereinbarkeit von Zeugenaussagen wegen unzulässiger Vernehmungsmethoden

Konkret 07/82, S. 66

Uwe Maeffert

Konkret-Extra: Danach kommt die Folter

Wie konnte es dazu kommen?

Das Entwicklungsgesetz dieser gruselmärchenhaften Geschichte einer Strafverfolgung ist die Dialektik von Mangel und Überfluß. Es fehlten die Beweise gegen die, die man hart bestrafen wollte. Denen sie fehlten, ist die Bereitschaft, Strafverfolgungszielen ohne und gegen die Gesetze nachzujagen, offensichtlich grenzenlos gegeben. Sie treiben es im Schutz aller staatlichen Organe.

Es hat mit dem Kampf gegen den Staatsfeind Nr. 1 angefangen. Mit der »Solidarität aller Demokraten« ließen sich die Grenzen des Rechtsstaates locker überschreiten. Der erste Kronzeuge gegen Gefangene der RAF war Karl-Heinz Ruhland, den man mit Drohungen, Zusagen und Zuwendungen zu fragwürdigen Beschuldigungen gegen Horst Mahler veranlaßte.

Am Kronzeugen leidet das Recht auch in anderen Bereichen - sprunghaft ausufernd und sich verselbständigend. »Ohne V-Leute läuft bei uns nichts mehr«, sagte vor kurzem ein Hamburger Kriminalbeamter. V-Leute aber - das, muß man wissen - sind in der Praxis meist nichts anderes als Kronzeugen. Wo ohne sie nichts mehr läuft, das ist jener Bereich der Kriminalität, der für seine Existenz einen Markt braucht; allen voran größere Diebesbeute und Rauschgift.

Man verweist gern auf das amerikanische Recht. Max Hirschberg, Kenner dieses Rechts und seiner Praxis und Autor des Buches »Das Fehlurteil im Strafprozeß«, schreibt:

»Besonders primitiv und gefährlich ist das amerikanische Verfahren, in dem die Staatsanwaltschaft versucht, einen der Mitangeklagten gegen die Zusicherung milderer Strafe oder Einstellung der Strafverfolgung als Belastungszeugen zu gewinnen. Der Angeschuldigte, der sich dazu bereit erklärt, wird vom Staatsanwalt eingehend vorbereitet, um dem Kreuzverhör mit seiner Aussage gewachsen zu sein... leistet dann jeden Meineid, um sich die Straffreiheit zu verdienen ... «

Gutgläubig sind die Strafverfolgungsbehörden nicht. Waren sie es jemals, so haben sie die Unschuld des Ausnahmefalles oder die Entschuldigung desjenigen, der die Geister nicht mehr los wird, die er rief, längst verloren. Sie wissen, was sie den Grundrechten des Strafverfahrens, dem durch Kronzeugen belasteten Angeklagten und dem Kronzeugen selbst antun.

Mehr als jede Strafe anrichten kann, wird dem Kronzeugen im Verlauf des Zurichtens auf die Zwecke der Strafverfolgung die menschliche Würde genommen. In anderem Zusammenhang hat das Bundesverfassungsgericht formuliert, der Täter dürfe »nicht zum bloßen Objekt der Verbrechensbekämpfung... gemacht werden«.

Der Kronzeuge ist weniger als ein Objekt, eine Ware, meist von sehr begrenzter Funktionsfähigkeit und Haltbarkeit. Häufig unter den Bedingungen des Eingesperrtseins, immer unter denen der inneren Unfreiheit, wird der Kronzeuge - was er nicht überblickt - aus der einen gesellschaftlichen Isolation in eine andere entlassen: in die des Verbergens, des Mißtrauens und des schlechten Gewissens. Der Gang des Kronzeugen kann kaum jemals ein aufrechter werden. Sich selbst und seine Funktion soll und muß er in Dunkelheit lassen. Körperlich vielleicht in ordentlicher Verfassung wird er - seelisch und sozial isolierter als ein Frührentner und Invalide - zum Pflegefall. Entsprechend klammert er sich an die Zusagen seiner Versorgung »danach«.

Kern allen Einwirkens auf einen, den man als Kronzeugen mißbrauchen will, ist der Bruch eines bedeutenden Gesetzes der Strafprozeßordnung. Den Behörden ist es verboten, Informationen durch Drohungen und Versprechungen von Vorteilen, die das Gesetz nicht zuläßt, zu erlangen und mit deren Hilfe jemanden als Täter zu überführen. Es darf nicht sein, daß der Zweck die Mittel heiligt. Doch genau das ist die Praxis. Die Strafverfolgungsbehörden, die so arbeiten, bestreiten es. Dem Kronzeugen glaubt man nur, was man will. Selbst bei denen, die ihn dazu gemacht haben und die ihn benutzten, ist sein Ansehen gering. Man liebt, den Verrat, aber nicht den Verräter.

Eines aber ist nicht zu bestreiten, ist sozusagen amtlich: Fälschungen der Ermittlungsakten, Meineide und Anstiftungen zu solchen, wenn es darum geht, Kronzeugen, V-Leute und die durch sie gewonnenen Erkenntnisse in Gerichtsverfahren verdeckt zu halten.

Ein Frankfurter Professor namens Geerds hat ein Buch geschrieben, das inzwischen in fünfter Auflage im »Verlag für polizeiliches Fachschrifttum« erschienen ist und dem in der Ausbildung von Kriminalbeamten der Rang eines Standardwerkes zukommt. Das Buch leitet zu Aktenfälschung und folglich zu Falschaussagen an:

»Schon die Tatsache, daß überhaupt ein V-Mann in dieser Sache etwas mitgeteilt hat, sollte am besten in den Akten überhaupt nicht erwähnt werden. Denn derartige Mitteilungen sollen dem Kriminalbeamten vor allem den Weg öffnen, anderweitig verwertbare Beweise aufzufinden; denn die Erwähnung ist daher sachlich überflüssig und in der Regel sogar schädlich. Denn durch den Verteidiger, der bekanntlich nach Anklageerhebung ein Recht auf Akteneinsicht hat, und

vielleicht auch durch eine unbedachte Äußerung eines Staatsanwalts oder Richters kann der Beschuldigte dann leicht erfahren, daß in seiner Sache ein V-Mann eine Rolle gespielt hat ... «

Und eben das gilt es zu verbergen. Man weiß, warum. So hat der Verrat das Komplott derer, die sich des Verrats bedienen, im Gefolge; die Übereinkunft in der Lüge darüber, wie ein anfänglicher Verdacht gegen den Beschuldigten überhaupt entstanden ist, als würde das Strafrecht weder die Verpflichtung zur Wahrheit noch den Meineid kennen. Daß die Unwahrheit vor Gericht unter Strafe steht, hat nicht so sehr etwas damit zu tun, daß man vor falschen Anschuldigungen geschützt sein soll, so sagt die Rechtslehre, sondern das soll die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege sichern. Doch kein Kronzeuge, kein V-Mann, ohne daß aus der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit ihnen ein Bündel von Lügen und Fälschungen entspringen würde. Hier noch von Strafrechtspflege sprechen, heißt, einen steinigen Acker für den Rasen von Wembley auszugeben.

Wie wird es weitergehen?

Eine Umkehr setzte eine Stärkung der Prozeßrechte von Angeklagten und Verteidigern und die Ermunterung zu richterlicher Zivilcourage voraus. Doch die Entwicklung, die sich abzeichnet, geht in die entgegengesetzte Richtung. Prozeßrechte sollen erheblich vermindert und eingeschränkt werden. Im Oktober 1981 trafen sich die Justizminister der Länder, um »Maßnahmen auch zur Entlastung der Strafjustiz als dringlich« zu bezeichnen. Entwürfe liegen vor. Schuld an der wachsenden Belastung haben vor allem, man staune, die Verteidiger:

»Immer häufiger werden Strafverfahren ganz erheblich gestört und verzögert, weil Angeklagte und insbesondere Verteidiger ihr prozessuales Recht, Anträge zu begründen, Fragen an Zeugen oder Sachverständige zu stellen und Erklärungen abzugeben, mißbrauchen ... «

Von der Pervertierung des Rechts durch V-Männer, Kronzeugen, Aktenfälschung und Zeugenpräparierung findet sich in den Papieren nichts. Es ist das alte Lied der Reaktion. Als Mißbrauch des Rechts wird diffamiert, was sich dem Unrecht widersetzt. In der Stille und im Geheimen kann die monströse Erscheinung des Kronzeugen dann weiter gedeihen.

Danach kommt die Folter.

Konkret 07/82, S. 68

Wolfhard Klein

Vorwärts Orient gegen Roter Stern

Weltmeisterschaft in Spanien. Die Nation bangt um Hansi Müller (Knie) und Manfred Kaltz (Zehe). Erich Riedl (CSU), frisch zurückgetretener Präsident von 1860 München (Pleite) drückt die Daumen. Helmut Schmidt (SPD) erwartet von Rummenigges Fallrückziehern eine Klimaverbesserung für seine Koalition. KONKRET denkt derweil (statt Derwall) an die kickende Basis: an den FC Vorwärts Orient Mainz, den FC Internationale Berlin, an Blockfrei Wiesbaden und Eintracht/Zwietracht Westberlin. Denn dort liegen die starken Wurzeln unserer Kraft.

Mann, wenn wir Fußball spielen, dann sieht das auch nicht anders aus, als bei 'ner stinknormalen Mannschaft«, sagt ein Kicker des FC Vorwärts Orient Mainz. Die Typen selbst sehen schon ein bißchen anders aus: Halbmond und Stern auf dem ungebügelten Trikot, Hosen in allen Farben, die Schuhe ungeputzt, Haare wie Lienen, Bärte wie Lenin. Die Mitglieder des FC Vorwärts Orient sind gewiß nicht das, was sich DFB-Präsident Hermann Neuberger unter Fußballern vorstellt. Josef Ohlenschläger, der Vorsitzende des Vereins: »Unsere Offiziellen haben sich schon immer durch ein etwas ungewöhnliches Äußeres ausgezeichnet. Die anderen Vereinspräsidenten, so Leute, seit 30 Jahren im Amt, die waren anfangs fix und fertig, wenn wir da aufgetaucht sind. Das konnten die einfach nicht packen.«

Wenn sie's bis jetzt noch nicht gepackt haben, dann werden sie's bald müssen. Denn überall in der Republik entstehen alternative Sportvereine, die sich am geregelten Spiel- und Sportbetrieb beteiligen. Und weil die linken Vereine das Geschwätz der DFB-Funktionäre vom politikfreien Sport einfach ignorieren, werden ihre Fußballschuhe wie Unterwandererstiefel beäugt. Wohl alle Klubs hatten schon Querelen mit dem Verband. Manche mit der Polizei und bei einem war sogar mal der Verfassungsschutz.

Anfang der siebziger Jahre waren es linke Studenten, die den etablierten Sportbetrieb theoretisch kritisierten. Und es dauerte noch ein paar Jahre, bis sich, zunächst in den Universitätsstädten, Fußballmannschaften, später dann Vereine bildeten. Es hat sich wohl nur in den seltensten Fällen eine Gruppe zusammengefunden und gesagt, jetzt machen wir Sport und Politik. Die Motive, einen alternativen Sportverein zu gründen, sind so unterschiedlich wie die politische Meinung der Vereinsmitglieder.

Den FC Internationale Berlin gründeten vor zwei Jahren Studenten, die in einer der mehr als 100 Freizeitmannschaften der TU gespielt hatten, zusammen mit Fußballern, die aus etablierten Vereinen kamen, aber mit den festgefahrenen Vereinsstrukturen und den Funktionären nichts mehr zu tun haben wollten. Mit Funktionären, und das ist bis in die unteren Klassen üblich, die Spieler mit Geld motivieren wollen. »Das hab ich selbst erlebt«, sagt Hans-Joachim Neyer, 2. Vorsitzender des FC Internationale, »das geht so weit, daß 'ne viertel Stunde vor Schluß ein Mäzen einen Spieler an die Außenlinie bringen läßt und sagt: Also, Wenn du jetzt ein Tor schießt, dann kriegst du hundert Mark. Bis runter in die C-Klasse spielt Geld 'ne große Rolle. Sei es nun, daß man ehemalige höherklassige Spieler mit über 10.000 Mark einkauft, sei es, daß man regelmäßig kleine Zuwendungen gibt.«

Klar waren die Internationale Spieler Linke oder Alternative. Aber daß sie als Verein politisch agierten, das kam erst nach und nach. Sie mußten mit alteingesessenen Vereinen um Trainingsplätze rangeln, eine normale Sache, sicher nicht politisch. Politisch wurde es, als der Landessportbund Berlin, vertreten durch seinen Geschäftsführer, die Satzung des Landessportbundes aus der Tasche zog, in der, deutsch und gründlich, festgelegt ist, daß Vereine mit Namen, die Anstoß erregen können, nicht zuzulassen sind. »Internationale«, so der Funktionär, sei ein Begriff aus dem kommunistischen Sprachgebrauch, folglich anstößig, folglich nicht zuzulassen. International sei noch in Ordnung, weil ja auch Ausländer in der Mannschaft spielten. Aber das »e« müsse weg. Drei Monate dauerten die Querelen, das »e« blieb erhalten.

In den Ruch, eine Politkickertruppe und Hausbesetzermannschaft zu sein, kamen die Berliner, als nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay ein Spieler beim Training in der Kabine sagte: »Also, wolln wir nächsten Sonntag nicht mit 'nem Trauerflor spielen?« Die Mannschaft spielte mit Trauerflor und verlor ein Mitglied, das wegen dieser Aktion den Verein wechselte.

Die anderen merkten, was über den Sport möglich war. »Ich bin sonst politisch an der Uni engagiert«, sagt Hans-Joachim Neyer, »und das ist immer im eigenen Brei. Und auf einmal läuft das im Sport, da kannste Menschen ganz anders ansprechen. Das läuft auch über eine Sache, die Spaß macht, da kann man zu mehreren was machen, das ist schon fast wie die alten 68er Zeiten.«

Und dann kam mehr. Zusammen fuhren die Spieler zur Friedensdemonstration nach Bonn, überlegten Aktionen zum Ausländererlaß und organisierten zu Ostern ein Friedensturnier unter dem Motto- Sportler gegen Atomraketen, Sportler für den Frieden. Der Westberliner Verband drohte mit Verbot. Eine Berliner Sportzeitung sagte die Veranstaltung eigenmächtig ab und schrieb an einen Internationale-Spieler, der Verein möge seine Aktivitäten, sofern sie nichts mit Fußball zu tun hätten, doch auf eine Plattform außerhalb des Fußballplatzes verlagern. Ein Inserat für die Veranstaltung wurde abgelehnt.

Wieder wurde monatelang gerangelt, dann lief das Turnier. Mit einer Ausstellung zur Geschichte des Arbeitersports, zur Geschichte der Ostermarschbewegung und anschließender Beteiligung der acht teilnehmenden Mannschaften am Berliner Ostermarsch. »In dem Maß, in dem wir Widerstand kriegten, fühlten wir uns in die Pflicht genommen.« Sagt Hans-Joachim Neyer. Im nächsten Jahr, zu Ostern, wird in Berlin wieder für den Frieden gekickt.

»Wenn ihr net uffhört, mit dem Kram, dann guckt ihr gleich zu. Hibbe wie dribbe.« Der Schiedsrichter macht den starken Mann. Es riecht nach Zoff auf dem Sportplatz in Schneidhain. Da spielt Farblos gegen den Lokalrivalen Blau-Weiß um den Abstieg aus der B-Klasse. Farblos Schneidhain ist ein linker Fußballverein in der Provinz. 60 Kicker spielen in drei Mannschaften. Knies mit dem Lokalrivalen gibt es, seit der den Farblosen nach der Vereinsgründung vor vier Jahren Trainingszeiten auf dem einzigen Sportplatz im Ort verweigerte. Die gab es erst durch eine einstweilige Verfügung. »Wir haben als Vorsitzenden einen, der Jurist ist. Der hat zwar selbst noch nie Fußball gespielt, aber auf dieser Ebene macht er, was für uns am besten ist«, sagt Albrecht Kündiger, Mittelfeldstratege der Reserve.

Wohl nicht nur in Schneidhain und Umgebung, aber auch da, sind die Vereinsfunktionäre auch Parteifunktionäre. Diese Leute machten in Schneidhain und im Nachbarort Königstein Jugendzentren dicht. »Um weiter zusammenbleiben zu können, haben wir uns überlegt, machen wir einen Fußballverein auf, weil alle gern Fußball spielen. Ohne den Verein wären die Leute auseinandergelaufen, hätte es niemals die Dammbesetzung gegeben.« Der Verein regte vor drei Jahren die Besetzung einer geplanten Autobahnstraße im Taunus an. Farblos-Spieler und Freunde errichteten im Wald ein Hüttendorf und einige von ihnen lebten dort fast zwei Jahre lang. Praktische Politik und Wochenendkick im Ligabetrieb waren für die Farblosen nie zwei Paar getrennte Schuhe.

Als das Hüttendorf schließlich von der Polizei geräumt wurde, legte die Mannschaft am folgenden Wochenende während eines Punktspiels eine Trauerminute ein. Der Schiedsrichter meldete das dem Verband, die Schneidhainer kassierten eine Platzsperre. Politik und Sport dürfen nichts miteinander zu tun haben. So wenigstens hätte der Fußballverband das gerne. Und noch hat er die Macht, sich durchzusetzen.

Die Farblosen kümmert das wenig. Im Mai beteiligten sich die Mannschaften wieder an einer Aktionswoche gegen den nun endgültig beschlossenen Bau der B 8. Spieler Albrecht verbrachte eine Nacht im Polizeigewahrsam, war aber am Wochenende wieder fit für's Punktspiel. Er ist nicht nur Fußballaktivist, sondern einer von fünf alternativen Stadtverordneten, die in der Farblosmannschaft spielen. Die linken Kicker haben Rückhalt in der Bevölkerung, sonst wären sie nicht mit in zwei Gemeindeparlamente eingezogen. Aber auch sie stehen zu ihren Fans. Ein 60-jähriger, der sich trotz einschlägigem Verbotsschild am Sportplatzeingang mit dem Schiedsrichter anlegte, sollte vom Platz verwiesen werden. Die Spieler ließen das nicht zu. Die praktische Solidarität kostete die Farblosen wieder zwei Monate Platzsperre.

Politisch sind die alternativen Fußballer aus Schneidhain erfolgreich. Allein der Sport macht Sorgen. Nicht nur, weil lange der Abstieg drohte und einige lieber hochklassig spielen wollen, als Parolen zu sprühen und Plakate zu kleben. Es geht um das Verhalten auf dem Platz, den eigenen Anspruch. Originalton Albrecht: »Da benehmen wir uns wie in jedem anderen üblen Fußballverein auch. Wenn man auf dem Platz steht, und man wird getreten, dann tritt man genauso nach und jagt dem anderen auch mal hinten in die Knochen rein. Das ist noch ene große Diskrepanz zwischen dem eigenen Anspruch und der Realität. In dem Moment, wo man auf dem Spielfeld steht, da fällt so manch ein konsequenter Linker in eine Position, die er schon lange hinter sich gelassen haben will. Bei den Rahmenbedingungen, mit Schiedsrichter, Fans, gegnerischen Fans, die uns anpöbeln, ist alternatives Fußballspiel wahrscheinlich überhaupt nicht möglich.«

Der Vorwärts Orient in Mainz, 1975 von Orientalistik-Studenten gegründet, hat Zulauf bekommen. In drei Abteilungen sind inzwischen mehr als 100 Männer und Frauen organisiert. Die Orient-Spielerinnen und Spieler haben einen sportpolitischen Anspruch. Sie wollen weg vom Leistungsdenken der etablierten Vereine, wollen sich nicht mehr in erste, zweite und dritte Mannschaften selektieren lassen, sondern spielen und dabei Spaß haben. Sie wollen ihren Spielbetrieb selbst organisieren und nicht nur, wie das sonst in Vereinen üblich ist, ein Angebot konsumieren. Elke von den Volleyballerinnen: »In allen Vereinen war das gleiche Schema. Gruppenbildung in der Mannschaft, Leistungsdenken Ein Mann, ein Trainer, der das ganze leitet und die Leute rein und raus wechselt. Das ganze unsolidarische Verhalten. Wir sind zum Orient gegangen, weil wir wußten, da ist es zwar chaotisch, aber dafür sind die solidarisch.« Präsident Josef Ohlenschläger zum Thema Chaos: »Bei uns gab's das nie, daß alle eine weiße Hose anhatten. Bei uns waren das mindestens sieben verschiedene Farben. Das ist heute noch so. Wenn andere Vereine auf den Platz kommen, dann meinst du, die kämen aus der heiligen Messe. Total glatt gebügelte Trainingsanzüge haben die an. Mit Aufschrift. Und dann die Trikots. Gebügelte, glänzende Dinger.«

Nicht nur das Chaos hat dem Verein Zulauf gebracht, sondern auch seine politischen Aktivitäten. Die Volleyballerinnen kamen nicht zuletzt deshalb, weil der Verein Fördermitglied bei Pro Familia war. Daß jetzt eine Beitragserhöhung zugunsten des Mainzer Frauenhauses diskutiert wird, ist auf die neuen weiblichen Vereinsmitglieder zurückzuführen. In der laufenden Saison sammelten die Fußballer bei Heimspielen regelmäßig Unterschriften für den Krefelder Appell. Die

Schiedsrichter unterschrieben zwar nie, meldeten das aber auch nicht dem Verband. »Die haben sich inzwischen an uns gewöhnt. Im Anfang haben die immer gedacht, wir wären 'ne Ausländermannschaft, wohl wegen des Namens. Donnerwetter, sprechen sie aber gut Deutsch, sagt jetzt keiner mehr zu uns.«

Die Orient-Leute sammelten Unterschriften gegen Berufsverbote, zwei Spieler sind selbst betroffen. Fußballer und Volleyballerinnen - spielten mit Anti-Startbahnbuttons auf den Trikots. Bei den Fußballern blieb das folgenlos, die Volleyballerinnen zahlten 65 Mark Strafe, weil für den Verband die Trikots nicht einwandfrei waren. »Klar treten wir öffentlich auf, wenn das geht. Wenn jeder für sich Politik macht, macht das ja noch keinen politischen Verein.«

Am ersten Mai war der Vorwärts Orient auf der Mainzer Maidemonstration, mit Vereinsfahne natürlich. Roter Halbmond und roter Stern auf grünem Grund.

Die Konflikte der alternativen Sportvereine mit den etablierten Sportorganisationen haben gerade erst angefangen. Auf beiden Seiten wird ausprobiert, wer wie weit gehen kann. Wie soll ein Fußballverband reagieren, wenn DFB-Vereine und Nichtorganisierte gemeinsam ein Turnier veranstalten, wie bei den alternativen Mai-Festspielen in Wiesbaden beispielsweise? Noch dazu, wenn der Fußballprofi Stefan Lottermann von der Frankfurter Eintracht ein Vorwort in einer Broschüre zu diesem Turnier schreibt. Wenn die DFB-Mannschaft Eintracht/Zwietracht Westberlin gegen Blockfrei Wiesbaden antritt, einen nicht organisierten linken Verein, der sich so vorstellt: »Wie der Name schon sagt, bevorzugen wir das systemfreie Spiel. Also weder das amerikanische noch das europäische, geschweige denn das Ostblocksystem. Was den Ball betrifft, heißt unsere Devise: Auf ihn mit Gebrüll.«

Mitgespielt bei dem Turnier hat auch die nicht im DFB organisierte Mannschaft des Roten Stern Wiesbaden, ein undogmatischer Verein ohne Eintragung in's Vereinsregister, den es seit 12 Jahren gibt. Wie der Vorwärts Orient, der einen Orientexpress herausgibt, produziert der Rote Stern eine gleichnamige Zeitschrift. Durch sie, vor allem die in ihr enthaltenen Spielberichte, wurde der Verein über das Rhein-Main-Gebiet hinaus bekannt. Textprobe: »Nach dieser Niederlage wird wohl keiner mehr ruhig schlafen. Urian war besonders vom dritten Tor angetan. 'Wir sahen uns, bevor ich startete, in die Augen. Da nickte er mir zu und ich hab's getan', begeisterte er sich. Mittelfeldrenner Michael: 'Die Torquote ist doch unbedeutend, wenn alle Spieler ansteigende Form erkennen lassen.' Werner: 'Ich befinde mich diesmal, was meine schwache Leistung angeht, in sehr prominenter Gesellschaft« Wolfgang Herber, Mitspieler und -autor- »Das einzige, was an diesen Spielberichten stimmt, ist die Tatsache, daß ein Spiel Roter Stern gegen eine andere Mannschaft stattgefunden hat, und das Ergebnis.«

Etwas was noch stimmt, hat Wolli Herber vergessen: Die Namen der eigenen und der gegnerischen Spieler. Und an denen und den Zusammenhängen, in denen sie außerhalb der Sportanlagen stecken, hatte wohl auch der Verfassungsschutz Interesse. Herber wurde von einem Herrn angesprochen, der sich »Bölke« nannte und der dann, bei einem zweiten Gespräch im Gasthaus Engel in Kiedrich erzählte, er arbeite an einem Projekt über die alternative Bewegung und, zwecks weiterer Kontaktaufnahme, eine Telefonnummer weitergab, die vom Kölner Amt für Verfassungsschutz. Aber der Rote Stern ist eine Fußballmannschaft und obendrein erklärtermaßen unabhängig und ungehorsam. Herr Bölke wird weiter die Vereinszeitung lesen müssen.

Konkret 07/82, S. 78

Michael Scharang

Wie wichtig ist die Wohnung?

Eine Polemik

Das Problem mit dem Wohnen beginnt schon damit, daß »wohnen« ein unmögliches Zeitwort ist. Wenn jemand sagt, daß er wohnt, ist damit nur gesagt, daß er nicht obdachlos ist. Man erwartet, daß er zumindest noch preisgibt, wo er wohnt.

Daß er sagt, *wie* er wohnt, erwartet man kaum. Ich habe auch noch nie jemanden danach gefragt, habe mich höchstens nach Lage, Größe und Miete einer Wohnung erkundigt. Eine Wohnung, das ist gewissermaßen etwas Objektives, Vorgegebenes, wofür einer nichts kann. Und über das, wofür einer nichts kann, läßt sich unbefangen reden.

Nicht aber übers Wohnen. Wie einer wohnt, was sich innerhalb der vier Wände abspielt, (nicht zwischen Menschen, das meine ich gar nicht, sondern bloß materiell, gegenständlich) darüber wird sowenig gesprochen, als wäre es tabu. Vielleicht ist das Wohnen tatsächlich ebenso tabuisiert wie die klassischen Intimsphären Sexualität, Psychoterror und Brutalität, Intimitäten, die ja mit Vorliebe in Wohnungen stattfinden.

Im Wohnen, in der Art, eine Wohnung einzurichten, sie angeblich individuell zu gestalten, und in der Art, mit diesem Interieur zu leben, findet jedenfalls kein geringerer Betrug und Selbstbetrug statt als in den sonstigen privaten Sphären. Die Gegenstände, die man zum Wohnen braucht oder zu brauchen sich einbildet, sollen persönlichen Vorstellungen entsprechen, schließlich muß man mit ihnen leben; was aber die persönlichen Vorstellungen sind, hat der Einrichtungsmarkt bereits vorentschieden.

Längst deckt der Markt nicht nur die sogenannten Massenbedürfnisse ab; er hat zwar für alle, aber auch für jeden etwas. Der arme Bohemien und der reiche Snob, die Sitzgarnituren verachten, finden unweigerlich ihr ausgefallenes Einzelstück, denn es wartet bereits auf sie.

Für die Wohnung, wie gesagt, kann einer nichts, er hat die Pläne nicht gezeichnet, die Mauern nicht errichtet. Kann man ihn jedoch für die Wohnungseinrichtung verantwortlich machen? Jeder hat das erlebt: Man kommt zu jemandem, den man einigermaßen zu kennen glaubt, zum erstenmal in die Wohnung und ist peinlich berührt. Was, fragt man sich, kann dieses Zeug mit diesem Menschen zu tun haben? Doch gewöhnlich redet man darüber nicht, man sieht über die Einrichtung hinweg wie über abstehende Ohren.

Diese Scheu hat man nicht grundlos; ob einem der Grund nun bewußt ist oder nicht. Solange die allgemeine Wohnungssituation von Mietwucher, Spekulation und Wohnungsnot gekennzeichnet ist, verschlägt es jedem, der über etwas soziales Empfinden verfügt, mit Recht die Sprache, wenn die Rede aufs Wohnen kommt. Denn um wohnen zu können, muß man erst einmal in einer Wohnung sein.

Ich gehöre zu jenen, deren Ansprüche sich darauf beschränken, froh zu sein, überhaupt eine Wohnung zu haben. Daß die sich in einer der neuen Großsiedlungen am Stadtrand befindet, daß diese Siedlung architektonisch ein Pfusch ist, was soll's für den, der froh ist, weil er froh sein muß.

Ob jemand darüberhinaus unter einer solchen Siedlungs-Wohnung leidet, hängt wohl auch davon ab, ob er schon bessere Wohnzeiten erlebt hat. Auf mich trifft das nicht zu. Eine Wohnung mit Bad zu haben, empfinde ich noch immer als Luxus; deshalb mache ich nicht zu oft Gebrauch davon. Zwei-, dreimal in der Woche nach dem Sport in ein öffentliches Bad, das ist mir lieber.

Das hat sicher mit Gewohnheit zu tun. In den Genuß eines Badezimmers kam ich erst mit sechzehn, zwei Jahre später ging ich von daheim weg und lebte in einer Wohnung, die nur aus einem Zimmer bestand, ohne Bad, ohne Wasser. Ob es sonderbar ist oder nicht, ich empfand das nie als Mangel. Und zehn Jahre später dann dieser Luxus. Ich verfiel ihm nur kurz, denn sich jederzeit baden oder duschen zu können, führt, wie ich merke, zu der Neurose, den Geruch des Körpers zu bekämpfen, anstatt ihn zu genießen.

Ich glaube, daß man über die Wohnungsfrage und das Problem des Wohnens nur dann ernsthaft sprechen kann, wenn man sich erst einmal klar ist, daß das keine ernsthafte Frage ist, kein zentrales Problem unserer Gesellschaft. »Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen *kleineren* Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen.« Schreibt Friedrich Engels. Das Grundübel, fährt er fort, ist die Ausbeutung; die soziale Revolution will dieses Grundübel abschaffen, indem sie die kapitalistische Produktionsweise abschafft.

Die heutige domestizierte Kritik, auf deren Garantieschein steht, daß sie revolutionssicher gebaut ist, wirft sich auf die kleineren Übelstände und ist auch gleich mit Vorschlägen zur Hand, wie sie zu kurieren seien. Die Vorschläge reichen von

Schöner Wohnen bis zum alternativen Wohnen.

Wer es aber nicht nur kritisch, sondern gar gesellschaftskritisch meint, könnte sich dazu versteigen, die Stellung des Mieters gegenüber dem Hausbesitzer mit der des Lohnarbeiters gegenüber dem Kapitalisten zu vergleichen. Zu seiner Enttäuschung müßte er sich von Engels sagen lassen, das sei total falsch. Denn das Mieten einer Wohnung ist ein ganz gewöhnliches Warengeschäft zwischen zwei Bürgern.

Der Arbeiter, betont Engels, wird immer um einen Teil seines Arbeitsprodukts geprellt; der Mieter nur dann, wenn er die Wohnung über ihren Wert bezahlen muß. Wird der Arbeiter übervorteilt, trifft ihn das natürlich härter als einen Reichen, dennoch ist das kein spezifisches Arbeiterproblem. Der Kapitalismus zwingt die Arbeiter zwar, sich als Ware zu verkaufen, andrerseits lebt er davon, daß ihm Menschenware zur Verfügung steht, und zwar in möglichst gutem Zustand.

Die Bourgeoisie sympathisierte deshalb immer schon mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus, mit allen nichtmarxistischen sozialen Strömungen, denen es um die Linderung des Arbeiterelends ging und nicht um dessen Beseitigung. Im Vordergrund stand dabei das Wohnelend. Denn die Wohnung war und ist der Ort zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Das ist im Kapitalismus die einzige Bestimmung, die die Wohnung hat.

Im Prinzip ist der Unternehmer, wenn er Arbeitskraft kauft, nur daran interessiert, gute Ware zu kaufen. Wie sich die Arbeitskraft regeneriert, um gute Ware zu bleiben, ist ihm egal. Er hätte auch gegen einen reitenden oder Golf spielenden Arbeiter nichts einzuwenden, schon gar nichts gegen einen, der schon am frühen Abend in einem Kulturtempel Schlaf sucht. Deshalb ist der Sozialstaat, so weit er den Arbeitskräften dabei behilflich ist, sich rasch aufzumöbeln, auch ein Anliegen der Unternehmer.

Die Sozialreformer, rechte Sozialdemokraten und andere gehen ihnen dabei zur Hand. Sie haben dafür gesorgt, daß Arbeiterwohnungen als verkleinerte Bürgerwohnungen gebaut werden, damit den Arbeitern in der Isolation der Regenerationszelle das Bewußtsein davon verloren geht, was sie sind: ein besitzloses, insofern ungebundenes, insofern freies Kollektiv, terrorisiert von einigen besitzenden, gebundenen, unfreien Scheinindividuen.

In der ersten Phase der Industrialisierung ging es angesichts hoffnungslos überbelegter Arbeiterquartiere buchstäblich um den Schlafplatz. Die Versorgung mit Essen war in diesen Quartieren notwendigerweise kollektiv, in der kargen Freizeit wäre es gar nicht möglich gewesen, hätte von zehn Leuten jeder für sich gekocht. Nur: in einem kleinen Raum können zehn zwar essen, aber nicht schlafen.

Wird für jeden ein eigener Schlafplatz geschaffen, ist das noch keine Auflösung des Kollektivs, keine Zerstörung gemeinsamen Lebens, denn Schlafen ist nur für diejenigen eine sinnvolle kollektive Tätigkeit, die gemeinsam eine Entwicklung verschlafen wollen. Der Skandal setzt dort ein, wo zum *einen* Schlafplatz auch der *eine* Eßplatz verordnet wird.

Es läßt sich an der Wohnungsfrage gut zeigen, wohin reformistische Lösungen führen: nicht nur zu einem Betrug an d en Arbeitern, sondern an der ganzen Gesellschaft. Die Wohnmisere ist allgemein, die Misere der Architektur sitzt tief.

Wohnen als eigenständiges Verhalten ist historisch so neu wie die moderne Industrie und die moderne Arbeiterklasse; es ist eine Folge gesellschaftlicher Arbeitsteilung, ein trauriger Restbestand des auseinandergefallenen Lebens. Das gilt für alle, auch für die Herrschenden, die das eingefädelt haben.

In der Lebenseinheit früherer Epochen hat das Wort »wohnen« kaum Platz. Der Feudalherr lebte und herrschte in ein und demselben Gebäude, der Handwerker und sogar der Händler hatten das Zentrum ihrer Arbeit in dem Haus, in dem sie auch lebten, beim Bauern war es nicht viel anders. So war bei denen, die arbeiteten, allein durch die räumliche Einheit von Leben und Arbeit das Interieur der Häuser von einem hohen Gebrauchswert geprägt.

Anders bei den Feudalen. Sie repräsentierten zwar auch eine Einheit, die von Leben und Herrschen, da sie aber andere für sich arbeiten ließen, fehlte ihnen die unmittelbare Erfahrung von dem, was Gebrauchswert ist. Diesen Mangel kompensierten sie durch Stil. Je parasitärer ihre Existenz wurde, desto besessener trachteten sie, sich mit einem Schein gesellschaftlichen Nutzens zu umgeben: in Gestalt eines einheitlichen Stils, dem sich von der Schloßfassade bis zum Spitzentuch, von der Tafelmusik bis zum Spucknapf alles unterzuordnen hatte.

So ist jede heutige Sehnsucht nach Stil immer auch eine Sehnsucht nach gewaltsamem Ausdruck von Macht, und zwar einer Macht, die historisch nicht mehr zu rechtfertigen ist. Mag diese Sehnsucht noch so blind nach rückwärts gewandt sein, sie findet in der Gegenwart überall ihre perverse Erfüllung. Erfüllungsgehilfen im Bereich des Wohnens sind jene Architekten und Designer, die im Dienst der Wohnindustrie stehen. Kein Jahr vergeht ohne neuen Stil, keines ohne eine neue Lösung des Rätsels, warum den Leuten das Wohnen nicht behagt. Einmal werden Terrassenhäuser vorgeschlagen, dann bunte Fensterrahmen, einmal mehr Parkplätze, dann wieder mehr Spielplätze, einmal Wohnlandschaften, dann Fototapeten. Und niemand schlägt zurück.

Wer sollte auch? Die Arbeiter, heißt es, sind verbürgerlicht; ein beliebtes Argument in Architekturdebatten; und ein sehr oberflächliches. Ich erinnere an Engels: Seine spezifische Stellung in diesem System hat der Arbeiter in der Produktion, wo er seine Arbeitskraft zu Markte tragen muß. In der Freizeit ist er ein Bürger wie jeder andere, seine Arbeitskraft hat er bereits verkauft, nun wird er zur Kaufkraft.

Wenn einer mehr Geld hat, als er für Essen, Miete und Kleidung braucht, muß man ihm auch mehr Wohnraum geben, damit er die Güter stapeln kann. Sonst könnte er gar nicht anders, als sein Geld verjubeln.

Die größere Sozialwohnung der letzten Jahre ist so gesehen auch ein Erziehungsinstrument der Industrie. Waren es zuerst das Auto, dann der Fernsehapparat, die auf Kredit gekauft wurden, so verschuldete man sich dann vor allem, um die Wohnung vollzuräumen.

In der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts lebten die Arbeiter in Kleinstwohnungen von etwa 24 qm, wovon 16 qm das Wohnzimmer einnahm, das durchschnittlich von acht Personen zum Schlafen benützt wurde. In der Nachkriegszeit erhöhte der soziale Wohnbau die Wohnfläche auf 60 qm, doch die Wohnzimmergröße blieb gleich. Die Kaufkraft war gestiegen, und die Wohnindustrie animierte nun breite Schichten der Bevölkerung zu einem tolldreisten Kunststück: nämlich in die Wohnzimmer eine Standard-Prestige-Einrichtung in Maximalgröße zu stellen, also Schrankwand, Polstergarnitur, Couchtischchen, Kommode und Fernsehapparat. So daß das Wohnzimmer, wiewohl nicht mehr von acht Personen zum Schlafen benützt, sondern von zwei, drei zum Wohnen, überbelegter war denn je.

Es gibt freilich einen triftigen Grund für den Bau solcher Kleinwohnungen: Dem System darf eines seiner Produkte, die Kleinfamilie, nicht außer Kontrolle geraten. Die Wohnung ist das Korsett, ohne das sie auseinanderzufallen droht.

Für die Kleinfamilie ist das Einrichten der 'Wohnung lebenswichtig. Es wird. dabei der Besitzerwerb, der die bürgerliche Familie zusammenhält, imitiert, doch geht das nur in der Manier eines Gesellschaftsspiels. Die Lohnabhängigen in der Kleinfamilie sind nämlich nicht besitzend und können es nicht werden, man muß ihnen also etwas geben, womit sie Besitz spielen können: Einrichtungsgegenstände vor allem oder, wenn man es besonders böse mit ihnen meint, ein eigenes Häuschen.

Nur dadurch, daß man sie unentwegt etwas kaufen, etwas herbeischaffen läßt, kann die Kleinfamilie vor dem psychischen Kollaps bewahrt werden. Das Einrichtungshaus ist insofern eine lebensberatende Institution, der wahre Ehe- und Familienberater. Wie man die psychologische Beratung, einmal in Anspruch genommen, nicht mehr abbrechen darf, um nicht auf die wirklichen Probleme zurückgeworfen zu werden, darf man auch mit dem Einrichten der Wohnung nicht aufhören.

Die Wohnindustrie entspricht dem mit immer kurzlebigeren Produkten, wobei dem raschen ästhetischen Verschleiß ständig mehr Bedeutung zukommt. Durch ihn wird das Wegwerfen des Alten, das noch nicht kaputt ist, zur mutigen Abrechnung mit dem Veralteten und die Neuanschaffung gleichsam zu einem kreativen Akt. Auf diese Weise kommt also auch geistiges Leben in die Kleinfamilie.

Ausschließlich die Wohnindustrie an den Pranger zu stellen, wäre kurzsichtig und könnte zu der Vorstellung verleiten, die Industrie müßte nur vernünftigere Produkte herstellen, dann wäre alles in Ordnung. Schließlich sind die falschen Lebensformen mit ihren falschen Bedürfnissen in beinah süchtiger Weise auf entsprechende Produkte angewiesen. Das ist ja das Infame an der hochentwickelten Warengesellschaft, daß sie nicht nur die Arbeitskraft, sondern den gesamten Menschen in Beschlag nehmen will.

Doch gelingt ihr das selbst in nichtrevolutionären Zeiten niemals ganz. Auch nicht in der Frage des Wohnens. Denn spätestens seit der Bauhaus-Bewegung gibt es Architekten, die über die Widersprüche ihrer Tätigkeit zu einem kritischen Bewußtsein gelangen, das sie zu Aufklärern qualifiziert, und die auch praktische Vorschläge machen können, die mit Reformismus nichts zu tun haben. Es ist eines, die Leute mit gängiger Praxis zu belügen und zu prellen, ein anderes, sie und sich selbst davor bewahren zu wollen, unter den gegebenen Zuständen kaputtzugehen.

Aber kritische Architekten sind längst aus der Wohnindustrie verbannt. Die Architektur kann nicht mehr und nicht weniger tun als die anderen Künste auch: subversiv an Strategien' des Überlebens arbeiten. Denn je weniger Menschen schon bei lebendigem Leib tot sind, desto eher wird sich etwas ändern.

Nach meiner Erfahrung werden heute kritische Architekten von kritischen Mitbürgern weit mehr im Stich gelassen als andere Künstler. Daß einer, weil ihn nach einem Roman gelüstet, selbst einen schreibt, kommt selten vor. In Fragen des Wohnens aber scheint bald jeder sein eigener Künstler sein zu wollen. Doch so groß die rebellische Anwandlung des Dilettanten auch sein mag, heraus kommt meist nur eine läppische Variante des Angebots der Warenhäuser und der ihnen angeschlossenen Illustrierten.

Wer grundsätzlich den Architekten entbehren zu können glaubt, sein kritisches Wissen und seine Begabung, der gibt jedenfalls *eine* Widerstandsmöglichkeit freiwillig preis. Und nicht die nebensächlichste. Schließlich kommt man ums

Wohnen nicht herum.

Konkret 07/82, S. 82

Sabine Rosenbladt

Mutterglück

Demonstration gegen CSU-Rassismus in München. Es ist mal wieder so weit: Ausländerhaß, Nationalismus, die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1951 – und die Politiker entdecken die »natürliche Bestimmung der Frau«. Die Parole ist bekannt: Deutsche Mütter, kriegt wieder deutsche Kinder.

Anfang der sechziger Jahre wurde an der Kieler Gelehrtenschule der Handarbeitsunterricht für Mädchen eingeführt: ein Zugeständnis an die Koedukation. Einmal in der Woche wurden wir also von den Jungen getrennt und hatten, mit Blick auf die kriegerische Pallas Athene im Pausenhof, Batisttaschentücher zu umhäkeln. Wir empfanden das als eine tiefe Demütigung.

Zwanzig Jahre später kommt mir das Gefühl von damals wieder hoch: Ich wohne einer Bastelstunde in der Lübecker Mütterschule bei. Mütter zwischen 17 und 30 Jahren flechten Peddigrohr-Körbchen. Sie tun dies angeblich mit Begeisterung, wenn auch nicht ganz freiwillig. Denn als Teilnehmerinnen des Modellversuchs »Lübecker Programm zur Förderung des Lebens« der schleswig-holsteinischen Landesregierung sind sie zu sowas verpflichtet.

Was ich sehe, ist ein Vorgeschmack auf Norbert Blüms »neue Zeit«. Sie »kommt im Gewand der Mütterlichkeit«, verkündete der CDU-Linke 1981 in seinen Thesen zur »sanften Macht der Familie«, und die Empörung war allenthalben groß, sogar in den Reihen seiner eigenen Parteigenossinnen.

Seither gehört die »Neue Mütterlichkeit« zu den Modebegriffen wie »Dialog mit der Jugend« oder »No Future«: Jeder redet darüber, dauernd findet irgend eine sozialdemokratische Wahlveranstaltung dazu statt, aber niemand weiß, was es eigentlich genau ist.

Für die Christdemokraten ist es sehr angenehm, daß alles so schön vage bleibt. Die haben nämlich schon lange vor Norbert Blüm angefangen, in ihren Bundesländern Mütterlein so ganz nach ihrem Geschmack zu züchten. Sehr bescheiden, ohne viel Wert auf Publicity zu legen. Was man an ihnen sonst gar nicht kennt.

Im CDU-Land Niedersachsen ist ein Modellversuch »Erziehungsgeld« gerade abgeschlossen. 1977 begründete der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit diesen Versuch vor dem Bundesrat so: Nach Auffassung der Landesregierung würde es einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Frauen bedeuten, wenn jungen Müttern unter Gewährung einer Arbeitsplatzgarantie und eines Erziehungsgeldes die Möglichkeit gegeben würde, sich zumindest im ersten Jahr nach der Geburt ganz ihrem Kinde zu widmen. Andererseits könnte der freiwerdende Arbeitsplatz mit einem vom Arbeitsamt benannten Bewerber besetzt werden.

Zur Höhe dieses Erziehungsgeldes sagte Schnipkoweit: Da halte die Landesregierung einen Betrag von 350 Mark für angemessen. Denn bei dieser Summe würden die Kosten für eine Mutter um etwa 50 Prozent niedriger liegen als die, die für eine Arbeitslose aufgewendet werden müßten.

Im Klartext: Mütter sind halb so teuer wie arbeitslose Frauen.

Eine originelle Idee, wenn auch nicht ganz neu. Die Nazis zum Beispiel sind schon 1933 drauf gekommen: Nach dem »Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit« wurden »weibliche Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft« überführt, und Ehestandsdarlehen mußten nicht zurückgezahlt werden, wenn die Ehefrau auf Berufstätigkeit verzichtete.

Ernst Bloch damals zu diesem Gesetz: »Die Wegschaffung der Frau vom Arbeitsmarkt, die Frau im Haus, bildete einen Teil der Patentlösung, die Hitler gegen die Arbeitslosigkeit erfunden hat.«

Und das Mutterkreuz gabs als Bonbon obendrauf. Leider scheinen solche Patentlösungen auch in den achtziger Jahren wieder zu funktionieren. »Bei nur 350 Mark Erziehungsgeld«, frohlockte Norbert Blüm im Oktober 1981 in Mannheim, »haben über 50 Prozent der Mütter die Mutterarbeit der Erwerbsarbeit vorgezogen.«

Warum also teuer, wenns auch billig geht? Nachdem er die Mittel für Kindertagesstätten und Kindergarten rabiat gekürzt hat, möchte der CDU-Senat in Berlin jetzt ebenfalls gerne ein »Erziehungsgeld« einführen.

Vorreiter bei dem Versuch, die Frauen wieder zur Übernahme der klassischen Mutterrolle zu bewegen, ist das CDU-Land Baden-Württemberg. Hier läuft seit 1975 ein großangelegtes Modellprojekt »Mutter und Kind« (Nur ganz nebenbei: Das Hilfswerk der NS-Volkswohlfahrt für die »förderungswürdige, erbtüchtige, hilfsbedürftige deutsche Familie« hieß auch so.)

Mehr als 800 Baden-Württembergerinnen sollen schon zu Modell-Müttern nach dem Herzen der Landesregierung geworden sein: Wenn sie alleinstehend sind und bereit, drei Jahre lang auf jede Berufstätigkeit zu verzichten und sich ausschließlich um ihr Kind zu kümmern, kriegen sie Sozialhilfe und zusätzlich einen »Erziehungsbeitrag« von 400 Mark monatlich.

Mehr oder weniger deutlich zielen solche Modelle darauf ab, Frauen von der Abtreibung abzuhalten und zum Kinderkriegen zu animieren. So wird das schleswig-holsteinische »Programm zur Förderung des Lebens« auch als »Alternative zur Abtreibung« propagiert: Hier widmen sich 20 Frauen als Sozialhilfeempfängerinnen mit staatlichem Mütter-Zuschuß drei Jahre lang sich ausschließlich ihren Kindern.

Schon jetzt wird das Projekt als »Erfolg« gewertet und die landes- oder gar bundesweite Einführung empfohlen.

Die CSU-Bayern haben ganz besondere Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der § 218-Reform von 1976 gering zu halten. »In Anbetracht der Veränderungen in unserer Gesellschaft ist es notwendig, so die Satzung der Landesstiftung »Hilfe für Mutter und Kind«, »dem Willen der Stifter der 'König Ludwig III. und Königin Marie Therese von Bayern Landesstiftung' dadurch Rechnung zu tragen, daß die Förderungsmöglichkeiten der Stiftung auf den Schutz des ungeborenen Lebens ausgedehnt werden.«

Landesmutter Marianne Strauß kann derzeit stolz darauf verweisen, daß die Stiftung »seit ihrem Bestehen mit einem Kostenaufwand von rund 16 Millionen Mark mindestens 7.000 Abtreibungen verhindert und damit Unglück verhütet« hat. »Frau Strauß«, schreibt der rechte »Deutsche Anzeiger« am 22. Januar 1982, »weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Abtreibungsquote in Bayern dank gezielter Maßnahmen trotz der Großstadt München auf 25 pro 100.000 Einwohner gesenkt werden konnte.«

Da spricht denn auch der Münchner CSU-Stadtrat Hans Stützle nur pro domina, wenn er zur Rettung des Abendlandes vor dem unaufhaltsam auf uns zukommenden Aussterben die Schaffung einer Berufslaufbahn für kinderreiche Mütter empfiehlt: Fünf, sechs Kinder, als Entlohnung ein Facharbeitergehalt, und schon kann sich »das übrige Volk sogar seinen Familienplan ... mit ihren dürftigen Familien von ein und zwei Kindern gestatten.«

Übrigens, Herr Stützle: Muß es dieses peinliche Vokabular sein, in dem Sie Ihre Ideen vortragen? Müssen Sie dauernd von der »weißen Rasse«, der »Selbstausrottungstendenz der Weißen«, von »unserem deutschen Volk« reden?

»In München wird gegengesteuert«, behauptet Hans Stützle. Und nicht nur in München, sondern in ganz Bayern. Wie das geht, erfuhr ich von Eva Jacob, Regierungsdirektorin im Bayerischen Sozialministerium. Die »gezielten Maßnahmen« sehen nämlich so aus: In 30 anerkannten Schwangeren-Beratungsstellen (deren Träger in Bayern hauptsächlich die katholische Kirche ist) wird abtreibungswilligen Frauen Geld angeboten, wenn sie sich entschließen, das Kind doch auszutragen. Bis zu 3.500 Mark können die Beraterinnen sofort zusagen, bei höheren Zuwendungen ist die Zustimmung der Stiftungsverwaltung König Ludwigs III. nötig.

Dabei haben die bayerischen Kinderförderer keine Skrupel, auch Minderjährige zur Mutter zu machen: die jüngsten mit Stiftungsmitteln unterstützten Mammies sind selbst noch Kinder - 13jährige Mädchen. Rund sieben Prozent der Fördergelder, schätzt Eva Jakob, gehen an Minderjährige. Problematisch findet sie das nicht: »Ein hoher Anteil der Mädchen will das Kind haben. Und dann gibt es ja auch noch die Möglichkeit der Adoption.«

Deutsche Mütter, kriegt wieder deutsche Kinder! Denn »nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.« (13 bundesdeutsche Professoren 1981 im »Heidelberger Manifest«).

Eine von diesen neuen deutschen Müttern habe ich besucht. Margrit Beyer*, 31 Jahre, Hilfsarbeiterin, lebt mit Sohn Nikolai, 2 1/2, in einer Neubausiedlung am Stadtrand Freiburgs. Allein, das ist Bedingung für die Förderung im badenwürttembergischen Modellprojekt »Mutter und Kind«.

Im Badezimmer liegen Kamm, Lippenstift und Mascara exakt ausgerichtet in einem 90-Grad-Winkel zum Rand auf dem Spiegelbord. Das Waschbecken leuchtet, kein Wassertropfen ist zu sehen. Sie muß tagelang geputzt haben, bevor ich kam.

Die Nachbarn, sagt Margrit Beyer, die schauen ihr sehr auf die Finger. Sie traut sich gar nicht, länger aus dem Haus zu gehen, weil die sie dann gleich beim Jugendamt anzeigen. on wegen Vernachlässigung des Kindes und so.

»Ich hab schon ein bißl Angst«, sagt sie. Einfach so, ganz nüchtern. Nachgeschaut zwar nie jemand, ob sie sich auch richtig um den Jungen kümmert. »Aber ich denk halt, daß die die Leute im Haus fragen. Und am Anfang hat der Nikolai halt immer so geschrien nachts. Da hab ich schon gefürchtet, daß sie ihn mir wegnehmen.«

Margrit und Nikolai Beyer haben eine ganz besondere Beziehung zueinander. Da hält es einer ohne den anderen nicht lange aus. Wenn sie sich auf der Straße mit jemandem unterhält, schreit er, wird »bös«. »Das ist, weil ich bin ja immer allein mit ihm.« Der Dritte im Bunde ist der Fernseher.

Manchmal, sagt Margrit Beyer, ist ihr das Kind schon verleidet. Da hat sie einen Haß auf ihn, »weil ich hab ja gar kein richtiges Leben mehr«. Die Sozialhilfe, die sie neben der »Mutter«-Förderung kriegt, macht ihr zu schaffen. Sie zieht sich gern adrett an, wie soll das gehen mit einem Bezugsschein für gebrauchte Kleider vom Roten Kreuz?

Die Sozialarbeiterin sagt, ich bin schon eine gute Mutter.« Sie zitiert das, wie jemand über ein gutes Zeugnis redet. Wer allerdings dreimal bei den Müttertreffen fehlt, sagt sie, der wird »rausgeschmissen«, kriegt kein Geld mehr. Wenn Nikolai

drei ist, muß sie wieder arbeiten gehen. Eine Stelle als Hilfskraft in einer Großküche hat sie schon in Aussicht. Wie das mit Nikolai in einem Ganztags-Kindergarten klappen soll, weiß sie nicht.

Eine »Idylle« nach dem Geschmack reaktionärer Familienideologen: Da werden Mutter und Kind drei Jahre zusammengepfercht, fixieren sich zwangsweise total aufeinander, um hinterher doch von der brutalen bundesdeutschen Wirklichkeit eingeholt zu werden - was unterscheidet solche Experimente von Kinderzucht á la »Lebensborn«?

Die Initiatoren des badenwürttembergischen Modellprojekts »Mutter und Kind« waren der Freiburger Biologie-Professor Dr. Bernhard Hassenstein und seine Ehefrau Helma. Hassenstein gilt als vehementer Verfechter des »Mutterberufs« - er vertritt die Ansicht, daß die Entfaltung der »naturgegebenen Reifephasen des Kindes« ausschließlich durch die ungeteilte Mutter-Kind-Bindung sichergestellt wird - eine These, die heute mehr als umstritten ist. Hassenstein wird denn auch ein »mechanistisches und biologistisches Menschenbild« vorgeworfen.

Doch weil solche Vorstellungen gut in die familienpolitischen Konzepte der CDU passen, durften die Hassensteins mittels einer Arbeitsgruppe »Verhaltensbiologie des Kindes« einen Plan für das Modell »Mutter und Kind« ausarbeiten und diesen an rund 20 Müttern im Landkreis Waldshut erproben.

Nach diesem Plan muß die werdende Mutter sich verpflichten, während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes nicht berufstätig zu sein. Außerdem soll sie »regelmäßig« an Schwangerschaftsberatungs- und Geburtsvorbereitungs-Kursen, an einem Säuglingspflegekurs und »an den Veranstaltungen des Mutter-Kind-Projektes« teilnehmen. Die Mütter sollen sodann in »Müttergruppen« zusammengefaßt werden, die sich treffen und von Mitarbeiterinnen des Projekts betreut werden. Diese Mitarbeiterinnen sollten laut Hassenstein-Plan »Kenntnisse und Erfahrungen besitzen auf den Gebieten: Bedürfnisse des Kindes in den einzelnen Altersphasen, Entwicklung des Kindes, Erziehung, *Führen eines harmonischen Familienlebens und eines Haushalts,* Kenntnisse von Behörden und Personen, die hilfreich sein könnten, *Festgestaltung, Kenntnisse in Basteln, Handarbeiten, Kochen, Nähen oder ähnliches«.*

Als Voraussetzung zur Teilnahme am Projekt »Mutter und Kind« wird »eigener aktiver Einsatz der werdenden Mutter« verlangt. Dazu gehört u. a.: »Einschränken bzw. Vermeiden von Zigaretten-, Alkoholkonsum und entbehrlichen Medikamenten«.

Nach der Geburt des Kindes besteht die »Mitarbeit der Mütter« in der Aufgabe »Sorgfältige Betreuung und Erziehung ihres Kindes (herzliche Zuwendung, gewissenhafte Pflege, keine länger dauernde Mutter-Kind-Trennung ohne wirklich zwingenden Grund, z. B. Krankheit der Mutter).«

Wohlgemerkt: Dies sind keine Anregungen, sondern die *Teilnahmebedingungen* am Projekt »Mutter und Kind«, ausdrücklich verfaßt, um »dem Wohle des Kindes zu dienen«. So werden vom Staat kontrollierbare »gute Mütter« geschaffen; spuren sie nicht, können ihnen die mageren Gelder für ihre Mutterarbeit gestrichen werden.

Gertrud Scholtz-Klink, Hitlers Reichsfrauenführerin und Chefin des am Muttertag 1934 gegründeten Reichsmütterdienstes, wäre begeistert. Zu den Aufgaben des Reichsmütterdienstes gehörte bekanntlich auch, SS-Bräute vor der Ehe zu prüfen: zeigten sich »Lücken auf hausmütterlichem Gebiet«, mußten sie zum Mütterschulungslehrgang auf die Bräuteschule.

So wie die Lübecker Modell-Mütter, die sich einmal wöchentlich zwei Stunden in der »Lübecker Mütterschule« treffen, um dort unter anderem Peddigrohr-Körbchen zu basteln. Eine berufliche Ausbildung für die beiden jüngsten Mütter, zur Zeit der Schwangerschaft 16 Jahre, ist nicht vorgesehen: Das würde ja zu Lasten des Kindes gehen. »Aber die eine von beiden,« so Frau Dr. Theresia Priebe, ehrenamtliche Projektleiterin, »hat recht nett nähen gelernt. Das wird sie hinterher weitermachen können.«

Wen überrascht da noch, daß einer Mutter von neun Kindern in Aachen jetzt das Mutter-, pardon, das Bundesverdienstkreuz verliehen werden soll? Ich persönlich bin mittlerweile nicht mehr ganz sicher, ob nicht sogar gewisse Teile der Frauenbewegung das als frauenfreundliche Geste begrüßen würden.

Denn Stillgruppen und Kräuterecken werden inzwischen von Feministinnen genauso propagiert wie von der »Für Sie«. Auf dem Titel eines Szene-Magazins lese ich neben dem Porträt einer grimmig blickenden Leder-Mutter die Überschrift: »Junge deutsche Mütter: Die Zukunft gehört unseren Kindern!« Und in einer Freiburger WG faucht mich eine Studentin an: »Schreib bloß nichts Negatives über das Modellprojekt! Ich will das auch in Anspruch nehmen, wenn ich mit dem Examen fertig bin! « Das Erziehungsgeld, diese Gebärprämie, wird (von Gisela Erler in der »Frauenoffensive«) als »ein echter Anfang« gelobt: »Es wird uns alle... weniger erpreßbar machen«, vermutet diese famose Frau. Daß das Gegenteil der Fall ist - »schlechte« Mütter werden mit der Drohung, kein Geld mehr zu kriegen, diszipliniert - darauf hatte frau mit ein wenig Denkanstrengung schon vor Jahren kommen können.

Aber Kopf ist ab-, Bauch angesagt. Vielleicht wird die einzige wirklich radikale Opposition bei uns demnächst nur noch von Gruppen wie den »Grauen Panthern« kommen. Deren kämpferisches Motto lautet immerhin: »Beißen statt Basteln«.

* Name geändert

Konkret 07/82, S. 88

Tom Reason

Die Inseln des Todes

Drei Jahr□ ehnte nach den Atom- und Wasserstoffbombentests der Amerikaner im Pa□ ifik leiden die Bewohner der Inseln von Mikronesien immer noch unter den Folgen. Die Menschen sterben an Krebs und Schilddr□ senerkrankungen oder werden blind, viele Inseln sind strahlende W□ sten auf denen selbst Palmen mi□ gebildet aufwachsen. Die US-Regierung, Treuh□ nderin des Gebiets, benut□ te die Bewohner als Versuchskaninchen

Die Sonntagsmesse war gerade zu Ende, und die 166 Bewohner des Bikini-Atolls wollten das Gotteshaus verlassen. Da bat der Pfarrer seine Gemeinde, noch für kurze Zeit in der Kirche zu bleiben, ein amerikanischer Offizier wolle zu ihnen sprechen. Commodore Ben Wyatt, der Marineverwalter der unter amerikanischer Treuhand stehenden Marshall-Inseln, war eigens mit einem Wasserflugzeug angereist. Er hob an zu einer großen Rede, in Ton und Wortwahl einer Predigt gleich.

Die Bevölkerung des Bikini-Atolls, so sprach er, sei ähnlich den Kindern Israels, die der Herr vor ihren Feinden ei - rettet und ins Gelobte Land geführt habe. Dann wurde der US-Offizier weniger christlich. Er beschrieb die Macht der Atombombe und erklärte, daß amerikanische Wissenschaftler sich bemühten, »die Atombombe zum Segen der Menschen einzusetzen, mit dem Ziel, den Krieg ein für alle Mal abzuschaffen«. Schließlich kam er zur Sache: »Seid Ihr gewillt, Eure Insel für das Wohl der Menschheit zu opfern?«

Die Insulaner waren, und ihr Chef, Juda Kessibuki teilte den Amerikanern mit: »Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten und die Wissenschaftler der Welt unsere Insel für den Fortschritt nutzen wollen, der mit Gottes Segen der Menschheit Friede und Wohltaten bringt, dann sind meine Leute gern bereit, ihre Heimat zu verlassen.«

Den Bikini-Bewohnern wurden drei Inseln zur Auswahl gegeben - wovon zwei allerdings schon bewohnt waren. So blieb ihnen nur die Insel Rongerik, 140 Meilen östlich von Bikini. Vor Reportern aus aller Welt veranstalteten sie eine Abschiedszeremonie für ihre Vorfahren und siedelten um.

Die »Operation Kreuzweg« hatte begonnen.

Es rückten an: 250 Schiffe, 150 Flugzeuge und 42 000 Mann, Soldaten, Wissenschaftler und Techniker. Im Juni und Juli 1946 war es dann soweit. Über Bikini detonierten die Atombomben »Able« und »Baker«. »Able«, geworfen aus einer B 29, verfehlte das errechnete Ziel um 300 Meter, und »Baker« hinterließ 500 000 Tonnen radioaktiven Schlammes in der Lagune.

Von einer Rückkehr der Inselbewohner »nach einigen Monaten«, wie man ihnen versprochen hatte, war plötzlich nicht mehr die Rede.

So begann die atomare Odyssee der Südseeinsulaner von Bikini und ihrer Nachbarn, die bis heute nicht vorüber ist - 36 Jahre danach. Die ersten beiden Bomben der Versuchsreihe waren noch nicht detoniert, da begann für die umgesiedelten Bewohner das Leben schwierig zu werden. Die meisten Fische in der winzigen Lagune von Rongerik waren giftig. Kokospalmen und andere Nutzpflanzen waren rar, die Insel war nur etwa ein Drittel so groß wie Bikini.

Nach zwei Monaten in der neuen Heimat fragten die Bewohner bei den Amerikanern an, ob sie nach Bikini zurückkehren dürften. Sie durften nicht. Da begannen die Bewohner der Nachbarinsel Rongelap, ihnen im Kanu die notwendigsten Lebensmittel zu bringen.

Erst als diese Nachbarschaftshilfe über die Kräfte der armen Inselbevölkerung ging, erklärten die Amerikaner sich bereit, zu helfen. Im März 1948 transportierten US-Landungsboote die Bikinianer zum Flottenstützpunkt Kwajalein, wo sie für kurze Zeit in einem Zeltdorf untergebracht wurden. Während sie dort kampierten, suchten ihre Führer nach einer neuen Bleibe. Die fanden sie auch, auf dem Ujelang Atoll, doch während sie dort zu bauen begannen, verschubten die Amerikaner die Bewohner der Insel Eniwetok nach Ujelang. Deren Insel brauchten sie nämlich auch; für die Versuchsreihen des Jahres 1948.

Schließlich fand sich doch noch ein Plätzchen für die Atom-Vertriebenen: die Insel Kili, 400 Meilen südlich von Bikini. Dort gab es zwar fruchtbaren Boden und eine verlassene Copra-Plantage, die Insel war aber nur ein Sechstel so groß wie Bikini. Zudem hatte Kili keine Lagune zum Fischen, und sechs Monate im Jahr war es wegen der hohen Brandung unmöglich, ein Boot ins Wasser zu lassen und auf offener See zu fischen - was die Bewohner von Bikini ohnehin nie gelernt hatten.

So wurden die Bewohner des Bikini-Atolls zu den ersten Wohlfahrtsempfängern der Marshall-Inseln. Fast ausschließlich wurden und werden sie durch Lebensmittel-Pakete des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums ernährt: Konserven, Konserven und wieder Konserven. Seit nunmehr 36 Jahren. Kein Wunder, daß kaum noch einer der Insulaner Zähne im Mund hat, daß Mangelkrankheiten nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind.

»Wir sind wie die Kinder Israels«, so steht noch heute auf einem Plakat in Kili, »die Ägypten verließen und vierzig Jahre durch die Wüste wanderten. Wir haben Bikini verlassen und irren durch den Ozean seit dreißig Jahren, und wir werden nie in unser gelobtes Land zurückkehren.«

Ihren Nachbarn von Eniwetok erging es nicht besser. Nachdem die amerikanische Regierung beschlossen hatte, Eniwetok ebenfalls als Atom-Versuchsgelände zu nutzen, gaben sie den Bewohnern drei Tage Zeit zum Packen. Ein Landungsboot brachte Bulldozer, und noch bevor die Bevölkerung die Insel verlassen hatte, waren ihre Häuser und Ställe plattgewalzt. Ihre neue Heimstätte sollte die Insel Ujelang sein, ein Viertel so groß wie Eniwetok, mit einer Lagune zum Fischen, die nur ein Fünfzehntel der Lagune von Eniwetok maß. Erschwerend kam hinzu, daß sie auf Ujelang nicht allein waren: sie teilten ihren neuen Wohnort mit unzähligen Ratten, die die Insel seit Jahren bevölkert hatten. Die Ratten fraßen Vorräte und Ernte, griffen sogar lebende Schweine an. Zeitweise mußten sich die Bewohner in hölzerne Kisten zurückziehen, um ungestört schlafen zu können.

Auf ihrer Heimatinsel Eniwetok brach währenddessen der Atomkrieg aus. Im April 1948 begann die Operation »Sandstone«. In dieser Testserie detonierten die Atombomben »X-Ray« und »Yoke« (April) und »Zebra« (Mai). 1950 folgten »Dog« und »Easy« (April), »George« und »Item« (Mai). Zwei Jahre später begann die Testreihe »Ivy«, in der die erste Wasserstoffbombe mit dem Codenamen »Mike« explodierte. Die 10 Megatonnen-Bombe riß in die Nachbarinsel Elujelap einen Krater von einer Meile Durchmesser. Der Atompilz stieg 45 Kilometer hoch. Eine der folgenden Bomben, »Koa«, ließ die Insel Lidilbut in radioaktivem Staub aufgehen - sie ist seither verschwunden und auf neueren Landkarten nicht mehr verzeichnet. Die Bombe »Cactus« schließlich sprengte einen Krater in die Insel Runit, der später noch nutzbringend verwendet werden sollte. Insgesamt ließen die USA von 1946 bis '58 auf dem Bikini-Atoll 23 und auf Enewetak 43 Atom- und Wasserstoffbomben detonieren. Das Projekt kostete insgesamt etwas 20 Milliarden US-Dollar. Und während die Atom- und Wasserstoffbomben auf die zwei Inselgruppen herunterregrieten, unterschrieb die Regierung der Vereinigten Staaten einen neuen Treuhandvertrag mit der UNO. Darin verpflichtete sich die US-Regierung, die Bewohner der Marshall-Inseln »gegen den Verlust ihres Landes und ihrer Rohstoffe« zu schützen und »ihre Gesundheit zu gewährleisten«.

Am 1. März 1954 sollte die zweite Wasserstoffbombe getestet werden. Ihr Codename war »Bravo«. Sie hatte die tausendfache Sprengkraft der Atombombe von Hiroshima, und ihre Wirkung übertraf alle vorherigen Berechnungen. Auf einer Pressekonferenz in Washington erklärte der damalige Vorsitzende der Atomenergie-Kommission, Admiral Lewis Strauss, unmittelbar nach dem H-Bomben-Versuch: »Die erste Explosion ('Bravo') ist vielfach als verheerend und völlig außer Kontrolle geraten bezeichnet worden. Ich will die Sache nicht herunterspielen, aber der Bombentest ist zu keiner Zeit außer Kontrolle gewesen.« Dennoch mußte die Atomenergie-Kommission zugeben, daß die Bewohner einiger benachbarter Inseln »unerwarteterweise einiger Radioaktivität ausgesetzt worden seien«. Grund für diese bedauerliche Panne: »Eine nicht voraussehbare Drehung des Windes führte dazu, daß erhebliche Mengen radioaktiven Fallouts auf die vier bewohnten Inselgruppen östlich von Bikini niedergingen.«

Erst 1981 stellte sich raus, daß die offiziellen Verlautbarungen der Atomenergie-Kommission falsch waren. 27 Jahre lang hatte man vertuscht, daß die für den Bombentest Verantwortlichen sehr wohl gewußt hatten, wohin der Wind wehte. Dennoch hatten sie am vorher festgesetzten Explosionstermin festgehalten. Zwei amerikanische Luftwaffen-Meteorologen enthüllten 27 Jahre nach dem »Bravo«-Test, daß die radioaktive Verseuchung Hunderter von Inselbewohnern - und einiger amerikanischer Soldaten - keinesfalls ein »Unfall« war, hervorgerufen durch »unvorhergesehenen Windwechsel«.

»Wochenlang vor der Explosion wehte der Wind in den oberen Luftschichten in Richtung auf unsere Insel«, erklärte Gene Curbow, der zusammen mit 28 weiteren amerikanischen Soldaten während der »Bravo«Explosion auf dem Rongerik-Atoll stationiert war. »Wir haben damals die Windgeschwindigkeit und die Wetterbedingungen genauestens gemessen - der Wind wehte direkt auf uns zu.« All diese Daten gaben die Wetterfrösche damals per Funk weiter an das Hauptquartier der »Eniwetok Joint Task Force 7«.

Doch trotz aller Warnungen, daß der Wind radioaktives Fallout über die Bewohner der Inseln östlich von Bikini treiben könnte, wurde die Bombe »Bravo« am Morgen des 1. März gezündet. Ob das unverantwortliche Schlamperei war oder, wie manche Bewohner der Marshall-Inseln vermuten, Absicht, mit dem Ziel, die Insulaner als Versuchskaninchen zu benutzen, wird wohl nie geklärt werden. Sicher ist: weder die 28 Amerikaner auf Rongarik, noch die Bevölkerung der Inseln Rongelap und Utirik wurden vor der gigantischen Wasserstoffbomben-Explosion überhaupt gewarnt.

Der amerikanische Soldat Baker beschrieb seine Beobachtungen so. »Der Himmel war plötzlich strahlend hell. Die Schockwelle, die danach kam, war so stark, daß alle vorgefertigten Häuser in irgendeiner Weise beschädigt wurden. Fast alle Fensterscheiben gingen sofort zu Bruch.« Das war mehr als 100 Meilen entfernt vom Explosionsort.

Was danach kam, war schlimmer. Am späten Vormittag begann der Aschenregen. Baker: »Es war wie ein Schneesturm mitten im Pazifik.« Die weiße Asche fiel den ganzen Tag vom Himmel, erst gegen Abend, als Häuser und Wege, Wiesen

und Strände von einer dicken weißen Schicht bedeckt waren, ließ der radioaktive Schneefall nach. Es war eine zwanzig Meilen dicke Wolke aus radioaktivem Korallenstaub, die mit dem Wind nach Osten getragen wurde, hundert Meilen bis nach Rongelap und zweihundertsiebzig Meilen bis nach Rongerik und Utirik.

Das weiße Pulver, das aussah wie Schnee oder wie Waschmittel, klebte an den Menschen, an den Schweinen, an den Pflanzen, es schwamm auf den! Wasser und drang in die Häuser ein. Die Kinder spielten damit, sie schmierten es sich ins Haar und auf die Haut. Denn niemand wußte, wie gefährlich die Asche war. Nach kurzer Zeit zeigten sich Brandblasen auf der Haut, die Menschen wurden krank, sie übergaben sich. Das Haar fiel büschelweise aus.

In den Jahren darauf gab es unter den betroffenen Inselbewohnern extrem viele Fälle von Schilddrüsenerkrankungen, von Krebs, von Mißgeburten und Todgeburten. Den 28 Amerikanern, die während der Explosion auf der Insel Rongarik gewesen waren, erging es nicht viel besser.

Erst 1978 gab die amerikanische Energiebehörde, die Nachfolgeorganisation der Atomenergie-Kommission, in einer Studie zu, daß außer Eniwetok, Bikini, Rongelap und Utirik weitere zehn Inselgruppen von »radioaktivem Fallout mittlerer Stärke« betroffen waren. Diese Studie, nach der mindestens 1.400, weitere Bewohner der Marshall-Inseln radioaktiv verseucht worden waren, wurde erst mehr als 20 Jahre nach Ende der Atomversuchsreihen im Pazifik veröffentlicht.

Noch heute leiden Hunderte von Inselbewohnern an den Folgen der radioaktiven Verseuchung. Es gibt sogar so etwas wie ein Erkennungszeichen der von der Bombe »Bravo« für ihr Leben geschädigten Insulaner: Sie haben alle eine halbkreisförmige Narbe am Halsansatz - dort, wo ihnen Teile der Schilddrüse entfernt worden sind.

Ein Junge, der zur Zeit der Bombenexplosion ein Jahr alt war, stirb 19 Jahre später an Leukämie. Schon mit 13 hatte man ihm in den USA Schilddrüsenwucherungen entfernt. Er wußte, daß er sterben würde, riß sich im Krankenhaus die Infusionskanälen heraus und zerschlug das Krankenzimmer.

Erst zwei Tage nach der Explosion wurden die Einwohner von Rongelap evakuiert. Die verantwortlichen amerikanischen Regierungsvertreter waren besorgt - vor allem darüber, daß die Nachricht von der Verseuchung der Insulaner um die Welt gehen könnte. »Wenn irgendeiner hier auch nur ein Wort von der Sache herausläßt, wird er vor Sonnenaufgang erschossen«, erklärte einer der US-Beamten, Maynard Nuex, den 87 Bewohnern von Rongelap.

Die Leute von Rongelap wurden zum amerikanischen Stützpunkt Kwajalein gebracht und dort untersucht und behandelt. Man wies sie an, ihre Körper sorgfältig mit Wasser und Seife zu reinigen - wobei die Haut in Fetzen abriß. Eine Woche später kamen Ärzte-Teams angereist, um die durch die radioaktive Bestrahlung veränderten Körperdaten aufzunehmen. Und das hat man zehn Jahre lang fortgesetzt.

Drei Jahre nach der »Bravo«-Explosion schickte man die Insulaner wieder zurück nach Rongelap. Mit ihnen gingen Inselbewohner, die auf der Militärbasis gearbeitet hatten. Das Atoll war immer noch radioaktiv. Das amerikanische Nationallabor Brookhaven, das im Auftrage der Atomenergie-Kommission die Insel-Bewohner regelmäßig untersuchte, schrieb damals in einem Report: »Obwohl man die radioaktive Verseuchung der Insel Rongelap im Rahmen des für Menschen Erträglichen ansehen kann, ist der Grad der Radioaktivität höher als an anderen bewohnten Orten der Welt. Das Wohnen dieser Menschen auf der Insel wird höchst wertvolle Daten über Leben in einer radioaktiven Umwelt liefern. Die Gruppe der verstrahlten Marshall-Insulaner wird eine besonders wertvolle Fundgrube für Daten von Menschen sein, die allen möglichen Graden an Radioaktivität ausgesetzt waren.«

Bis 1958 war die Rate an Mißbildungen und Fehlgeburten bei den Frauen von Rongelap doppelt so hoch wie normal, d. h. verglichen mit jenen Frauen, die von Kwajalein herübergekommen waren. Später fand das Nationallabor Brookhaven heraus, daß es kaum noch einen meßbaren Unterschied zwischen Insulanern, die der weißen Wolke direkt ausgesetzt waren, und den aus Kwajalein hinzugekommenen gab. Allerdings mußte man feststellen, daß diese »saubere« Kontrollgruppe nach ihrer Ansiedlung auf der immer noch verseuchten Insel selbst körperliche Schäden davongetragen hatte. Im Vergleich zu den Bewohnern weiter entfernter Inseln der Marshall-Gruppe hatten sie zehnmal soviele strahlungsbedingte Krankheitserscheinungen. Seit dem Tag, an dem die Wolke kam, entwickelte jeder zweite Bewohner von Rongelap einen Schilddrüsentumor. Von den Kindern, die zur Zeit der Verseuchung unter 12 Jahren waren, bekamen 95 Prozent ein Schilddrüsenleiden.

Wie überaus sorgfältig und einfühlsam amerikanische Behörden auf immer wieder auftretende offenkundig strahlungsbedingte Krankheitserscheinungen reagierten, wird an einem Beispiel deutlich. Der amerikanische Arzt Dr. Reuben Merliss besuchte die Marshall-Inseln im Juli 1980. In seinem Report schrieb er: »Von der Aufmerksamkeit der Ärzte von der Atomenergie-Kommission bin ich nicht allzu beeindruckt. So gab es zum Beispiel auf der Insel Utirik vor fünf oder sechs Jahren bei vielen Bewohnern Klagen über ihre nachlassende Sehfähigkeit, was wahrscheinlich auf Grauen Star zurückzuführen ist. Niemand unter den Inselbewohnern, mit denen ich gesprochen habe, war von den Ärzten auf eine Weise untersucht worden, in der man den Grauen Star hätte überhaupt feststellen können. Stattdessen, so erzählte man mir,

waren zwei Kisten Brillen mit verschiedenen Gestellen und Gläsern per Schiff gekommen. Die Bewohner konnten sich davon irgendwelche einigermaßen passenden Brillen aussuchen. Darin bestand also Untersuchungsergebnis und Behandlung der Augenkrankheit - die ich für eine einzigartige Epidemie an Grauem Star halten würde. Amerikanische Patienten würden eine solche Behandlung sicher nicht tolerieren; jedenfalls meine Patienten nicht.«

1968 entschlossen sich die Amerikaner endlich, ihre Versprechungen gegenüber den Bewohnern von Bikini und Eniwetok einzulösen. Aus den wenigen Monaten, für die sie ihre Insel hatten verlassen sollen, waren inzwischen über 20 Jahre geworden. Nun erklärte Präsident Johnson, die Vereinigten Staaten würden Geld für eine gründliche Säuberung des Atolls zur Verfügung stellen, dann stünde einer Rückkehr nichts mehr im Wege. Während der folgenden Jahre wurde die verseuchte Erdoberfläche der bombardierten Inseln mit Bulldozern zusammengeschoben. Eine radiologische Untersuchung der Atomenergiebehörde hatte nämlich 1974 ergeben, daß es zwei verschiedene Typen von Erdbodenverseuchung gab: Transurane und Suburane. Transurane sind Elemente, die in der Atomskala Ober dem Uran stehen und eine sehr lange Halbwertzeit haben. (Das ist der Zeitraum, in dem sich die Strahlung eines radioaktiven Stoffes durch Neutronen-Zerfall um die Hälfte verringert.) Suburane, die auf der Skala unter Uran stehen, haben eine kürzere Halbwertzeit, wie z. B. Strontium mit 28 Jahren. Plutonium und Americum, jene Transurane, die auf den verseuchten Inseln am häufigsten gefunden wurden, konzentrierten sich in den oberen Erdschichten. Wegen ihrer Wasserlöslichkeit waren dagegen die Haupt-Suburane Caesium 137 und Strontium 90 tief ins Erdreich hineingewaschen worden. Aus diesem Grunde konzentrierte man sich bei der Säuberungsaktion auf die langlebigen Transurane, in der Erwartung, daß sich die Strahlung aus den Suburanen demnächst selbst erledigen würde.

So begannen umfangreiche Erdarbeiten, ausgeführt von Männern in Strahlenschutzanzügen auf Planierraupen - bei 30 bis 40 Grad im Schatten. 20 Millionen Dollar waren für das Großreinemachen bewilligt worden.

Den Krater der Atombombe »Cactus« auf der Insel Runit hatte man als Atomfriedhof ausgewählt. Die abgetragenen 110.000 Kubikmeter radioaktives Erdreich wurden mit 325 000 Sack Zement vermischt und in den Krater geschüttet. Darüber kam eine Haube aus Stahlbeton (siehe Foto Seite 44). Dann wurde der atomare Grabhügel für 24.000 Jahre »off limits« erklärt, das heißt, kein menschliches Wesen darf einen Fuß auf die strahlende Betoninsel Runit setzen - für 24.000 Jahre, die Halbwertzeit von Plutonium. Nachdem sie das Erdreich sorgfältig abgetragen hatten, pflanzten die Amerikaner auf Bikini 37.000 Kokospalmen und erklärten, daß die Insel zwar nicht ganz in ihrem früheren Zustand sei, aber dennoch sicher für eine erneute Besiedelung. Vorsichtshalber hatte man jedoch die neuentstandenen Hütten auf dicke Zementfußböden gesetzt, um die restliche Radioaktivität aus dem Boden abzumildern.

Dann fertigten die Strahlenfachleute ein Ernährungsgutachten an, in dem sie zu dem Schluß kamen, daß die Insulaner durchschnittlich neun Gramm Kokosfleisch zu sich nehmen würden. Das schien ihnen eine angemessene Höchstgrenze zu sein, denn Kokosnüsse speichern strahlende Radionuklide wie Strontium 90 und Caesium 137 in konzentrierter Form. Nun leben die Insulaner aber nicht von neun Gramm Kokosnuß am Tag, das sind wenige Teelöffel, sondern Kokosnüsse gehören zu den Grundnahrungsmitteln. So konnten die neuangepflanzten Kokospalmen, die sich ohnehin erst im Baby-Stadium befanden, nicht so recht genutzt werden. Aus diesem Grunde erklärten sich die Amerikaner bereit, zusätzliche Lebensmittelrationen aus den USA zu importieren und an die neuangesiedelte Bevölkerung auszugeben.

Mit pro Kopf 1.000 Dollar pro Jahr ernährte die amerikanische Regierung die zurückgekehrten Bikinianer. Doch bei stürmischer See blieben die Versorgungsschiffe mitunter monatelang aus. Die in Not geratenen Insulaner ernährten sich daraufhin mit den inzwischen herangereiften Kokosnüssen. Die Folgen waren katastrophal. In den Organismen der Bikinianer lagerten sich gefährliche Mengen der Radionuklide Strontium 90, Caesium 137 und Plutonium 239/240 ab. Die US-Regierung beschloß eine erneute Evakuierung der Insel. Die Bereitwilligkeit der Bewohner, zurück aufs unwirtliche Kili zu gehen, wurde mit Versprechungen sowie mit 100 Dollar und 72 Cent Kopfgeld regelrecht erkauft. Auszug aus dem US-Protokoll: »Diese Zahlung stellt keine Abfindung für das Verlassen der Insel dar, noch ist sie Ersatz für die auf dem Bikini-Atoll entstandenen Schäden. Während der Reise nach Kili besteht für die Bikinianer die Möglichkeit, auf dem Kwajalein-Atoll einzukaufen ... «

Die Rückführung fand im Jahre 1978 statt. Das damals gegebene Versprechen, man werde ein Dock auf Kili bauen, wurde nicht gehalten, die Versorgungsschiffe blieben aus. Hinfort verhandelte man nicht einmal mehr mit den Bikinianern, auch wurde die gelegentliche gesundheitliche Überwachung und Betreuung eingestellt. Parallel zur Entseuchung von Bikini begannen die Amerikaner mit Aufräumarbeiten auf Eniwetok. 40 Millionen wurden diesmal angelegt. Es stellte sich heraus, daß die Insel nicht nur normal radioaktiv verseucht war. Auf Eniwetok lagen zu allem Überfluß auch noch ganze Stücke Plutonium von den ersten Wasserstoffbomben herum, die zwar explodiert waren, aber die nukleare Kettenreaktion nicht durchgemacht hatten.

Der atomare Grabhügel auf Runit, unter dessen Betondeckel außer dem strahlenden Erdreich auch die Plutonium-Bröckchen ruhen, hatte sich inzwischen als leicht undicht herausgestellt. Lt. Colonel Jerry Solinger von der Defense Nuclear Agency teilte einem Reporter mit: »There is 'communication' between the crater and the lagune.« Er gab also zu,

daß es eine Leckage gab, durch die radioaktives Wasser aus dem Atomgrab in die Lagune fließen konnte, meinte aber gleichzeitig, daß man dieses Problem getrost vernachlässigen könne - die Lagune sei von den 43 Atom- und Wasserstoffbomben ohnehin genug verseucht. Da käme es auf etwas mehr oder weniger Radioaktivität auch nicht mehr an.

Von den 550 Eniwetok-Bewohnern, die 1980 auf ihre Insel zurückgekehrt waren, sind inzwischen 90 wieder abgereist. Abgesehen von der ständigen Gefahr atomarer Verseuchung war die Insel trotz der teuren Aufräumarbeiten unwirtlich geblieben. So waren die neugepflanzten Palmen erst knapp einen Meter hoch, und es gab nicht einmal Schutz vor der Sonne. Viele Bewohner der beiden Atominseln - und nicht nur sie - hatten ohnehin den Verdacht, daß es bei der aufwendigen Entseuchung und Rekultivierung ihrer Inseln in Wahrheit nicht darum ging, den alten Bewohnern eine Rückkehr zu ermöglichen. Sie glaubten, daß Bikini und Eniwetok - und damit auch sie selbst - schon wieder zu Testzwecken benutzt wurden: um festzustellen, wie man ein durch Atomkrieg oder schweren Kernkraftwerksunfall verseuchtes Gebiet wieder bewohnbar machen kann.

Die Bewohner von Bikini haben inzwischen die Geduld verloren. Sie reichten am 16. März 1981 Klage gegen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Ihr Ziel: 450 Millionen US-Dollar Schadensersatz. Der Prozeß wird in Washington geführt, ein Ende ist noch nicht in Sicht. Als er die Klage einreichte, erklärte Senator Henchi Balos, Repräsentant der Einwohner von Bikini im Parlament der Marshall-Inseln: »Die US-Verwaltung über Bikini, Kili und den Rest von Mikronesien wird irgendwann in den nächsten Jahren zu Ende gehen. Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß es für uns unter diesen Umständen nur einen einzigen Weg gibt, um die Vereinigten Staaten dazu zu zwingen, ihre Verantwortung uns gegenüber anzuerkennen. Wir erheben Schadensersatz für den Bruch ihrer Fürsorgepflicht. Unser Volk will mehr als alles andere in seine Heimat, das Bikini-Atoll, zurückkehren. Bevor die Vereinigten Staaten uns von der Insel vertrieben, waren wir glücklich und sicher. Wir wollten die Insel niemals verlassen. Wenn wir nicht nach Bikini zurückkehren dürfen, müssen die USA dafür zahlen, daß sie die Insel an sich gerissen und zerstört haben, für das Elend und die Not, die wir erfahren mußten - und für ihr Versäumnis uns zu helfen.«

Konkret 07/82, S. 98

Hartmut Schulze

Ich werfe keine Bomben, ich mache Filme

In Frankreich, in Italien, in den USA und in anderen Ländern hatte der aktuelle deutsche Film einen Namen: Rainer Werner Fassbinder. Das Kino-Publikum in der Bundesrepublik war viel zu schnell mit um fertig. Wir haben jetzt, nach Fassbinders Tod, viel nachzuholen: die Auseinandersetzung mit einem großen Realisten. Rainer Werner Fassbinder

Am Tag als Fassbinder starb, sprach ein Regierungsmitglied im Fernsehen über die Bedeutung des Regisseurs. Es war Jack Lang, Mitterands Kulturminister, im französischen Fernsehen. Zwei Tage später, wohl nach Durchsicht der Weltpresse mit ihren ausführlichen Nachrufen, äußerte sich auch der deutsche Bundeskanzler in einem Kondolenz-Telegramm an Fassbinders Mutter: » ... einer der phantasievollsten unter den schöpferischen Kräften des deutschen Films ... « Louis Trenker, wenn er denn wirklich einmal sterben sollte, darf größerer Anteilnahme aus dem Bonner Regierungszentrum sicher sein.

Das zu beklagen, ist müßig. Wäre es anders, lebten wir in einer anderen Republik, in einem Land mit politischer Kultur. Vor zwei Jahren erhielt Rainer Werner Fassbinder von Staatspräsident Sandro Pertini den wichtigsten Filmpreis Italiens. Hätte man dem Regisseur eine Auszeichnung durch Karl Carstens wünschen sollen? Immerhin, auch den »Bild«-Zeitungslesern war Fassbinder ein Begriff. Etlichen, weil sie sich im Kino ein paar schöne Minuten mit Nazi-Nostalgie bei Lili Marleen machen konnten, den meisten durch die Springer-Hetze gegen seine Fernsehserie »Berlin Alexanderplatz«.

So war Fassbinders Tod dem Blatt eine Schlagzeile wert. Der »Bild«Beitrag entsprach genau dem, was sich linker Sarkasmus tags zuvor, mittags beim Italiener, ausmalen konnte, um mit der Nachricht fertigzuwerden: »Der dickliche Mann lag nackt auf der Matratze, eine kalte Zigarettenkippe zwischen den zusammengepreßten Lippen: Rainer Werner Fassbinder (36) war tot. Sein Herz hatte versagt. 'Zuviel Kokain, Tabletten und Whisky', sagen die einen - 'wegen Romy' sagen die anderen Freunde des berühmten Filmregisseurs.« Und weil es wirklich ein schöner »Bild«-Zeitungs-Tod war, in der darauffolgenden Ausgabe noch einmal: »Er lag nackt auf der Matratze, eine erloschene Zigarettenkippe zwischen den Lippen.«

Spätestens seit Wallraffs Aufklärungsarbeit kann man der »Bild«-Zeitung nicht mehr vorwerfen, daß sie wie die »Bild«Zeitung schreibt; sie gehört einfach verboten. Und auch, daß die »Welt am Sonntag« lieber die Whisky-Flaschen in Fassbinders Wohnung zählte (65) als seine Filme (nicht ganz so viele), ist nur deshalb schlimm, weil man sich als linker Leser - eingestanden oder nicht - auch dafür interessiert.

Ein Skandal aber ist, daß dieser Voyeurismus auch noch von Staats wegen genährt wird. Nicht nur, natürlich, bei Fassbinders Tod, doch hier besonders widerlich. Die Münchner Polizei schloß »Fremdverschulden« aus, auch Selbstmord. Das reicht zur Unterrichtung der Öffentlichkeit. Aber ob sich einer zu Tode gesoffen, gearbeitet, gefixt oder geschnupft hat, ob einer friedlich eingeschlafen oder im Kampf mit einer Krankheit gestorben ist - wen eigentlich geht das etwas an? Und gar, ob einer in einer ordentlichen oder »unaufgeräumten« Wohnung (Kripo-Mitteilung) liegt?

So verkommen ist die »Öffentlichkeit« in diesem Land, daß auch ihre selbsternannte Alternative Worte findet, die »Bild«Redakteure vielleicht denken, aber selbst in ihrem Drecksblatt nicht zu drucken wagen: Da ist »Faßbinder« (nicht mal seinen Namen können sie richtig schreiben) in der »Tageszeitung« der »rohe süddeutsche schwule Fettkloß«, dessen Tod eine »Freundin« gemeldet habe, Freundin in Anführungsstrichen. Und weiter wörtlich aus der »Taz«: »Daß es eine Frau sein mußte, die ihn tot fand, scheint mir eine unverdiente Ehre für einen, der als Filmemacher Frauen immer nur als Zerrspiegel für sein eigenes Ego eingesetzt hat.«

Wer so schreibt, ist asozial.

Mechthild Küpper, der Autorin dieses »Taz«-Beitrages, ist zu Fassbinders Tod nichts eingefallen, und da hat sie zum Jauche-Kübel gegriffen. Denn was stinkt, wird immerhin zur Kenntnis genommen.

Den zweihundert Redakteuren des »Spiegel« ist zu Fassbinders Tod auch nichts eingefallen, und da haben sie zu einem »Spiegel«-Buch über den Regisseur gegriffen, das im Frühjahr '81 bei Rowohlt erschienen ist, haben sich ein paar Absätze herausgeschnitten und ihren Nachruf durch die gefällige Schlußkoda aus ihrem Fassbinder-Interview aktualisiert: »Da mag nun jeder selber sagen, ob er lieber kürzer, aber intensiver, oder aber länger und genormter leben möchte.«

Daß vielleicht auch ein langes und intensives Leben möglich sein könnte, wird gar nicht mehr erwogen. Da sind die Norm-Ausschüsse in »Spiegel«-Hochhaus und Berliner »Taz«-Redaktion vor.

Fassbinder sei »schon lange tot« gewesen, hat Mechthild Küpper noch geschrieben. Ihre Kollegen vom großen linken »Taz«-Vorbild, die Redakteure der französischen »Liberation«, mögen darüber in Hohngelächter ausbrechen - im bundesdeutschen Kulturmief samt seinem alternativen Rand ist dieser Satz vielleicht gar nicht falsch. Denn schon lange hat

es die Linke aufgegeben, sich mit dem Filmemacher (wohl dem einzigen, bei dem dieses krumme Wort wirklich stimmt) auseinanderzusetzen. Viel lohnenden Anlaß zu fruchtbarem Streit hätte sie finden können (etwa über die Frage, wieweit man die Reize faschistischer Ästhetik zum Thema machen und zur Schau stellen kann, ohne ihnen selbst zu erliegen). Manche wertvolle Einsicht hätte sie gewinnen können über das Nachkriegs-Jahrzehnt, das seit einiger Zeit so in Mode gekommen ist. »Die Ehe der Maria Braun«, »Lola« und »Die Sehnsucht der Veronika Voss« hätten aus dem Oberflächen-Trend der 50er Jahre-Renaissance ein Bewußtsein über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Herkunft dieser Bundesrepublik wachsen lassen können. Nebenbei: die Frauengestalten der Trilogie sind alles andere als ein Zerrspiegel für wessen Ego auch immer. Hanna Schygulla, Barbara Sukowa und Rosel Zech (drei Schauspielerinnen übrigens, die Fassbinder auf die Leinwand geholt hat und die dableiben werden, auch ohne ihn) sind in diesen drei Filmen Focus für gesellschaftliche Wirklichkeit, die in Männerrollen kaum glaubhaft darzustellen gewesen wäre.

Natürlich hat Rainer Werner Fassbinder immer auch seine persönlichen Obsessionen zum Motor seiner Filmdramaturgie gemacht. Aber dort, wo er ein breites Kino-Publikum erreichen wollte - denn das war ja sein Ziel: der »deutsche Hollywood-Film« -, war die Vermittelbarkeit sein Gebot. Wenn es ihm um ureigene Leiden-Schaften ging, wenn er Minoritäten-Kino machte, nahm er auch das finanzielle Risiko auf sich. So zum Beispiel bei »In einem Jahr mit 13 Monden«, Fassbinders filmischer Trauerarbeit nach dem Selbstmord eines Freundes.

Von Anfang an hat Fassbinder für seine Arbeit seine Existenz aufs Spiel gesetzt (und letztlich verloren). Auch die Existenzen anderer, die künstlerischen Existenzen anderer, hat er geschaffen, gefördert und auch zerstört.

Als Egozentriker und Monomane stand er dafür da. Viel böser Klatsch, - mehr als über jeden anderen Regisseur - war über ihn im Umlauf, oft genug gespeist aus Kollegen-Neid. Daß er für eben diese Kollegen solidarisch seine Kraft und das Gewicht seines Namens hergab, wenn er helfen konnte, das wurde kaum erzählt. In welchem Nachruf wird denn berichtet , wie er den wichtigsten deutschen Filmverleih, den Filmverlag der Autoren, durch seinen Einsatz vor dem Zusammenbruch rettete? Wer denkt denn noch daran, wie sich der Münchner für das Modell der Hamburger Filmförderung stark gemacht hat?

Daß Fassbinder entweder gehaßt oder geliebt wurde, auch So eine Feuilleton-Plattheit, die das Nachruf-Schreiben so einfach macht. Weder noch ist richtig. Die letzten Fassbinder-Filme waren uns doch so gleichgültig wie ihm selbst der Goldene Bär auf der diesjährigen Berlinale. Und eine Floskel aus billigen Trauerreden bekommt hier einen Sinn: Erst durch seinen Tod erkennen wir, was wir an ihm hatten. Nämlich einen schonungslosen und radikalen deutschen Chronisten.

Vielleicht beginnt jetzt endlich auch die gründliche Beschäftigung mit seinem Werk (Stoff genug hat er uns ja hinterlassen). Über »Berlin Alexanderplatz«, seine wohl wichtigste Arbeit, hat Fassbinder gesagt: »Mit Auseinandersetzungen hatte ich gerechnet, die hatte ich sogar erhofft. Wie es im Moment aber aussieht, läuft die Aggression gegen die Sache.« Dieser Vorwurf zielt nicht nur auf die Springer-Presse mit ihrer Leserbrief-Kampagne gegen die Serie. Auch KONKRET muß ihn auf sich beziehen. »Wer ihn nur aus 'Berlin Alexanderplatz' kennt«, hatte Hermann Peter Piwitt hier im Herbst 1980 über Fassbinder geschrieben, »muß zu dem Schluß kommen, daß er ein Arschloch ist.« Knappes Fazit unter einer knappen Abrechnung, die doch dem Regisseur nicht mehr und nicht weniger vorgeworfen hat, als daß er kein proletarisch-revolutionärer Kulturschaffender gewesen ist.

Nein, Fassbinder war kein Marxist, kein Kommunist, kein Sozialist, vielleicht nicht einmal ein Linker in der schwammigsten Bedeutung. Und die Linke, als sie erkannte, daß er nicht ihrer war, wandelte ihre Umarmung in Haß, und aus dem Haß wurde Ignoranz. Lächerlichstes Beispiel hierfür ist eine Filmkritik in der »Roten Fahne«, dem »Zentralorgan« der maoistischen Gruppe KPD aus dem Jahr 1976. Über »Mutter Küsters' Fahrt zum Himmel«, die Geschichte einer Arbeiter-Witwe, deren Schicksal von Sensationsreportern und linken Organisationen ausgeschlachtet wird, heißt es dort: »Im Auftrag der Bourgeoisie: Hetze gegen die Kommunistische Partei«.

Auf der anderen Seite hat die ARD wohl kaum zufällig ausgerechnet diesen Film aus Anlaß von Fassbinders Tod ausgestrahlt. Wenn Piwitt heute zu seinem Verdikt ergänzt, daß sich Fassbinders künstlerische Mittel nur bei bestimmten Stoffen - meist sexuellen Beziehungen - ganz entfalten konnten, während sie bei anderen durch seinen mangelnden Einblick in politische Zusammenhänge in Mitleidenschaft gezogen worden seien, dann trifft das auf »Mutter Küsters« gewiß zu.

Politik war für den Filmemacher »etwas unheimlich Lächerliches und Kindisches«. Das darf ein Künstler sagen, wenn er ein Künstler ist (nur muß er dann auch von einigen Themen die Finger lassen). Was Marx an dem französischen Schriftsteller Balzac so schätzte, war sein Realismus, der von marxistischer Analyse nichts wissen wollte, und der doch die Wirklichkeit durch genaue Beobachtung besser erfassen konnte als alle literarische Fahnenschwenkerei. Daran wollte Wolfram Schütte in seinem Fassbinder-Nachruf in der »Frankfurter Rundschau« erinnern, wenn er von »unserem Balzac« sprach.

So wenig Balzacs (oft reaktionäre) tagespolitische Haltung seine Literatur beeinträchtigt hat, so unerheblich war es für Fassbinders Filme, daß der Regisseur SPD-Wähler war.

Anarchist hätte er gern sein wollen, aber gewaltfrei; Oskar Maria Graf, der Anhänger der Münchner Räterepublik, dessen »Bolwieser« er fürs Fernsehen verfilmt hat, - das wär so eine Schriftsteller-Rolle nach Fassbinders Facon gewesen.

Doch weil die Revolution es, heute etwas schwerer hat als nach dem Ersten Weltkrieg (Fassbinders Filme erzählen, warum), hat er halt seine Unterschrift zum Springer-Boykott geleistet, hat er sich am Nach-Stammheim-Film »Deutschland im Herbst« beteiligt, wollte er seinen Beitrag zum (nach dem »Kandidaten«) dritten großen Gemeinschaftswerk deutscher Regisseure leisten, zu »Krieg und Frieden«.

Politik also war ihm lächerlich und kindisch. Politischen Problemen aber ist Fassbinder nie ausgewichen. Schon zu Beginn seiner Arbeit, beim Münchner »antiteater« während der Studentenrevolte, hat er immer wieder Stellung bezogen. Und als er endlich große Wirkungsmöglichkeiten bekam, die größten, die sich einem, der mit der Kamera umgeht, bieten, hat er sie genutzt - klug und diszipliniert und mit Witz. Fürs Fernsehen drehte er 1972 die fünfteilige Familienserie »Acht Stunden sind kein Tag«. Mit Alt-Stars wie Luise Ullrich und Werner Finck, denen er ein neues Gesicht gab, und mit seiner bewährten Münchner Crew erzählte Fassbinder von privaten und sozialen Konflikten, von Arbeit und Kampf.

Kapital und Arbeit - ein antagonistischer Widerspruch, der letztlich alle Lebensbereiche bestimmt; aber Solidarität hilft siegen: wieviel gewerkschaftliche und marxistische Bildungsarbeit ist nötig, um diese Wahrheiten einem Millionenpublikum zu vermitteln? Fassbinder hat das (fernseh-)spielerisch erreicht und erhielt Einschaltquoten in »Dallas«-Höhe. Und die linken Intellektuellen? Die pinkelten ihm an die Wade.

Zum Beispiel Günter Wallraff im »Spiegel«: »Nachdem es sich auch bei den Literaten und in den Medien herumgesprochen hat, daß es bei uns nach wie vor eine Arbeiterklasse mit eingeschränkten Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten gibt, kam das WDR-Fernsehen auf eine anerkennenswerte Idee: Der Arbeiter, das unbekannte Wesen, sollte auch mal bei einer Familienserie zu sehen sein ... « Das war hämisch gemeint. Daß man die Häme heute nicht mehr gleich wahrnimmt, zeigt, wie lang die vergangenen zehn Jahre waren, zeigt auch, wie richtig Rainer Werner Fassbinders Arbeit war.

Spätestens jetzt, nach Fassbinders Tod, sollte sich die Linke der Bundesrepublik eingestehen, daß sie diese Arbeit, diese über vierzig Filme entweder gar nicht oder mißverstanden hat. Für die kunstgewerbliche Umsetzung ihrer Leitartikel hat sie die »Bots«. Für die künstlerische Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte und ihrer Gegenwart hatte sie Fassbinder.

Konkret 07/82, S. 101

Hark Bohm

Er ist ein wunderbares Ekel

Er schwitzte oft. Er hatte einen dünnen Bart und unreine Haut. Wir haben uns oft umarmt. Das waren ausgeglichene Sekunden. Ich war gern in seiner Nähe. Ich habe ihn nicht geliebt. Er machte aus jeder Annäherung einen Witz, ob sie von ihm ausging oder auf ihn zukam. In unmittelbarer Nähe mußte er vielleicht alle Verhältnisse in die Eindeutigkeit von oben und unten bringen. Wer sich da nicht einfinden wollte, mußte auf Distanz bleiben. Wer seinen Schutzring nicht zu durchbrechen versuchte, wer ihn achtete, wurde von ihm geachtet.

Das Wunderbare an diesem Widerling war: Er machte mit seiner Angst den andern Mut.

Wohl keiner von Deutschlands großen Künstlern hat sich so schonungslos preisgegeben, sich so ins Offene gewagt wie er. Als ob er den Abgrund der Formlosigkeit, als ob er das Fehlen jeder ästhetischen Sicherheit brauchte, um seine vorher nie gesehenen Figuren zu vollem Flug entfalten zu können.

Seine Angst trieb ihn, sein Angst zu überspringen. Seine Filme, seine Stücke waren die immer wieder verwegene Aufforderung, es ihm gleich zu tun. Durch Handeln die Angst zu bannen. Nicht von Angst das Handeln bestimmen zu lassen, Was er tat als Filmemacher, war vielleicht nicht immer wohl erwogen. Aber immer war es bestimmt von einer Sehnsucht nachdem, was ihm als Nacktem so unerreichbar schien: Liebe, Solidarität. Und immer hatte er ein nicht zu betrügendes Auge für das, was die Angst normalerweise produziert, wenn sie sich hinter den Formen der Normalität versteckt: Faschismus.

In täglichen und nächtlichen Gesprächen: Alles Denken von Marx und Freud, von Laing oder anderen faszinierte ihn, machte ihn hüpfen vor Vergnügen. Jede Ideologie machte ihn skeptisch und schroff. Vielen, die ihre Verwundungen leugnen und sie zur Ideologie ummünzen, war er verhaßt: Er ließ sie lächerlich werden.

Du wunderbares Ekel, Rainer Werner, - Ekel, weil Du, uns immer an das erinnerst, was wir in uns fürchten - Du hilfst uns. Trotz der Angst, die unser Leben belagert, kämpfen wir weiter.

Konkret 07/82, S. 102

Wolf Donner

Weihrauch + Sperma

Hundert Jahre noch ihrer Uraufführung hat Hans Jürgen Syberberg die schwülstigste aller Wagner-Opern verfilmt: Parsifal. In einem Buch zum Film versucht sich der»Arzt« und »Priester« (so Syberberg über Syberberg) zu erklären

Hans Jürgen Syberberg ist der selbsternannte Hohepriester eines Kultes, der ausschließlich um eine Figur kreist, um ein Genie, einen deutschen Meister: den Filmregisseur Hans Jürgen Syberberg.

Er vergleicht sich mit Walther von der Vogelweide, Hölderlin, Kleist, Wagner, George Grosz. Er apostrophiert sich als »entarteter Künstler« und als »Spion im höheren Auftrag der Erkenntnis«. Er stilisiert sich zum outcast, Juden, Dissidenten, zu Jesus. »Hier spricht einer, der ... « beginnt ein Kapitel seines vorletzten Buchs *»Die freudlose Gesellschaft«:* ein larmoyanter, penetranter Rundumschlag von narzißtischer Klebrigkeit, oft zynisch, öfter unfreiwillig komisch. Hier spricht einer, der alle Regeln des Geschmacks, der Logik und der Grammatik einer hemmungslosen Selbstbeweihräucherung geopfert hat. Er bebt vor Ergriffenheit über die eigene Größe.

Konkret wird dieser Größenwahn nur selten, aber dann zum Erschrecken: wenn er schwärmt von den Wonnen der Irrationalität, von Heimat, Kunst, Natur, Gemeinschaft, Gefühl, Romantik, Mythos und er all dem seine Haßtiraden entgegensetzt auf Kritiker, Linke, Schwule, Sozialismus und Demokratie, aufs »intellektuelle Krebsgeschwür« und »linke Establishment«.

Wenn er sich einer »wirklich legitimierten Minderheit« von Künstlern und Aristokraten zuzählt, aber zugleich jene arme Pensionswirtin lobt, die sich noch die Mühe macht, ihre Fußböden »auf den Knien Stück für Stück zu scheuern«.

Konkret wird er auch beim deutschen Faschismus, dessen »attraktive Dämonie« und »Größe« sein siebenstündiger Hitlerfilm feierte. Ungeniert lobt *»Die freudlose Gesellschaft«,* mit der die Gegenwart gemeint ist, in Syberbergs Kategorien »die nachhitlerische Zeit«, den Kunstsinn des Vollstreckers deutscher Geschichte und Mythologie (»... die Anlage der Autobahnen in der Landschaft als moderne Straßen und Wege in einem Land, das Hitler als Gesamtkunstwerk eines großen Parks in einem Industrie- und Bauernstaat verstand ... «) und die Willensstärke seiner Schergen (»... mit größter Anspannung ihrer inneren und äußeren Leistungsfähigkeit, als sie töteten ... «). Der deutsche Neofaschismus hat viele Seiten.

Die Kritik lobte Teile des Buchs als klug, treffend, gut formuliert, und tat das übrige als undisziplinertes Gebrabbel ab. Doch das neue Buch zum neuen Film, *»Parsifal«,* ist noch wirrer, beklemmender. Lange Passagen nichts als rauschhaftes Lallen, diffuse Selbsthuldigungen im Majestätsplural, waberndes Kauderwelsch, peinlich, verrückt, unverständlich.

Syberberg über Syberberg und seinen »Parsifal«: »Ein Fluch des Wissens war erreicht, der in der Mitte des Lebens tödlich sein kann für die Leichtigkeit und Unschuld der nächsten zu tuenden Dinge... Wir selbst stehen immer mit vor Gericht in solch ernstem Spiel, das uns heilig ist, wenn es um die Essenz geht, von Kunst und Leben, die der Gral immer bedeutet... Anspruch aus Absolutheit und Totalität von einem, der in Abgründe gesehen hat, wie sie sonst in dieser Realität nicht vorstellbar sind... auf göttliche Weise, die wir uns erfanden... Wie groß im Studio und wie klein im täglichen Leben sind wir doch... Der Gral, die letzten Dinge stehen zur Disposition, der Preis ist hoch ... «

Den »Parsifal« nennt Syberberg die »asketische Apotheose« seines teutonisch-mythologischen »Gralszyklus«. Der begann vor zehn Jahren mit dem kecken, schönen Requiem »Ludwig«. 1974 folgte »Karl May«, voller »Verzückung« und »heiliger Ergriffenheit«, wie der Titeldarsteller Helmut Käutner dem Regisseur vorhielt, aber ein gelungener Film, ironisch-melancholische Ovation auf einen dubiosen deutschen Heldenfabrikanten. Syberberg attestierte sich jedoch schon damals »neue Mythenschaffung« und erstrebte »Epos, Heldenlied, Märchen, Homer, Edda, Wagner, Milton, Paradise Lost, Klopstock, Messias, Don Quijote, Faust, Brecht, Bach, Peer Gynt, Eisenstein, Griffith ... «

Ein Zwischenspiel des deutschen Zyklus wurde der fünfstündige Interviewfilm »Winifred Wagner«, 1975, das brillant entlarvende Porträt einer Unentwegten in ihren »75 Prozent Gewäsch über Hitler« (Winifred-Sohn Wolfgang Wagner). Leider umrahmte Syberberg diese in die Kamera gesprochene Autobiographie mit einem mystisch-dunstigen Vor- und Nachspiel, das die Führer-Freundin zur Kronzeugin seiner deutschen Geschichtsphilosophie von Ludwig II bis Hitler zurechtzurücken versuchte. »Hitler - Ein Film aus Deutschland«, zwei Jahre später, ist Syberbergs Hauptwerk geblieben: ein optisch faszinierendes Panorama deutscher »Seelenlandschaften«, ungut fasziniert von der »Schönheit des Bösen«, ärgerlich in seiner pathologischen Geschwätzigkeit. Jubel im Ausland, wo Syberbergs Sprache nur als permanent blubbernder akustischer Sud registriert wurde, ein Element unter vielen, Zorn und Spott bei der »Nach-Hitler-Gentration in Deutschland« über den verräterisch pompösen, irrationalen Jargon der Texte, über die Geistesverwandschaft des devoten Oratoriums zu seinem Gegenstand, über ein Polit-Kabarett von Hitlers Unterhosen bis zur Atombombe, das doch auf weiten Strecken dem monomanischen Dünkel des Regisseurs mehr diente als einer »deutschen Gefühlsgeschichte«.

Ludwig, Karl May, Hitler und, ständig brodelnd durchs Syberberg-Oeuvre, Wagner: lauter produktive Eskapisten und pragmatische Schwärmer, jeder auf seine Weise, und lauter gefährliche Filmsujets. Statt sie mit den Mitteln seiner kombinatorischen Studio-Ästhetik kritisch vorzunehmen, setzt Syberberg seinen Idolen heroische Denkmäler. Er will nicht analysieren, sondern anbeten, feiern, preisen. Wie kann das funktionieren beim »Parsifal«?

Wagners letztes Musikdrama, kurz vor seinem Tod entstanden, gilt auch vielen seiner Verehrer als ziemlich unerträglicher Schmachtfetzen aus kultischem Firlefanz, Devotionalienkitsch, sakralem Pathos, glitschiger Erotik, kraftlosem Krach, aus »Sakristeigerümpel« (Hitler über »Parsifal«), aus »Weihwasser und Spermen« (»Parsifal«-Dirigent Armin Jordan Ober das »Bühnenweihfestspiel«). Die Handlung besteht fast nur aus rekapitulierter Vorgeschichte, die Musik aus qualvoll verströmendem Gejammer, zähflüssig, schwül, weihevoll-langweilig.

Geblendet vom freien Ritterleben, verläßt der »reine Tor« Parsifal seine Mutter und verschuldet damit ihren Tod. Er kommt zur Gralsburg, wo König Amfortas an einer unstillbaren Wunde leidet, Schandmal seines Fehltritts mit Kundry, die ihn im Auftrag des bösen Zauberers Klingsor verführte. Parsifal begreift nichts und wird auf eine jahrelange Bußpilgerschaft geschickt. Er widersteht seinerseits Kundry und ihren Gespielinnen, kommt zurück und errettet, durch »Mitleid wissend« geworden, den Gralskönig und den Ritus um die Reliquie mit dem Blut Christi.

Parsifal ist einer der vielen »sinnenden« Naiven Wagners und seiner Zeitgenossen, ein »kindischer Held« und deutscher Michel, Amfortas einer jener greinenden und lamentierenden Schwerenöter wie Tristan oder Tannhäuser, die nicht rechtzeitig »der Minne Lust entsagt« haben, Kundry nach Wagners Vorstellung die »Urteufelin« und »Sinnbild des ewigen Juden«, die Gralsritter schließlich einer von Wagners muffigen Männerbünden wie die Meistersingerzunft, der Tannhäuser-Gesangsverein, die Sippen und Cliquen im »Ring«.

Ein Syberberg-Stoff, kein Zweifel. Mit neuen Superlativen geht er ans Werk: »Es gilt, Musik sichtbar zu machen, wie noch nie gehört«, und, wieder einmal, »die Dimensionen der Filmästhetik zu sprengen«. Er verspricht »Welterlösung als Selbsterlösungswerk«, lädt ein »zum Jüngsten Gericht für unsere Zeit«. Es geht ihm darum, »die Musik zu demonstrieren, den Gesang zu spielen«; kein »Sänger-Film«, der die Arbeit des Singens dokumentiert (wie Joseph Loseys »Don Giovanni«), sondern »das klingende Bild«, in dem »das Ohr sieht und das Auge hört«. Statt Regietheater und Kamera-Manierismus »Ruhe und Geduld bis zur Demut«, »Zurücknahme«, »Reinheit«, »heiliger Ernst der Musik, strenge Klassizität«.

Syberberg gibt sich als frommer Asket und werktreuer Diener, nicht schlecht. Aber er bemäntelt damit nur die langweilige Verfilmung einer langweiligen Oper, stur und steif abgefilmtes Theater. Er hat Schauspieler die Musik 30 bis 40 Male anhören und sie dann den Gesang imitieren bzw. ihre Partien realistisch singen lassen. Man sieht also singenden Darstellern zu, nicht immer ganz synchron: verzerrte Gesichter, angespannte Adern, , pathetisch ausgestreckte Arme, aufgerissene Mäuler, in denen man die Kronen und Füllungen zählen kann. Alles wie gehabt.

Vorspann und Vorspiel versprechen noch viel mehr. Geschickt wird Kundry als Zentrum der Handlung etabliert, Mutter und Braut Parsifals, Jungfrau Maria, Sünderin und Seherin, die das Geschehen träumt oder vorhersieht. Die Parsifal-Geschichte wird chronologisch als Puppenspiel gegeben, Weltkugel, Kelch, Freiheitsstatue und Bayreuther Festspielhaus fungieren als Gralssymbole, Postkarten vom kaputten Versailles, von Ruinen, von Dresden 1945 intonieren das Endzeitspiel.

Gleich mit dem ersten Akt, mit dem Einsatz des Gesangs, wird das Spiel zum altbackenen Provinztheater und die Dia-Show auf dem Hintergrundprospekt zum Ratespiel für Eingeweihte. Bilder von Dürer, Bosch, Caravaggio, Friedrich, Delacroix, alte und neue Bayreuther Bühnendekorationen, Hammer und Sichel neben Leonardos Christuskopf, Fahnen aller Zeiten bis zum Hakenkreuz auf der Gralsburg, Phallus, Nazibunker und KZ-Wachturm um Klingsor und die Köpfe von Aschylos, Wagner, Ludwig II, Marx und Nietzsche zu seinen Füßen: was, wann, wo und warum, das weiß auch Syberberg nicht so genau, und der Zuschauer kann die Utensilien oft gar nicht sehen, die Zitate und Zusammenhänge kaum erahnen.

Syberberg vervielfacht salbungsvoll das Prinzip der unendlichen Be-Deutungen, setzt immer noch einen drauf. Wagner ist Parsifal und Parsifal Jesus und Syberberg alle drei.

Es gibt gute Einfälle, neue Perspektiven, akzeptable Interpretationen. Parsifal würgt Kundry, und es wird eine unbewußte Liebesumarmung; die Blumenmädchen sind Huren, Harem, Madonnen und Gefangene zugleich, Illustrationen von unfreier Sexualität; Parsifals Geschlechtertrennung, mal lockiger Bub, mal keusche Maid, ist eine Idee, die Ken Russel ausgebrütet haben könnte; im Karfreitagszauber wird endlich der Kitsch zum Programm, »Am Brunnen vor dem Tore« mit kleinkarierten Blumenbeeten und dem synthetischen Glamour von »The Sound of Music«. Aber die Totenmaske Wagners als Grunddekoration, auf 15 mal 9 Meter vergrößert, bleibt eine Schnapsidee; Nasenwurzel oder Backenknochen, das ist die Frage. (Angeblich bemüht sich die Stadt Paris um das 40-Tonnen-Vehikel als Denkmal). Die Schauspieler marschieren oft im Kreis um Teile dieser (ausfahrbaren) Gesichtslandschaft, kauern vor ihren Winkeln, Höhlen, Hügeln, als müßten sie

sich auf einer Behelfs-Probebühne drängeln, deklamieren durchaus glaubwürdig Wagners Texte, so daß man die »banausisch-fidelen Reimereien« (Thomas Mann) zum erstenmal Wort für Wort versteht. Ein fragwürdiges Vergnügen.

Keine Wagner-Oper eignet sich weniger für den Film als »Parsifal«. Dieses »Bühnenweihfestspiel« braucht die Bühne, Distanz, Weite, schemenhafte Abstraktion, gnädiges Dunkel. Wagner wollte keinen Realismus, sondern »träumerische Entrückung«, kein »Kostüm- und Schminke-Wesen«, sondern am liebsten das »unsichtbare Theater«. Diese Vorstellungen wie die tiefenpsychologischen Auslotung des Stoffs hat der Enkel Wieland wie kein anderer realisiert.

Syberberg zerrt dagegen alles porendicht vor die Kamera und, schlimmer, er kramt das hundertjährige Gerümpel wieder hervor, Kostüme und Dekorationen der »Parsifal«-Uraufführung von 1882, Stuck und Nippes aus Wahnfried oder aus Ludwigs Schlössern, Wagners Seidenunterjacken und den Sternenhimmel-Hausrock. Der Griff in die Mottenkiste, wo man einen kühnen, zumindest skeptisch-kulinarischen Kommentar zu einem »Operetten-Stoff par excellence« (Nietzsche über »Parsifal«) erwartet hatte. Ein ehrfürchtig zelebrierter Mummenschanz, behäbige Kameraschwenks vor den Akteuren hin und her, technische Effekte, die jede Kleinbühne eleganter und sinnvoller auszuführen vermag.

Edith Clever ist eine imponierende Tragödin, noch in der gewagten Ekstase überzeugend. Gegen Syberbergs gesalbten, getauften und gläubig-beflissenen Kotau vor Bayreuth ist jedoch auch sie machtlos.

Eigentlich wollte er den Jubiläums-»Parsifal« in Bayreuth inszenieren. Absage. Coppola sollte dann den Film produzieren, gedreht zu einer bekannten Aufnahme von Karajan oder aus Bayreuth. Absagen dort wie hier. Der Projektausschuß des Bundesinnenministeriums sagte ab, ebenso Mercedes Benz und BMW, bei denen Syberberg anfragte.

Die französische Gaumont half aus, organisierte eine schöne neue Einspielung mit dem Orchester Monte Carlo unter Jordan und vertreibt nun, ähnlich wie beim »Don Giovanni«, Film, Videotape, Platte und Buch zugleich. Syberberg und die Gaumont tun so, als sei »Parsifal« eine französische Produktion, aber gut zwei der 3,2 Millionen DM kommen von der Bayerischen Filmförderung, dem Bayerischen Rundfunk und der Berliner Filmförderungsanstalt.

Uraufgeführt wurde der »Parsifal«-Film im Mai »in dem Bordell des Films von Cannes« (Syberberg), nach vier Umplazierungen schließlich ab ein Uhr nachts im Festivalpalast in einer technisch miserablen Vorführung. Seitdem läuft der Viereinhalb-Stunden-Film, nicht sehr erfolgreich, in Paris. Am 17. Juni gab es eine Vorführung in Kassel, im Rahmen der documenta, am 25. Juli ist eine in Bayreuth geplant - nicht auf dem Grünen Hügel, sondern in einem Kino unten im Städtchen.

Goethe hatte sein Weimarer Theater, erinnert uns Syberberg, Wagner hatte Bayreuth und Brecht den Schiffbauerdamm. Er aber muß sich noch mit dem entarteten Kinobetrieb, unfreiwilligen Geldgebern, feindseligen Kritikern herumschlagen. Wann errichtet die Republik ihm das eigene Festspielhaus? Syberberg wartet, und er meint das ganz ernst.

Und hat er nicht recht? Seine Maßlosigkeit wird zum rührenden Trotz, wenn man die öffentlichen Mittel fürs deutsche Theater jährlich über eine Milliarde) mit denen für den Film (etwa 80 Millionen) und diese Zahlen wiederum mit der Wirkung beider Medien vergleicht; oder Syberbergs radikale Besessenheit mit dem Konformismus vieler seiner Kollegen. Unsere neudeutsche Kinokonfektion braucht solche Provokationen.

Konkret 07/82, S. 107

Hermann L. Gremliza

Bücher: Jesus und seine zwölf Mitarbeiter

Schlechte Nachrichten: Der vereinigte deutsche Klerus hat versucht, die Luther-Bibel zu aktualisieren. Im Untertitel heißt die Heilige Familie jetzt »Die gute Nachricht«

Es gab schon fast alles: Hamlet im Frack, den Sommernachtstraum auf Slime, Play Bach, Goethe für Volkshochschüler, Kant für Analphabeten, die Morgenandacht als Diskussion mit einem evangelischen Studentenpfarrer über »Jesus als autonomes Jugendzentrum«, das »Kapital« im Comic strip, TV Church und Othello, sozialdemokratisches Lustspiel nach Willy Shakespeare von Peter Zadek. Jetzt gibt es auch das noch: »Die gute Nachricht / Die Bibel in heutigem Deutsch«. Es ist der ökumenische Bestseller dieses Frühjahrs.

»Die Übersetzung ist ein Gemeinschaftswerk von Theologen aus der evangelischen und katholischen Kirche sowie aus dem Raum der evangelischen Freikirchen. Sie wurde erarbeitet im Auftrag der Bibelgesellschaften und Bibelwerke aller deutschsprachigen Länder Europas.« Schon das ist eine Probe des »heutigen Deutsch«: aus den beiden großen Kirchen wird, weil sie nicht deutsch können, eine (es hätte heißen müssen: aus der evangelischen und *aus der* katholischen Kirche), die Freikirchen schweben im Raum, in den man sie gestellt hat, und wir sind gewarnt.

1545 erschien »Die gantze Heilige Schrifft / Deudsch / Auffs neu zugericht« von Martin Luther. Diese Bibelübersetzung wurde in den folgenden Jahrhunderten immer wieder»revidiert«, die Orthographie wurde der gebräuchlichen angepaßt, aussterbende Wörter wurden durch deren Nachfahren ersetzt - nicht immer gut, fast nie ganz schlecht. Das literarische Kunstwerk, das Luther geschaffen hatte, blieb erhalten. Luther:

Am anfang schuff Gott Himel und Erden. Und die Erde war wüst und leer / und es war finster auff der Tieffe / Und der Geist Gottes schwebet auf dem Wasser.

Und Gott sprach / Es werde Liecht / Und es ward Liecht. Und Gott sahe / das das Liecht gut war / Da scheidet Gott das Liecht vom Finsternis / und nennet das liecht / Tag / und die finsternis / Nacht. Da ward aus abend und morgen der erste Tag.

Die Genesis in der revidierten Lutherbibel von 1964:

Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Und die Erde war wüst und leer, und es war finster auf der Tiefe; und der Geist Gottes schwebte auf dem Wasser. Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht. Und Gott sah, daß das Licht gut war. Da schied Gott das Licht von der Finsternis und nannte das Licht Tag und die Finsternis Nacht. Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag.

Nun aber die Herren vom Gemeinschaftswerk mit ihrer »Übersetzung der Heiligen Schrift aus den Ursprachen in ein modernes, einfaches Deutsch«:

Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde, die ganze Welt. Auf der Erde war es noch wüst und unheimlich; es war finster, und Wasserfluten bedeckten alles. Über dem Wasser schwebte der Geist Gottes.

Da befahl Gott: »Licht soll aufstrahlen!«, und es wurde hell. Gott hatte Freude an dem Licht; denn es war gut. Er trennte das Licht von der Dunkelheit und nannte das Licht Tag, die Dunkelheit Nacht. Es wurde Abend und wieder Morgen: der erste Tag.

Was das ist, läßt sich nur auf jenen hebräischen Begriff bringen, den Luther in »wüst und leer« übersetzt hatte: Tohuwabohu (auch wenn die modernen Deutschen das Wort fälschlich zur Bezeichnung eines drangvollen Durcheinanders verwenden). Licht soll aufstrahlen! Spot an! Mein Gott, Ilja! Und der moderne Doppelpunkt, der aus Abend und Morgen den ersten Tag macht. Und die Aufzählung, der das gestrige »und« enteignet ist. Und gestern die ganze Welt. Und ein Gott, der befehlen muß, weil sein Sprechen nichts mehr vermag, im modernen Raum aller deutschsprachigen Länder Europas.

Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen? Denkste! *Dann sagte Gott: Nun wollen wir den Menschen machen...* Na, dann wollen wir mal sehen, was den zehn Geboten passiert ist. *Du sollst nicht töten?* Das heißt: *Morde nicht!* Damit die Prüfungsausschüsse und die Militärbischöfe auch was von der neuen Bibel haben. *Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren..., auf daß dirs wohlgehe ...* ? Neudeutsch: *Ehre Vater und Mutter, ...und wenn du das tust, wirst du lange leben...* Schwuppdiwupp ist aus einem hoffnungsfrohen Rat eine Police in der Sprache des germanistischen Lebensversicherers geworden.

Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde? Nichts da: *Vermehrt euch!* Antreten zur Fortpflanzung! Dafür erfährt man in einfachem Deutsch, wie es gemacht wird. Statt *Und Adam erkannte sein Weib Eva* heißt es jetzt, fast unmißverständlich, *Adam schlief mit seiner Frau Eva;* und die Sodomiter verlangen von Lot, er solle die männlichen Gäste

herausgeben, denn *wir wollen mit ihnen Verkehr haben,* weil das halt die modernen Deutschen so sagen, wenn sie vögeln wollen.

Vor allem aber mußten jene Bibelstellen dran glauben, die so unverständlich geworden waren, daß man sie nur noch als tägliche Zitate gebrauchte. Soll' *ich meines Bruders Hüter sein?* wurde modernisiert in Soll *ich ständig auf meinen Bruder aufpassen?* Der lyrische Fluch *Unstet und flüchtig sollst du sein auf Erden* bekam die sudetendeutsche Fassung *Du mußt das fruchtbare Land verlassen und als heimatloser Flüchtling umherirren.* Luthers *Und er ward nicht mehr gesehn,* von Wieland (Musarion), Goethe (Der Fischer) und Schiller (Braut von Messina) zitiert, erhält eine neue, diesmal unsterbliche Form: *Dann war er plötzlich nicht mehr da. Aus Dichten und Trachten* wird *Denken und Handeln,* aus *Crethi und Plethi* wird Davids *Leibgarde,* aus der *Rotte Korah* werden *Korach und seine Anhänger,* und nur vor der Konsequenz, Jesus

zwölf Mitarbeiter zu verpassen, schreckten die Übersetzer (noch?) zurück.

Die Übersetzer behaupten, sie hätten die revidierte Fassung des Neuen Testaments von 1977 »noch einmal gründlich durchgesehen und zum Teil einschneidend überarbeitet«. Erhalten blieben deshalb vor allem so einleuchtende Formulierungen wie *Sie haben ihren Lohn bereits kassiert* (für *Sie haben ihren Lohn dahin,* wie Luther schrieb, oder *Sie haben ihren Lohn schon empfangen,* wie es bis 1977 hieß). Eine Rede des Jesus, die vormals das Volk *entsetzte,* läßt jetzt *alle tief beeindruckt;* was der Gottessohn einst den *Frommen* sagte, spricht er nun über die, *bei denen alles in Ordnung ist.* Und auch unser täglich Brot war zu altbacken: *Gib uns,* was *wir heute zum Leben brauchen.*

Die Bibel und ihre Übersetzung durch Martin Luther sind literarische Kunstwerke. Die »gute Nachricht« ist Kunstgewerbe zu durchsichtigen Werbezwecken. Es liest sich, als habe ein Gebrauchslyriker das Kommunistische Manifest für den nächsten Wahlkampf der DKP »zugericht«: Ein Zombi treibt sich in Europa rum... Es fehlt nur, daß Adam Bock auf Eva hat, Esau so auf Linsensuppe steht und Petrus die Bergpredigt echt geil findet.

Kunst ist Wahrheit. Wahrheit liegt in der Geburt, im Leben und Tod einer Klasse, die eine Welt gestalten will. Es gibt eine bäuerliche Kunst, eine feudale, eine bürgerliche und eine proletarische. Es gibt nicht: eine sozialdemokratische Kunst, eine Kunst des Kompromisses, der Anpassung, der Vermittlung. Kunst ist entweder - oder. Zwar - aber ist Kunstgewerbe. Deshalb ist das Kommunistische Manifest Literatur und das Godesberger Programm Kitsch, ist Heartfield ein Künstler und Staeck ein Grafiker.

Aber es gibt eine sozialdemokratische Kultur. In ihr kommt nicht die Klasse zu ihrer Kunst, die Kunst kommt in die Volkshochschule. Goethe für alle. Die neue Bibelübersetzung ist eine sozialdemokratische. Auch der Kirche laufen die Leute weg. Deshalb überzieht sie ihre schönsten Perlen mit schillernd-klebrigem Zuckerguß. Komm rein, Gott ist ein dufter Kumpel. Gottseidank wird es der Kirche so gehen, wie es der Sozialdemokratie schon gegangen ist: Je seichter der Zugang, desto leichter der Abgang. Es *werde Licht. Und es ward Licht* ist ein Blitz*schlag. Licht soll aufstrahlen. Und es wurde hell* ist ein Vorgang, dem mithilfe der Fa. Philips nachgeholfen werden kann.

»Die Bibel in heutigem Deutsch«, Deutsche Bibelgesellschaft, 1220 Seiten, 14,80 Mark

-

Konkret 07/82, S. 108

Lottemi Doormann

Bücher: US-Frauen: Emanzipation jetzt im Gleichschritt

Betty Friedan, eine der Führerinnen der amerikanischen Frauenbewegung, hat ein »neues feministisches Manifest« geschrieben. Titel: »Der zweite Schritt« – wobei es sich im zentralen Kapitel um den Gleichschritt bei der Army handelt.

Der Mann in West Point sagt zu der Feministin: »Es interessiert uns sehr, was Sie kürzlich über den zweiten Schritt der Frauenbewegung gesagt haben, über die Neugestaltung der gesellschaftlichen Institutionen Arbeit und Familie. Wir denken hier zum Teil ganz ähnlich.«

Früher war die US-Militärakademie West Point eine »Bastion des Männlichkeitswahns«. Heute ist sie das typische Abbild einer »ausdrücklich der Gleichberechtigung verpflichteten Armee«. Da freut sich die Autorin des Bestsellers »Weiblichkeitswahn«. Hans Apel jedenfalls sei die Lektüre wärmstens empfohlen, da kann er Argumente für die Frauenrekrutierung abschreiben. Zum Beispiel:

»Eines habe ich in West Point gelernt: Sollte es zu einem neuen Krieg kommen, werden die Frauen unweigerlich eingezogen werden... Wenn die besonderen Fähigkeiten der Frauen (resp. »ihre besseren Führungseigenschaften«, L. D.) heute gebraucht werden, damit - in der Army wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch - getan werden kann, was getan werden muß, dann ist Gleichberechtigung der Frauen in West Point geradezu eine Notwendigkeit für das Überleben der Nation... Ich verließ West Point mit einem sehr guten Eindruck von den weiblichen Kadetten... daß sie Selbstgefühl, Selbstachtung und Selbstvertrauen daraus ziehen konnten, dieses Abenteuer, diese harten Prüfungen durchgestanden und sich Fähigkeiten angeeignet zu haben, die Frauen bis dahin nicht zugänglich gewesen waren.«

Die Friedensbewegung, die mutigen »Pentagon-Frauen«, die die Befehlszentrale der Weltpolizisten umzingelten, die Massendemonstrationen der Frauen und Männer gegen Reagans Wirtschafts- und Rüstungspolitik und gegen die Finanzierung des Völkermords in El Salvador - alles keine Themen für die Gleichberechtigungs-Strategien des Establishment.

Doch ich will nicht ungerecht sein. Es gibt auch andere Stellen auf Betty Friedans unendlich langatmigen 334 Seiten, die gar nicht so schlecht klingen, hätte sie sie nicht in West Point auf den (reaktionären) Punkt gebracht. Knapp 20 Jahre nach ihrer Streitschrift wider den »Weiblichkeitswahn« - jenes Traumbild von der amerikanischen Vorort-Hausfrau, die ihre »weibliche Erfüllung« in der Sorge um Mann, Kinder und Eigenheim findet - spürt die »Mutter , der US-Frauenbewegung« ein neues »Problem ohne Namen« auf: den »feministischen Wahn«, den sie als bloße Umkehrung des »Weiblichkeitswahns« diagnostiziert. Die Töchter der feministischen Pionierinnen hätten lediglich den Schwerpunkt von Heim und Familie auf Arbeit und Karriere verlagert. Den »Women's Lib«Agitatorinnen wirft sie ihre »extremistische sexualpolitische Rhetorik« vor, die in Wirklichkeit nichts verändert habe, weil sie für ökonomische und politische Bedingungen der Gleichberechtigung blind war.

Betty Friedan befürchtet eine Abwendung vom Feminismus, »falls er weiterhin die Bedeutung der Wünsche nach Liebe, Kindern und Familie leugnet«. Deshalb geht es für sie beim »zweiten Schritt« darum, »die konkreten, praktischen Alltagsprobleme des Lebens, des Arbeitens und des Liebens als gleichberechtigte Menschen zu lösen« und »die Familie« nicht länger der extremen Rechten zu überlassen. Sie plädiert dafür, mit dem veralteten Bild der »westlichen Nostalgiefamilie« aufzuräumen, die »Trennung zwischen den Geschlechtsrollen in der Arbeitswelt *und* in der Familie aufzuheben« und neue ganzheitliche Rollenmuster zu leben. Die Chancen dafür seien gewachsen, weil heute schon mehr als die Hälfte der Mütter in den USA berufstätig seien und auch die Männer sich zunehmend aus der alten Zwangsrolle befreien wollten.

Das klingt, finde ich, durchaus vernünftig, und es ist unredlich von der »Emma«-Rezensentin Sheila Last Step, wenn sie Betty Friedan unterjubelt, sie wolle die Frauen, die sie in den 60ern massenweise aus ihren idyllischen Vororthäuschen lockte, nun wieder zurückschicken an Heim und Herd.

Nein, der springende Punkt liegt woanders: daß die Friedan nämlich, wenn sie ihr wohlklingendes Emanzipationskonzept in die US-amerikanische Wirklichkeit umsetzt, entweder in der imperialistischen Army oder beim reaktionären Krisenmanager Milton Friedman oder, übertragen auf die Bundesrepublik, bei Norbert Blüms »sanfter Macht der Familie« landet.

In der »Schlußphase der Überflußgesellschaft« ist die Familie für Betty Friedan »der letzte Ort, wo der Mensch noch eine gewisse Kontrolle über sein Leben hat«, ein Schutzraum der Selbstbestimmung vor »totalstaatlicher Bürokratisierung« und »unpersönlichen, unkontrollierbaren Institutionen« - wie einst gegenüber »der Wildnis und den tobenden Elementen«.

Um Familie und Arbeit zusammenzubringen, schlägt Betty Friedan ein umfassendes Doit-yourself-Programm vor. Männer und Frauen sollen gemeinsam »alle erforderlichen neuen Dienstleistungen organisieren«, Kindertagesstätten und Kantinen schaffen, Kinder und alte Menschen betreuen, Gesundheitsfürsorge, Freizeitgestaltung, Kunst und Rechtsberatung selbst in die Hand nehmen - weil sie angesichts wirtschaftlicher Rezession und Inflation aus dem Regierungshaushalt nicht mehr finanziert werden könnten.

Statt »Recht auf Arbeit« und »gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit« (was aussichtslos sei, »weil schon der Mindestlohn heftigen Angriffen ausgesetzt ist«) zu fordern, empfiehlt sie eine Kombination von flexiblen Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen, die Aufteilung von Arbeitsplätzen, Ein- und Aussteigen aus dem Arbeitsmarkt und dazu ein Kinderbeihilfe-Verrechnungssystem für diejenigen, die für die Betreuung eines Kindes zu Hause bleiben. So könnten Männer und Frauen die »Selbstbestimmung über ihren Alltag« zurückgewinnen. Nicht wahr, Reagans Sozialkürzungs- und Aufrüstungsprogramm schafft die Chance zu richtig menschenfreundlichen Arbeits- und Freizeitrhythmen.

Betty Friedan: »Der zweite Schritt«, Rowohlt Verlag, 360 Seiten, 28 Mark

Konkret 07/82, S. 110

Walter Boehlich

Bücher: Auf der alten Deutschen Welle

Den mit 50.000 Mark dotierten Goethe-Preis verleiht die Stadt Frankfurt in diesem Jahr einem ehemaligen Kriegstreiber und Faschisten: Ernst Jünger. Und der Klett-Cotta-Verlag eröffnet seine neue »Bibliothek der Moderne« mit dem »Arbeiter«, einem Jünger-Buch von 1932

Da bekommt also Ernst Jünger den Frankfurter Goethe-Preis, gerade zu der Zeit, in der die Sehnsucht nach Stahlgewittern sich in der gesitteten Welt von England bis Israel wieder regt, oder auch mehr als nur regt. Mindestens das Timing ist hervorragend, das muß man der Stadt Frankfurt bescheinigen. Oberbürgermeister Wallmann machts möglich. Natürlich nicht er allein und natürlich nicht nur die, die ihn möglich gemacht haben, sondern noch ein paar ändere, die mit ihm zusammen in der Jury gesessen haben: der Frankfurter Stadtverordnetenvorsteher, der Frankfurter Universitätspräsident, ein Vertreter des Hessischen Kultusministers, der Direktor des Freien Deutschen Hochstiftes, der Frankfurter Kulturdezernent, Funktionsträger sozusagen, die mancherlei, repräsentieren mögen, nicht alle von ihnen aber den Geist, nicht einmal den Deutschen Geist mit Großbuchstaben, in dem Ernst Jünger so wunderbar zu Hause ist. Es waren, der Gerechtigkeit halber sei es gesagt, auch noch drei unabhängige Juroren an der Entscheidung beteiligt: der Publizist Joachim Fest und die Autorin Gabriele Wohmann; den dritten werde ich nicht nennen, weil ich ihn mag.

Man muß ja nicht unbedingt Preise hochschätzen, selbst den Büchner-Preis nicht. Will man aber verstehen, was Preis-Politik ist, muß man die Juroren kennen. Je besser man sie kennt, desto weniger kann man überrascht werden, und desto weniger wird man geneigt sein, den Wert des Preises am Namen dessen zu messen, der denselben dafür hergeben mußte. Der zu Tode gefeierte Goethe kann wirklich nichts dafür, wohl aber können die Juroren dafür, die nicht eben die Avantgarde und schon gar nicht den Fortschritt repräsentieren. Das haben ihre Vorgänger auch schon nicht getan, wie die Liste der fünf letzten Preisträger beweist: Carlo Schmid, Georg Lukács, Arno Schmidt, Ingmar Bergman, Raymond Aron. Mit anderen Worten, der Goethe-Preis ist noch etwas konservativer als sein Namensgeber.

Nicht jeder wird sich so leicht ein Urteil über diese Preisverleihung zurechtmachen mögen wie der Lehrer und Landtagsabgeordnete (CDU) Horst Geipel, in dessen Augen es sich bei Ernst Jünger um nichts mehr und nichts weniger handelt als um einen geistigen Wegbereiter der Drogenwelle, der nur die Lust an der Betäubung, nicht aber den Ekel an der aus ihr hervorgehenden Welt geschildert habe. Das kann er vielleicht mit seiner Partei allein ausmachen, während andere sich den Kopf über die Folgen ganz anderer Betäubungen, die Jünger ebenfalls verherrlicht hat, zerbrechen mögen.

Das Problem ist nicht der vermeintliche Junky Jünger, nicht der vermeintliche Wegbereiter der Drogenwelle, sondern das Problem ist der Wegbereiter des Faschismus, der Anbeter der Totalen Mobilmachung, der Verherrlicher der heroischen Existenz, Ernst Jünger vor 1945 , nicht etwa nach 1945, weil er nach 1945 kaum noch eine Zeile geschrieben hat, die wirken konnte wie seine alten Zeilen, weil er nach 1945 nur noch eine Nebenfigur des literarischen Lebens gewesen ist, abseits all dessen, was man allenfalls moderne Literatur nennen darf.

Das Recht auf Irrtum ist eine schöne Sache für diejenigen, die unter den Konsequenzen ihrer Irrtümer nur wenig zu leiden brauchten, aber da es einmal ein Recht ist, mag auch Jünger in seinen Genuß kommen. Nur muß man einen, der so eklatant geirrt hat, in Zeiten, die er gewiß nicht herbeigewünscht hat, auch noch mit einem Goethe-Preis auszeichnen? Oder wenn man ihn dann auszeichnet, heißt das etwa, daß wir den Zeiten, die er einmal tatsächlich herbeigewünscht hat, wieder ein Stück näher gekommen sind?

Was selbst den jüngeren Jünger sympathisch machen könnte, ist sein Anarchismus, oder er wäre es, wenn er vernünftigeren Zwecken gegolten hätte und nicht dem, was wir ziemlich vage Faschismus nennen. Ästhetisierung der Politik, wie Walter Benjamin das genannt hat, darin stimmte er mit dem Faschismus überein, auch wenn er nicht gewillt war, zum Nazi zu werden, als die Nazis darauf rechneten. Er wollte auch nicht Nazi-Abgeordneter in der Weimarer Republik werden, er wollte auch nicht nach 1933 in die Preußische Dichter-Akademie eintreten. Diese Holzwege hat er sich erspart, nicht bloß aus Snobismus. Andere hat der Stoßtruppführer emsig beschritten. Sie führten zur »Machtergreifung«: »Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein.« Später war er von diesem Tag einigermaßen enttäuscht, weil ihn Barbaren bereitet hatten, die anders barbarisch waren als er.

Immer hat er, halb banale Pythia, halb banale Kassandra, zwei Gesichter, eines, das verschwommen in die Zukunft gerichtet ist, und eines, das in den ekligen Schoß der Vergangenheit blickt. Früher als mancher andere hat er die Gefahren der Technik erkannt, oder geahnt, aber mit falscher Begründung, so wie er sich mit falscher Begründung der Gestalt des Arbeiters bemächtigen wollte. Immer hat er Klarheit fingiert und immer Dunkelheit erreicht. Selbst die Spuren von Realismus, die seine Werke zeigen, dienen einer unreflektierten Mystik. Die Allegorie, die nicht festzumachen ist und jeder beliebigen Interpretation zugänglich bleibt, ist sein Universalmittel, das ihm scheinhaft erlaubt, im Nazismus gegen den Nazismus schreiben, oder in der Demokratie gegen die Demokratie. Eindeutig wird er nur dort, wo er sein unaufgeklärtes

Weltbild verteidigt. Es ist stehengeblieben auf der Stufe des abgewirtschafteten Symbolismus, unwillig, einen Blick auf die Welt ökonomischer Gesetze zu werfen. Was sein »Arbeiter« verkörpert, ist bezeichnenderweise der Weltgeist des 20. Jahrhunderts und bei aller Koketterie mit dem revolutionären Rußland doch nicht mehr als ein Versuch, den historischen Arbeiter den Fängen linker Interpretation zu entziehen.

Niemand weiß, was die Juroren über den Beginn des Zweiten Weltkrieges denken, aber alle wissen, was Jünger über ihn gedacht hat. Er hielt ihn für unvermeidlich, denn: »Das Strittige ist so gehäuft, daß nur noch das Feuer es aufarbeiten kann.« Das hat das Feuer denn auch brav getan, bis nichts mehr übriggeblieben ist.

Mit Goethe hat dies alles wenig zu tun, aber in einem läßt er sich ihm vergleichen: seiner Neigung, den Krieg nicht das zu nennen, was er ist, ein Verbrechen. Hätte er das getan, hätte er »Gärten und Straßen« nicht während des Krieges veröffentlichen können, aber es kam ihm wohl nicht einmal der Gedanke daran, weshalb er so mokant wie distanziert von dem erzählte, was seine »Bildung« unter Beweis stellen konnte. So wie Goethe in der »Kampagne in Frankreich« sich liebevoll der Wolkenbildung und den Gesteinen zuwendet, so erwähnt Jünger zärtlich die Leptinotarsa, und was dem einen das Grabmal der Sekundier ist, ist dem anderen die Kathedrale von Laon. (her den Krieg, wer ihn gemacht hat, und warum, und was er ist, haben sie beide nichts zu sagen. Auch solche Gemeinsamkeit könnte man natürlich auszeichnen. Aber haben die Juroren sie gekannt?

Konkret 07/82, S. 112

Günter Gaus

Nicht abheben

Günter Gaus warnt die Schriftsteller von politischer Utopie

Das Ziel der jetzigen europäischen Friedensbewegungen darf keine Utopie sein. Die herrschenden Kräfte aller Staaten, jedweden Systems wünschen nichts sehnlicher, als daß politische Menschen, die nicht vollständig eingebunden sind in die jeweils etablierten Entscheidungsstrukturen, sich selbst in die Ecke der Utopie stellen.

An keinem anderen Ort der Welt sind sie - jedenfalls unter den heutigen Umständen, da die Zeit drängt - bequemer untergebracht, weniger lästig, ruhiger gestellt, einflußloser als auf dem Boden utopischer Vorstellungen. Sobald sie sich dort befinden, muß man sie, da sie aktuell gesehen harmlos sind, nicht einmal mehr diffamieren; von böseren staatlichen Zugriffen ganz zu schweigen. Die herrschenden Kräfte können sich stattdessen darauf verlassen, daß die Utopisten alsbald von ihrem Boden abheben und in Wolkenkuckucksheimen verschwinden, in denen sie außer Sicht geraten für jedermann, der nicht das gleiche Maß ihrer Aktivität besitzt, nicht ihre privilegierte Sensibilität, nicht ihre Bildung, nicht ihren relativ hohen Informationsstand: aus der Sicht und aus dem Verständnis aller schuldlos politisch Bewußtlosen also, die am Ende aber doch dieselbe Zeche zu bezahlen haben.

Wenn die europäischen Friedensbewegungen, wenn die Schriftsteller unter den im Frühjahr 1982 gesetzten Bedingungen ihre Aufgabe, ihr Heil in utopischen Zielen suchen, dann lassen sie ihre Völker im Stich und gestatten den herrschenden Kräften - die nicht unbedingt friedensfeindlich sind, aber in Routine gefangen - eine Toleranz der Gleichgültigkeit: den schulterklopfenden, folgenlosen, aber kleidsamen Respekt vor Menschen, die sich selbst Ins Abseits begeben, manchmal auch in behagliche Schmollwinkel, weil sie achtenswerte, gutgemeinte, grundsätzlich richtige Ziele in einer Zeit anstreben, in der schrecklich nahgerückte , böse Realitäten eine reale Abwehr nötig machen.

Die Einsicht, daß der Verzicht auf Utopien die politische Forderung des Tages ist, fällt schwer. In ihrer Fähigkeit, ausgreifend zu denken, zu fühlen und zu trachten, sehen die intellektuellen Kräfte der Friedensbewegungen ihre wahre Stärke; das, was sie von den routinemäßig reagierenden, etablierten Gewalten, die doch offenkundig den Frieden Europas nicht sicherer machen, unterscheidet.

Die Besorgnis, man könne sich den etablierten Gewalten anpassen, wenn man die hochfliegenden Ziele zurückstellt, ist begreiflich. Die Gefahr, daß man ihnen auf den Leim geht, ist ohne Zweifel gegeben. Dennoch darf das jetzige Ziel keine Utopie sein.

Viele unbehagliche, bittere, Ideale verletzende Selbstbeschränkungen müssen eingehalten werden, wenn die Erhaltung des europäischen Friedens den höchsten Wert haben soll. Viele Angriffsflächen bietet man, wenn man die komplizierten politischen und moralischen Einsichten, die allein diesem Ziel dienen können, gegen die schlichten, eingängigen Formeln stellt, mit denen gegen die Friedensbewegungen in West und Ost zu Felde gezogen wird. Man muß schmerzliches Nichtverstehen von Seiten guter Freunde ertragen. Es gehört zu den Erscheinungen von Vorkriegszeiten, es bestimmt geradezu den Vorkrieg, daß Prioritäten verwischt werden. Wo und wenn alles im Fluß ist, wollen oft auch die Gutwilligen, die Engagierten zu viel zu schnell. Und doch kommen sie schließlich für Europa um die Alternative nicht herum, ob der Friede jeden Vorrang haben soll oder ob doch der amerikanische Außenminister Haig recht gehabt hätte, wenn er gesagt hätte, was dementiert wurde, daß nämlich der Krieg nicht unbedingt das Schlimmste sei.

Möge sich niemand darüber täuschen, wie schwer die Rationalisierung der europäischen Friedenssehnsucht sein wird. Die Mitte zu finden zwischen der motivierenden Utopie und einem zu frühen Akzeptieren politischer Fakten, die noch keine Friedensbewegung vor vergangenen Kriegen gefunden hat, wird am schwierigsten sein. Die Suche nach dieser Mitte bedeutet freilich nicht, alles für unveränderliche Realität zu nehmen, was von Politikern als solche ausgegeben wird. Politische Realitäten können, manche müssen jetzt verändert werden. Aber am Ende einer solchen langwierigen Prozedur, die von den europäischen Friedensbewegungen eingeleitet werden kann, darf kein Traum schweben, sondern muß eine neue, politisch umsetzbare Realität stehen.

Dies ist umso wichtiger, als die Geneigtheit zum Krieg auch in Europa wächst. Ohne diese Geneigtheit ist der Ausbruch von Kriegen schwerer. Sie ist nicht dasselbe wie Kriegslüsternheit, wie Angriffslust; sie gründet tiefer noch, auch abseitiger, und ist deshalb weniger leicht bloßzustellen. Sie entsteht, wenn der jeweils letzte Krieg schon ziemlich lange zurückliegt, aus einer Mischung: aus dem Verblaßtsein des Schrecklichen; aus dem Gefühl, es werde schon nicht ernst werden; aus dem Gefühl, wenn es ernst wäre, werde es Wohl doch nicht so schlimm sein; aus dem Bedürfnis, durch Hinweis auf angebliche kriegerische Tugenden bestimmte Wertmaßstäbe innenpolitisch zweckbestimmt zu beleben; aus Resignation auch, die bequem ist, weil sie sich wiederum mit den Gefühlen vermengt, es würde wohl nicht ernst, keinesfalls aber so schlimm werden. Die Mischung enthält noch mehr. Sie brodelt auf, wenn konkretere kriegerische

Beispiele zur Hand sind, die weit entfernt angesiedelt bleiben, vorerst nur wenige, andere betreffen und mit dem Szenario eines weiteren Krieges in Europa nichts zu tun haben. In bezug auf den Falkland-Krieg um die Malvinen las ich dieser Tage in einer westdeutschen Zeitung: »Eine jede Kugel, die trifft ja nicht, und so sind die Kämpfer in einem 'gehegten Krieg' der alten Schule, wie er jetzt um die Falklands abrollt, normalerweise weit von jeglicher Kamikazementalität entfernt. Sie 'opfern' sich nicht, sondern sie setzen sich spielerisch der Möglichkeit des Todes aus.« Vielleicht ist das so. Es zu schreiben, ohne es zu geißeln, das ist, was ich die wachsende Geneigtheit zum Krieg nenne. Für Utopien haben wir nicht die Zeit.

Allerdings haben nicht die politischen Routiniers zu verfügen, daß eine gedankliche Anregung utopisch ist, indes neue sicherheitspolitische Ansätze in Wahrheit nur ihre Routine, ihr Ptolemäisches Weltbild stören, nach dem die Erde nur als Scheibe gedacht werden kann.

Wenn ich vor Utopien warne, so sehe ich es doch noch nicht als eine Utopie an, innerhalb meines, des westlichen Systems auch durch außerparlamentarische Kräfte ein neues politisches Bewußtsein, in allgemein drängenden Fragen zu schaffen. Wäre dies nicht mehr möglich, so bliebe uns nur noch die Resignation, die dann nicht bequem wäre.

Konkret 07/82, S. 114

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Auch Karl Carstens ist ein deutscher Mann. Er kann es nur nicht so zeigen:

Der Besuch von Präsident Reagan in Berlin unterstreicht die Bedeutung der amerikanischen Präsenz, die für die freiheitliche Existenz dieser Stadt von entscheidender Bedeutung ist.

Die Bedeutung ist von Bedeutung und die unterstrichene Bedeutung von entscheidender Bedeutung. Für die Existenz und die Präsenz der Präsidenz.

Hans-Ulrich Kempski ist »Chefreporter« der »Süddeutschen Zeitung«, lernt's also auch nicht mehr:

Damit verbietet sich Kiep jeden Zweifel an seiner politischen Zukunft.

Danach verbittet sich jeder Zweifel an Kempskis journalistischer Zukunft: Wer ungestraft so verboten mit der Sprache hantieren darf, kann sich jede Kritik verbieten.

Direkt aus dem Hauptquartier meldet der Korrespondent der »Welt«, Thomas Kielinger:

Reagans Humor ist eine nie versiegende Naturgabe, ein wesenstypischer Zug dieses Mannes. Hier vor allem offenbart sich die Humanität Ronald Reagans: Er kann über sich selbst lachen. Er, der Präsident, sei, zumindest auf dem Papier, der mächtigste Mann der Welt, wird er gefragt. Den Bruchteil einer Sekunde zögert er, dann: »Das sage ich meiner Frau auch immer. «

Der Führer krault den Schäferhund, und der Präsident kann über sich selbst lachen. Der Herr über den Overkill hat Angst vor seiner Frau. Aber auch Humor, denn diese Naturgabe ist noch nicht versiegt. Steckt darin nicht der Stoff für einen Roman von Thomas Kielinger: Der mächtigste Mann und das Nudelholz?

Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzen leiden, doch ihre Frauen, olala... Man braucht nur den Robert Held von der »Frankfurter Allgemeinen« auf François Mitterand loszulassen, schon wächst ihm ein Separee auf der flachen Hand:

Zu diesen Vorkehrungen gehört die kurzgeschlossene Verbindung zwischen Paris und Bonn. Die Kühle der Zweckmäßigkeit... muß kein Schade sein, doch sollte man sich nicht verhehlen, daß diejenigen auf der deutschen Seite, die mit dem Gefühl dabei waren, etwas bekümmert sind. Da war zwischen den Nationen ein Stück weitgehender, intimer Kooperation auf privater Ebene im Gange.

Intime Kooperation auf privater Ebene - Held behandelt die »Beteiligung von Hoechst an der chemischen Industrie Frankreichs«, doch wie's da drin aussieht, geht niemand was an: »Einverständnis« und »Beharrlichkeit«, »Zusammenwachsen auf privatem Gebiet« und »Reinkarnation dieser alten Neigung«. Honni soit qui mal y pense: »recht steife Institutionen«. Der Held wird nicht müde; was soll man dem Manne, der so unter Dampf steht, raten? Gibt es in Frankfurt nicht eine preiswerte Allgemeine, die sich seiner annimmt?

Daß ich das noch erleben durfte:

Ihre Bücher, Ihre Artikel, Ihre öffentlichen Auftritte, Ihre Kolumnen und Leitartikel haben Ihnen internationalen Respekt eingetragen. Ihr ganzes Berufsleben haben Sie einem Ziel gewidmet: Verständigung nicht nur unter den Staaten Westeuropas zu bewirken, sondern auch zwischen den europäischen Nationen und den Vereinigten Staaten wie anderen Akteuren auf der Weltbühne. Wichtiger noch: Sie haben mitgeholfen, die Richtung zu einer sicheren, zivilisierteren Welt zu weisen. «

Danke. Danke. Danke! Das Wäre doch nicht nötig gewesen, meine Herren von der University of Maryland, das habe ich nicht verdient. Gewiß, meine Kolumnen haben mir Respekt eingetragen und auch jenseits des Atlantiks ein wenig Verständnis dafür geweckt, daß der Weg ins Inferno mit mißglückten Metaphern gepflastert ist. Ein Dankschreiben wäre gewiß mit Freude aufgenommen worden. Daß Sie jedoch so weit gehen mußten, meiner Kunstfigur Theo den Doktor der Rechte honoris causa zu verleihen, beschämt mich. Was erwarten Sie von mir? Wie soll sich mein Theo der hohen Ehre würdig erweisen? So?

Die Ausblicke vom Gipfel sind reizlos in diesem Jahr: letzte Woche in Versailles wie nun in Bonn. Die Seilschaften, die da zur weltpolitischen Hochalpinistik antreten, sind angeschlagen. Kein Staatsmann, der aussieht, als könne er den Gaurisankar bezwingen.

Das glaubt mir doch keiner. So, zum Saurigurkar, kann ich meinen Theo nicht mal Ihnen zuliebe auf die zivilisierte Welt loslassen.

Der Fritz Wirth, der auch lieber etwas anderes geworden wäre als Londoner Korrespondent der »Welt«, führt wieder mal sein Gymnasium gassi:

Nach einem siebenwöchigen Regime der Unvernunft stehen auf den Falklands nur noch Pyrrhus-Siege zur Disposition.

Der Sieg des Disponenten: Ich wollte, es wäre Ultimo oder Hesselbach käme?

Als sie noch im Flügelkleide Kommunisten wählen ging, war die kleine Heike ein artig blondes Ding. Leider hat sie sich entwickelt. Sie schafft jetzt für Springer und wurde dort zur »Schriftstellerin Dr. Heike Doutiné« promoviert. Gut, das kann jeder sagen - aber wer könnte das schreiben:

In Frankfurt kommt mir ein Jupp Derwall entgegen, der so gar nicht dem Zeitungsklischee entspricht.

Ach, Heike, so'n Pech aber auch: Nun hast du dir doch echt Mühe gegeben, etwas Originelles zu sagen, und dich expressis verbis von alles Klischees distanziert - und dazu ausgerechnet das häufigste von allen genommen, das Zeitungsklischee von der Erscheinung, die dem Zeitungsklischee widerspricht. Naja, beim nächsten Mal weißt du's dann. War sonst noch was?

Er sieht von Kopf bis Fuß viel schmaler aus. Im grau-blauschwarz karierten Sakko, taubenblauen Hemd, auf der taubenblauen Krawatte eine winzige rotweiße Fahne - so kommt er mir federnd entgegen. Ein leichter Gang. Er begrüßt mich. Ich entdecke auf den ersten Blick

Klischee

ein sensibles Gesicht.

Klischee

Wie als Prüfstein, ob mein erster Eindruck auch nicht trügt,

und er wirklich auf der taubenblauen Krawatte eine winzige rotweiße Fahne trägt,

frage ich: Was ist wichtiger für Sie, das Training oder die psychologische Führung, um aus den Stars verschiedener Mannschaften eine Einheit, ein Ensemble zu bilden?

Zittert, ihr Leser der Schriftstellerin Dr. Heike Doutiné, vor Spannung, was er wohl sagen wird! Kann Derwall die Prüfung bestehen? Wird er antworten, was in seinem sensiblen Gesicht steht? Wird er ein weiteres Mal dem Zeitungsklischee widersprechen? Ich verrate nicht zuviel, wenn ich sage: und ob!

Jupp Derwall antwortet ohne Zögern: »Sechzig Prozent meiner Arbeit ist Psychologie.«

Katharsis: wieder ist aus zwei Stars verschiedener Mannschaften eine Einheit, ein Ensemble gebildet. Offen bleibt, wer zuerst auf die Couch darf: der Psychologe mit den sechzig Prozent oder die Psychologin mit dem ersten Blick.

Der alte Notar Bolamus, dessen Wahlspruch ich mir gemerkt habe (»Alles mit Maß und mit Ziel, nur Auschwitz, das war ein bißchen zuviel«), liest noch immer die Zeitung, die er seit jeher las, aber nicht mehr nur die Todesanzeigen, denn jetzt schreibt dort auch sein Vater. Franz Josef Degenhardt antwortet auf den Fragebogen der »Frankfurter Allgemeinen«:

Ihre Lieblingshelden?

Lenin und Franz von Assisi

Ihre Lieblingskomponisten?

Beethoven und Frank Zappa

Ihre Lieblingslyriker?

Rilke, Brecht

Ihr größter Fehler?

Mißtrauen.

Dagegen kämpft er recht erfolgreich an. Bolamus (»Und nun nehm'n wir mal an, er kommt wirklich zu dem, den er Herrgott nennt: eine Mischung aus Christkind und Goethe und Landgerichtspräsident«), der »FAZ«-lesende Notar, freut sich über den Kommunisten, der Maß und Ziel, Zappa, den heiligen Franz und Rilke gefunden hat. Aber was tut man nicht alles für den Weltfrieden:

Ihr Motto

Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter.

Wow.